Renate Luscher

Von der Wende bis heute

Landeskunde Deutschland



Niveaustufen B2 bis C2

Aktualisierte Fassung
2009

für Deutsch als Fremdsprache

Daten
Texte
Aufgaben

20 Jahre Fall der Mauer

VERLAG für DEUTSCH
Renate Luscher

Renate Luscher

Von der Wende bis heute

Landeskunde Deutschland

Aktualisierte Fassung
2009

für Deutsch
als Fremdsprache

VERLAG für DEUTSCH
Renate Luscher

Das Jahr 1989 – die Wende genannt – ist der größte Einschnitt in der jüngeren Geschichte Deutschlands. 1989 fiel die Mauer in Berlin, eine vierzigjährige Teilung war beendet . Die Zeit bis heute bildet deshalb den Schwerpunkt dieser Landeskunde. Die Auswirkungen, der Wandel der Befindlichkeiten und der Stimmungen wie auch die wirtschaftlichen Konsequenzen beschäftigen die Menschen und die Politik in unseren Tagen. Bis ins Jahr 2019 reicht das Milliardenprogramm für den Aufbau in Ostdeutschland.
Die Jahre 2004 und 2007 brachten weitere Ereignisse, die die Landkarte Europas verändert haben: Mittel- und osteuropäische Länder traten der Europäischen Union (EU) bei, Europa vereinigte sich.
Aus unterrichtspraktischen Gründen wurde diesem Lesebuch das Themengerüst einer allgemeinen Landeskunde zugrunde gelegt. Ein großer Teil des Lesebuchs besteht deshalb aus allgemeinen landeskundlichen Informationen; zusammen mit den historischen Rückblicken können diese Basisinformationen geeignet sein, die Ereignisse der jüngsten Zeit besser einzuordnen und zu verstehen. Diesem Zweck dient auch die chronologische Übersicht im Anhang.

So ist das Lesebuch am Ende zu einer Sammlung von Bausteinen geworden, die wie ein Puzzle verschiedene Aspekte des heutigen Deutschland zusammenstellt und dabei Fakten berücksichtigt, die speziell mit der Vereinigung Deutschlands zu tun haben. Ein Kriterium für die Themenauswahl war auch die Beobachtung, dass bestimmte Fragestellungen über einen längeren Zeitraum die Öffentlichkeit beschäftigt haben. Dazu gehören die Diskussionen über soziale Fragen, die europäische Verfassung, das Grundgesetz oder über das Thema Globalisierung. Diese sowie verschiedene Themen aus dem Bereich der Wirtschaft bergen noch ungelöste Probleme und es ist anzunehmen, dass sie uns noch länger begleiten werden.

Informationen für Deutschlehrer und -lerner mit guten Sprachkenntnissen (B2 – C2) zu liefern, ist der Hauptzweck dieses landeskundlichen Lesebuchs. Es kann auch als Referenzmaterial in fortgeschrittenen Klassen oder auswahlweise zum Lesen und Diskutieren eines bestimmten Themas verwendet werden. Die Kapitel sind im Allgemeinen so aufgebaut, dass sich an den informativen Teil ein authentischer Text – entsprechend dem Thema ein Sach- oder Fachtext bzw. ein literarischer Text – anschließt. Dieser konkretisiert den vorher behandelten Stoff, bringt neue Sichtweisen ins Spiel und ist vielleicht geeignet, die Darstellung ein wenig in Richtung „Objektivität" zu rücken.
Verschiedene Textsorten, je nach Anlass ausgewählt, schaffen weitere Abwechslung. Die sich anschließenden Aufgaben sind als Anregung für den Lehrer gedacht oder als konkrete Aufforderung an den Sprachlerner zur Weiterarbeit am Thema. Die Aufgaben betreffen meist einen neuen Aspekt, der sich aus dem Text ergibt und oft nur mit Eigeninitiative zu lösen ist. Bei einigen schwierigen Texten werden Vorschläge für das globale Verstehen gemacht.
Wichtige Schlüsselwörter – wie zum Beispiel „Hilfsorganisationen", „Bachelor", „Solidarpakt II", „Amtssprachen der EU" und viele mehr – werden als Stichwörter aus dem laufenden Text herausgezogen und kurz erklärt. Insgesamt sind die Texte und Aufgaben als Material zu sehen, das weiter ausgearbeitet und durch Zeitungsausschnitte und Internetrecherchen aktuell ergänzt werden sollte. Hilfreich sind dabei die Informationen und die Erklärung aktueller Wörter auf den Internetseiten des Verlages:

www.deutsch-verlag.com. Wissensvermittlung soll die Basis sein, auf der die interkulturelle Phase aufbaut. Das Land der Lerner wird zum Partnerland und die Lerner zu Partnern, die ihre Themen selbst bestimmen und Projekte entwickeln: Briefaustausch, Reisevorbereitungen usw. Das Lesebuch könnte dabei der Katalysator für Aktionen sein, die das Verstehen der anderen und der eigenen Kultur zum Ziel haben.

Über den engeren Rahmen eines landeskundlichen Lesebuchs des vereinigten Deutschland geht das Kapitel „Kulturelles" hinaus, indem es auch die Nachbarländer miteinbezieht und historisch zurückgreift. Da Kultur nur grenzüberschreitend verstanden werden kann, werden an sich notwendige Informationen unüberschaubar; internationale Verflechtung und Austausch wären das eigentliche Thema. In diesem Rahmen kann deshalb nur eine bescheidene Auswahl geboten werden, die an bestimmte Orte und bekannte Namen anknüpft. Nicht berücksichtigt sind unter anderem Architektur und Malerei, die bei der Kürze der Darstellung nur zu einer Aufzählung von Namen ohne entsprechende Bebilderung geführt hätten. Ebenfalls nicht enthalten ist eine Darstellung von Sitten und Gebräuchen, die von einer aktuellen Thematik zu weit abgewichen wäre.

Eine konkretisierende und objektivierende Funktion haben die zahlreichen Abbildungen, die direkt mit den jeweiligen Textabschnitten verknüpft sind. Auf den Einstiegsseiten sind Fotos, Zeichnungen und Texte abgebildet, die einen wichtigen Aspekt des jeweiligen Kapitels herausgreifen und Assoziationen in Gang setzen sollen.

Aus dem zu Beginn Gesagten wird offensichtlich, dass dieses Lesebuch nur eine Art Hürdenlauf mit vielen Stolpersteinen sein kann. Sollte der eine oder andere Stolperstein noch auf dem Wege liegen, bitten wir um Nachsicht. Über Ihre Zuschriften würden wir uns freuen.
Wir bemühen uns, jede Auflage so zu kalkulieren, dass wir jedes Jahr eine völlig überarbeitete Neuauflage herausbringen können. Dadurch ist die Aktualität weitgehend gesichert. Ergänzende Informationen veröffentlichen wir laufend auf unserer Homepage unter „Infos des Monats" und „Aktuelle Wörter".

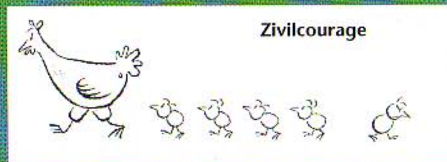
Verfasserin und Verlag

Die vorliegende Auflage haben wir gründlich durchgesehen und aktualisiert. Sofern Artikel ein älteres Datum tragen, sind sie unverändert aktuell geblieben. Diese Ausgabe ist zum ersten Mal durchgehend vierfarbig gedruckt, wobei die farbigen Fotos einen optisch interessanten Kontrast zu den schwarz-weißen Zeichnungen, den Porträts und historischen Fotos bilden.

1. Geografische Lage und Bevölkerung

Dein Christus ein Jude
Dein Auto ein Japaner
Deine Pizza italienisch
Deine Demokratie griechisch
Dein Kaffee brasilianisch
Dein Urlaub türkisch
Deine Zahlen arabisch
Deine Schrift lateinisch
Und Dein Nachbar nur ein Ausländer?











Albanien – Belgien – Bulgarien – Dänemark – Deutschland (die Bundesrepublik Deutschland) – Estland – Finnland – Frankreich – Griechenland – Großbritannien – die Niederlande (Holland) – Irland – Island – Italien – Kroatien – Lettland – Litauen – Luxemburg – Moldawien – Norwegen – Österreich – Polen – Portugal – Rumänien – Russland – Schweden – die Schweiz – die Slowakische Republik – Slowenien – Spanien – die Tschechische Republik (Tschechien) – die Türkei – die Ukraine – Ungarn – Weißrussland

Die Bundesrepublik Deutschland seit der Vereinigung

(3. Oktober 1990)

Auf einen Blick

Staatsform: Demokratisch-parlamentarischer Bundesstaat

Fläche:	**357 023 km²**
Zum Vergleich:	
Frankreich	543 965 km²
Polen	312 683 km²
Italien	301 302 km²
Großbritannien	242 100 km²
Österreich	83 858 km²
Schweiz	41 293 km²
Nord-Süd-Ausdehnung:	876 km²
West-Ost-Ausdehnung:	640 km²

Gliederung: 16 Bundesländer
Hauptstadt: Berlin

➔ Das Stichwort Hauptstadt

1948 wurde Bonn provisorische Bundeshauptstadt. Die alte Hauptstadt Berlin stand seit Kriegsende unter der Verwaltung der vier Siegermächte (Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, USA = Vier-Mächte-Status Berlins). Nach der Vereinigung beschloss der Bundestag im Juni 1991 die Verlegung von Bundesregierung und Parlament von Bonn nach Berlin. Der Umzug war bis zum Jahr 2000 abgeschlossen (siehe auch S. 35).

➔ Das Stichwort Wende (= Vereinigung / Wiedervereinigung)

Mit diesem Begriff wird die Ablösung des kommunistischen Regimes im Herbst 1989 bezeichnet.
Deutschland liegt wie auch die übrigen deutschsprachigen Länder – Österreich und ein großer Teil der Schweiz – in Mitteleuropa. Seit der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik am 3. Oktober 1990 und der Öffnung der Grenzen auch zu den östlichen Nachbarstaaten ist Deutschland Durchgangsland im Austausch zwischen Ost und West.
Es grenzt im Norden an Dänemark, im Osten an Polen und die Tschechische Republik (auch Tschechien genannt), im Süden an Österreich und die Schweiz und im Westen an die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich.

AUFGABEN

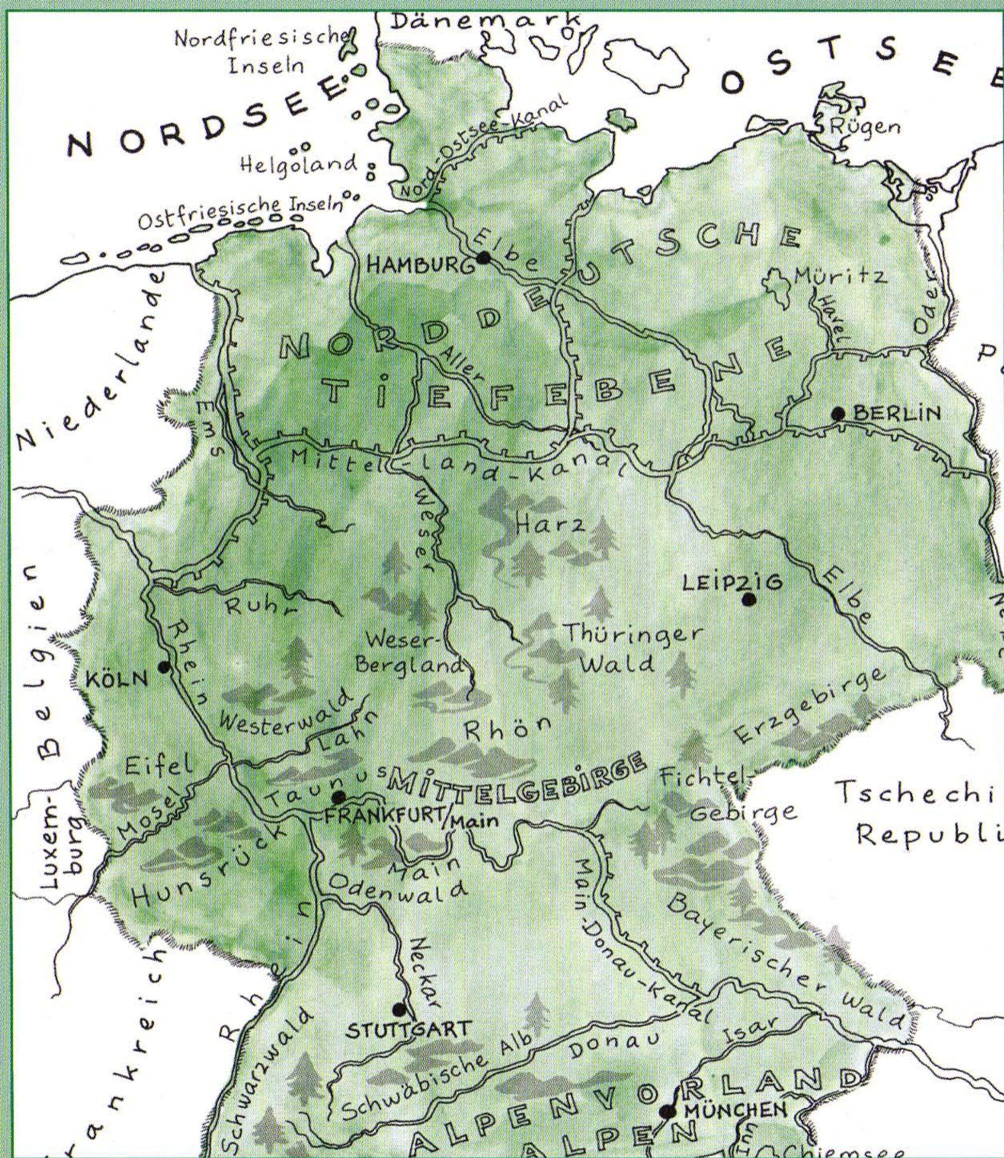
1. Wie viele Länder grenzen an Deutschland?
2. Vergleichen Sie die Länge der gemeinsamen Grenzen.
3. Vergleichen Sie die geografische Lage mit der Ihres Landes.

Auf einen Blick: Länge der Grenzen

Gemeinsame Grenze Deutschland ...	
Dänemark	67 km
Niederlande	567 km
Belgien	156 km
Luxemburg	135 km
Frankreich	448 km
Schweiz	316 km*
Österreich	815 km*
Tschechische Republik	811 km
Polen	442 km
Insgesamt	**3757 km**

(Statistisches Jahrbuch)

* = ohne Bodensee


Dänemark
Nordfriesische Inseln
NORDSEE
Helgoland
Ostfriesische Inseln
Nord-Ostsee-Kanal
OSTSEE
Rügen
HAMBURG
Elbe
NORDDEUTSCHE TIEFEBENE
Müritz
Havel
Oder
Niederlande
Ems
Aller
BERLIN
Mittelland-Kanal
Weser
Harz
LEIPZIG
Elbe
Belgien
Ruhr
Rhein
Weser-Bergland
Thüringer Wald
KÖLN
Westerwald
Lahn
Rhön
Erzgebirge
Eifel
Taunus
MITTELGEBIRGE
Fichtel-Gebirge
Tschechi
Republi
Luxemburg
Mosel
FRANKFURT/Main
Hunsrück
Main
Odenwald
Main-Donau-Kanal
Bayerischer Wald
Frankreich
Rhein
Neckar
STUTTGART
Schwarzwald
Schwäbische Alb
Donau
Isar
ALPENVORLAND
MÜNCHEN
ALPEN
Inn
Chiemsee

Wechselhaft mit sonnigen Abschnitten

Auf einen Blick

Der höchste Berg: die Zugspitze (2962 m)

Die wichtigsten Flüsse: der Rhein, die Elbe, die Donau, die Weser

Die größten Seen: der Bodensee (539 km², davon 305 km² Deutschland. Auf der Seemitte Grenze zur Schweiz und zu Österreich.), die Müritz (110 km²; Mecklenburg), der Chiemsee (82 km²; Bayern)

Jahresdurchschnittstemperatur:
Freiburg (Baden-Württemberg) 10,7°C, Oberstdorf (Bayern) 6,1°C

Deutschland liegt in einer gemäßigten Klimazone, die durch wolken- und regenreiche Weströmungen vom Atlantik her geprägt ist. Das Wetter wechselt häufig. Niederschlag fällt zu allen Jahreszeiten. Nach Osten und Südosten macht sich der Übergang zu mehr kontinentalem Klima bemerkbar. Die Temperaturschwankungen sind aber nirgends extrem. Charakteristisch für den nördlichen Alpenraum ist der Föhn, ein Fallwind, der die Temperaturen sprunghaft ansteigen lässt und für Stunden oder auch Tage strahlend blauen Himmel beschert.



Am Bodensee

Am kältesten wird es im Winter in den Alpen und in den Hochlagen der Mittelgebirge; am wärmsten ist es im Rheintal und am Bodensee, wo auch die Baumblüte am frühesten beginnt.
Der Anteil des Hochgebirges beschränkt sich auf den Süden Bayerns. Die höchste Erhebung ist die Zugspitze. Wie sich die globale Erwärmung auf das Klima auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Spürbar ist bereits, dass die Sommer extremer werden: Überschwemmungen und Hitze nehmen zu. Die Winter werden milder und feuchter, und die Alpengletscher schmelzen.

AUFGABEN

1. Nehmen Sie eine Landkarte zu Hilfe und stellen Sie die Länge der Flüsse und die Höhe der Mittelgebirge fest.
2. Vergleichen Sie mit Ihrem Land.
3. Sprechen Sie über mögliche Klimaveränderungen in Ihrem Land.

Die Bevölkerung

→ Das Stichwort die neuen Bundesländer und die alten Bundesländer

Die geografischen Begriffe – im Osten, im Westen – waren auch immer politische Bezeichnungen. Neben „Westdeutschland" sagt man heute auch „die alten Bundesländer". Den östlichen Teil der Bundesrepublik bezeichnet man als „Ostdeutschland" oder als „die neuen Bundesländer". Die Jahre nach der Wende wurden die Bewohner umgangssprachlich auch „Ossis" und „Wessis" genannt.

Auf einen Blick

Einwohnerzahl: **82 258 000**
Stand Ende 2007:
alte Bundesländer 68 445 000
(Stand 2000: 67 140 000)
neue Bundesländer*: 13 813 000
(Stand 2000: 15 119 000)
*mit Berlin-Ost

Zum Vergleich:

Frankreich	61 467 000
Italien	58 887 000
Polen	38 082 000
Österreich	8 193 000
Schweiz	7 484 000
Europa	ca. 810 Mio.

(=14 % der Weltbevölkerung)

Bevölkerungsdichte:
(Stand: 2006)
231 Einwohner pro km²
(Nordrhein-Westfalen 529,
Mecklenburg-Vorpommern 73)

Zum Vergleich:

Italien	195,5 pro km²
Schweiz	181,2 pro km²
Polen	121,8 pro km²
Frankreich	112,7 pro km²
Österreich	99,7 pro km²

Städtische Bevölkerung: 88 %

Religion:
(Stand: 2006)

30,4 %	Protestanten
31,2 %	Katholiken
ca. 4,2 %	Muslime

Minderheiten: Orthodoxe, Angehörige jüdischen Glaubens, Buddhisten

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Stadt und Land

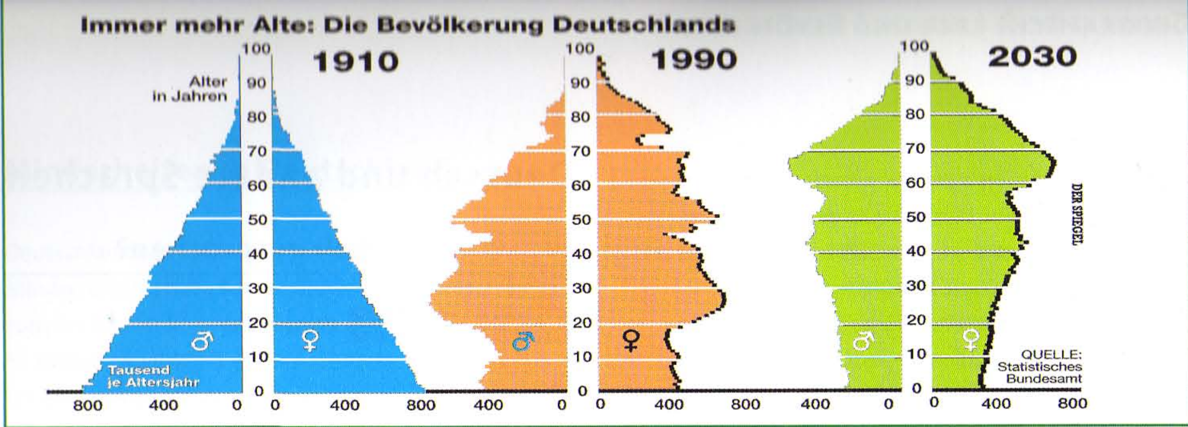
Deutschland gehört zu den am dichtesten besiedelten Regionen Europas. Trotzdem sind fast 90% der Gesamtfläche Äcker, Wiesen und Wälder. Der frühere Grenzstreifen, der „Todesstreifen", ist in vierzig Jahren der Teilung ein 1393 Kilometer langes „Grünes Band" geworden, in dem seltene Tier- und Pflanzenarten zu Hause sind.
Der Ausbau der Infrastruktur, der Bau von Straßen und Bahnlinien, reduziert allerdings laufend die landwirtschaftlichen Flächen. Diese Entwicklung ist besonders in den östlichen Bundesländern zu beobachten.

Bevölkerungsentwicklung

Die Zahl der Geburten gleicht die Zahl der Sterbefälle nicht aus, obwohl die Geburtenrate in letzter Zeit wieder steigt.
Da die durchschnittliche Lebenserwartung über 80 Jahren, bei Frauen sogar bei 88 liegt, wird der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung größer, mit dramatischen Folgen. Die notwendigen, sich über Jahre hinziehenden Reformen betreffen die Sozialsysteme (Kranken- und Pflegeversicherung, Ausbau der Kinderbetreuung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung) und das Steuersystem (Unternehmenssteuer, Erbschaftssteuer).

Religion

In Deutschland sind Kirche und Staat getrennt. Die Trennung ist aber nicht strikt durchgeführt: Der Staat zieht die Kirchensteuer ein, der Religionsunterricht ist Lehrfach an öffentlichen Schulen. Der Staat profitiert von der karitativen Tätigkeit der Kirche, und die Kirche hat Einfluss in vielen gesellschaftlichen Bereichen.



Zurzeit verliert die Kirche an Einfluss. Die Zahl der Mitglieder bei der römisch-katholischen und der evangelischen Kirche ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. In den neuen Bundesländern gehören weit weniger Menschen der Kirche an als in den alten. In Ostdeutschland gibt es noch eine Reminiszenz aus kommunistischer Zeit. Das ist ein nichtreligiöses Fest für 14- bis 15-jährige Jugendliche zur Feier des Erwachsenwerdens, das im Gegensatz zu den entsprechenden kirchlichen Veranstaltungen steht: die Jugendweihe oder Jugendfeier. Heute werden die Jugendlichen natürlich nicht mehr auf den Staat eingeschworen, sondern zu Toleranz und zur Achtung der Menschenrechte aufgerufen.
Kirchlichkeit hatte in Ostdeutschland einen anderen Stellenwert als in Westdeutschland. Vor der Wende hat die evangelische Kirche im Osten kritischen Stimmen Schutz gewährt. Deshalb hat kirchliche Bindung für junge Leute im Osten mit politischem Protest zu tun gehabt, während im Westen Kirchenzugehörigkeit eher konservativ-traditionellen Einstellungen entspricht. In den neuen Bundesländern sind die meisten evangelisch und nur fünf Prozent der Bevölkerung katholisch.

Ab 1982 organisierte Christian Führer, Pfarrer in der Nikolaikirche in Leipzig, Friedensgebete. Im Herbst 1989 wurde die Kirche zum Ausgangspunkt der gewaltfreien Montagsdemonstrationen, die wesentlich zum Zusammenbruch der DDR beigetragen und zum Fall der Berliner Mauer geführt haben. Pfarrer Führer wurde von der Stasi überwacht. Die Friedensgebete richteten sich in letzter Zeit gegen sozialen Abbau, Neonazis oder gegen den Irak-Krieg.

Heute leben über 100 000 Juden in Deutschland; zwei Drittel sind aus den Staaten der GUS (= Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) eingewandert. Mehr als fünfzig Jahre nach der Shoa ist die Zahl derer, die das KZ überlebten oder aus dem Exil zurückkamen, heute in der Minderheit. Ihr Misstrauen ist eher gewachsen als zurückgegangen. Die Gruppe der Kinder und der Enkel engagieren sich dennoch in der schwierigen Heimat.
Trotz rechtsextremistischer Tendenzen vertrauen die meisten auf die demokratische Mehrheit, für die eine Wiederholung der nationalsozialistischen Vergangenheit undenkbar ist. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland warnt vor Antisemitismus und Intoleranz.

→ Das Stichwort

Zentralrat der Juden in Deutschland

Gegründet 1950 in Frankfurt am Main als Dachorganisation der jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik. Er unterstützt deren Wiederaufbau und übernimmt soziale Aufgaben (Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden).

Die Jüdische Gemeinde in Berlin ist mit mehr als 12 000 Mitgliedern die größte in der Bundesrepublik. Sie hatte Ende der 20er-Jahre 160 000 Mitglieder. Heute stammt die Mehrzahl nicht mehr aus Deutschland. Bereits in den

60er- und 70er-Jahren hat die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion begonnen. In den vergangenen Jahren sind Zehntausende aus der GUS und Polen eingewandert, ein Drittel von ihnen hat sich in Berlin niedergelassen. Die Gemeinde bietet ein vielseitiges Kulturprogramm. Die Grundschule und die Jüdische Oberschule vermitteln jüdische Erziehung. Die Jüdische Volkshochschule organisiert Kurse und Vorträge, das jährlich stattfindende „Jewish Film Festival" und die „Jüdischen Kulturtage". Am 9. November 2006 wurde in München die neu errichtete Hauptsynagoge eröffnet. Das neue Gemeindezentrum liegt in der Mitte der Stadt und kehrt damit an ihren ursprünglichen Ort zurück. Die Münchner Jüdische Gemeinde ist inzwischen die zweitgrößte in Deutschland.

Mehr als 3,2 Millionen Muslime leben heute in Deutschland und werden auch in Deutschland bleiben, weil sich die meisten mit der deutschen Gesellschaft identifizieren. In einer Islamischen Charta stellte der Zentralrat der Muslime 2002 fest, dass die im Zentralrat vertretenen Muslime die rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Parteienpluralismus, des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau und der Religionsfreiheit bejahen.
In verschiedenen Städten entstehen neue Moscheebauten mit Begegnungszentren für den interreligiösen und interkulturellen Dialog. In Duisburg, in einer der ältesten und größten islamischen Gemeinden, ist im Oktober 2008 die größte Moschee Deutschlands eingeweiht worden.

→ Das Stichwort Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)

Der Zentralrat ist ein Spitzenverband der islamischen Dachorganisationen in Deutschland, der sich als Interessenvertretung und als Ansprechpartner versteht. Zu den Dachorganisationen gehören u.a. deutsche, türkische, arabische, albanische, bosnische und persische Muslime.

Deutsch und andere Sprachen

Wo wird Deutsch gesprochen?

→ Das Stichwort Deutsch

Von althochdeutsch diutisc = das Adjektiv zu diot(a) (das Volk). In der Form theodiscus wird das Wort ins Lateinische übertragen.
Theodisca lingua hieß dann die Sprache der germanischen Stämme im Reich Karls des Großen. In einem Dokument des 8. Jahrhunderts wird theodiscus im Gegensatz zur lateinischen Sprache gebraucht und meint die Sprache des Volkes.

Deutsch ist Landessprache in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich, in der Schweiz, in Liechtenstein und in Südtirol (Italien). In der Schweiz sind alle vier Sprachen – Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch – auch Amtssprachen.
Außerhalb der Staatsgrenzen der Bundesrepublik gibt es auch deutschsprachige Gebiete in Luxemburg, Belgien und in Frankreich (das Elsass), in der Tschechischen Republik und in Polen.

Durch die starke Rückwanderung von Aussiedlern vor allem aus der GUS (= Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, insbesondere aus Kasachstan und Russland) und aus Rumänien (Siebenbürgen und dem Banat) hat sich die Zahl der in den osteuropäischen Ländern lebenden deutschstämmigen Bevölkerung stark verringert. Der Strom der Aussiedler verebbt aber langsam; die Zahl derer, die noch nach Deutschland auswandern, ist gering.
Die Ansiedlung der Deutschstämmigen in ihren ehemaligen Siedlungsgebieten an der Wolga, wo sie 1941 von Stalin vertrieben wurden, und die Wiederherstellung einer eigenen Republik ist heute kein Thema mehr.

Minderheiten in Deutschland

Deutschland hat 1998 als zehntes Europaratsland die Minderheitenschutz-Konvention ratifiziert. Die „Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen“ ist am 1.1.1999 in Kraft getreten. Anerkannte Minderheiten sind etwa 30 000 Dänen in Schleswig-Holstein, Friesen, ca. 30 000 Sinti und Roma und rund 60 000 Sorben in den neuen Bundesländern Brandenburg und Sachsen. Die Sorben oder Wenden sind im 7. Jahrhundert eingewandert und siedeln in der Gegend zwischen Cottbus (Brandenburg) und Bautzen (Sachsen). Sie sind das westlichste slawische Volk, das sich aber schon fast vollständig integriert hat. Die Sprachkenntnisse der sorbischen Bevölkerung nehmen ab, der Braunkohleabbau hat viele Dörfer zerstört. Deshalb verlassen viele Sorben ihre Heimat auf der Suche nach Arbeit und Lehrstellen. Der Bund unterstützt die „Stiftung für das sorbische Volk“ mit Zuschüssen und fördert Projekte zur Stärkung der sorbischen Kultur: Schulen unterrichten die sorbische Sprache, es gibt sorbische Programme im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und eine sorbische Tageszeitung. Ortsschilder und öffentliche Gebäude sind 2-sprachig ausgeschildert. Unter www.sorbe.de finden sich Informationen über Kultur (sorbische Musik und Literatur) und Institutionen sowie ein deutsch-sorbisches Wörterbuch. Das Institut für Slavistik der Universität Potsdam bietet Studienmöglichkeiten zum Sorbischen an.

→ Das Stichwort Sinti und Roma

Als ethnische Minderheit mit besonderen Rechten sind die Sinti und Roma seit 1998 anerkannt. Auch bekannten sich Bundestag und Bundesregierung zur Wiedergutmachung an dieser unter der NS-Diktatur verfolgten Volksgruppe.

Die Zigeuner stammen aus Nordwestindien. Sie sind vor fast sechs Jahrhunderten nach Deutschland, Österreich und in die benachbarten Regionen eingewandert. Die in Deutschland geborenen Zigeuner bezeichnen sich selbst als „Sinti“. Dagegen nennen sich Zigeuner, die seit dem 19. Jahrhundert aus Ost- und Südeuropa nach Deutschland kamen, „Roma“. Als Roma bezeichnet sich auch die große Mehrzahl der europäischen Zigeuner. Sie sind die größte Minderheit in Europa. Die deutschen Sinti sprechen Deutsch und Romani. Durch ihre zum Teil nicht sesshafte Lebensweise und ihre eigenen Traditionen werden sie oft aus dem sozialen und gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt.
Der Zentralrat der Sinti und Roma vertritt die Interessen dieser Minderheiten; auch die EU will sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen einsetzen.

Verstehen Sie Dialekte?

Wer nach Deutschland kommt, wird bemerken, dass er es mit ganz verschiedenen Sprachschichten zu tun hat: mit der Hochsprache, die früher nur geschrieben wurde, der Umgangssprache und dem Dialekt. Zwischen der Hochsprache und der Umgangssprache existiert in Wort und Schrift – zum Beispiel in Vorträgen und in Essays, in Funk und Fernsehen und in der Presse – eine gehobene Umgangssprache. Die sogenannte Umgangssprache erstreckt sich dann über eine dialektale Stufenleiter von der leichten Dialektfärbung bis zum regionalen Dialekt. Sie ist alles andere als einheitlich. Der Dialekt ist im Gegensatz zur Hochsprache an eine bestimmte Region gebunden. Erstaunlicherweise haben viele junge Leute eine hohe mundartliche Kompetenz, obwohl sie täglich von hochsprachlichen Medien umgeben sind.
Nicht nur Ausländer, auch Deutsche haben es oft schwer mit ihren Dialekten: Ein Norddeutscher, der zum ersten Mal nach Süddeutschland kommt, hat

Schwierigkeiten, sich mit einem „echten" Bayern oder Schwaben zu verständigen; ebenso ergeht es dem Bayern und Schwaben im Norden. Auffallend ist, dass der Norddeutsche – zum Beispiel in den Ferien – überall im Süden auftaucht und deutlich an seiner Sprache zu erkennen ist. Den Süddeutschen dagegen zieht es im Allgemeinen nicht in den sprachlich ungewohnten Norden; er ist eher in Italien „zu Hause" als nördlich der Donau oder gar jenseits des Mains.

Die deutschen Dialekte werden – von Norden nach Süden – in drei Gruppen eingeteilt: Niederdeutsch, Mitteldeutsch (z.B. Hessisch oder Sächsisch) und Oberdeutsch (z.B. Schwäbisch, Bairisch oder Alemannisch).

→ Das Stichwort Hochdeutsch

1. gleichbedeutend mit Mittel- und Oberdeutsch
2. Bezeichnung für die Schriftsprache im Gegensatz zu den Dialekten
3. Die Luther-Bibel (erste Ausgabe 1534), die erste Übersetzung der Bibel ins Deutsche, ist die Grundlage des Hochdeutschen. Der sprachgewaltige liberale Luther wählte die gesprochene Sprache, um der gesamten Bevölkerung, auch den einfachen Leuten den Zugang zur Schrift zu ermöglichen.



AUFGABEN

1. Welcher Dialekt ist nach diesem Text am beliebtesten, welcher ist am wenigsten beliebt? Sind Sie der gleichen Meinung?
2. Welche Dialekte haben Sie schon gehört?

Bairisch ist laut Umfrage Lieblingsdialekt der Jugend

Hamburg (dpa) – Bairisch ist der Lieblingsdialekt der jungen Leute zwischen 19 und 29 Jahren. Nach einer repräsentativen Umfrage unter 700 Jugendlichen in Deutschland hören 35,1 Prozent von ihnen am liebsten diesen Dialekt. Zweitbeliebteste Sprache ist Berlinerisch mit 14 Prozent vor Kölsch (13 Prozent). Seitdem Berlin Hauptstadt ist, gilt dem Berliner Dialekt ein besonderes Interesse. Charakteristisch für die berühmte „Berliner Schnauze" sind Schnelligkeit, Schlagfertigkeit und Witz. Im Osten der Stadt war der Dialekt auch im öffentlichen Leben akzeptiert, während er in West-Berlin eher als etwas „ordinär" galt. Heute gleicht sich der Sprachgebrauch in Ost und West eher an, d.h. der Dialekt geht im Osten in Beruf und Öffentlichkeit zurück. „Zum Weghören" finden viele der Befragten vor allem Sächsisch (40,7 Prozent) und Schwäbisch (18,1 Prozent). Zu den weniger beliebten Dialekten zählen der Umfrage zufolge auch Plattdeutsch, der „Ruhrpott-Slang" (beide 8,1 Prozent) und Hessisch (7,4 Prozent).

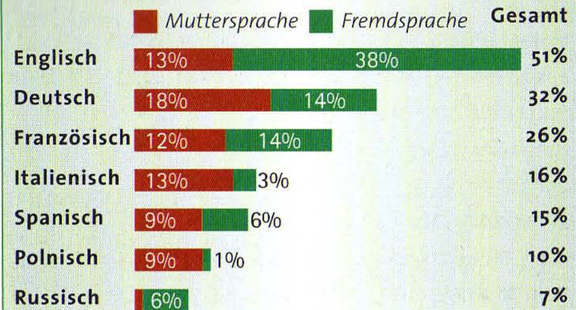


Deutsch in der Europäischen Union

Deutsch ist keine Weltsprache, aber mit 95 Millionen Sprechern in Europa und als Amtssprache in 7 Ländern eine wichtige Regionalsprache. Deutsch ist anerkannte Minderheitssprache in Ostbelgien und Südtirol, wo es jeweils auch regionale Amtssprache ist, sowie in Dänemark (Nordschleswig), Frankreich (Elsass-Lothringen), Polen (Schlesien), Tschechien, Ungarn und Rumänien.

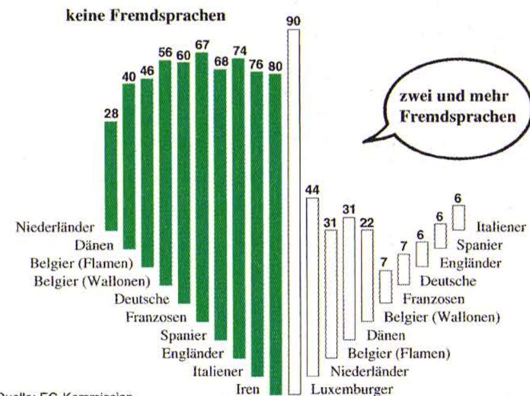
Deutsch ist zweitwichtigste Sprache in der EU nach Englisch geworden, wie die EU-Kommission in einer Studie feststellt. Danach sprechen vierzehn Prozent aller Einwohner Deutsch als Fremdsprache, während das Englische von 38 Prozent gesprochen wird. Die EU-Osterweiterung mit der Aufnahme von Polen, Tschechien usw. verursachte diesen Aufschwung. Mit der Demokratisierung der Länder Mittel- und Osteuropas hat Deutsch in dieser Region als Verkehrssprache, als Sprache der Wirtschaft und der Kultur an Bedeutung gewonnen. In den neuen EU-Ländern beherrscht jeder fünfte Einwohner Deutsch.

Weltweit lernen fast 20 Millionen Menschen Deutsch als Fremdsprache, 15 Millionen davon in Europa. Rund 1,5 Millionen junge Menschen lernen an Schulen im Ausland die deutsche Sprache und ca. 1,4 Millionen Studenten an Universitäten und Hochschulen.



Der Spezial-Eurobarometer „Die Europäer und ihre Sprachen" der EU-Kommission (Februar 2006) stellte fest, dass 55 % der Menschen in der EU sich in einer Fremdsprache verständigen können. Englisch bleibt die am meisten genannte Sprache, dann folgen Deutsch und Französisch. Deutsch ist die am meisten gesprochene Muttersprache in der Europäischen Union (18%).

Gefragt wurden im Dezember 2005 Bürgerinnen und Bürger der 25 EU-Staaten sowie Bulgarien, Rumänien, Kroatien und der Türkei. 80% gaben außerdem an, dass sie Fremdsprachenkenntnisse für nützlich halten und befürworteten das Erlernen einer Fremdsprache ab dem sechsten Lebensjahr.



➔ Das Stichwort **Amtssprachen der EU**

Die Institutionen der EU haben 23 gleichberechtigte Amtssprachen: Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowenisch, Slowakisch, Spanisch, Tschechisch, Ungarisch. Daneben existieren verschiedene Minderheitensprachen, wie z.B. Katalanisch oder Baskisch in Spanien. Die EU erklärt, die Sprachenvielfalt zu achten und zu respektieren. – Offizielle Arbeitssprachen sind Englisch, Französisch und Deutsch.

In der Europäischen Union spielt Deutsch als Verhandlungssprache bisher eine untergeordnete Rolle: Englisch und Französisch geben den Ton an. Die EU-Kommission (siehe S. 92) unterscheidet 23 Amtssprachen – von Bulgarisch bis Ungarisch –, in die alle Dokumente nach außen übersetzt werden, und drei interne Arbeitssprachen: Englisch, Französisch und Deutsch. Mit der Aufnahme weiterer Mitgliedsländer hat sich die Zahl der Amtssprachen nochmals erhöht. Zurzeit beschäftigt die Kommission bereits 1750 Übersetzer, die Parlamentsreden und Rechtsvorschriften übersetzen und ihre Arbeit kaum noch schaffen. Da ist es nicht erstaunlich, dass sich Computer-Fachleute des Problems annehmen: Ein neuartiges Übersetzungsprogramm, Euromatrix genannt, soll in Zukunft zwei Drittel der Übersetzungsarbeit leisten, die Feinarbeit bleibt für die Übersetzer.

Im Europarat (siehe S. 90) wurde im Mai 1993 die Einführung von Deutsch neben Englisch und Französisch mit großer Mehrheit abgelehnt. Anerkannte Arbeitssprache ist Deutsch aber in so wichtigen Organen wie der Kommission und dem Ministerrat, wird jedoch kaum verwendet. Geschäfts- und Verhandlungssprache ist Deutsch dagegen in jüngeren internationalen Gremien, zu denen zum Beispiel die KSZE (= Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) gehört. Manchem fällt auf, dass die Deutschen selbst in den Gremien oft auf ihre Muttersprache verzichten und eine Fremdsprache sprechen. Da geht verloren, dass viele Europäer Deutsch gut verstehen und auch sprechen.
Die englische Sprache ist heute die lingua franca. Der deutschen Sprache wird die Rolle einer Begegnungssprache zugewiesen, die zur Vielfalt der Kulturen und deren Austausch beiträgt.

Aufgaben

Diskutieren Sie die Rolle der Fremdsprachen in der EU. Wie würden Sie die Weichen stellen?

Sprachen in Europa

Sprachpolitik ist ein sensibles Thema, das oft den Nerv trifft und Konflikte schafft. Im Vertrag von Rom legten die Mitgliedsländer der EU fest, dass die offiziellen Sprachen gleichberechtigt sind. Und bei der Aufnahme der neuen Mitglieder im Jahr 2004 wurde nochmals festgehalten: „Um sicherzustellen, dass die neuen Bürger der EU das EU-Recht und die Tätigkeit ihrer Organe verstehen können, werden die neuen Sprachen genau so behandelt wie die bisherigen Amtssprachen" (Europäische Gemeinschaften, 1995–2003). Die Institutionen bekamen aber das Recht, sich auf Arbeitssprachen zu beschränken. Ergebnis: In informellen Treffen wird Englisch, Französisch und Deutsch gesprochen. Mit der Erweiterung der EU wäre die Verwendung von 19 Sprachen unbezahlbar – und vor allem auch äußerst ineffizient.

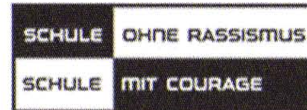
In dem Augenblick jedoch, da EU-Richtlinien in das Recht der Mitgliedsländer eingreifen und Produkte grenzüberschreitend gehandelt werden, spielen Sprachen eine besondere Rolle. Nichtverwendung hätte Wettbewerbsverzerrungen zur Folge. Beim Export müssen deshalb Produktbeschreibungen und technische Dokumentationen in der jeweiligen Landessprache mitgeliefert werden.
Mehrsprachigkeit ist ein Merkmal der EU, das sich u.a. in der Förderung des Jugendaustauschs und internationaler Schulen niederschlägt. Wunschvorstellung ist, dass Europäer mindestens zwei, besser drei Sprache sprechen, die Muttersprache und außerdem zwei Fremdsprachen. Wünschenswert wäre, dass der EU die Quadratur des Kreises gelingt und Mehrsprachigkeit, wechselseitige Rücksicht und konkrete Machbarkeit eines Tages zusammengehen.

Deutsche und Ausländer

Geschichte der Zuwanderung

Vor dem Ersten Weltkrieg lebten in Deutschland weit über eine Million Ausländer. Die Zahl ging in den folgenden Jahrzehnten stark zurück und stieg erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an. Ausländische Arbeiter, genannt Gastarbeiter, kamen seit Anfang der 60er-Jahre vor allem aus Italien, dann aus Jugoslawien, Spanien, Portugal, Griechenland und aus der Türkei. Heute leben mehr als sieben Millionen Ausländer in Deutschland; davon sind circa 1,8 Millionen ausländische Arbeitnehmer (von insgesamt 40,4 Mio. 2008). Über die Hälfte sind aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und Italien. Für viele Ausländer ist Deutschland inzwischen zur zweiten Heimat geworden. Das gilt vor allem für die Kinder der ersten „Gastarbeiter"-Generation, die in Deutschland geboren und







Ausländische Bevölkerung in Deutschland 2005

	2006	2007	% 2006	% 2007	Veränderung 2007/2006
Europa	5.375.100	5.376.600	79,6%	79,7%	0,03%
davon EU	(2.295.800)	(2.337.200)	(34,0%)	(34,7%)	(1,80%)
Afrika	272.400	269.900	4,0%	4,0%	-0,92%
Amerika	213.100	215.700	3,2%	3,2%	1,22%
Asien	819.600	812.800	12,1%	12,1%	-0,83%
Australien, Ozeanien	10.800	11.100	0,2%	0,2%	2,78%
staatenlos	13.600	13.300	0,2%	0,2%	-2,21%
ohne Angabe	46.400	45.400	0,7%	0,7%	-2,16%
	6.751.000	6.744.800	100,0%	100,0%	-0,09%

*Die größte Nationalitätengruppe stellen die Türken mit 1,76 Millionen (= 26% der ausländischen Bevölkerung).
Von den in Deutschland lebenden Ausländern wurden 1,53 Millionen (= 22,6%) hier geboren. Ein Drittel der ausländischen Bevölkerung lebt schon länger als 20 Jahre in Deutschland. (Angaben des Ausländerzentralregisters 2005. Enthalten sind keine Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit)

hier aufgewachsen sind. Rund 60% waren Ende der Achtzigerjahre schon seit zehn und mehr Jahren in der alten Bundesrepublik; jeder Sechste lebte sogar seit über 20 Jahren in Deutschland. Die meisten Ausländer leben in Hamburg, Berlin und Hessen, die wenigsten in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" heißt es in Artikel 16a des Grundgesetzes. Dieses Grundrecht wurde aus der Erfahrung der Vergangenheit heraus formuliert: Für Deutsche, die vor der Naziherrschaft ins Ausland fliehen mussten, war die Gewährung von Asyl vor und während des Zweiten Weltkriegs überlebenswichtig.

Nachdem die Zahl der Asylbewerber sprungartig gewachsen war, wurde im Juli 1993 nach heftigen politischen Auseinandersetzungen der Parteien das Recht auf Asyl modifiziert: Asylbewerber, die aus sicheren Herkunftsländern (= alle Nachbarländer) oder sicheren Drittstaaten einreisen, haben kein Anrecht mehr auf Asyl. Als „sichere Drittstaaten" gelten Länder, in denen die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention sichergestellt ist.

Die Krise der Integrationsbemühungen hatte Anfang der Neunzigerjahre zu ausländerfeindlichen Krawallen, Brandanschlägen und sogar Morden geführt. Auslöser dieser bedrohlichen Entwicklung waren Ängste vor einer multikulturellen Gesellschaft und vor der zunehmenden Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen. Krieg, Hunger und Verfolgung und ein weltweites ökonomisches Ungleichgewicht haben zu wachsenden Flüchtlingsbewegungen geführt, die radikale Reaktionen hervorriefen. Hinzu kamen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der deutschen Einheit, soziale Probleme und Frustrationen auf Seiten der Menschen in den alten und vor allem in den neuen Bundesländern (siehe S. 165f.).

Mit Demonstrationen und Lichterketten in vielen Städten haben im Herbst 1992 Hunderttausende von Menschen ihren Willen gezeigt, die kulturellen Grundregeln unserer Gesellschaft zu verteidigen, gegen Fremdenhass und für Toleranz einzutreten. (Lichterketten sind Menschen, die nebeneinander stehend eine lange Kette bilden und Kerzen in den Händen halten, s. S. 7)

Nach dem 11. September 2001, der Zerstörung des World Trade Centers in New York, und den Anschlägen in Madrid und London haben die Ängste vor Extremismus und Terror eine neue Dimension bekommen. Das Zuwanderungsgesetz (2005) verschärft die innere Sicherheit. Ausländer, die zu Gewalt aufrufen, werden aufgrund einer Gefahrenprognose ausgewiesen.

Zuwanderung jetzt

Nach jahrelangen emotionalen Diskussionen ist das Aufenthalts- und Zuwanderungsgesetz am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Damit ist Deutschland ein Einwanderungsland. 2007 erfolgte eine Reform des Gesetzes.

Die Hürden für ausländische Beschäftigte und Selbstständige sind außerordentlich hoch und verhindern, dass eine ausreichende Zahl dringend gebrauchter Fachkräfte ins Land kommt. Außer für Hochqualifizierte gilt weiterhin der seit den Siebzigerjahren geltende Anwerbestopp. Studenten bekommen nach einem erfolgreich abgeschlossenen Studium die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für ein Jahr. Zuwanderer haben einen gesetzlichen Anspruch auf Integrations- und Sprachkurse. Der Aufenthalt von Opfern nichtstaatlicher oder geschlechtsspezifischer Verfolgung wurde verbessert. Einen Kompromiss gibt es für geduldete Ausländer, die nicht ausgewiesen werden können.





Langjährig Geduldete können Arbeit aufnehmen und haben ein Anrecht auf Weiterbildung.
Die Bemühungen um Integration in Deutschland sind sehr vielfältig. Regierung, Länder, Schulen, Gemeinden und vor allem Jugendliche initiieren Projekte und Begegnungen, z.B. die Interkulturelle Woche. Appelliert wird an die Liberalität der Mehrheitsgesellschaft und an die Anpassungsbereitschaft der Zuwanderer.

Zuwanderung in der Zukunft

Die Mitgliedstaaten der EU haben beschlossen, das Asylrecht in Europa in einer europäischen Asylgesetzgebung bis 2010 zu vereinheitlichen. Bisher gelten nur einheitliche Mindestanforderungen für die Aufnahme. Der neue Ansatz im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik soll die internationalen Wanderungsbewegungen erfassen und deren Gründe und die Einreise- und Integrationspolitik berücksichtigen. In der Blue-Card-Richtlinie regelt die EU-Kommission die legale Einwanderung Hochqualifizierter nach Europa. Die EU-Mitgliedstaaten achten aber darauf, dass sie die Kontrolle über den nationalen Arbeitsmarkt behalten.

Hunger, Völkerwanderung und Flüchtlingschaos werden Europa aber nicht mehr viel Zeit lassen, um zu wirksamen Lösungen zu gelangen. Nicht die Abschottung Europas führt zu Lösungen, sondern vor allem die Bekämpfung der Armut. Dafür setzt sich Rupert Neudeck, der Gründer des Komitees Cap Anamur und Mitbegründer und Vorsitzender des internationalen Friedenscorps Grünhelme e. V., mit seinen konkreten Projekten in Afrika und Asien ein (www.gruenhelme.de).

→ Das Stichwort Deutsche Staatsbürgerschaft

Wer sich mindestens acht Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik aufgehalten hat, kann die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Ausländer müssen dann in der Regel ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben.
Die Gesetzesreform von 1999 brachte nur Kindern, die in Deutschland geboren wurden, eine gewisse Erleichterung. Sie erhalten die doppelte Staatsbürgerschaft auf Zeit. Mit 18 Jahren müssen sie sich dann für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Die doppelte Staatsbürgerschaft für Kinder über 18 ist aber weiterhin in der Diskussion.
Enttäuschend ist diese Regelung für die seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Ausländer der älteren Generation. Für sie ist eine Reform, z.B. auch das kommunale Wahlrecht, politisch nicht durchsetzbar.

Auswanderung

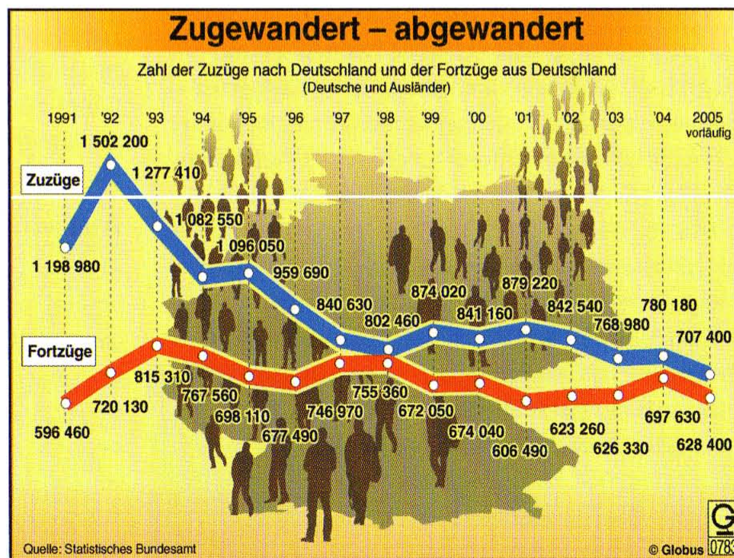
In seinem neuesten Bericht stellt das statistische Bundesamt fest, dass im Jahr 2006 155 000 Deutsche ausgewandert sind, vor allem aus den alten Bundesländern und Berlin. Hauptzielländer sind die Schweiz, die USA und Österreich. Gleichzeitig setzte sich die innerdeutsche Wanderung fort: Weit mehr Personen gingen von Ost nach West als umgekehrt, sodass die neuen Bundesländer rund 54 000 Personen durch Abwanderung an die alten Bundesländer verloren haben.

Vom Fluchtland zum Zufluchtland

___ und politische Flüchtlinge, das waren im vorigen Jahrhundert viele Deutsche selbst. Die erste deutsche ___ begann mit der politischen Restauration nach dem Sieg über Napoleon und erreichte ihren Höhepunkt nach dem Scheitern der Revolution von 1848.
Zwischen 1850 und 1859 wanderten über eine Million Deutsche aus. Die zweite Auswanderungswelle war noch größer. Im Jahrzehnt 1881 bis 1890 verließen 1,3 Millionen Deutsche das gerade geschaffene Deutsche Reich, vor allem in Richtung USA.
Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs versiegte dann der deutsche ___ fast völlig. Nach Kriegsende sah es zunächst nach einer neuen Auswanderungswelle aus. Aber die Weltwirtschaftskrise, die Ende der 20er-Jahre begann, führte auch in den USA zu großem Elend; die Faszination des „Landes der unbegrenzten Möglichkeiten" war dahin.
Das Deutsche Reich hatte in den 30er-Jahren sogar einen ___ aufzuweisen. Der setzte sich nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg in Gesamtdeutschland (frühere Bundesrepublik und ehemalige DDR zusammengerechnet) fort. Aus den verlorenen Ostgebieten des Reiches (Ostpreußen, Pommern, Schlesien) wurden die meisten Deutschen vertrieben oder sie flüchteten aus Siedlungsgebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze in das deutsche Rumpfgebiet.
Zu einem echten ___ wurde Deutschland erst seit den 60er-Jahren. Es war die Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders, als „Gastarbeiter" in die Bundesrepublik kamen und zum Teil im Land blieben.
Der stärkste Wanderungsgewinn war aber im Jahrzehnt 1981 bis 1990 zu verzeichnen. Der ___ von deutschstämmigen ___ aus dem Osten nahm seit 1988 lawinenartig zu; gleichzeitig kamen immer mehr ___ ins Land. Ein Wanderungsgewinn von 2,2 Millionen Menschen in einem einzigen Jahrzehnt – das hatte es in Deutschland noch nie gegeben. Inzwischen ist der Strom der Aussiedler abgeebbt, ebenfalls der Zustrom der Asylbewerber.
Die Diskussion über das Thema ___ hält an.

Aufgaben

Die folgenden Wörter sind Schlüsselbegriffe.
Ergänzen Sie die Ziffern im Text:
1 Zustrom – 2 Aussiedler – 3 Wanderungsgewinn – 4 Auswanderungswelle – 5 Auswanderungsstrom – 6 Asylbewerber – 7 Einwanderungsland – 8 Wirtschaftsflüchtlinge – 9 Zuwanderung



2. Die alten und die neuen Bundesländer



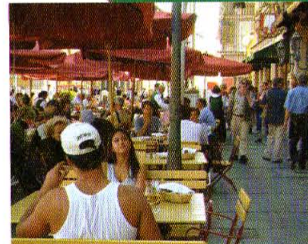















Schleswig-Holstein
Kiel
Lübec
Hamburg
Rostock
Schwerin
Mecklenburg-Vorpommern
Bremerhaven
Bremen
Niedersachsen
Brandenburg
Berlin
Frankf
Potsdam
Hannover
Braun-schweig
Sachsen-Anhalt
Magdeburg
Witten-berg
Dessau
Cottbus
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Köln
Bonn
Meißen
Leipzig
Dresden
Hessen
Thüringen
Weimar
Erfurt
Jena
Gera
Zwickau
Chemnitz
Sachsen
Fulda
Koblenz
Wiesbaden
Frankfurt
Rheinland-Pfalz
Mainz
Trier
Bayreuth
Würzburg
Saarland
Saarbrücken
Mannheim
Heidelberg
Nürnberg
Karlsruhe
Stuttgart
Bayern
Regensburg
Augsburg
München
Baden-Württemberg
Freiburg

Auf einen Blick

Die Bundesländer und ihre Hauptstädte	Fläche (km²)	Einwohner (1000)	Seite
Baden-Württemberg (Stuttgart)	35.751	10.750	51
Bayern (München)	70.548	12.520	53
Berlin	890	3.416	35
Brandenburg (Potsdam)	29.476	2.536	34
Bremen	404	663	30
Hamburg	755	1.771	27
Hessen (Wiesbaden)	21.115	6.073	44
Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin)	23.171	1.680	31
Niedersachsen (Hannover)	47.614	7.972	29
Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf)	34.080	17.997	41
Rheinland-Pfalz (Mainz)	19.847	4.046	50
Saarland (Saarbrücken)	2.570	1.037	51
Sachsen (Dresden)	18.413	4.220	47
Sachsen-Anhalt (Magdeburg)	20.447	2.4712	39
Schleswig-Holstein (Kiel)	15.769	2.837	26
Thüringen (Erfurt)	16.172	2.289	45

(Statistisches Bundesamt 2008)

Die Bundesrepublik hat eine föderalistische Struktur: Jedes Bundesland hat eine eigene Verfassung, eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament, den Landtag. Berlin, Bremen und Hamburg haben einen Senat.
Die Bundesländer sind für die Verwaltung, das Verkehrswesen, das Schulwesen, den Kulturbereich, den Strafvollzug und die Polizei verantwortlich. Die Städte und Gemeinden kümmern sich um die sozialen Einrichtungen. Mit der Reform des Föderalismus 2005/2006 bekamen die Bundesländer mehr Rechte, vor allem in Bildungsfragen. In den 16 Bundesländern existieren nun 16 verschiedene Bildungssysteme mit jeweils unterschiedlichen Schulformen, Lehrplänen und Studiengebühren. Einheitliche Regelungen werden dadurch sehr erschwert.
Der Bund ist allein für nationale und internationale Angelegenheiten, z. B. für die Außen- und Verteidigungspolitik, die Atomenergie und den Schutz deutschen Kulturgutes, zuständig. Es gibt einen Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, aber kein Bundeskulturministerium.

Bund und alte Bundesländer fördern gemeinsam den Aufbau der 5 neuen Bundesländer (der sogenannte Solidarpakt). Viele alte Stadtkerne waren verfallen und sind wieder aufgebaut worden, auch mit dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Von Stralsund bis Erfurt zeigen sich Marktplätze, Kirchen und historische Viertel in neuem Glanz. Aber das heißt leider nicht, dass alle Probleme gelöst wären.

Zwei Drittel der innenpolitischen Entscheidungen sind an die Europäische Union gegangen, z.B. in der Wirtschaftspolitik und in der Agrarpolitik. Die Mitgliedsländer möchten aber Mitspracherechte bewahren und das Subsidiaritätsprinzip stärken: D.h. bestimmte Aufgaben werden nur dann an die Union abgegeben, wenn sie regional nicht erfüllt werden können. Der Ausschuss der Regionen vertritt diese regionalen Belange z.B. in der beruflichen Bildung, der Kulturpolitik, dem Gesundheitswesen oder dem Ausbau transeuropäischer Netze.

Aufgaben

1. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat, d.h. die Bundesländer sind zu einem Gesamtstaat miteinander verbunden. Nennen Sie andere Staatsverbindungen. Versuchen Sie, die Europäische Union (S. 90ff. und S. 156) zu charakterisieren.
2. Finden Sie europäische und außereuropäische Staaten, die auch Bundesstaaten sind.
3. Nennen Sie die fünf neuen Bundesländer.

Schleswig-Holstein



Das nördlichste Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.
Kiel (= Landeshauptstadt): 233 000 Einwohner;
Lübeck: 212 800 Einwohner



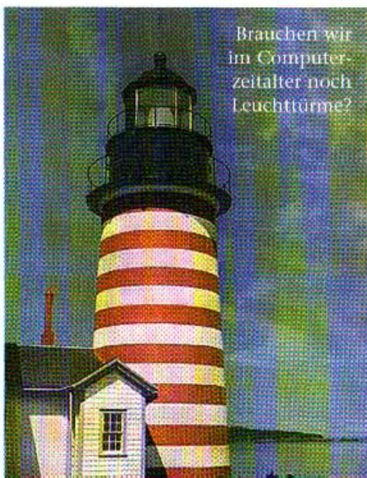
Aus der Geschichte: Bis zum 14. Jahrhundert regierten dänische Herzöge den nördlichen Landesteil. Auch später bildete Schleswig-Holstein für lange Zeit eine politische Union mit Dänemark.

Nach dem Ersten Weltkrieg kamen schließlich Nordschleswig zu Dänemark und Südschleswig zu Deutschland. Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein ist heute mit zwei Abgeordneten im Kieler Landtag vertreten.

Klima und Landschaft: Zwei Meere umschließen Schleswig-Holstein: Nordsee und Ostsee. Der Nordseeküste vorgelagert sind kleine und größere Inseln: die sogenannten Halligen, die Nordfriesischen Inseln und Helgoland. Zwischen diesen Inseln und dem Festland erstreckt sich das flache Wattenmeer. Die Nordseeküste liegt zum Teil unter dem Meeresspiegel. Die Sicherung der Küsten, d.h. der Bau von Dämmen und Deichen, ist immer wichtiger geworden, weil der Meeresspiegel steigt und die Gefahr von Sturmfluten zunimmt. Der Küstenschutz gerät bald an seine Grenzen und die flachen Halligen sind in Gefahr, überflutet zu werden.
Das Land ist fast unbewaldet. Die Sommer sind kühl und die Winter mild, bei ständigem Wind.
Die Ostseeküste hat mehr Sonne als die Nordseeküste, dazu eine landschaftlich reizvolle Seen- und Hügellandschaft im Hinterland, genannt „Holsteinische Schweiz". Auch an der Ostsee müssen höhere Deiche in Zukunft mehr Schutz bieten.

Wattwandern ohne Gefahr

Immer mehr Urlauber und Besucher des Nordseeheilbades Cuxhafen wollen den Nationalpark Wattenmeer kennenlernen – eine der letzten Naturlandschaften Europas. Viele Gäste schließen sich aus Sicherheitsgründen informativen Wattführungen an. Damit die Gefahren von Flut und Ebbe nicht unterschätzt werden, hat die Kurverwaltung des Nordseeheilbads Cuxhafen die Broschüre „Wattwandern" herausgegeben. Der Gast findet darin nicht nur alle Wattwanderzeiten vor Cuxhafen, sondern auch die Termine der Wattführungen.





Wirtschaft: Der Fremdenverkehr in den Nord- und Ostseebädern und auf den Inseln Sylt, Föhr, Amrum, Helgoland und Fehmarn ist neben der Landwirtschaft (Viehzucht, Getreide, Kartoffeln) der wichtigste Wirtschaftsfaktor. Die Nordsee ist sehr fischreich, aber Nutzfische wie der Kabeljau verschwinden und die Fischerei ist wegen der Überfischung in eine Krise geraten. Eine wichtige Binnenschifffahrtsstraße für Europa, der Nord-Ostsee-Kanal, verbindet beide Meere.

Städte: Kiel liegt an einem Naturhafen. Hier findet die „Kieler Woche" statt mit internationalen Segelwettbewerben, verbunden mit einem Kulturprogramm. Lübeck, früher das Herz der Hanse, ist auch die Stadt der „Buddenbrooks" (Roman von Thomas Mann über den Niedergang einer hanseatischen Kaufmannsfamilie). Die Schriftsteller Thomas Mann, der 1929 den Nobelpreis für Literatur erhielt, und sein Bruder Heinrich Mann wurden hier geboren. Das Wahrzeichen Lübecks ist ein 500 Jahre altes Stadttor, das Holstentor; es steht als Denkmal auf der Weltkulturerbeliste der UNESCO.

→ Das Stichwort die Hanse

1358 gegründeter Städtebund aus insgesamt 70 bis 80 Städten unter der Führung Lübecks. Ziele: nur Handelsinteressen und gegenseitiger Schutz. Die Hanse hatte etwa 200 Jahre das Handelsmonopol im Ostseeraum für den Austausch von Fertigwaren des Westens gegen land- und forstwirtschaftliche Produkte des Ostens. Hamburg, Bremen und Lübeck bezeichnen sich heute noch als „Hansestädte".



Hamburg
(Freie und Hansestadt Hamburg)



Stadtstaat. – Hafenstadt. – Zweitgrößte Stadt Deutschlands. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. An der Elbe gelegen, ca. 110 km von der Nordsee entfernt.



Aus der Geschichte: Hamburg war jahrhundertelang eine freie Reichs- und Hansestadt. Noch heute nennen sich ihre Minister „Senatoren".
Die Lage machte Hamburg schon im 13. Jahrhundert zu dem wichtigsten Seehafen an der Nordsee. Im Zeitalter der Entdeckungen verloren die Ostseehäfen an Bedeutung, Hamburg dagegen erlebte einen großen Aufschwung. Seine Schiffe fuhren auf den neuen Handelswegen bis nach Indien und Amerika.
Im Jahr 1842 wurde die mittelalterliche Altstadt durch ein Feuer vernichtet. Das Wahrzeichen der Stadt, der Michel – die St.-Michaelis-Kirche aus dem 18. Jahrhundert – wurde 1906 durch einen Brand zerstört und später originalgetreu wieder aufgebaut. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Innenstadt von Hamburg fast völlig in Schutt und Asche gelegt.

Allgemeines: Hamburgs Hafen, das „Tor zur Welt", hat eine Fläche von 100 km²; hier arbeiten 140 000 Menschen. Über 1000 Häfen werden im regelmäßigen Liniendienst angelaufen. Hamburg ist einer der zehn wichtigsten Häfen im Containerumschlag der Welt. Er ist der größte Importhafen für Kaffee, einer der führenden Umschlagplätze für Gewürze und Transithafen Nummer eins für Kakao in Europa. Die Terminals haben ihre Belastungsgrenze erreicht; Speditionen sorgen für reibungslose Logistik und den Weitertransport über Schiff, Zug und Lkw.


Die Hamburgische Staatsoper

Neubau- und Reparaturwerften wie Blohm + Voss behaupten sich im internationalen Wettbewerb und gehören zur Weltspitze. Die HafenCity an den Hafenbecken und der Elbe ist das größte innerstädtische Entwicklungsprojekt Europas. Wohnen und Kontore kehren in die Hafengebiete zurück, der Hafen wird neuen Ansprüchen an Landeanlagen, Umschlag und Lager gerecht.
Für die Besucher ist eine Hafenrundfahrt ein bleibendes Erlebnis. Jedes Jahr am 7. Mai wird der „Hafengeburtstag" gefeiert; seit diesem Tag im Jahr 1189 besitzt der Hafen Zoll- und Schifffahrtsprivilegien (heute „Freihafen"-Status).

Hamburg ist eine weltoffene Stadt. Die Hamburger nennen sich gern „Hanseaten", weil sie stolz sind auf den Geist und die Geschichte ihrer Stadt. Aushängeschild dieses Weltgefühls ist die achteinhalb Kilometer lange Hamburger Elbchaussee mit ihren klassizistischen Villen, den Herrensitzen und Parks. Keine deutsche Großstadt hat so viele ausländische Konsulate wie Hamburg. Ausländische Kaufleute sind hier ebenso zu Hause wie Handelsdelegationen aus aller Welt.

Hamburg lebt aber nicht von seinem Hafen und den vielen Besuchern allein. In Hamburg wird ein Teil des europäischen Airbus gebaut, hier befindet sich auch DESY (= Deutsches Elektronen-Synchrotron), eine Forschungsstätte für Teilchenphysik.

Kultur: Hamburg ist auch eine Kulturstadt von Rang, eine Musik-, Theater- und Medienstadt. Felix Mendelssohn Bartholdy (1809–1847) und Johannes Brahms (1833–1897) wurden hier geboren (siehe S.125). Die Namen Bach, Telemann und Händel sind mit Hamburg verknüpft.
Die Hamburgische Staatsoper und ihr Ballett, das Thalia-Theater und das Deutsche Schauspielhaus haben eine lange Tradition. Im Bau ist die Elbphilharmonie, ein futuristisches Konzerthaus, das auf einem alten Kakao-Speicher im Hafen errichtet wird. Typisch für das kulturelle Leben ist das Mäzenatentum, die Bedeutung privater Mäzene, die Stiftungen und Kulturpreise ins Leben rufen. Sie verschafften auch der Hamburger Kunsthalle und dem Museum für Kunst und Gewerbe bedeutende Sammlungen. Und bessern die leeren öffentlichen Kassen auf.

Hamburg als Medienstadt: Hier wird DER SPIEGEL gemacht, hier erscheint die bekannte liberale Wochenzeitung DIE ZEIT. Die Deutsche Presseagentur (dpa) und Fernseh- und Hörfunkanstalten haben in Hamburg ihren Sitz.

Weltberühmt ist Hamburg aber auch für sein Amüsierviertel St. Pauli, das treffend so charakterisiert wird: St. Pauli ist ein riesiges Varieté, am Tag ein Dorf, in der Nacht ist die Welt zu Gast. Musiker, Theatermacher, Abenteurer und Unternehmer treffen sich auf dem Kiez. Reeperbahn und Große Freiheit sind die Zentren des Nachtlebens, der Liveclubs und Tanzbars.


Elbphilharmonie



Volkswagen-Werk in Wolfsburg

Niedersachsen



Das flächenmäßig zweitgrößte Bundesland nach Bayern. – 300 km Nordseeküste. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Hannover (= Landeshauptstadt): 516 200 Einwohner; Braunschweig: 245 100 Einwohner



Aus der Geschichte: Fast hundert Jahre existierten enge Beziehungen zu England. Im 18. Jahrhundert bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Kurfürsten in Hannover zugleich Könige von England. Erst Queen Victoria beendete diese Personalunion.

Landschaft: Niedersachsen reicht von der Küste der Nordsee zu den Mittelgebirgen, dem Harz und dem Weserbergland. Wichtige Schifffahrtswege durchziehen das Land: die Weser, der Mittellandkanal und im Osten die Elbe.
Nördlich von Hannover liegt die Lüneburger Heide, ein Naturpark mit alten Bauernhäusern und Schafherden, den sogenannten Heidschnucken. Sie erstreckt sich über 7000 km^2.

Wirtschaft: Niedersachsen ist ein Agrarland; hier werden Weizen und Gemüse angebaut. Viehzucht bestimmt das Landschaftsbild. Berühmt ist die Pferdezucht. Der Hannoveraner ist das beliebteste Turnierpferd überhaupt und zugleich idealer Partner für einen Urlaub zu Pferd. Industrie ist im Raum Hannover und Braunschweig zu Hause. Die größte Automobilfabrik der Bundesrepublik, das Volkswagen-Werk (= VW), steht in Wolfsburg, östlich von Hannover.

Mit VW ist die Geschichte des legendären Käfers – so genannt nach seiner unverwüstlichen Form – verbunden. Am 17. Februar 1972 wurde VW Produktionsweltmeister: Über 15 Millionen Käfer waren vom Band gelaufen. Der berühmte Kultwagen lief und lief, wurde ständig umgebaut und verbessert. Ab 1977 wurde er noch in Mexiko gebaut. 1993 löste der New Beetle den Käfer endgültig ab.

Die Seehäfen mit ihren Werften sind wichtige Industriestandorte. Der westlichste Hafen ist Emden. Die dortige Meyer-Werft hat sich auf den Bau von Kreuzfahrtschiffen spezialisiert und ist auf Jahre hinaus ausgelastet. Die riesigen Schiffe werden unter den Augen von Tausenden von Schaulustigen die Ems flussabwärts zur Nordsee geschleppt (siehe auch Hamburg, S. 27, und Bremen, rechts).

Städte: Die Landeshauptstadt Hannover ist Verkehrsknotenpunkt zu Wasser (Mittellandkanal) und zu Lande und verfügt außerdem über einen internationalen Flughafen. Sie war Eisenbahnknotenpunkt schon im 19. Jahrhundert, als es über Hannover Verbindungen von Paris über Berlin und Warschau bis Moskau gab und von Kopenhagen bis nach Wien und Rom. Die günstige Lage machte Hannover zum Standort der größten Industriemesse der Welt, der Hannovermesse. Auch die weltgrößte Messe für Kommunikationstechnik (Computer, Telefone, Kommunikationssysteme), die CeBIT, findet jährlich in Hannover statt.



Bremer Roland

Die nächstgrößte Stadt, Braunschweig, ist kulturell und historisch geprägt. Südlich von Braunschweig liegt Wolfenbüttel: An der berühmten Bibliothek dieser Stadt wirkten der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz und der Dichter Gotthold Ephraim Lessing.
Laut aktueller EU-Studie ist Braunschweig („Stadt der Wissenschaft") auch die forschungsintensivste Region in Europa. Die Wissenschaftsregion vernetzt verschiedene Hochtechnologie-Kompetenzen, wissenschaftliche Forschungseinrichtungen mit Firmen des Hochtechnologie-Sektors (Biotechnologie, Verkehrstechnik, Finanzwirtschaft).

Bremen (Freie Hansestadt)



Stadtstaat, bestehend aus der alten Handelsstadt Bremen und Bremerhaven. – Das kleinste Bundesland. – Nach Hamburg größter deutscher Seehafen, auch führender Binnenhafen. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.



Aus der Geschichte: Bremen wurde unter Karl dem Großen 787 Bischofssitz („Rom des Nordens" genannt), 1358 Mitglied der Hanse und 1646 Reichsstadt, d.h. sie hatte besondere Rechte. Seit 1815 nennt sich Bremen wieder Hansestadt.

→ Das Stichwort Bremer Roland

Errichtet 1404. – Die gotische Statue soll den Gefolgsmann Karls des Großen mit dem Schwert der Gerechtigkeit und dem kaiserlichen Adler darstellen. Rolandssäulen gibt es auf den Marktplätzen vieler Ortschaften in Norddeutschland und im nördlichen Mitteldeutschland. Ursprung und Bedeutung sind umstritten, wahrscheinlich sind sie Symbol des Marktrechts (= Recht, einen regelmäßigen Markt abzuhalten) oder der Gerichtsbarkeit.

Lage und Bedeutung: Bremen liegt ca. 60 km von der Nordsee entfernt. Bremerhaven liegt an der Mündung der Weser in die Nordsee. Die junge Seestadt Bremerhaven wurde 1827 gegründet, als die Weser zu versanden drohte. Nach Hamburg hat Bremen den zweitgrößten Hafen, der über modernste Anlagen verfügt und besonders im Container-Betrieb sehr leistungsfähig ist. Umgeschlagen und verarbeitet werden Erdöl, Wolle, Baumwolle, Tabak und Kaffee. Von Bremerhaven aus wird die deutsche Polarforschung gesteuert.
Im Krieg wurden Hafen und Innenstadt stark zerstört.

Sehenswürdigkeiten: Die selbstbewussten Bremer Bürger sind von jeher stolz auf ihre Stadt, besonders auf den Marktplatz mit dem 1000 Jahre alten Dom, dem Renaissance-Rathaus und dem Wahrzeichen der Stadt, dem Bremer Roland. Bremens ältester Teil, das Schnoor-Viertel, ist restauriert worden und präsentiert sich mit Läden und gemütlichen Gaststätten.

Mecklenburg-Vorpommern



Mit der Vereinigung wieder entstandenes Bundesland. – Mit 77 Einwohnern pro km^2 das am dünnsten besiedelte Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Schwerin (= Landeshauptstadt): 97 700 Einwohner; Rostock: 198 300 Einwohner; Neubrandenburg: 69 200 Einwohner; Stralsund: 59 100 Einwohner



Aus der Geschichte: Im Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) wurden Mecklenburg und Pommern stark verwüstet. Vorpommern und die Insel Rügen gehörten von 1648 (Westfälischer Frieden) bis 1803 zu

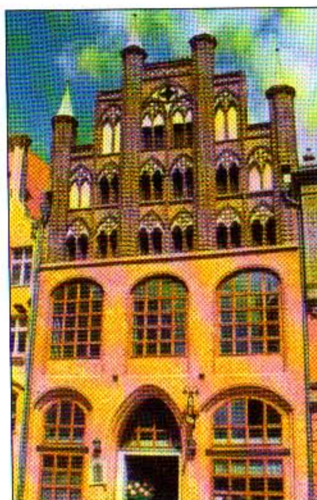


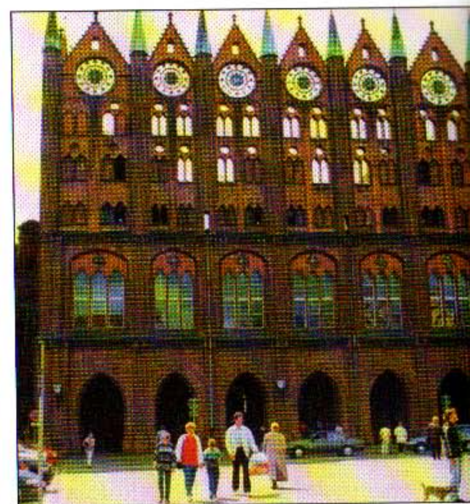
Schweden. Nach 1815 war ganz Pommern eine Provinz des Königreichs Preußen. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand 1945 das westlich der Oder liegende Land Mecklenburg-Vorpommern. Die östlich dieser Linie liegenden Teile Pommerns sowie das südlich davon gelegene Schlesien gehören heute zu Polen.

→ Das Stichwort

Oder-Neiße-Grenze

Im Potsdamer Abkommen 1945 festgelegte und 1990 endgültig anerkannte deutsche Ostgrenze.





Stralsund: Bürgerhäuser (links) und Rathaus (rechts)

Landschaft und Naturschutz: Die langen Strände und Dünen der Ostseeküste, die Inseln Rügen mit den berühmten Kreidefelsen, Hiddensee und Usedom und die ca. 650 Seen der Mecklenburgischen Seenplatte sind ideale Freizeit- und Erholungsgebiete. Die Kanäle und Flüsse sind so miteinander verbunden, dass man auf dem Wasser bis hinein nach Berlin fahren kann. Typisch sind die schönen alten Alleen, die noch nicht dem Straßenbau zum Opfer gefallen sind. Die Müritz ist mit 115 Quadratkilometern nach dem Bodensee der größte See in Deutschland. Im Müritz-Nationalpark „Ostufer" leben seltene Vogelarten, Kraniche, Eisvögel und sogar Fischadler. Auf der Insel Rügen, der größten deutschen Insel, haben sich seltene Pflanzen erhalten. Aber besorgt beobachten Naturschützer in letzter Zeit den Bauboom mit Hotels und Ferienhäusern.

Die Besucherzahlen steigen. Die Nationalparks, Biosphärenreservate und Naturparks sind großräumige Schutzgebiete, in denen die Natur intensiv erlebt werden kann. Naturerholung verlangt aber eine geplant umgesetzte Infrastruktur, die die Besucher lenkt: Rad- und Wanderwege, Beobachtungsplätze und Informationsstellen stehen den Naturliebhabern und Erholungsuchenden zur Verfügung und tragen damit zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region bei.

Wirtschaft: Mecklenburg-Vorpommern hat es am schwersten, sich wirtschaftlich zu stabilisieren. Es ist ein Agrarland. Wie in der ganzen ehemaligen DDR wurde in den Fünfzigerjahren nach sowjetischem Muster umstrukturiert: Die Kleinbauern wurden gezwungen, in großräumige LPGs (= Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) einzutreten.
Nach der Wende fand wiederum eine Umstrukturierung der Landwirtschaft statt: Die staatliche Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) verkaufte das Land, das Besitz der DDR gewesen war: Äcker, Wiesen, Wälder und alles weitere Vermögen wurden privatisiert. Private bäuerliche Betriebe bewirtschaften heute einen Teil der Fläche; der größere Teil wird von den Nachfolgebetrieben der LPGs in der Rechtsform der Genossenschaft (= Gesellschaft, deren Mitglieder gemeinschaftlich einen Geschäftsbetrieb führen und Geschäftsanteile besitzen) oder einer GmbH (= Gesellschaft mit beschränkter Haftung) bestellt. Die Landwirtschaft Ostdeutschlands hat durchaus Chancen, in der Konkurrenz zum Westen zu bestehen. Ihr Vorteil ist die Größe der Betriebe.

Die Arbeitslosigkeit ist hoch, aber es gibt viele Lichtblicke: Firmengründungen und unternehmerische Dynamik. Mit Fördermitteln ist ein Herstellerbetrieb für

Luftfahrzeuge und ein Kompetenzzentrum für Luft- und Raumfahrt entstanden. Das soll auch ausländische Firmen anziehen. Kleine, innovative Firmen der Biotechnologie-Forschung sind in Rostock gegründet worden. Daraus entstand das sogenannte BioCon Valley in Mecklenburg-Vorpommern, der zentrale Ansprechpartner für Biotechnologie, Biowissenschaften und Medizintechnik im Nordosten Deutschlands. BioCon Valley zeichnet sich aus durch eine enge Vernetzung zwischen Forschern und Firmen in der Region und eine optimale Infrastruktur in den Gründerzentren Greifswald, Rostock, Neubrandenburg. Seit 1996 sind viele Firmen neu gestartet und haben Hunderte von Arbeitsplätzen geschaffen.
Die hochmodernen Werften in Stralsund und Wolgast bauen Containerschiffe und Marineboote. Nach der Wende bekamen sie enorme Bundeszuschüsse, später wurden sie von einer Bremer Werft-Gruppe übernommen.

Städte: Schwerins Aushängeschild ist sein prächtiges Schloss, das die Herzöge von Mecklenburg auf einer Insel im Schweriner See im 17. Jahrhundert erbauen ließen. Rostock, seit 1990 wieder Hansestadt, ist geprägt vom Hafen und der Werftindustrie. Fährverbindungen schaffen enge Kontakte zu den skandinavischen Ländern. Rostock-Warnemünde ist der Heimathafen der „Maria S. Merian", des weltweit modernsten Forschungsschiffes, auf dem Wissenschaftler in den Eisrand-Regionen der Arktis den Einfluss auf das Klima untersuchen.
Die Universität gehört zu den ältesten in Deutschland (gegründet 1419).
Wie Rostock, Greifswald (Universitätsstadt seit 1456) und Wismar war Stralsund eine reiche Kaufmannsstadt. Mit der Insel Rügen verbindet die Stadt ein über 60 Jahre alter Damm und eine hochmoderne Brücke. Aus dem Mittelalter sind noch Teile der Altstadt erhalten geblieben; viele Häuser stehen unter Denkmalschutz. Sehenswert sind im Zentrum die alten Bürgerhäuser und das Rathaus in typisch norddeutscher Backsteingotik. Wertvolle Zeugnisse aus der Hansezeit und der kulturelle Einfluss der Schwedenzeit sind zu entdecken.


Der Spreewald

In den neuen Bundesländern wurden Städte, darunter auch Stralsund und Cottbus sowie Dörfer zu „Modellstädten" bzw. „-dörfern" erklärt; die Sanierung wurde hier beispielhaft erprobt.
Erhaltenswert sind auch die vielen Schlösser, Herrenhäuser und historischen Winkel des Landes, deren Restaurierung aber erhebliche Geldmittel erfordert.

→ Das Stichwort Backsteingotik
„Backstein" ist ein altes Wort für „Ziegel". Seit dem 12. Jahrhundert Bauweise in Nord- und Ostdeutschland sowie in Skandinavien. Kirchliche und weltliche Bauwerke.

Verkehrswege, die auf ganz Europa bezogen sind und die Nord-Süd- und West-Ost-Verbindungen schaffen, sind fertiggestellt oder noch im Bau. In den Straßenbau der neuen Bundesländer wird verstärkt investiert, zum großen Teil aus Geldern des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

Brandenburg





Mit der Vereinigung wieder entstandenes Bundesland. – Das größte der neuen Bundesländer. – Fläche und Bevölkerung (siehe S. 25.) Potsdam (= Landeshauptstadt): 145 000 Einwohner; Cottbus: 107 500 Einwohner; Brandenburg: 75 500 Einwohner; Frankfurt/Oder: 26 000 Einwohner



Schloss Sanssouci

Brandenburg ist das Umland der Hauptstadt Berlin, die genau in seiner geografischen Mitte liegt. Hauptstadt von Brandenburg ist aber nicht Berlin, sondern Potsdam. Die Pläne, Berlin und Brandenburg zu einem Bundesland zusammenzufassen, sind gescheitert.

Aus der Geschichte: Aus dem Kurfürstentum Brandenburg wurde 1701 das Königreich Preußen. Lange Zeit war dieses dünn besiedelte Land wirtschaftlich rückständig. Deshalb wurden im 17. und 18. Jahrhundert eine große Zahl von verfolgten Protestanten in das „aufgeklärte" Preußen geholt. Holländische Einwanderer, Protestanten aus Salzburg und Hugenotten aus Frankreich brachten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten mit und trugen zum Aufschwung Berlins bei.

Landschaft: Brandenburgs Landschaft besteht aus Wäldern, Flüssen, etwa 3000 Seen und kargen Sandböden. Einzigartig ist der Spreewald, eine Landschaft mit unzähligen Wasserarmen und vielen kleinen Siedlungen. Theodor Fontane, Schriftsteller des 19. Jahrhunderts und Nachkomme französischer Hugenotten, beschrieb dieses Gebiet in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg" (1862–1882).

Wirtschaft: Brandenburgs Wirtschaft kommt nur langsam in Gang. Dünne Besiedlung durch Abwanderung bestimmt das Bild. Prestigeobjekte, die Arbeitsplätze schaffen sollten, sind trotz öffentlicher Gelder gescheitert, weil die industriellen Investoren fehlten. Ein extremes Beispiel ist das Projekt Cargolifter. Der Luftschiffbauer ging Pleite, dafür entstand in der riesigen Halle ein Tropenparadies als Freizeitanlage. Positive Beispiele gibt es im sogenannten Speckgürtel von Berlin: Hier haben sich Technologie-Firmen der Luft- und Raumfahrt angesiedelt.
Auch Frankfurt (Oder) macht von sich reden. In der Stadt der Europa-Universität Viadrina (Schwerpunkt Kontakte zu Polen) starten drei Fabriken ihre Solarzellen-Produktion. Frankfurt sieht seine Zukunft als „Solar-City und ökologische Vorzeige-Stadt".

Die Landeshauptstadt: Potsdam hat eine wechselvolle Geschichte. Die Stadt war Residenz der preußischen Herrscher. Hier ließ Friedrich der Große (1712–1786) von seinem Architekten Knobelsdorff nach eigenen Skizzen das berühmte Schloss Sanssouci erbauen, das sein Lieblingsaufenthalt wurde. Hier führte er philosophische Gespräche mit Voltaire und lud berühmte Männer wie Johann Sebastian Bach ein.

Nicht zufällig fand in dieser Stadt, die so eng mit der preußisch-deutschen Geschichte verknüpft ist, nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Potsdamer Konferenz statt. Truman (USA), Stalin (UdSSR) und Churchill (Großbritannien) trafen sich mit ihren Außenministern im Schloss Cecilienhof, das heute ein viel besuchtes Museum ist. Das Potsdamer Abkommen regelte 1945 die Aufteilung des besiegten Deutschen Reichs in vier Besatzungszonen, die neuen Grenzen (siehe Stichwort „Oder-Neiße-Grenze", S. 32) und die Aburteilung der Kriegsverbrecher (siehe S. 163).
Potsdam ist auch der Sitz eines bekannten, international tätigen Forschungsinstituts: das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Es erforscht Fragen des Klimawandels, der Klimafolgen und der nachhaltigen Entwicklung. Die Technische Universität Cottbus ist die jüngste in Deutschland. Die zahlreichen ausländischen Studenten loben sie wegen der modernen Bauten und der guten Studienbedingungen.



Berlin



Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 wurden Berlin-Ost und Berlin-West wiedervereinigt. Berlin ist Hauptstadt und Bundesland (Stadtstaat). – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.



Brandenburger Tor mit Mauer, (Westseite vor der Wende)



Aus der Geschichte: Berlin wurde 1237 erstmals urkundlich erwähnt, also relativ spät. Erst im 17. Jahrhundert trat die Stadt aus ihrem Schattendasein heraus und wurde ein wichtiger Handelsplatz. Im 18. Jahrhundert spielten Preußen und seine Hauptstadt besonders unter Friedrich II. eine zentrale Rolle auf Europas Bühne. 1871 wurde Berlin Hauptstadt des neu gegründeten Deutschen Reichs. Sie war auch die Hauptstadt des sogenannten Dritten Reichs (1933–1945); hier festigte Adolf Hitler seine Diktatur und löste den verheerenden Zweiten Weltkrieg aus.

1933 lebte in Berlin fast ein Drittel aller deutschen Juden, nämlich 160 000. Jüdische Künstler, Wissenschaftler, Theaterleute, Verleger und Schriftsteller



Berliner Mauer mit Graffiti
Wussten Sie das? Als die Mauer abgerissen wurde, stellten die Berliner kleine Stände auf und verkauften die Steinstückchen mit den bunten Mustern und Schriftzügen an die zahlreichen Touristen.

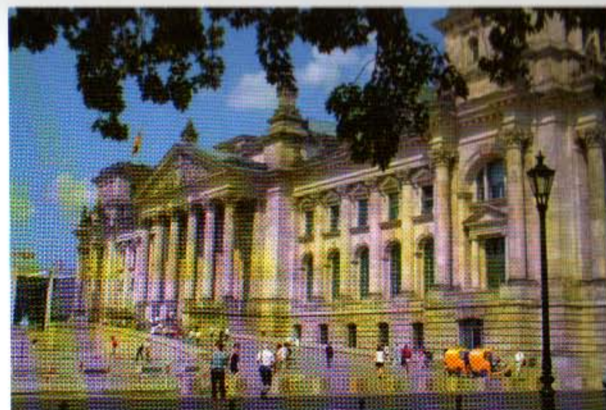
begründeten den Weltruhm Berlins als Kulturstadt entscheidend mit. Der Maler Max Liebermann, der Theatermann Max Reinhardt, Albert Einstein, die Schriftsteller Alfred Döblin und Kurt Tucholsky seien stellvertretend dafür genannt. Sie fühlten sich als Teil des liberalen oder auch konservativen Bürgertums und waren Deutsche, bis die Katastrophe des „Dritten Reichs" über sie hereinbrach. Heute hat die Jüdische Gemeinde von Berlin wieder 12 000 Mitglieder und ist damit die größte in Deutschland. Viele sind bemüht, die Tradition auf neuer Grundlage wieder zu beleben. Äußeres Zeichen war am 7. Mai 1995 die Wiedereröffnung der „Neuen Synagoge" und des Gemeindezentrums als Kultur- und Begegnungsstätte.

Die Bombenangriffe und die Kämpfe der letzten Kriegstage 1945 machten aus Berlin einen Trümmerhaufen. Noch heute sind die Folgen der Zerstörungen deutlich sichtbar.

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs wurde Berlin in vier Sektoren aufgeteilt: den amerikanischen, englischen, französischen und russischen. Die Sektoren wurden vom Alliierten Kontrollrat verwaltet. Aber schon bald begann die Teilung in einen demokratisch regierten Westteil und einen kommunistischen Ostteil. Stalin versuchte, ganz Berlin in seine Gewalt zu bringen, und verhängte eine Blockade. Amerikanische und englische Flugzeuge versorgten die Westsektoren fast elf Monate lang über eine Luftbrücke. Sogenannte Rosinenbomber landeten mitten in der Stadt auf dem Flughafen Tempelhof, dem ältesten Flughafen der Welt, der erst 2008 geschlossen wurde.

Nach Beendigung der Blockade begann der Wiederaufbau. West-Berlin wurde eine „Insel", umgeben von der DDR. Berlin-Ost wurde die Hauptstadt der DDR.

Bis 1961 verließen Hunderttausende von Flüchtlingen über West-Berlin den Ostteil des Landes. Um den wirtschaftlichen Ruin zu verhindern, errichtete die DDR am 13.





Reichstag in Berlin, Sitz des Bundestags; Bundeskanzleramt (unten)

August die Mauer und riegelte West-Berlin von seinem Umland ab. Dies lag auch im strategischen Interesse der Sowjetunion, denn die Grenze trennte nicht nur zwei Staaten, sondern auch zwei Bündnissysteme: die Nato im Westen und den Warschauer Pakt im Osten.

Berlin blieb über Transitautobahnen, -wasserstraßen und -bahnverbindungen mit der Bundesrepublik verbunden; in Luftkorridoren wurde der Luftverkehr abgewickelt. Die Westmächte bestanden über Jahrzehnte hinweg auf ihren Rechten aus dem Vier-Mächte-Status. Der amerikanische Präsident John F. Kennedy hielt in Berlin vor dem Rathaus seine berühmte Rede, in der er sich mit den Berliner Bürgern solidarisierte: „Ich bin ein Berliner."

Als am 9. November 1989 die Mauer fiel, durchlebte Berlin bewegende Tage, die Menschen beider Teile wieder zusammenführte. Das erste gemeinsame Silvester wurde ein großartiges Fest am Brandenburger Tor, das

von einem Feuerwerk gekrönt war (siehe auch S. 164). Es wird jedes Jahr wieder gefeiert.
Die Entscheidung, Berlin wieder zum Regierungssitz zu machen, zieht gigantische städtebauliche Maßnahmen nach sich. Zurzeit ist Berlin Europas größte Baustelle. Traditionelle und moderne Stadtmodelle, Wiederinstandsetzung und neue Glitzerfassaden sowie Turmhäuser bilden eine eindrucksvolle Melange. Bereits heute sind viele davon überzeugt, dass Berlin in fünfzig Jahren eine der wichtigsten Metropolen Europas sein wird. Seit dem Regierungsumzug hat die Stadt international deutlich an Beliebtheit gewonnen.
Der 1884 bis 94 erbaute Reichstag ist für den Bundestag umgebaut worden. Das alte Botschaftsviertel erwacht neu: Russland, die USA, Frankreich und Großbritannien konnten auf Grundstücke zurückgreifen, die ihnen schon vor dem Krieg gehörten, und bauten hier ihre Botschaften.
Wo früher der Lehrter Bahnhof stand – heute nicht weit vom Kanzleramt –, wurde der Hauptbahnhof Berlins, Europas größter Kreuzungsbahnhof gebaut. Hier treffen sich die ICE-Züge aus allen Himmelsrichtungen, U- und S-Bahnen unter einem raumbildenden Glasdach. Aus Grenz- und Todesstreifen werden wieder lebendige Viertel.
Über Jahre herrschte ein gewaltiges Umzugskarussell; die ehemalige Hauptstadt Bonn bleibt aber Verwaltungsstadt und Stadt der Dienstleistungen (Telekom, Post, Postbank, UN-Behörden).

→ Das Stichwort Palast der Republik

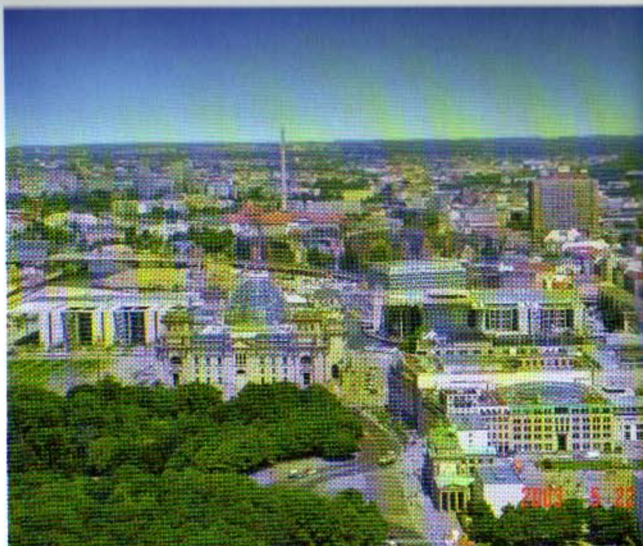
Viele Jahre wurde heftig um dieses Berliner Bauwerk gerungen. Für die Ostberliner hatte es Symbolcharakter. Hier tagte die Volkskammer, hier fanden Bälle, Kongresse, Konzerte, Modeschauen und internationale Treffen statt, hier verabredete man sich in Restaurants, im Theater oder Kino. Für die Westberliner war es ein sanierungsbedürftiges Gebäude; deshalb beschloss der Bundestag den Abriss. Der Palast wurde 30 Jahre nach seiner Eröffnung abgebaut und über die Spree abtransportiert.


Blockade 1948 / 1949: Landendes Transportflugzeug

→ Das Stichwort Humboldt-Forum

Auf der Fläche des Palastes der Republik, dem ehemaligen Schlossplatz, wird ein Gebäude mit der barocken Fassade des Stadtschlosses der preußischen Könige errichtet, das 1950 abgerissen worden war. Bis 2013 soll hier das Humboldt-Forum realisiert werden. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Zentral- und Landesbibliothek und Teile der Humboldt-Universität werden einziehen. Das Humboldt-Forum wird auch Ausstellungen und Veranstaltungen präsentieren und besonders die Integrationspolitik Berlins unterstützen.

Auf dem Schlossplatz errichtet die Stadt das Einheitsdenkmal, das eigentlich nach Leipzig gehört, wo die friedliche Revolution begann. Deshalb wäre auch der 9. Oktober das bessere Datum für den Nationalfeiertag, nicht der 3. Oktober, das Datum des Beitritts der DDR.



Das neue Regierungsviertel, Berlin-Mitte

→Das Stichwort **Brandenburger Tor**
Wahrzeichen der Stadt. Nach dem Vorbild der Propyläen der Athener Akropolis Ende des 18. Jahrhunderts gebaut. Stand vor der Wiedervereinigung im Ostteil der Stadt; die Mauer verlief in unmittelbarer Nähe.

Es wird noch eine Weile dauern, bis die Teile der Stadt zusammengewachsen sind, sowohl äußerlich als auch innerlich in der Gefühlswelt der Menschen. Somit ist Berlin Symbol der Teilung und der Schwierigkeiten der Wiedervereinigung zugleich. Die Stadt bemüht sich, die Vereinigungskrise zu meistern, eine neue Orientierung als Hauptstadt zu finden und die große Chance als Dreh- und Angelpunkt zwischen Ost und West zu nutzen.

Wirtschaft: Berlin war traditionell Sitz der Elektroindustrie (Siemens), außerdem der chemischen Industrie und der Bekleidungsindustrie. – Berlin ist außerdem Wissenschaftsstadt und eine internationale Kongress- und Messestadt.
Die drei Universitäten sind die Humboldt-Universität im Ostteil der Stadt sowie die Freie Universität und die Technische Universität im Westen. Hier angesiedelt sind bekannte Forschungsinstitute, die auf eine lange Tradition zurückblicken können, und das Technologie-Zentrum der Fraunhofer-Gesellschaft.

Inzwischen erlebt Berlin einen Strukturwandel. Die Stadt ist vor allem Verwaltungsstadt geworden, die industriellen Arbeitsplätze sind auf ein Drittel geschrumpft, von 400 000 auf 100 000. Als Berlin Hauptstadt wurde, kamen Software- und Biotechnologie-Firmen, die nur relativ wenig Arbeitsplätze schaffen. Betroffen ist besonders der sogenannte Berliner Kiez, die Problembezirke: Die Arbeitslosigkeit unter den ausländischen Arbeitnehmern, vor allem unter türkischen Jugendlichen, ist hier besonders hoch. Kleine Unternehmen etablieren sich: Imbisse, Auto-Werkstätten, Bistros, Restaurants. Reichtum und Armut, erschreckende und attraktive Dinge liegen in Berlin dicht beieinander.


Humboldt-Universität


Schloss Bellevue, Sitz des Bundespräsidenten

Kultur: Berlin ist auch in den Jahren der Teilung kultureller Mittelpunkt gewesen. Seit die Stadt wiedervereinigt ist, gehen viele internationale Künstler nach Berlin; hier gibt es Dutzende von Theatern, Museen in großer Zahl (siehe S. 133f.), drei Opernhäuser, das Berliner Staatsballett und mehrere große Orchester, darunter die Berliner Philharmoniker. Wie in der Kinoszene existiert auch bei den Berliner Theatern eine Off-Theater-Szene, d.h. freie Theatergruppen und Kulturfabriken. Hier findet auch politisches Theater statt: im Jahr 2005 zum Beispiel das innovative Festival Politik im Freien Theater, das Theaterproduktionen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigte.

Berlin hat eine wohl einzigartige alternative Szene-Kultur. Hier gibt es keine Sperrstunde (Zeit, zu der alle Lokale schließen müssen), im Gegensatz zu allen anderen Großstädten in Deutschland. 6500 Kneipen, originelle Nachtclubs und Bars hat die Stadt zu bieten. Zuwanderung und linke Tradition haben hier ein eigenes Flair geschaffen. Szene-Viertel im Osten sind die Oranienburger Straße in Berlin-Mitte und der Prenzlauer Berg.
Für junge Leute und Studenten ist die Stadt ein attraktives Ziel: An jedem Wochenende kommen Tausende zum Party-Marathon nach Berlin, die Stadt Nummer eins der Raver, der Pop- und Techno-Kultur. In stadtbekannten Clubs legen DJs auf. Gefeiert wird drinnen und draußen, wo die noch freien Flächen viel Raum bieten.


Spree mit Lastkähnen in Berlin

Sachsen-Anhalt





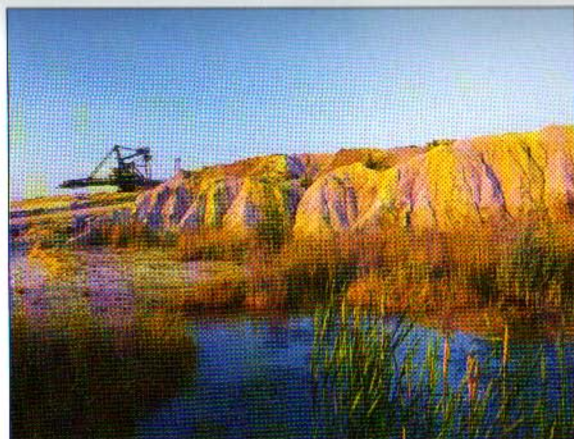
Mit der Vereinigung wieder entstandenes Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Magdeburg (= Landeshauptstadt): 227 500 Einwohner; Halle: 240 100 Einwohner; Wittenberg: 46 300 Einwohner; Dessau: 78 400 Einwohner

Aus der Geschichte: Die Elbe war vor der Jahrtausendwende die Grenze zu den slawischen Siedlungsgebieten, z.B. der Sorben (siehe S.15). Dann nahmen vor allem die Sachsen das Land östlich der Elbe in Besitz und kolonisierten es. Dabei war das Erzbistum Magdeburg der Ausgangspunkt für die Missionierung.
Martin Luther schlug im Jahr 1517 seine 95 Thesen an die Schlosskirche von Wittenberg an. Das war der Beginn der Reformation. In der Schlosskirche, die in der Folgezeit ausbrannte und neu wieder aufgebaut wurde, befindet sich sein Grab und das seines Mitstreiters Philipp Melanchthon.

Landschaft und Sagen: Der Westteil von Sachsen-Anhalt ist landschaftlich sehr reizvoll. Hier liegt die höchste Erhebung des Harzes, der Brocken mit 1142 Metern. In einer waldreichen, von Schluchten durchzogenen Gebirgslandschaft kann man zum „Hexentanzplatz" wandern. Das ist eine sagenumwobene Kultstätte, an der in der Walpurgisnacht die Hexen auf ihrem Besen geritten und mit dem Teufel Feste gefeiert haben sollen. Die Walpurgisnacht ist die Nacht vor dem 1. Mai. Heute drängen sich hier zahlreiche Touristen. Auch Johann Wolfgang von Goethe hat den Brocken bestiegen; die Brocken-Sage wurde wesentlicher Bestandteil seiner „Faust"-Dichtung.



Die Altstadt von Quedlinburg wurde 1994 auf die Welterbeliste der Vereinten Nationen gesetzt.



Sanierung des Braunkohle-Tagebaus

Bekannt sind die Burgen und Schlösser von Sachsen-Anhalt. Touristische Anziehungskraft hat besonders das alte Quedlinburg mit seinen Fachwerkhäusern aus sechs Jahrhunderten. Viele Häuser waren verfallen und sind nach der Wende restauriert worden. Zur Jahrtausendfeier der Verleihung der Markt-, Münz- und Zollrechte wurden Teile der Altstadt Weltkulturerbe.

Wirtschaft: Sachsen-Anhalt war das Zentrum der chemischen Industrie und des Braunkohle- und Kaliabbaus. Das Land hatte schwer mit den katastrophalen ökologischen Folgen des industriellen Raubbaus der letzten Jahrzehnte zu kämpfen. Die Region um Bitterfeld gilt als das schlimmste Beispiel einer rücksichtslosen Industriepolitik. Die verseuchten Böden wurden abgetragen, ganze Landstriche wurden entgiftet; die Landwirtschaft war in Mitleidenschaft gezogen, das Trinkwasser war belastet.

Aber das ist heute Vergangenheit. Die Standorte Bitterfeld und Leuna sind privatisiert; amerikanische, französische, italienische und westdeutsche Unternehmen investieren in die traditionelle chemische Produktion in der weltweit größten Chemieregion. Kleine und mittlere Betriebe siedeln sich im Umfeld an. Förderprogramme, der Ausbau der Infrastruktur und die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft haben das Land nach krisenreichen Jahren zu einem konkurrenzfähigen Standort gemacht. Inzwischen steigen die Erwerbstätigkeit und die Arbeitsproduktivität. Negativ bleibt die Bevölkerungsprognose: Sachsen-Anhalt rechnet mit einem Bevölkerungsverlust von 20% in den nächsten 20 Jahren.

Städte: Mittelpunkt und Landeshauptstadt ist Magdeburg an der Elbe. Die 1200 Jahre alte Stadt ist Verkehrsknotenpunkt, Binnenhafen und Verwaltungszentrum. Sie liegt an der Verbindung von Mittellandkanal, Elbe und Elbe-Havel-Kanal, außerdem an der Schnittstelle der Straßen von Hannover nach Berlin und von Hamburg nach Leipzig. Im 19. Jahrhundert wurde Magdeburg zu einer wichtigen Industriestadt. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Innenstadt völlig in Schutt und Asche gelegt. Demzufolge ist das Stadtbild heute uneinheitlich: der Dom, das erste gotische Bauwerk, Plattenbauten neben Neubauten und zuletzt das Hundertwasserhaus mit seinen goldenen Türmen, an dem der österreichische Künstler noch kurz vor seinem Tode gearbeitet hat.

Auch Halle an der Saale blickt auf eine 1000-jährige Geschichte zurück. Im Mittelalter wurde sie reich durch die Salzgewinnung. Mit dem Dreißigjährigen Krieg kamen Unglück, Pest und Armut. Der Aufschwung begann 1694 mit der Gründung der Universität (heute Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), die Zentrum der Aufklärung wurde. Auch die Ansiedlung der Hugenotten aus Frankreich war ein großer Gewinn für

Halle. Stolz sind die Bürger auf den berühmtesten Sohn der Stadt: Im Jahr 1685 wurde Georg Friedrich Händel in Halle geboren. Zu Zeiten der DDR ist Halle eine schmutzige Industriestadt geworden. Schon seit Anfang der Achtzigerjahre hat sich deshalb das andere Halle artikuliert: durch eine aktive Umwelt- und Friedensbewegung. Heute ist Halle an der Saale eine anziehende Stadt mit historischem Flair geworden.

Nordrhein-Westfalen





Bevölkerungsreichstes Bundesland. – Eines der größten Industriegebiete mit dichtester Besiedlung. – Mehrere Großstädte. – Schwerindustrie. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.

Düsseldorf (= Landeshauptstadt): 572 500 Einwohner; Köln: 966 000 Einwohner; Aachen: 258 000 Einwohner

Aus der Geschichte: Während der Regierungszeit Julius Cäsars drangen die Römer bis an den Rhein vor, eroberten die linksrheinischen Gebiete und machten Köln zum Zentrum der römischen Provinz „Germania Inferior". Unter Karl dem Großen, König der Franken (siehe S. 160), wurde Aachen zur wichtigsten Stadt des Fränkischen Reichs. Seine Grabstätte war Krönungsort der deutschen Könige im Mittelalter.

Stadt und Land: Nordrhein-Westfalen hat zwei Gesichter: das dicht besiedelte Ruhrgebiet, in dem die Städte ineinander übergehen, und daneben ausgedehntes Grün, auch im Ruhrgebiet selbst. Viel wurde für das ökologische Gleichgewicht getan. Auch waldreiche Gegenden sind charakteristisch für Nordrhein-Westfalen: der Teutoburger Wald, die Eifel, das Bergische Land und das Sauerland.

Wirtschaft: Für die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, dem Ruhrgebiet, stehen die Namen Krupp und Thyssen. Bergbau und Stahlerzeugung sind im allgemeinen Strukturwandel der letzten zwanzig Jahre in eine Krise geraten. Erdöl und Erdgas aus der Nordsee und aus Russland sowie die Atomindustrie sind die größten Konkurrenten des Kohlebergbaus. Die subventionierte Steinkohleförderung muss bis 2012 reduziert und bis 2018 ganz eingestellt werden. Das ist eine Forderung der EU-Kommission.
Die Stadt Gelsenkirchen spiegelt diese Entwicklung wider. Als 1982 die Roheisen-Produktion eingestellt wurde, begann der Abstieg. 1995 war auch das Ende der Kohleförderung gekommen. Wo Hochöfen qualmten, sind heute Parks mit vielen Freizeitmöglichkeiten entstanden. Eine Imagekampagne rückt u.a. den Wissenschaftspark und die Solarsiedlung als Beispiele des gelungenen Wandels ins rechte Licht. Vor allem die Schalke-Arena, der Spielort von Schalke 04, und die Fußball-Weltmeisterschaft sollten den Aufschwung unterstützen.

Städte: Großstädte sind u.a. Köln, Aachen, Essen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg (mit dem größten Binnenhafen der Welt).
Düsseldorf, die Landeshauptstadt, ist ein modernes internationales Handels- und Bankenzentrum. Sie ist auch Messestadt. Mehrere tausend Firmen, darunter viele japanische, haben hier ihren Sitz.
Attraktiv für den Besucher ist die Altstadt, die „längste Theke der Welt" genannt, mit ihren zahlreichen Gaststätten und Bars. Düsseldorf ist die Geburtsstadt von Heinrich Heine, dem Multitalent und kritischen Schriftsteller der Romantik, der bis in die heutige Zeit Kontroversen hervorgerufen hat. Die Düsseldorfer Universität wurde erst nach heftigen Diskussionen nach ihm benannt.

→ Das Stichwort **Der Kölner Dom**

Er wurde von 1248 bis 1880 erbaut und gilt als Meisterwerk gotischer Architektur. Die originalen Baupläne wurden während der gesamten Bauzeit nicht verändert.

1996 wurde er in die Liste des UNESCO-Welterbes eingetragen. Der Dom geriet vorübergehend auf die rote Liste der gefährdeten Kulturdenkmäler, weil geplante Hochhäuser auf der anderen Rheinseite die Stadtsilhouette mit dem Dom zerstört hätten. Das Prädikat der UNESCO ist verbunden mit Pflichten, die oft in Konflikt mit notwendigen Neuerungen geraten.

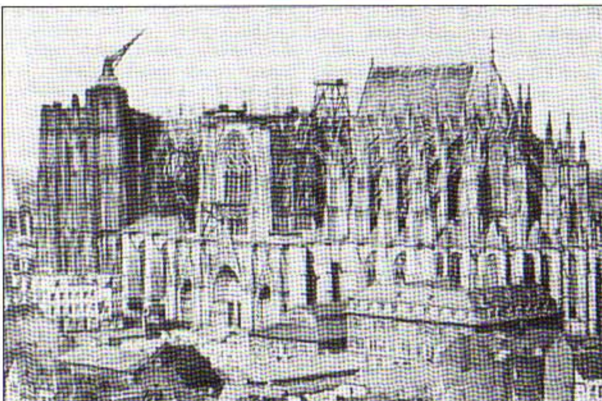
Köln, ebenso wie Düsseldorf am Rhein gelegen, ist mit fast einer Million Einwohnern die größte Stadt dieses Bundeslands. Sie ist wirtschaftlich abhängig von den Hochs und Tiefs des Automobilbaus (Ford), der Chemie und des Maschinenbaus.

Ihre Vergangenheit reicht bis in die römische Zeit, ins Jahr 50, zurück. 1248 wurde mit dem Bau des Kölner Doms begonnen, der sich über 600 Jahre hinzog. Er ist das Wahrzeichen der Stadt.

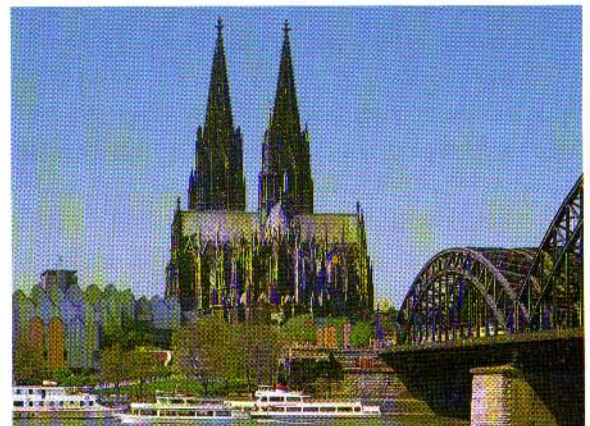
In Köln gibt es weltberühmte Museen: das Römisch-Germanische Museum, das Wallraf-Richartz-Museum und das Museum Ludwig (siehe S. 134). Die Art Cologne, die älteste Kunstmesse der Welt im Wettbewerb mit London, Berlin und Basel, Treffpunkt für Künstler, Sammler und Galeristen, ist der klassischen Moderne und der Gegenwartskunst verpflichtet. Junge und etablierte Künstler kommen hier zusammen. Talente wie der Koreaner Nam June Paik, Pionier der Video-Kunst, der lange Zeit in Köln zu Hause war, gehören dazu. Verschiedene Rundfunkanstalten senden von Köln aus: der WDR (Westdeutscher Rundfunk), die Deutsche Welle und der Unterhaltungsgigant RTL (siehe S. 95 ff.).

Höhepunkt des Jahres ist für die Kölner der Karneval, die „fünfte Jahreszeit“, die zahllose Besucher aus dem In- und Ausland anzieht. Vor allem am Rosenmontag ist in Köln alles auf den Beinen. Über 100 Karnevalsgesellschaften sorgen für Frohsinn in den Sälen und auf der Straße. Die Vermarktung hat dem Karneval bisher nicht geschadet, aber die Organisatoren suchen bereits nach Auswegen, damit die Tradition gegenüber dem Kommerz nicht zu kurz kommt.

Nicht weit entfernt von Köln liegt Bonn, die ehemalige Hauptstadt der Bundesrepublik (siehe S. 37). Ihre Geschichte geht ebenfalls auf die Römer zurück. Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert war sie Residenzstadt der kurfürstlichen Erzbischöfe von Köln. In Bonn wurde im Jahr 1770 Ludwig van Beethoven geboren.



Der Kölner Dom, Wahrzeichen der Stadt, im Jahr 1855 ...



... und heute

Entfernungen in Deutschland	Aachen	Basel/CH	Berlin	Bonn	Braunschweig	Cuxhaven	Dortmund	Dresden	Flensburg	Frankfurt a.M.	Hamburg	Karlsruhe	Kassel	Konstanz	Leipzig	Lindau	Magdeburg	München	Nürnberg	Passau	Rostock	Saarbrücken	Würzburg
Aachen		549	638	93	418	468	148	625	655	255	490	358	309	588	567	645	506	643	486	711	661	260	381
Basel/CH	549		851	471	669	876	549	679	991	333	823	197	524	156	556	214	784	399	450	582	994	274	386
Berlin	638	851		600	232	488	493	199	455	540	285	658	390	734	186	711	142	585	415	613	228	794	480
Bonn	93	471	600		381	446	121	585	618	180	455	280	274	509	593	567	483	550	387	612	626	237	281
Braunschweig	416	669	232	381		264	271	293	367	343	199	472	153	676	192	662	82	605	430	655	370	538	336
Cuxhaven	468	876	486	448	264		338	557	148	551	129	685	380	900	462	889	346	832	657	882	300	684	563
Dortmund	148	549	493	121	271	338		555	508	224	349	368	174	584	497	644	353	614	439	664	520	353	333
Dresden	625	679	199	585	293	557	555		651	450	492	501	381	551	115	569	211	422	252	478	427	614	362
Flensburg	655	991	455	618	367	148	508	651		663	167	795	479	996	566	1054	449	928	753	978	279	861	659
Frankfurt a.M.	255	333	540	180	343	551	224	450	663		495	142	198	361	392	429	426	400	231	456	659	203	117
Hamburg	490	823	285	455	199	129	349	492	167	495		627	311	828	397	888	281	780	585	810	161	693	491
Karlsruhe	358	197	658	280	472	685	368	501	795	142	627		318	241	477	299	554	297	249	482	801	145	192
Kassel	309	524	390	274	153	380	174	381	479	198	311	318		529	330	587	235	461	286	511	485	268	192
Konstanz	588	156	734	509	676	900	584	551	996	361	828	241	529		558	42	624	210	290	392	962	317	348
Leipzig	567	556	186	593	192	462	497	115	566	392	397	477	330	558		556	117	444	266	492	410	628	384
Lindau	645	214	711	567	662	889	644	569	1054	429	888	299	587	42	566		634	185	300	353	939	374	326
Magdeburg	506	784	142	483	82	346	353	211	449	426	281	554	235	624	117	634		504	334	560	303	620	418
München	643	399	585	550	605	832	614	422	928	400	780	297	461	210	444	185	504		170	183	813	440	291
Nürnberg	486	450	415	387	430	657	439	252	753	231	585	249	286	290	266	300	334	170		226	643	362	110
Passau	711	582	613	612	655	882	664	478	978	456	810	482	511	392	492	353	560	183	226		841	590	335
Rostock	661	994	228	626	370	300	520	427	279	659	161	801	485	962	410	939	303	813	643	841		867	643
Saarbrücken	260	274	794	237	538	684	353	614	861	203	693	145	268	317	628	374	620	440	362	590	867		307
Würzburg	381	386	480	281	336	563	333	362	659	117	491	192	192	348	384	326	418	291	110	335	643	307	

Über Bonn weht heute die Flagge der Vereinten Nationen. 12 Organisationen, darunter die UNO-Flüchtlingshilfe, Programme und Büros der Vereinten Nationen arbeiten in der Stadt am Rhein. Allen gemeinsam ist die Thematik „Nachhaltige Entwicklung". In einer großen Bandbreite von Klimawandel, Wüstenbildung, Artenschutz, Gesundheit, Sicherheit und Katastrophenvorsorge setzen sie sich für eine bessere Zukunft ein. Ihr Sitz ist der „Lange Eugen", das ehemalige Abgeordnetenhaus. Aachen, die westlichste deutsche Großstadt, war im 8. Jahrhundert die Lieblingspfalz Karls des Großen. Der Aachener Dom, ursprünglich die Pfalzkapelle, wurde 1978 als erstes deutsche Kulturdenkmal in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen. Heute wird der Karlspreis jährlich an eine Persönlichkeit verliehen, die sich für die Einigung Europas verdient gemacht hat.

AUFGABEN

Wenn Sie in Deutschland oder in einem Nachbarland leben, werden Sie Entfernungen ungefähr einschätzen können. Wer aber weiter entfernt wohnt, wird sich da nicht mehr so sicher sein.

1. Suchen Sie deshalb in der Tabelle oben die größte Nord-Süd-Strecke heraus.
2. Stellen Sie sich vor, Sie kommen auf dem Großflughafen Frankfurt/Main an und müssen noch weiterfahren. Wie weit ist es von Frankfurt nach Rostock, von Frankfurt nach Nürnberg, von Frankfurt nach Kassel?
3. „Berlin liegt näher an Warschau als an Paris." Stimmt das?

Hessen





Zusammen mit Thüringen in der Mitte Deutschlands gelegen. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. – Wichtige industrielle Ballungszentren im Rhein-Main-Gebiet und im Großraum Kassel. Trotzdem 30% der Fläche Wald. Frankfurt/Main: 643 400 Einwohner; Wiesbaden (= Landeshauptstadt): 272 000 Einwohner

Klima und Landschaft: Hessen hat ein mildes Klima. Am Main, am Oberrhein und an der Bergstraße werden zu allen Jahreszeiten die im Vergleich höchsten Temperaturen von ganz Deutschland gemessen. Wesentlich rauer ist das Klima der Mittelgebirge: im Taunus, im Westerwald und auf der Rhön. Hessen verfügt über große Waldbestände und landwirtschaftlich genutzte Flächen im Wechsel mit bedeutenden Industriezonen. Hessens Heilbäder ziehen viele Gäste aus aller Welt an.

Wirtschaft: Hessen ist durch seine Wirtschaft ein relativ reiches Bundesland: Chemie- (Sanofi-Aventis), Auto- (Opel), Elektroindustrie und die Bankmetropole Frankfurt. Es ist begünstigt durch seine geografische Lage. Über Rhein und Main ist es an das Wasserstraßennetz angebunden. Der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt ist das europäische Drehkreuz des Luftverkehrs.



Städte: Hessens Hauptstadt Wiesbaden war wegen ihrer heißen Quellen schon bei den Römern beliebt. Im 18. und 19. Jahrhundert hielten sich hier Schriftsteller und Komponisten wie Goethe, Dostojewski oder Wagner auf.

Frankfurt am Main ist die Stadt mit den meisten Banken und der eindrucksvollsten Hochhaus-Skyline. Hier schlägt das ökonomische Herz der Republik. Frankfurt ist seit 1999 Sitz der Europäischen Zentralbank, die im 36 Stockwerke hohen „Eurotower" zu Hause ist. Die Mainmetropole ist damit zu einem der führenden Finanz- und Börsenmärkten neben London, Paris und New York aufgerückt.
Frankfurt ist auch die Stadt der Verlage. Jährlich im Herbst findet die größte Buchmesse der Welt statt, auf der der Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen wird.

→ Das Stichwort

Europäische Zentralbank (EZB)

Was die deutsche Bundesbank für die DM war, ist die Europäische Zentralbank für den Euro. Seit dem 1.1.99, dem Geburtstag des Euro, ist die EZB zuständig für die Geldpolitik in den Euroländern (Belgien, Deutschland, Irland, Italien, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien; Malta und Zypern seit 2008). Sie hat die Aufgabe, für eine stabile Währung zu sorgen. Gemäß dem Vertrag von Maastricht ist sie deshalb unabhängig von der Politik.

Frankfurt ist immer eine lebendige, weltoffene Stadt gewesen, in der verschiedene Traditionen und Religionen nebeneinander bestanden. 30 000 jüdische Mitbürger prägten vor dem Zweiten Weltkrieg das städtische Leben. Viele Stiftungen und sonstige Einrichtungen, z.B. Krankenhäuser, sind ohne sie nicht denkbar: Die Universität und das berühmte Kunstmuseum Stä-


Das „alte" Frankfurt: Hauptwache und Katharinenkirche

del wurden von jüdischen Bürgern gegründet. Frankfurt ist nicht zuletzt Goethes Geburtsstadt. Sein Geburtshaus wurde im Krieg zerstört; es ist mit viel Liebe zum Detail und im Geist der Zeit wieder aufgebaut worden.

Fulda, nordöstlich von Frankfurt, besitzt ein von Bonifatius (siehe S. 160) 744 gegründetes Kloster, das im frühen Mittelalter ein wichtiges geistiges Zentrum war.

Thüringen





Mit der Vereinigung wieder entstandenes Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Erfurt (= Landeshauptstadt): 201 600 Einwohner; Gera: 106 400 Einwohner; Jena: 102 600 Einwohner; Weimar: 64 400 Einwohner; Eisenach: 44 100 Einwohner

Aus der Geschichte: Im Mittelalter war Thüringen durch seine zentrale Lage Knotenpunkt wichtiger Handels- und Verkehrswege, die Städte waren wichtige Handelszentren. Im 18. Jahrhundert erlebte das Land seine Blütezeit. Herzog Carl August von Sachsen-Weimar holte Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller nach Weimar, das zum geistigen Mittelpunkt wurde (siehe S. 110 ff.).

Wirtschaft: Nach der Wende hat Opel in Eisenach das Automobilwerk übernommen; BMW Fahrzeugtechnik bietet in seinem Werk in Eisenach Ausbildungsplätze für Industriekaufleute an. Berühmte Werke wie Jenoptik in Jena (feinmechanische und optische Industrie) konnten erhalten bleiben.
Thüringen hat auch touristisch viel zu bieten; Weimar, Jena und die Wartburg sind lohnende Ziele für alle kulturell interessierten Besucher; die Besucherzahlen steigen. In Thüringen gibt es über 30 000 Baudenkmäler, (s. S. 48) die es zu erhalten gilt bei schmalen Kassen. Die Gelder dafür stammen von Stiftungen, aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE), aus Beträgen vom Städtebau und von Bürgern, die Fördergelder beantragen.

Landschaft: Zwischen Harz und Thüringer Wald erstrecken sich Erholungsgebiete, die zum Wandern und Skifahren einladen.
Nachdenklich macht jedoch der jährlich veröffentlichte Waldschadensbericht, der die Hälfte der Bäume als deutlich geschädigt einstuft. Damit ist Thüringen von allen Bundesländern am stärksten vom Waldsterben betroffen; am wenigsten geschädigt sind die Bäume in Rheinland-Pfalz und im Nordwesten von Deutschland.

→ Das Stichwort Waldsterben
Seit 1972 beobachtete Schädigung der Nadel- und Laubwälder, vor allem der Tanne und der Eiche, durch Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid (aus Industrieanlagen), Stickoxide und Ozon (als Folge des Autoverkehrs).

Städte: Jena ist eine traditionsreiche Universitätsstadt. Ihre Geschichte spiegelt verschiedene Epochen deutschen Geisteslebens wider: Friedrich Schiller bekam 1789 durch die Vermittlung Johann Wolfgang von Goethes eine Professur. Hier lehrten auch die Philosophen



Schiller-Goethe-Denkmal in Weimar

Friedrich Hegel, Johann Gottlieb Fichte und Friedrich Schelling. Karl Marx studierte in Jena.
Auf der Wartburg bei Eisenach (siehe S. 23) hielt sich 1521/1522 Martin Luther versteckt und übersetzte die Bibel ins Deutsche (siehe S. 16, 160). Der Komponist Johann Sebastian Bach wurde in Eisenach geboren.

Mit Weimar assoziiert man vor allem die klassische deutsche Literatur, Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller, ebenso Musik von Johann Sebastian Bach und Franz Liszt. Der Philosoph Friedrich Nietzsche verbrachte in Weimar seine letzten Lebensjahre. Auch Traditionen der Malerei – Lucas Cranach der Ältere – und der Architektur sind mit dem Namen Weimar verknüpft. Das Goethehaus und das Schillerhaus wurden im Zweiten Weltkrieg beschädigt, sind aber wieder restauriert. Auch Goethes Gartenhaus ist noch heute zu besichtigen.

→ Das Stichwort **Goethes Gartenhaus**

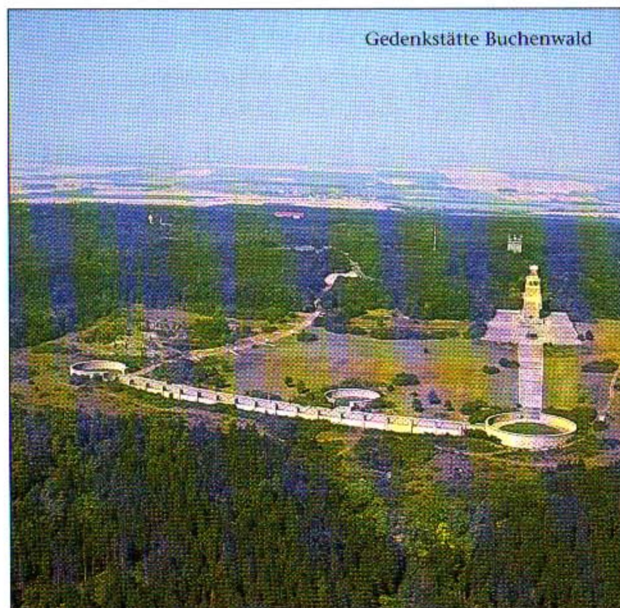
Das Gartenhaus ist ein beliebtes Touristenziel in Weimar. Dort sind Zeichnungen Goethes zu sehen und altes Mobiliar. Das Haus war ein Geschenk des Herzogs Carl August an Goethe. Der Dichter wohnte dort von 1776 bis 1782. Später zog er sich gern zum Schreiben dorthin zurück und lud Kinder von Bekannten zu Ostern zum „Haseneiersuchen" in den Garten ein.

Goethes Gartenhaus



Im Haus am Frauenplan entstanden viele von Goethes Dichtungen und wissenschaftlichen Werken. Er empfing in diesem geräumigen und elegant eingerichteten Haus Besucher aus aller Welt. Es kamen Schriftsteller, Künstler, Philosophen, Gelehrte – eine beeindruckende Zahl (siehe S. 110).

Vergangenheit und Gegenwart verbinden sich im Deutschen Nationaltheater. In diesem Gebäude wurde 1919 die Verfassung der ersten deutschen Republik, der Weimarer Republik, beschlossen (siehe S. 162).
Aber Weimar war nicht nur Inbegriff der Kultur und des Schönen. An die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte erinnert die 1958 eingeweihte Mahn- und Gedenkstätte in Buchenwald. Auf dem Ettersberg nahe der Stadt befand sich ein Konzentrations- und Internierungslager – Symbol menschlicher Perversion und mutigen Widerstands.


Gedenkstätte Buchenwald

Sachsen





Mit der Vereinigung wieder entstandenes Bundesland. – Das am dichtesten besiedelte von den neuen Bundesländern und das wirtschaftlich stärkste. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.

Dresden (= Landeshauptstadt): 483 600 Einwohner; Leipzig: 497 400 Einwohner; Chemnitz: 249 900 Einwohner; Zwickau: 99 800 Einwohner

Aus der Geschichte: Sachsen gab viele Impulse: kulturelle, soziale, politische, auch in unserer Zeit. Unter dem Kurfürsten August dem Starken (auch König von Polen, 1670–1733) erlebte Sachsen eine einmalige kulturelle Blüte (siehe S. 161).

Im 19. Jahrhundert gingen einschneidende soziale Entwicklungen von Sachsen aus. Während der Industrialisierung entstand in Leipzig die deutsche Arbeiterbewegung mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht an der Spitze, die 1869 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gründeten.

Auch in jüngster Zeit waren die Sachsen wieder an den Ereignissen beteiligt. 1989 gingen von den Friedensgebeten in der Leipziger Nikolaikirche und den Montagsdemonstrationen entscheidende Anstöße für die politische Wende aus (siehe S. 13 und 164).

Landschaft und Umwelt: Sachsen reicht von der Norddeutschen Tiefebene bis ins Erzgebirge. Besonders reizvoll ist die „Sächsische Schweiz" südlich von Dresden; hier durchfließt die Elbe das Elbsandsteingebirge mit seinen bizarren Felsformationen und Tafelbergen.

Die ökologischen Probleme des Landes waren enorm. Der Braunkohlen-Tagebau hatte wahre Kraterlandschaften hinterlassen. Bereits zu DDR-Zeiten gab es Umweltschützer, Bürgerinitiativen stoppten schließlich den Tagebau. Über 100 000 Hektar verwüsteten Lebensraum haben die Betriebe der DDR hinterlassen. Für mehrere Millionen Euro ist inzwischen die Hälfte der Fläche rekultiviert, der Großteil mit Mischwäldern aufgeforstet. Die Tagebau-Landschaft soll ein Land der tausend Seen werden. 135 Tagebaulöcher werden bis 2015 geflutet. Südlich von Leipzig entsteht auf einer Fläche von 250 Quadratkilometern ein weitverzweigtes Netz von Seen, Kanälen, Auenwäldern und Schleusen. Extra für diese Seenlandschaft konstruierte Boote werden Leipzig über Wasserwege mit dem Umland verbinden.

Der heute eingestellte Uranabbau hatte zu DDR-Zeiten eine ganze Region vergiftet. Er war streng geheim, weil er Uran für sowjetische Atomwaffen lieferte. Die Flüsse, vor allem die Elbe, sind noch belastet. Die Braunkohlekraftwerke haben über Jahrzehnte die Luft verseucht. Besonders im Erzgebirge haben sie das Waldsterben begünstigt.

Wirtschaft: Die Bergbaugebiete im Erzgebirge und die Industrieregionen um Chemnitz und Leipzig gehören zu den ältesten in Europa. Über 800 Jahre wurde Erz abgebaut. Heute sind Erz- und Steinkohlebergbau eingestellt; der Braunkohle-Tagebau wird aus Umweltgründen reduziert. Er gibt vielen Menschen Arbeit und kann deshalb nicht von heute auf morgen ganz eingestellt werden. Längerfristig hat er aber wenig Chancen gegenüber anderen Energieerzeugern.

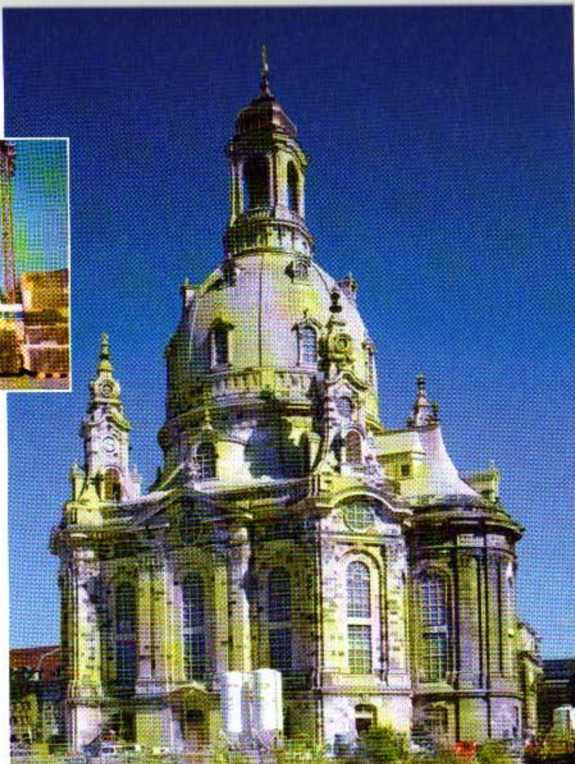
In Zwickau wurde seit 1957 der berühmte Trabant („Trabi" genannt) gebaut; er hatte eine Karosserie aus Kunststoff und war das „Volksauto" der DDR. Der „Trabi" gehörte zum Straßenbild, heute ist er allerdings fast völlig verschwunden.

Nach der Wende hat Volkswagen in Zwickau, Dresden und Chemnitz neue Automobilwerke errichtet. Zur Jahrtausendwende entstand ein hochmodernes BMW-Werk bei Leipzig.





Die Frauenkirche in Dresden vor dem Zweiten Weltkrieg (links), in Trümmern (oben) und wieder aufgebaut 2004 (rechts)



Dresden ist zu Europas wichtigstem Standort für die Mikroelektronik geworden. Hier geschah das Wendewunder: Wo heute Mikrochips gefertigt werden und sich immer mehr Betriebe ansiedeln und Cluster mit den Forschungseinrichtungen bilden, dehnten sich vor der Jahrtausendwende noch Wiesen und Felder aus.

Städte: Die Landeshauptstadt Dresden beherbergt viele Museen und Kunstsammlungen. Sie war von 1485 bis 1918 Residenz der Kurfürsten und Könige von Sachsen, die prächtige Baudenkmäler errichten ließen. 1945 wurde die barocke Altstadt total zerstört; Zehntausende von Menschen starben bei den Luftangriffen. Die schönsten Bauwerke Dresdens sind inzwischen wieder aufgebaut worden: der Zwinger, eine Barock-Anlage aus der Zeit Augusts des Starken, und die Semperoper.

Die barocke Frauenkirche, die als Ruine über 50 Jahre Wahrzeichen der Stadt war, wurde originalgetreu nach alten Plänen wieder aufgebaut. Dresdner Bürger hatten nach der Wiedervereinigung den Anstoß gegeben, Stifter aus aller Welt haben den Wiederaufbau ermöglicht. Das neue goldene Kuppelkreuz ist ein Geschenk und eine Geste des britischen Königreichs (s. Titelfoto).

Leipzig ist die größte Stadt des Landes. Sie hat eine fast 1000-jährige Tradition als Zentrum des Handels und der Messen. Die Leipziger Buchmesse ist auch heute wieder ein Ort der Begegnung zwischen Ost und West. Das Programm „Leipzig liest", ein rauschendes Literaturfestival, geben der Messe ihr besonderes Profil. In Hunderten von Lesungen tragen bekannte und noch weniger bekannte Autoren aus ihren Werken vor. Gelesen wird in Bibliotheken, Kirchen, Kneipen, auch an ungewöhnlichen Orten wie Clubcafés („Pfeffermühlenclub"), dem Wohnzimmerclub „Ilses Erika" oder in der Bio-City, dem Forschungszentrum. Vor über 150 Jahren wurde Leipzig zum Buchhandelszentrum. In den letzten Jahrzehnten ist Frankfurt am Main als Konkurrent groß geworden; seit der Wende ist Leipzig erfolgreich dabei, seine alte Weltgeltung als Stadt des Buchhandels mit eigenem Profil wieder herzustellen.
In Leipzig boomt der Wiederaufbau. Das neue Messegelände ist fertiggestellt. Der Leipziger Hauptbahnhof

ist einer der größten Kopfbahnhöfe Europas und auf seinen drei Etagen gleichzeitig ein großes Einkaufs- und Dienstleistungszentrum.
Die traditionsreiche Handelsstadt pflegt ihre Kulturlandschaft, vor allem das Gewandhausorchester, den Thomanerchor und die Oper.
In Leipzig wurde 1913 Richard Wagner geboren. Johann Sebastian Bach (siehe S. 124 f.), der Kantor der Thomaskirche, wirkte und starb hier ebenso wie Felix Mendelssohn Bartholdy.

Meißen, an der Elbe gelegen, besitzt die älteste Porzellanmanufaktur Europas. Das vorher nur in China und Japan bekannte Porzellan wurde 1710 von dem Alchemisten J. F. Böttger, der eigentlich Gold herstellen wollte, entdeckt. 150 000 Objekte aus 300 Jahren können alle noch heute bestellt werden. Die Manufaktur ist eines der Unternehmen, die zu allen Zeiten wirtschaftlich gearbeitet haben.


Das Doppel-M der Leipziger Messe

AUFGABEN

Nehmen wir an, Sie haben eine deutsche Zeitung gekauft. Sie schlagen sie auf und sehen die Ferienanzeigen. In welchen Bundesländern liegen die Orte? Nehmen Sie eine Landkarte zuhilfe.

HOTEL ELEPHANT

Ostern auf Goethes Spuren

Von Karfreitag bis Ostermontag
bietet Ihnen das Traditionshotel Elephant in Weimar ein klassisches, verlängertes Osterwochenende.

Halbpensions-Arrangementpreis pro Person im Komfort-Doppelzimmer	**320 Euro**
Einzelzimmerzuschlag	**60 Euro**

Im Preis sind u. a. Fischspezialitäten, ein organisierter Ausflug zum Schloss Großkochberg, ein geführter Osterspaziergang durch den Goethepark und ein Besuch der Faust-Aufführung im Deutschen Nationaltheater enthalten.
Das Hotel Elephant liegt im Herzen des historischen Stadtkerns von Weimar und präsentiert sich nach umfangreichen Umbauarbeiten im Stile eines kleinen Grand Hotels. Reservierung erbeten unter
Hotel Elephant
Markt 19, Weimar



ÜBERLINGEN
... wo der Bodensee am schönsten ist
Info: Kurverwaltung 88662 Überlingen 52
Landungsplatz 14 • Tel. 0 75 51/40 41 • Fax 6 68 74

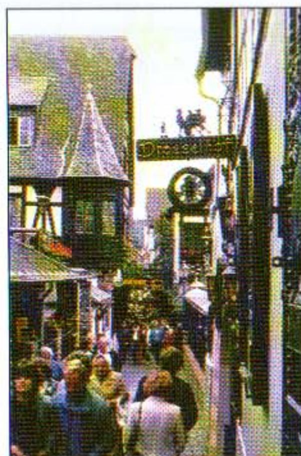
Ein Erlebnis zu jeder Jahreszeit – ideal für Ferien, Kur und Erholung



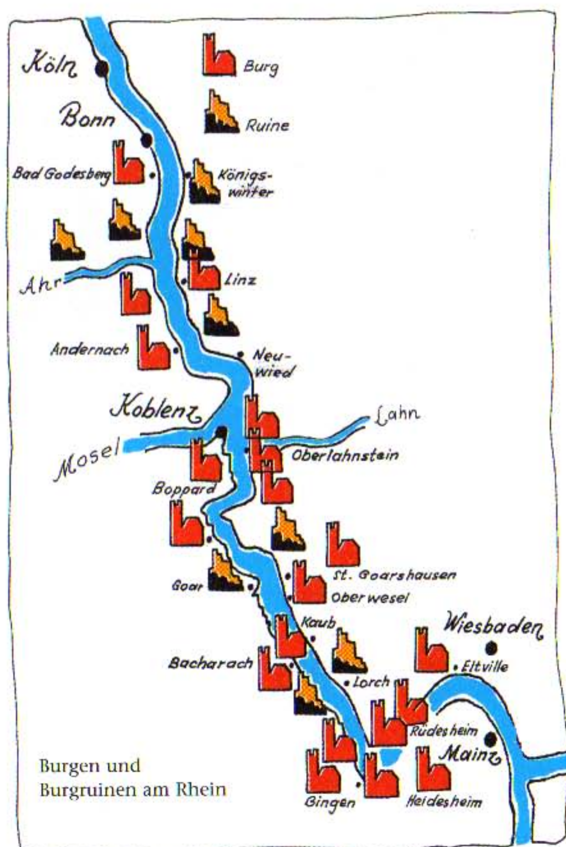
Insel Rügen

WALDHOTEL
Garni

Wohnen mit allem Komfort
im stilvollen Haus,
nur wenige Meter vom
Hauptstrand.
Ostseebad Göhren
Waldstraße 7
Tel. (03 83 08) 2 53



Die Drosselgasse in Rüdesheim



Burgen und Burgruinen am Rhein

Rheinland-Pfalz



Erst 1946 entstandenes Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Mainz (= Landeshauptstadt): 185 500 Einwohner; Koblenz: 107 600 Einwohner; Trier: 100 200 Einwohner



Allgemeines: Flüsse – Rhein, Mosel und Lahn – und Mittelgebirge prägen das Landschaftsbild, vor allem das Rheintal mit seinen Felshängen, Schlössern und Burgen und den kleinen Weinorten (z.B. Rüdesheim). Das Klima ist sehr mild und die Böden sind karg. Der Weinanbau hat deshalb eine lange Tradition. Erst in jüngerer Zeit kam der industrielle Aufschwung, vor allem mit der chemischen Industrie (BASF in Ludwigshafen).

Städte: Wichtige Städte in Rheinland-Pfalz sind römische Gründungen, so zum Beispiel Mainz, Koblenz und Trier. In Mainz, der Landeshauptstadt, erfand Johannes Gutenberg den Buchdruck und stellte die erste gedruckte Bibel her (1452–1455).
Mainz war im 8. Jahrhundert erzbischöflicher Sitz; der Dom ist eines der Hauptwerke romanischer Baukunst neben den romanischen Domen in Worms und Speyer. Im Speyerer Dom sind acht deutsche Kaiser beigesetzt. Trier wurde vor 2000 Jahren unter dem römischen Kaiser Augustus gegründet und war der Verwaltungssitz für die westliche Hälfte des Römischen Reichs. In Trier regierten die Römer, bis im 5. Jahrhundert die Franken die Stadt eroberten. Großartige monumentale römische Bauwerke sind heute noch zu bewundern: die Porta Nigra, das Nordtor der römischen Stadtmauer, die Thermen, das Amphitheater.
In Trier wurde 1818 Karl Marx geboren.

Das Saarland



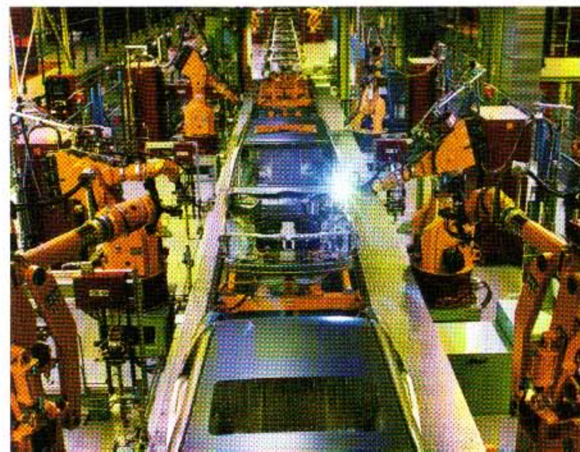
Das Bundesland an der Saar wurde erst 1957 gegründet. Es ist damit das jüngste und zugleich kleinste der alten Bundesländer. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Saarbrücken (= Landeshauptstadt): 181 900 Einwohner



Aus der Geschichte: Der französische König Ludwig XIV. nahm das Saarland im 17. Jahrhundert in Besitz. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zunächst unter die Verwaltung des Völkerbunds, ab 1935 gehörte es wieder zum Deutschen Reich. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die politische Unabhängigkeit von Deutschland vorgesehen; mit Frankreich existierte eine Zollunion. 1957 entschied sich die Bevölkerung für die Bundesrepublik.

Wirtschaft: Wirtschaftlich ist das Saarland ein Sorgenkind. Durch die Krise im Bergbau (Steinkohle) und in der Stahlindustrie sind die Arbeitslosenzahlen hoch. Das endgültige Aus für den hochsubventionierten Bergbau ist für 2018 vorgesehen.

Landeshauptstadt: Saarbrücken ist Universitätsstadt. Die Universität liegt im Stadtwald mitten im Grünen.



Roboter bei Mercedes-Benz

Baden-Württemberg



Entstand 1952 als Bundesland aus dem amerikanisch besetzten Württemberg-Baden und dem französisch besetzten Baden. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. – Drittgrößtes Bundesland nach Bayern und Niedersachsen.

Stuttgart (= Landeshauptstadt): 589 200 Einwohner; Mannheim: 308 400 Einwohner; Karlsruhe: 282 600 Einwohner; Freiburg: 212 500 Einwohner



Aus der Geschichte: Das Gebiet des heutigen Baden-Württemberg hat eine sehr wechselvolle Geschichte. Württemberg war im 12. Jahrhundert das Herzogtum Schwaben, das an die Staufer (siehe S. 160) kam und im Anschluss daran in ca. 300 Kleinterritorien, darunter 40 Reichsstädte, zerfiel. Anfang des 16. Jahrhunderts wurde es für kurze Zeit von den Habsburgern übernommen und damit österreichisch. 1805 wurde Württemberg Königreich. Es schloss sich wie Baden 1806–1813 dem napoleonischen Rheinbund an. 1871 traten beide Länder dem Deutschen Reich bei.

→ Das Stichwort **die Schwaben**

Die Schwaben gelten als erfolgreich, und zwar durch Sparsamkeit und Fleiß, und als grundsolide („Häuslebauer" = Häuschenbauer).

Wirtschaft: Das landschaftlich sehr reizvolle Bundesland gehört zu den exportstärksten Regionen Deutschlands: Hochtechnologie und Autoindustrie, vor allem im Raum Mannheim / Karlsruhe und Stuttgart / Heilbronn (Daimler, Porsche, der Elektrokonzern Bosch), außerdem Schmuck- und Uhrenindustrie im Schwarzwald. Auch viele kleine und mittlere Unternehmen

arbeiten hier, zum Teil als Zulieferer für die diversen Großunternehmen. – Zu den bekannten wissenschaftlichen Einrichtungen gehören das Forschungszentrum in Karlsruhe, das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg und mehrere Max-Planck-Institute.
Vor allem in Baden gedeihen berühmte Weinsorten; etwa ein Viertel des Weinanbaus der Bundesrepublik befindet sich in Baden-Württemberg. Landwirtschaftlich genutzt ist vor allem das württembergische Allgäu. Erwähnenswert ist nicht zuletzt der Tourismus, der sich auf den Schwarzwald und den Bodensee – das „Schwäbische Meer" genannt – konzentriert.


Rheinebene: die Auen des Altrheins


Weinanbau

Städte: Die Landeshauptstadt Stuttgart ist die ehemalige Residenz der Herzöge und Könige Württembergs. Sie ist Industriezentrum, Universitätsstadt und Stadt des Verlagswesens.

Weitere Städte: Mannheim (im 17. Jahrhundert gegründet, schachbrettartig angelegt); Freiburg im Breisgau (romanisch-gotisches Münster, seit 1457 Universitätsstadt); Heidelberg (neben Prag älteste Universität, 1386 gegründet, Schlossruine, romantischer Philosophenweg über dem Neckar); Karlsruhe (Sitz des Bundesverfassungsgerichts).


Heidelberger Schloss, Blick vom Philosophenweg

Bayern



Das flächenmäßig größte Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.
München (= Landeshauptstadt): 1,2 Millionen Einwohner; Nürnberg: 493 000 Einwohner; Augsburg: 259 200 Einwohner; Würzburg: 132 700 Einwohner; Regensburg: 128 600 Einwohner



Aus der Geschichte: 1806 schloss sich Bayern dem napoleonischen Rheinbund an und wurde ein Königreich. Unter König Ludwig I. war München ein kulturelles und wissenschaftliches Zentrum.
Zwischen Nürnberg und Fürth verkehrte die erste deutsche Eisenbahn. In dieser Zeit begann die industrielle Entwicklung Bayerns. Der Reichsgründung 1871 schloss sich Bayern nur widerwillig an; es erhielt dafür Sonderrechte: eigene Diplomatie, Post und Eisenbahn, Bier- und Branntweinsteuer.
Aus der Zeit der Monarchie ist besonders ein König im Bewusstsein geblieben: König Ludwig II. (1845–1886). Er baute die Schlösser Neuschwanstein, Herrenchiemsee und Linderhof, die heute zu den größten Touristenattraktionen Bayerns gehören. Auch förderte er den Komponisten Richard Wagner, der durch die großzügige Unterstützung sorgenfrei arbeiten konnte. In den letzten Jahren seines Lebens zog sich Ludwig immer mehr zurück und wandte sich seinen Traumwelten zu.
Am 13. Juni 1886 ertrank er unter nicht ganz geklärten Umständen im Starnberger See. Die Bayern nennen ihn noch heute ihren „Kini"; sein Bild ist auf Maßkrügen, Bierdeckeln und Aufklebern zu finden, sogar ein Bier, das „König Ludwig Dunkel", ist nach ihm benannt. König-Ludwig-Clubs halten sein Andenken lebendig.

1918 wurde die Republik ausgerufen. Die Konflikte zwischen Bayern und dem Reich bestimmten die folgenden Jahre. 1923 sammelten sich rechtsradikale Kreise in München und putschten unter Adolf Hitler erfolglos gegen die Reichsregierung in Berlin. Unter den Nationalsozialisten wurde München darum „Stadt der Bewegung" genannt.



Schloss Neuschwanstein





Der Komponist Richard Wagner (1813–1883) (rechts) und Ludwig II.


München

Landschaft und Landwirtschaft: Die Fläche Bayerns ist zu 50% landwirtschaftlich genutzt (Getreide, Hopfen, Viehzucht), davon ein Drittel von der Forstwirtschaft. Diese hat allerdings große Probleme wegen zunehmender Umweltschäden.

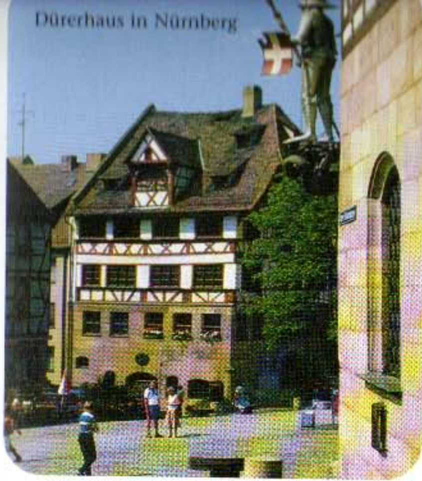
Die Donau trennt Bayern in einen nördlichen Teil mit Franken und den Mittelgebirgen, wie dem Bayerischen Wald, dem Fichtelgebirge und dem Oberpfälzer Wald, und einen südlichen Teil, dem Voralpenland und dem beginnenden Hochgebirge. Durch die Eiszeit wurden im Voralpenland viele Flüsse und Seen geschaffen, die den Reiz dieser Landschaft ausmachen: der Chiemsee (82 km^2), der Starnberger See (57 km^2), der Ammersee (48 km^2) und der Tegernsee (9 km^2). Zu allen Jahreszeiten strömen Touristen nach Bayern, vor allem an die Seen, nach München und zu den bayerischen Schlössern.

Wirtschaft: Bayern hat sich nach dem Krieg von einem überwiegenden Agrarland zum modernen Hightech-Industrie- und Dienstleistungsstandort gewandelt. München zog die größten internationalen Unternehmen der Soft- und Hardware-Industrie sowie der Luft- und Raumfahrt an. In der Nähe von München, in Garching, entstand der weltbekannte Forschungsreaktor. Hinzu kommen die Maschinenbau-Industrie (MAN), die Auto- (BMW), Elektro- und Elektronikindustrie (Siemens). In Hunderten von Brauereien wird in Bayern das berühmte Bier gebraut.

Städte: München ist Universitätsstadt, Messestandort, Film- und Medienstadt und beherbergt eine Vielzahl von Verlagen.
Die im spätgotischen Stil erbaute Frauenkirche ist das Wahrzeichen der Stadt. Die Wittelsbacher – Könige ab 1806 – machten ihre Stadt zu einer Kunststadt von europäischem Rang. Versailles stand Pate für das Schloss und den Park Nymphenburg, die Sommerresi-


Münchens Innenstadt: Bayerns Brauereien zeigen Flagge.


Nymphenburger Schloss


Dürerhaus in Nürnberg

denz der bayerischen Könige. Münchens Innenstadt wurde nach italienischen Vorbildern gestaltet; wiederum andere Bauwerke und Straßenzüge entstanden nach klassizistischen Mustern.
Besondere Anziehungskraft besitzt das Deutsche Museum, das eines der größten technisch-wissenschaftlichen Museen der Welt ist (siehe S. 134).
Eine weltbekannte Touristenattraktion ist das jährlich stattfindende Oktoberfest, das Millionen von Besuchern aus aller Welt nach München holt und das rund um den Globus Nachahmung findet.

München hat einen hohen Freizeitwert: Hochgebirge und Seen liegen „direkt vor der Haustür". Aber das hat seinen Preis: Die Mieten und die Lebenshaltungskosten sind fast unerschwinglich hoch und die Traumstadt droht für viele zur Albtraumstadt zu werden.
Eine andere Bezeichnung für München ist „heimliche Hauptstadt Deutschlands". Seit aber Berlin wieder stärker in den Brennpunkt des Interesses rückt, hat München in der kommenden Hauptstadt starke Konkurrenz bekommen.

Nürnberg in Mittelfranken, erstmalig 1050 erwähnt, war im Mittelalter freie Reichsstadt und ein wichtiger Fernstraßenknotenpunkt. Auch im künftigen europäischen Fernstraßennetz soll es eine Schlüsselrolle spielen: zwischen Neapel und Stockholm, Lissabon, Prag und Warschau. In Nürnberg wurden die Taschenuhr („das Nürnberger Ei") und der Globus erfunden. Die Stadtmauer, das wiedererbaute Dürerhaus und die Kaiserburg sind Zeugen von Nürnbergs mittelalterlicher Vergangenheit. Hier wohnten der Maler Albrecht Dürer und der Bildhauer Veit Stoß (Germanisches Nationalmuseum siehe S. 134).
Seit 1976 findet jährlich das Nürnberger „Bardentreffen" statt, ein Weltmusikfestival, auf dem ca. 400 Musikanten in der Altstadt auftreten.
Der Raum Nürnberg – Fürth ist heute auch ein industrielles Ballungsgebiet mit Maschinenbau, Elektro- und Spielwarenindustrie.
Nürnberg ist aber auch Zeuge dunkler Tage. In Nürnberg wurden von 1933 bis 1938 die „Reichsparteitage" der Nationalsozialisten abgehalten. Während eines „Reichsparteitags" wurden die Nürnberger Gesetze verkündet, die die Ausgrenzung für die jüdische Bevölkerung im Dritten Reich bedeuteten. – Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Kriegsverbrecher in den Nürnberger Prozessen abgeurteilt.

Augsburg wurde vor mehr als 2000 Jahren zur Zeit des römischen Kaisers Augustus gegründet. In Augsburg entwickelte sich der Handel mit Textilien; im Mittelalter gab es direkte Handelsbeziehungen zu Venedig. Das Bankhaus der berühmten Fugger-Familie finanzierte Kaiser und Könige und hatte vom 15. bis zum 16. Jahrhundert einen entsprechend großen politischen Einfluss in Europa.

Weitere wichtige Städte: Regensburg (Römer-Stützpunkt an der Donau; seit 2006 Weltkulturerbe); Würzburg (Bischofssitz seit dem 8. Jahrhundert, prächtige Barockbauten); Bamberg (Dom mit dem berühmten Standbild des Bamberger Reiters); Rothenburg ob der Tauber (Stadtmauer aus dem 14. Jahrhundert); Bayreuth (Stadt der Wagner-Festspiele).

Woher man kommt, ist doch wurscht!







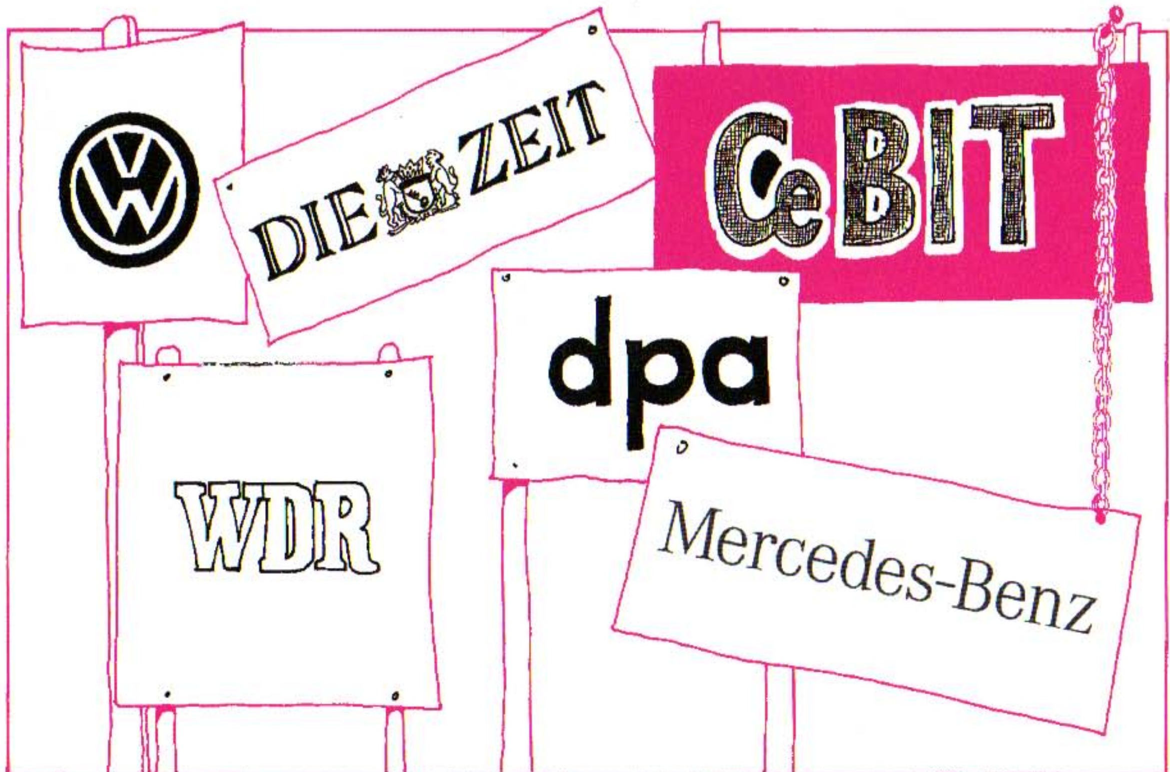


Wir sind gleicher, als wir denken.

Wir wollen nichts beschönigen. Zwischen Ost und West gibt es noch große Unterschiede, vor allem wirtschaftliche und soziale. Und trotzdem gibt es zwischen den Menschen in den alten und den neuen Bundesländern mehr Verbindendes als Trennendes. Wir sprechen die gleiche Sprache.
Wir haben die gleiche Kultur. Wir haben gleiche, typisch deutsche Unarten. In Ost und West wie in Nord und Süd. 40 Jahre Kapitalismus oder Kommunismus haben daran nichts ändern können. ... Schauen wir deshalb nicht auf Trennendes, arbeiten wir lieber am Gemeinsamen.
Europa kann nur zusammenwachsen, wenn auch wir zusammenwachsen.

Aufgaben

1. Die Aktion Gemeinsinn, eine Vereinigung unabhängiger Bürger in Deutschland, veröffentlichte die Anzeige. Lesen Sie zuerst den Anzeigentext und bearbeiten Sie dann die folgenden Aufgaben:
   a) Finden Sie eine Überschrift zu Text und Bildern.
   b) Würste sind für bestimmte Gegenden – in Ost und West – etwas besonders Typisches. Ordnen Sie den Fotos zu: Original Frankfurter, Thüringer Bratwurst, Bayerische Weißwurst, Grünkohl mit Pinkel aus Bremen. (Typisch ist auch die Currywurst, die in Berlin erfunden sein soll.)
   c) Kennen Sie den umgangssprachlichen Ausdruck „Das ist (mir) wurscht“ für „Das ist (mir) egal“? Die Hauptüberschrift lautet: „Woher man kommt, ist doch wurscht!“ Was möchte die Anzeige links mit dieser Aussage erreichen?
2. An welche Städte denken Sie, wenn Sie die Namen und Abkürzungen unten sehen? Was bedeuten sie? (Auflösung Seite 171)





AUFGABEN

3. Stellen Sie sich vor, Sie bereiten eine Rundreise durch Deutschland vor. Schauen Sie sich die Fotos an. Sagen Sie,

a) was Sie sehen und

b) in welche Stadt und in welches Bundesland das Motiv gehört.

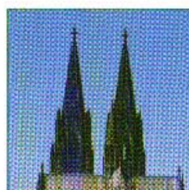
c) Suchen Sie auf den vorhergehenden Seiten die Fotos, aus denen die Ausschnitte stammen.

Und jetzt legen Sie eine Reiseroute von Süden nach Norden fest. Schreiben Sie die Zahlen 1 bis 8 in die Kästchen.










3. Soziales









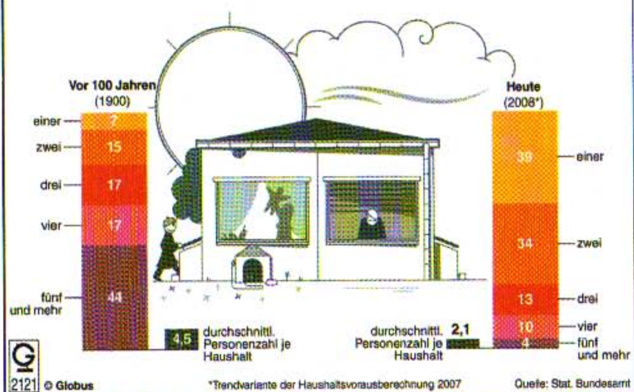




Die Familie

Die Familie ist ein Spiegel der Gesellschaft. Auffallend ist, dass

- heute jeder dritte Haushalt aus nur einer Person besteht (vor 30 Jahren war es jeder fünfte). Es gibt ca. 14 Millionen Menschen, die allein leben, die Hälfte davon ist über 50 Jahre alt.
- die Zahl der Scheidungen, aber auch der Eheschließungen leicht zurückgegangen ist. Die Ehe hat zwar nicht an Bedeutung verloren, aber sie ist zur Option geworden. Der gesellschaftliche Druck, heiraten zu müssen, ist weggefallen. Heute wird jede dritte Ehe geschieden. Gründe hierfür sind aber auch:
  1. die höhere Lebensdauer der Partner,
  2. die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen.
- nichteheliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder heute zur gesellschaftlichen Normalität gehören. Das betrifft vor allem junge Paare, die beide noch in der Ausbildung sind, und ältere Paare, die berufstätig sind und oft schon eine Scheidung hinter sich haben. Circa 60 Prozent aller Paare wollen ihre Gefühle zuerst gründlich prüfen, bevor sie heiraten. Hinzu kommt, dass Partner, die beide berufstätig sind, im Durchschnitt mehr verdienen als eine Familie mit Kindern. Nachteilig ist, dass nichteheliche Gemeinschaften rechtlich eindeutig schlechter gestellt sind als die Familie, die unter dem Schutz des Staates steht. Unverheiratete Partner erhalten keine Steuervorteile und haben gegenseitig keine Erbansprüche. Sie müssen sich aber gegenseitig unterstützen, wenn einer arbeitslos wird. Das Sorgerecht für ein uneheliches Kind ist grundsätzlich bei der Mutter; es kann mit ihrer Zustimmung auch auf den Vater erweitert oder übertragen werden.



1. Was können Sie aus der Statistik ablesen?

Vor hundert Jahren lebten im Durchschnitt 4,5 Personen in einem Haushalt, heute sind es nur noch 2,1 Personen.

Kleine Fortschritte in der Rechtsprechung hat es allerdings gegeben: Das Bundesverfassungsgericht definierte die Lebensgemeinschaft als „eine auf Dauer angelegte Verbindung". Die Partner müssten „in den Not- und Wechselfällen des Lebens" füreinander da sein und dürften „keine weitere Lebensgemeinschaft gleicher Art" führen. Seit 1998 sind Kinder aus solchen Partnerschaften gleichberechtigt und erben wie eheliche Nachkommen. Positiv ist auch die Regelung beim BAföG: Bei der Berechnung der Leistungen ist jeder der Partner allein bezugsberechtigt.

Wohngemeinschaften – auch kurz WGs genannt – galten in den 60er-Jahren als „revolutionär". Heute sind sie eine normale Lebensform. Wohngemeinschaften können lose Hausgemeinschaften sein, aber auch feste Lebensgemeinschaften. Zu den Ersteren gehören die Studenten-WGs, zu den Letzteren Senioren-WGs oder auch Frauen-WGs. Die meisten WGs setzen sich aus jungen Leuten zwischen 20 und 25 Jahren zusammen, die in der Ausbildung sind und den Austausch und die Diskussionsbereitschaft in der Gruppe einer Zweierbeziehung vorübergehend vorziehen.

AUFGABEN

1. Bilden Sie vier Gruppen und entscheiden Sie sich jeweils für eine bestimmte Lebensweise: Großfamilie, Kleinfamilie, Single, Wohngemeinschaft. Tragen Sie jeweils Argumente für Ihre Lebensform vor und bestimmen Sie einen Diskussionsleiter für die anschließende Diskussion.
2. Lesen Sie den Artikel unten links zum Thema „Partnerschaft". Kennen Sie ähnliche Fälle? Wäre ein solcher Konflikt in Ihrem Land möglich?
3. Bereiten Sie ein Referat vor, in dem Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Ihrem Land und Deutschland vortragen.
4. Diskutieren Sie das Thema unter dem Aspekt kultureller und religiöser Unterschiede.

Rechtsfälle

Liebe weg – Geld her?

Wenn die Liebe ohne Trauschein zerbricht

Rund drei Millionen Paare leben in Deutschland zusammen, ohne verheiratet zu sein. Solange sich die Partner gut verstehen, gibt es kaum rechtliche Probleme. Wenn die Ehe ohne Trauschein aber zerbricht, wird oft genauso erbittert gestritten wie bei Scheidungen. Doch im Gegensatz zu Ehescheidungen ist die Rechtsprechung bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften nicht einheitlich geregelt (siehe auch S. 60).

Thema Partnerschaftsvertrag: Als Ulrike in eine Kleinstadt zu ihrem Freund Robert zieht, gibt sie Freundeskreis, Wohnung und Job auf. Zu Ulrikes Absicherung vereinbart das Paar in einem Partnerschaftsvertrag, dass sie 40 000 Mark von Robert erhält, wenn er die Beziehung beendet. Nach einigen Jahren des Zusammenlebens geht Robert „fremd" und will die Trennung. Ulrike verlangt das Geld. Ihr Ex-Partner weigert sich aber, den Vertrag einzuhalten. Wer hat recht?

Ein anderer Fall: Felicitas lebt mit Martin zusammen. Als dieser ein Geschäft eröffnet, unterschreibt sie aus Solidarität eine Bürgschaft mit. Das Geschäft geht pleite, die Partnerschaft zerbricht und Felicitas sitzt auf einem Berg von Schulden, den sie in den nächsten zwanzig Jahren kaum abtragen wird können. Hat sie etwas falsch gemacht?

(nach SZ Programm vom April 1993; aktualisiert 2007)

Wohnen heute und morgen

Wohnen in den alten Bundesländern

Die Veränderung der sozialen Strukturen (siehe S. 60) hat tief greifende Folgen für den Wohnungsmarkt. Jüngere Alleinstehende nehmen ihre Wohnungen meistens zur Miete; sie möchten mobil bleiben und haben deshalb weniger Interesse, Eigentum zu erwerben. Sie bevorzugen die Stadtzentren, in denen Wohnraum besonders teuer ist. Das Stadtleben, die Nähe zu den Freunden, zu Lokalen und kulturellen Veranstaltungen ist für sie unentbehrlicher Bestandteil des Lebens. Ältere Singles ziehen den Kauf einer Wohnung vor. Sie beanspruchen oft Wohnraum, der für mehrere Personen reichen würde, für sich allein.

„Sage mir, wie du wohnst, und ich sage dir, wer du bist" – dieser Spruch ist eine alte Volksweisheit, die besagt, dass die Wohnform und der Wohnort Ausdruck eines persönlichen Lebensgefühls ist. Die Deutschen sind keine mobile Nation, sie ziehen nur ungern um. Die meisten nehmen in ihrem Leben keinen Ortswechsel vor. Dort, wo sie leben, wollen sie sich wohlfühlen. Sie entwickeln ein lokales Heimatgefühl. Die Kontakte zu den Nachbarn sind allerdings nur lose, man grüßt und fertig. Der größte Traum für die Menschen in West und Ost ist ein Wochenendhaus im Grünen (in den neuen Bundesländern „Datscha" genannt) mit freundlichen Nachbarn.

AUFGABEN

1. Welche der folgenden Anzeigen sind Mietgesuche, welche sind Mietangebote?
2. Wie beurteilen Sie die Mietansprüche der Deutschen?
3. Wie sieht nach diesen Anzeigen der „ideale" Mieter aus?
4. Wie findet man eine neue Wohnung in Ihrem Land? Spielen Sie den Reporter und machen Sie Interviews in der Klasse.

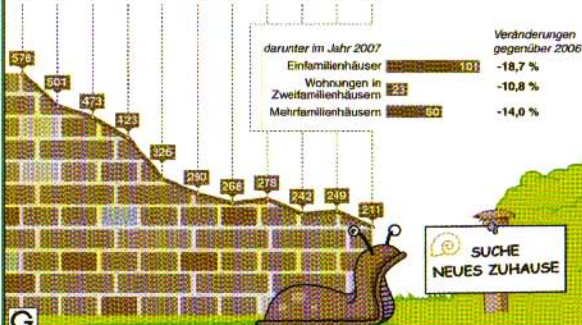
Haus-WG
Dachzimmer (19 qm) im Hexenhaus frei, gr. WZ mit off. Kamin, Dachterr., Flat, 300 Euro warm. Tel.

Im Grünen leben, See und Alpen sehen in 3-Zimmer-Whg (87 qm), Terrasse, Garten, Garage. Nähe Allensbach. 495 Euro kalt. Tel.

Garten erwünscht? Kaiserslautern, bevorzugte Wohnlage, 4 Zimmer, Küche, Diele, 2 Bäder, ca. 125 qm + Hobbyraum und Garage, alleinige Gartenbenutzung in 2-Familien-Eckhaus, ab sofort frei, 1550,– langfristiger Vertrag.

Eine Jahresmiete im Voraus! Nette Freiberuflerin (40) sucht dringend Wohnung bis 400 Euro.

Nürnberg, 2-Zimmer-Komfort-Wohnung, 75 qm, Küche, Diele, Bad, Südbalkon, Marmorböden, teilmöbliert. Gesamtmiete einschl. PKW-Stellplatz, Nebenkostenvorauszahlung, Putzfrau, 1600,–, Provision 2 Monatsmieten, Fünfjahresvertrag.



500 Euro Belohnung für eine 1- bis 2-Zimmer-Wohnung, zentral, bis 400 Euro warm, an solvente, alleinstehende 30-jährige Frau.

Junger Mann, angestellt in Bäckerei, sucht Einzimmerwhg. bis 200 Euro.

Dresden, Ruhiglage, schöne Zweizimmer-Wohnung, 72 qm, Sonnenbalkon, Parkettboden, 422,–, Kaltmiete + Nebenkosten.

Freiburg, gemütliche Zweizimmerwohnung mit großer Küche, Diele, Bad, ca. 60 qm, ab 1.4., 380 Euro zuzügl. Nebenkosten. 3000 Euro für Übernahme Gasetagenheizung und Teppichböden seitens des Vormieters erwünscht. Besichtigung nur Samstag 15–17 Uhr. Chiffre-Nr. ...

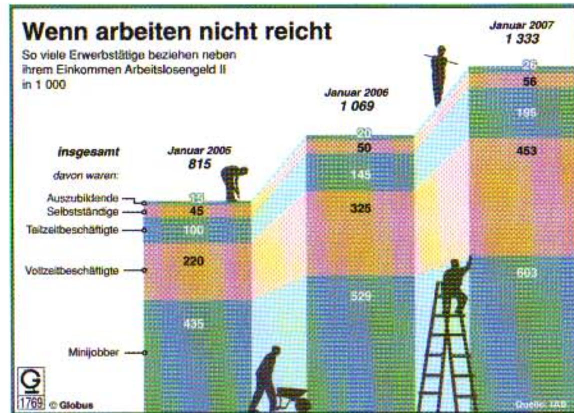
Drei nette Studenten suchen Wohnung ab 100 qm in Göttingen oder Umgebung, maximal 600 Euro warm, Elternbürgschaft.

In den Ballungsräumen München, Berlin, Düsseldorf und Hamburg sind die Mieten und Kaufpreise am höchsten. Münchner müssen ein Drittel ihres Einkommens für die Miete ausgeben (im westdeutschen Durchschnitt sonst ein Viertel). Junge Familien, vor allem Alleinerziehende und Durchschnittsverdiener haben große Probleme, eine günstige Wohnung zu finden. Einkommensschwache Personen haben Anrecht auf eine billige Sozialwohnung oder auf Wohngeld. Der Bund hat sich aus der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus zurückgezogen, ehemalige Sozialwohnungen werden zum Teil privatisiert und damit steigen die Preise. Seit 2006 (Föderalismusreform) unterstützt der Bund die Bundesländer, die für die Bereitstellung preiswerter Mietwohnungen und die Modernisierung älterer Wohnungen zuständig sind.

Seit Ende der 90er-Jahre ist die Zahl der Obdachlosen zurückgegangen; in Ostdeutschland sank die Zahl, weil Wohnungen leer stehen.

Obdachlose sind Alleinstehende ohne festen Wohnsitz, die auf der Straße leben oder Schlafplätze in Übernachtungsstätten haben. Gründe für ihre Obdachlosigkeit sind unter anderem Arbeitslosigkeit, Mietschulden, Familientragödien oder besondere Schicksalsschläge. Zurzeit haben insgesamt ca. 310 000 Menschen keine vertraglich abgesicherte Wohnung.

In Deutschland nimmt die Schere zwischen Arm und Reich zu, d.h. die Zahl der Reichen, aber auch der Armen nimmt zu. In Deutschland ist arm, wer weniger als das Durchschnittseinkommen zur Verfügung hat.



AUFGABEN

1. Wer hat 2007 Arbeitslosengeld II bekommen?
2. Welche Gruppe ist am größten?

Wohnen in den neuen Bundesländern

Zwischen Elbe und Oder wurden Milliarden investiert, um verfallene Häuser zu sanieren und zu modernisieren. Die Bausubstanz hatte in den vierzig Jahren der kommunistischen Herrschaft stark gelitten, umweltschädliche Heizsysteme haben die Luft verpestet. In der ehemaligen DDR waren seit den 60er-Jahren eintönige Bauten aus fertigen Betonplatten entstanden. Die relativ kleinen Wohnungen entsprachen einer bestimmten Norm, denn Geld und Wohnraum waren knapp. Dafür waren die Mieten extrem niedrig (ca. ein Zehntel einer vergleichbaren Wohnungsmiete im Westen), die Wohnungen deshalb begehrt. Die Folge dieser Wohnpolitik war, dass die Mietpreise für eine Instandhaltung nicht ausreichten; zudem fühlten sich die Mieter für die Wohnungen nicht verantwortlich, da sie dem Staat gehörten. Die Neubauten verfielen ebenso wie die Altbauten und die historischen Altstadtviertel vieler Städte. Nach der Wende hatte sich die soziale Situation besonders in den Plattenbau-Siedlungen verschlechtert, weil Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Jugendclubs geschlossen wurden (siehe Seite 67). Sanierungsprojekte haben danach die Wohnqualität u.a. durch den Einbau sanitärer Anlagen und moderner Heizungen verbessert, Schulen und Geschäfte entstanden. Wohnen in den Plattenbauten wurde aber auch teurer (ca. halb so teuer wie vergleichbare Mieten im Westen). Ein Teil steht heute leer oder wird abgerissen, einige Großsiedlungen haben nach Modernisierung und architektonischer Aufwertung neue Mieter gefunden.

Die Lebensbedingungen in Deutschland West und Ost nähern sich langsam an. Die Mieten haben schon fast das Westniveau erreicht. Die stufenweise Angleichung der Löhne geschieht in den einzelnen Branchen unterschiedlich. Das Westniveau ist aber noch nicht ganz erreicht.



Plattenbauten in Berlin (Stadtteil Marzahn)

AUFGABEN

Der folgende Artikel berichtet von einer interessanten Entwicklung. Energie wird weltweit knapper und teurer. Beim Hausbau fängt das Energiesparen an.

1. In diesem Artikel kommen neue Wortbildungen vor. Was stellen Sie sich unter einem „Öko-Haus“, einem „Niedrig-Energie-Haus“, Drei-Liter-Haus oder einem Passivhaus vor?
2. Welche Rolle spielt „Öko-“ in Ihrem Land?

Wohnen der Zukunft

Überall entstehen Öko-Häuser

Karlstadt steht für eine Reihe anderer Gemeinden, die umweltschonende Baukonzepte verwirklichen. In Burkartshain bei Leipzig entsteht ein Öko-Dorf. Im badischen Schopfheim vergibt die Stadt Grundstücke nur noch an Bauherren, die ökologisch planen: Das Haus muss weniger als 7 Liter Heizöl pro Quadratmeter und Jahr verbrauchen. Auch in Freiburg darf man auf städtischen Grundstücken nur noch Niedrig-Energie-Häuser bauen.
Der Staat fördert Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen und Solarwärmeanlagen. So haben die Deutschen beim Energiesparen die Nase vorn. Ökologisches Bauen ist in, der Energiepass für jedes Haus und jede Wohnung ist Realität.

Furore macht auch die Justus-von-Liebig-Schule in Süddeutschland, die als Passivhaus gebaut wurde. Sie braucht keine Heizung, und die Betriebskosten sind niedrig. Decken und Wände sind wärmegedämmt und isoliert, sodass sie als Wärme- und Kältespeicher dienen. Für Frischluft ist natürlich gesorgt. Die Schule hat als Energiequelle eine Solaranlage, aber die eigentliche Heizung sind die Schüler selbst.

(nach: Magazin zu „Das Haus“ 5/93; Nordbayerischer Kurier vom 8./9.11. 2003, aktualisiert 2008)

Die Frau, Familie und Beruf

Umfragen haben immer wieder ergeben, dass sich junge Familien zwei oder mehr Kinder wünschen. In Wirklichkeit wird die Zahl der Kinder oft davon abhängig gemacht, ob die Frau berufstätig bleiben möchte oder nicht. 40% der Frauen (bei 30–40-Jährigen 60%) in den alten Bundesländern streben nach einer „Baby-Pause“ wieder das Berufsleben an und möchten Beruf und Familie „unter einen Hut bringen“. Väter nehmen immer häufiger die Elternzeit in Anspruch. Sie wollen sowohl Ernährer als auch liebevoller Vater sein. Im Straßenbild fallen sie auf, wenn sie sich um ihre Kinder kümmern und auch oft den Kinderwagen vor sich her schieben. Aus wirtschaftlichen Gründen bleiben die meisten jedoch nur zwei Monate zu Hause.

Rosig sieht es aber für viele Kinder nicht aus, die in „prekären“ sozialen Verhältnissen aufwachsen, besonders in Familien mit alleinerziehenden Müttern. Da nur ca. 36% der Mütter wegen fehlender Kinderbetreuung berufstätig sein können, ist das Geld knapp und die Kinderarmut wächst. Mehr Kindergarten- und Krippenplätze sind aber in Aussicht gestellt.

→ Das Stichwort Mutterschutz

Schutzfrist für berufstätige Mütter. Sie dürfen sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt nicht arbeiten und bekommen Geld in der Höhe ihres Gehalts. Der Arbeitsplatz ist während dieser Zeit garantiert.

→ Das Stichwort Elterngeld

Seit dem 1.1.2007 gibt es das Elterngeld, das die Muter und/oder der Vater je nach Vereinbarung für drei Jahre beziehen können (der Vater mindestens zwei Monate). Berechtigt sind auch Eltern in eingetragener Partnerschaft, Stiefeltern, Nichterwerbstätige und Selbstständige. Das ältere Erziehungsgeld läuft aus.

In den neuen Bundesländern ist für die meisten Frauen die Erwerbstätigkeit unverzichtbar, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. 91% der Frauen waren vor der Wende berufstätig. Sie definieren Gleichberechtigung vor allem über den Beruf und nehmen die Doppelbelastung in Kauf. Nur 3% ziehen die Hausfrauenrolle vor. Umso gravierender ist deshalb, dass die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern in sehr viel stärkerem Maße die Frauen als die Männer getroffen hat.

Um die Frauenbewegung, die in den Siebzigerjahren sehr stark war, ist es ruhig geworden. Damals war die Selbstverwirklichung auf die Fahnen geschrieben. Inzwischen ist diese Debatte tot. Eine Bildungsexplosion hat stattgefunden: Frauen sind heute besser ausgebildet, 50% und mehr der Studierenden sind Frauen. Sie haben ein neues Selbstwertgefühl und damit höhere Ansprüche und Erwartungen an ihr Berufs- und Privatleben. Sie sind ökonomisch unabhängiger geworden und setzen ihre Fähigkeiten im Beruf entsprechend erfolgreich ein. Gleichzeitig möchten sie aber auf Familie und Kinder nicht verzichten. Frauen organisieren sich in Netzwerken, um auf Benachteiligung in Bezahlung und Karriere aufmerksam zu machen und auf Veränderung zu drängen. Es gilt, die Vorteile herauszustellen, die z.B. die Ausgewogenheit von Teams und die Einbindung der Sichtweisen und Stärken von Frauen mit sich bringen.
Die Rahmenbedingungen sind in den letzten Jahren besser geworden, wenn auch noch nicht ideal. Mehr als drei Viertel der Unternehmen boten im Rahmen einer Befragung flexible Arbeitszeitregelungen wie gleitende Tages- und Wochenarbeitszeiten, Teilzeit oder Telearbeit an. Deutlichen Nachholbedarf gegenüber anderen Ländern dagegen gibt es in der Kinderbetreuung (Betriebskindergärten, Kinderkrippe, Belegplätze in öffentlichen Kindergärten, Tagesmutterservice). Familienfreundliche Maßnahmen haben natürlich in Zeiten, in denen es wirtschaftlich aufwärtsgeht, wesentlich bessere Chancen.

Bei der Lehrstellenwahl sind Mädchen inzwischen auf dem Vormarsch: Immer mehr Fachfrauen erobern „typische" Männerberufe wie Konditor, Uhrmacher, Gärtner, Schriftsetzer sowie die technischen Berufe.
Auch im Haushalt bewegt sich einiges. Immer öfter fühlen sich beide Partner fürs Putzen und Kochen zuständig. Im Großen und Ganzen aber gilt noch immer die alte Rollenverteilung, dass kleinere Reparaturen oder Renovierungsarbeiten eine männliche Domäne sind und Frauen sich um die Aufgaben des Haushalts kümmern, Verwandte pflegen und Kinder betreuen.
Im öffentlichen Leben leisten Frauen einen großen Teil der sozialen und einen nicht zu unterschätzenden Teil der politischen ehrenamtlichen Tätigkeiten; in Führungspositionen des öffentlichen Lebens, in Verwaltung und in der Privatwirtschaft sind sie dagegen unterrepräsentiert, besser sieht es in der Politik aus. Nach der Bundestagswahl 2005 wurde zum ersten Mal eine Bundeskanzlerin gewählt.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt", heißt es im Grundgesetz. Und im Jahr 1993 wurde eine allgemeine Formulierung hinzugefügt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." 1999 beschloss die Bundesregierung das Aktionsprogramm „Frau und Beruf". Ziel dieses Programms ist es, Arbeitschancen und Aufstiegsmöglichkeiten zu verbessern, den Frauenanteil an den Universitäten zu erhöhen, Nachteile bei Existenzgründungen und beim Einkommen generell zu beseitigen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.
In den alten und den neuen Ländern verdienen Männer im Allgemeinen – als Angestellte und als Arbeiter – aber immer noch deutlich mehr als Frauen.



Eine besondere Form der Gleichberechtigung hat 2000 eine junge Frau vor dem Europäischen Gerichtshof erstritten. Seitdem ist der Dienst in Kampfverbänden der Bundeswehr erlaubt. Die Verfassung wurde geändert, denn die Väter des Grundgesetzes hatten nach der Erfahrung des Kriegs festgelegt, dass Frauen „auf keinen Fall Dienst an der Waffe leisten" dürfen.

Ein Fortschritt ist das neue Namensrecht, das seit 1993 gilt. Bisher musste ein gemeinsamer Ehename gewählt werden. Jetzt können Mann und Frau ihre Namen jeweils behalten; die Kinder erhalten dann den Familiennamen des Vaters oder der Mutter. Die Eltern können sich auch für einen Namen entscheiden, der aus einer früheren Ehe stammt.

Aufgaben

1. Lesen Sie zuerst den Artikel über einen „Fall", der häufiger vorkommt.

Gemeinsam oder einsam?

Warum sich Paare für die „Fernliebe" entschließen

„Der Beruf macht uns beiden viel Spaß. Leider arbeiten wir in verschiedenen Branchen an verschiedenen Orten. Aber das ist kein Problem. Wir lieben uns." Das sagt mit Überzeugung Andrea Steiner, 38 Jahre alt, verantwortlich für eine Abteilung mit 15 Mitarbeitern in einem weltweit operierenden Unternehmen. Ihre Dynamik und ihre gute Ausbildung haben sie bisher über alle Hürden getragen. Die waren oft relativ hoch, vor allem Personalprobleme haben ihr ganzes psychologisches Geschick gefordert. Aber sie hat die Dinge zur Zufriedenheit von Management und Mitarbeitern gemeistert und fühlt sich angespornt, neue Aufgaben „anzupacken". Da kam das Angebot von der größeren Firma wie gerufen. Sie greift zu, zieht wieder um und managt souverän Umzug, Neuanfang und Familie.



Andrea Steiner liegt damit im Trend: Immer mehr Paare leben zeitweise getrennt, pendeln oder treffen sich nur am Wochenende. Früher waren es die Seeleute, die Frau und Familie für Monate verließen. Später die Piloten und Stewardessen im internationalen Flugverkehr, nicht zu vergessen auch die Fernfahrer oder die Ingenieure. Heute ist das Lebensmodell „Fernliebe" alltäglich geworden. Für gut ausgebildete Personen gibt es nur einen begrenzten Arbeitsmarkt, und der kann in einer anderen Stadt liegen.
Andreas Ehemann Uwe ist Vertriebschef in einem Unternehmen der Elektrotechnik, verantwortlich für strategisches Marketing und folglich ständig rund um den Globus unterwegs. „Wir geben uns oft die Klinke in die Hand. Sie kommt, ich gehe oder umgekehrt." Weniger das Bewusstsein, Karriere zu machen oder eine Machtposition erreichen zu müssen, ist ihre Triebfeder, sondern das Gefühl der Zufriedenheit, etwas erreicht zu haben. Er versteht, was sie bewegt, und er liebt sie dafür. Für ihn, das gibt er gerne zu, ist die Karriere das lohnende Ziel.
Beide stellen kritisch fest: Telefongespräche sind das emotionale Band, das sie verbindet, aber die Nähe des Partners fehlt in kritischen Momenten. Fernliebe hat leidenschaftliche Phasen, aber die Gefährdung der Liebe ist immer gegenwärtig.
Das Statistische Bundesamt hat die Fernliebenden noch nicht erfasst. Es sind vor allem unverheiratete Paare, aber auch Ehepaare, meist Berufstätige der Mittelschicht, die am Anfang oder im Zenit ihrer Laufbahn stehen.

2. Ordnen Sie zu.

aussteigen	Karriere machen
umsteigen	einen anderen Beruf erlernen
aufsteigen	aufhören zu arbeiten
absteigen	einen weniger qualifizierten Beruf annehmen

3. Können Sie sich „Fernliebe" in Ihrem Leben vorstellen?

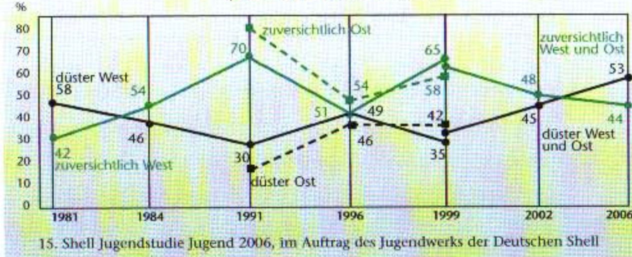
Jugendliche nach der Wende und heute

Meinungen und Reaktionen seit der Wende

Nach der Wende häuften sich die Studien über Jugendliche in Ost und West. In der Studie „Jugend '92" waren Ost- und Westdeutsche positiv gestimmt, als sie nach ihren Zukunftsplänen befragt wurden. Demnach ging die jüngere Generation optimistisch in die Vereinigung hinein und hat diesen Optimismus auch danach noch beibehalten.

Dieses Bild ist natürlich einseitig, denn die Realität bietet andere Extreme. In den neuen Bundesländern war die Vereinigung ein krasser Einschnitt. Innerhalb kürzester Zeit mussten sich die Jugendlichen völlig neuen Lebensbedingungen anpassen. Die sozialistische Einheitspartei (SED) der ehemaligen DDR hatte das gesellschaftliche Leben geprägt. Gute sozialistische Bürger sollten sie werden, vor allem in Geschichte und Staatsbürgerkunde wurden sie entsprechend unterrichtet. Wehrkunde für die Jungen sollte der Verteidigung des sozialistischen Vaterlands dienen. Kinder und Jugendliche waren in der ehemaligen DDR in ein Schule und Freizeit umspannendes System eingebunden. Als Kinder waren sie „Junge Pioniere", als Jugendliche gingen sie meist in die FDJ (= Freie Deutsche Jugend); „Junge Pioniere" und FDJ waren wie die Schule staatliche Kinder- und Jugendorganisationen. Heute sind Schule und Freizeitaktivitäten getrennt.
Reale Existenzängste waren nach der Wende die unausbleibliche Folge. Neben der Freude an der neu gewonnenen Freiheit verbreitete sich Unsicherheit, welcher Beruf unter den radikal veränderten Bedingungen überhaupt eine Zukunftschance bietet, ob die Arbeitsplätze auch vorhanden sein werden usw. Viele passten sich schnell an, andere konnten sich nicht behaupten und fühlten sich als Verlierer. Die Gestaltung der Zukunft erfordert Entscheidungskraft und Eigeninitiative.

Einschätzung der gesellschaftlichen Zukunft
(15-24 Jahre in Prozent)



15. Shell Jugendstudie Jugend 2006, im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell

Arbeitslosigkeit ist ein zentrales Thema. Hier treffen die Probleme von Ost und West zusammen, besonders bei Jugendlichen ohne oder mit schlechter Berufsausbildung. Dazu gehören Gruppen ostdeutscher, aber auch ausländischer, vor allem türkischer Jugendlicher. Es gibt viele Stimmen, die mehr Ausbildung und Förderung für ausländische Jugendliche fordern, um die Entstehung von Parallelgesellschaften (Teile der Gesellschaft, die sich abschotten) zu vermeiden, die Chancengleichheit zu erhöhen und einen stabilen Arbeitsmarkt der Zukunft zu entwickeln.

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt schwankt sehr stark. Unternehmen senken ihre Kosten und sparen auch an Ausbildungsplätzen, wenn die Konjunktur schwächer wird. In der Vergangenheit wurde dann er Ruf nach einer Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Firmen laut. 2008 werden zum ersten Mal nach längerer Zeit mehr Lehrstellen angeboten als benötigt werden. Ausbildungsplätze werden zum Teil auch mit öffentlichen Mitteln geschaffen.

Schüler-Stimmen kurz nach der Wende

Ich gehöre zu den 10 jungen Menschen, die 1985 das berühmte Loch in die Mauer der Bernauer Straße geschlagen haben und dafür von der West-Berliner Polizei verhaftet wurden. Deshalb freue ich mich als Wessi nach wie vor über die Einheit. Trotz aller Probleme, die es beim Zusammenwachsen gibt. Gemeinsam werden wir sie lösen. Wir dürfen nur nicht länger hinnehmen, dass einige Politiker uns nach dem jahrzehntelangen Traum von der Einheit nun Albträume der Uneinigkeit einreden wollen! *Gert, 27*

Auch vor der Wende konnte hier in der Schule jeder sagen, was er wollte. In den West-Schulbüchern steckt auch viel Ideologie. Im Westen wird auch gelogen. *Mandy, 17*

Ich war kein Mitglied der FDJ oder der Jungen Pioniere. Die Entscheidung gegen die SED-Jugendverbände trafen meine Eltern. Weil ich nicht zur Armee wollte, durfte ich auch nicht zur Spezialschule für Naturwissenschaften. Meine Lehrer wollten mich immer überreden, in die FDJ einzutreten. Irgendwann haben sie es aufgegeben. Jetzt bin ich Klassensprecher – nicht ganz zufällig. *Dietrich, 18*

Einige der Lehrer müssen gehen. Sie können keinen modernen Unterricht machen. Viele Lehrer sind aber auch locker geworden. Das heißt, sie sind nicht mehr so streng. Ich war früher Sekretär in der FDJ (Freie Deutsche Jugend; staatliche Jugendorganisation in der DDR). Niemand wollte den Posten, da habe ich mich beworben. Außerdem kam das gut bei den Behörden an, wenn man studieren wollte. Mit Begeisterung für den Sozialismus hatte das aber nichts zu tun. *Arne, 18*

Mit gemischten Gefühlen in die Zukunft

Ergebnisse der Shell Studien 1997, 2000, 2002 und 2006.

Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht, das war das ernüchternde Ergebnis der Shell Studie 1997. Anfang der 80er-Jahre gab es eine gehörige Portion Pessimismus, aber der bezog sich auf die Angst vor Atomkrieg und Zerstörung der Umwelt und änderte nichts daran, dass dieselben Leute oft recht optimistisch in die eigene Zukunft blickten. Diese optimistische Grundstimmung ist in der Shell Studie 2000 deutlich belegt. Zuversicht ist allerdings nicht mit Unbekümmertheit gleichzusetzen, vielmehr zeichnet sie sich durch eine klare Lebensplanung aus mit dem Willen, die Ziele mit Ausdauer und Leistungsbereitschaft zu erreichen. Das betrifft natürlich vor allem Jugendliche, die bessere Voraussetzungen mitbringen, in Bildung, durch Unterstützung von den Eltern und aufgrund von entsprechenden Persönlichkeitsressourcen. Wesentlich pessimistischer sehen diejenigen die Zukunft, die schlechteren Bedingungen unterworfen sind. Das sind vor allem auch ausländische Jugendliche, die in der Studie 2000 zum ersten Mal berücksichtigt wurden.

Obgleich die Zukunft unserer Gesellschaft im Vergleich zu früheren Shell Jugendstudien im Jahr 2002 uneinheitlicher beurteilt wird, herrscht dennoch weiter eine positive Grundstimmung vor. Im Jahr 2006 trübte sich die Stimmung etwas ein. (Anmerkung: Die anziehende Konjunktur hat im Jahr 2007 das Blatt wieder gewendet.) Insbesondere das politische Engagement steht der Jugend um 2006 eher fern, und das schon seit der zweiten Hälfte der 80er-Jahre – mit Ausnahme von Studenten und Schülern der gymnasialen Oberstufe. Man orientiert sich leicht links von der Mitte und ist gegen den politischen Extremismus. Hoch im Kurs stehen Menschen-

rechts- und Umweltschutzgruppen sowie alle parteiunabhängigen Institutionen wie Justiz und Polizei, mäßig geschätzt sind Politiker und politische Parteien. 64% der Jugendlichen West sind 2006 mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zufrieden, aber nur 41% im Osten. Hier herrscht das Empfinden vor, sozial benachteiligt zu sein. Das trifft besonders für ländliche Räume zu.
Jugendliche engagieren sich in ihrer Freizeit für andere, für sozial schwache und benachteiligte Menschen und für ein besseres Zusammenleben überhaupt. Gleichaltrige und deren konkrete praktische Probleme, die Interessen Jugendlicher und eine sinnvolle Freizeitgestaltung sind ein weiteres Thema. Ihre Haltung ist pragmatisch und orientiert sich nicht an ideologischen Mustern. Die persönlich befriedigende Aktivität, aus der man einen Gewinn im eigenen Umfeld ziehen kann, ist das Ziel.

Europa ist für die Jugendlichen eine Realität, die positiv gesehen wird: Europaweites Reisen, Studieren und Arbeiten und die damit verbundene kulturelle Vielfalt sind attraktiv. Besorgt äußern sich manche zum Prozess der Globalisierung, wobei die meisten sich keine Vorstellung von den Auswirkungen machen können. Die Rolle, die dem vereinigten Deutschland in der Welt international mehr und mehr zukommt, wird pragmatisch und ohne „ideologische Scheuklappen" gesehen.

Was das private Leben angeht, so sind auch heute Cliquen für die Jugendlichen wichtig, gut 70% sind entsprechend eingebunden. Die Jugendlichen räumen aber gleichzeitig der Familie einen hohen Stellenwert ein. Rund drei Viertel der Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahre wohnen noch in der Familie und kommen mit den Eltern gut klar. Neben „Karriere machen" sind Familie und Kinder zentrale Zielvorstellungen für das Leben. Problematisch wird für junge Frauen, dass Ausbildung, berufliche Integration und Partnerschaft mit Familiengründung in einem sehr kurzen Zeitraum zusammenfallen („Rushhour" des Lebens). Da bleibt der Kinderwunsch häufig „auf der Strecke".

Die 15. Jugendstudie 2006 widmete sich besonders den Themen „Jung und Alt" und der Einstellung zur Religiosität. Dabei ergab sich, dass die Jugendlichen an sich selbst hohe Anforderungen stellen und ihren Platz in der Gesellschaft fordern. Sie wissen, dass sie für sich selbst vorsorgen müssen (Rente), und vermissen die Toleranz der Alten ihnen gegenüber. Den Älteren verweigern sie aber nicht ihre Achtung und Solidarität.

Die Studie zeigt, dass das jugendliche Wertesystem stabil und positiv ausgerichtet ist. Religionsferne Jugendliche in Ostdeutschland (64 %) und Westdeutsche unterscheiden sich weniger als vermutet. Nicht die Kirche, sondern die Familie und der Freundeskreis übernehmen die stützende Funktion. Typische Werte der Jugendkultur verbinden sowohl Jugendliche in Ost und West wie Jugendliche aus Migrantenfamilien. Jugendliche nehmen an kirchlichen Großveranstaltungen teil, stehen der Kirche wohlwollend, aber kritisch gegenüber; 68% sind der Meinung, dass die Kirche sich ändern müsse.

2005 zeigten Jugendliche, dass die Rede von Politikverdrossenheit und Organisationsmüdigkeit so nicht stimmt. Engagiert mischen sie sich ein und stärken das Netzwerk „Schulen ohne Rassismus", dem 2008 schon über 400 Schulen bundesweit angehören (in Europa 600, siehe S. 74).



Jugendliche heute

Deutschland war die geografische Schnittstelle im Ost-West-Konflikt. Der ist lange überwunden. Normalität ist eingetreten. Für viele Jugendliche liegt die Wende weit zurück, zum Teil waren sie noch nicht geboren oder noch Kleinkinder. Der Blick geht deshalb in die Zukunft und fokussiert sich auf die Chancen und die Probleme. Viele junge Menschen engagieren sich in Jugendverbänden, in der Familie, in der Schule, in der Gemeinde z.B. bei der Deutschen Jugendfeuerwehr oder bei den Pfadfindern. Sie gehen in Chöre (Deutsche Chorjugend) oder in Trachtenvereine. Bei der Gewerkschaftsjugend streifen sie das verstaubte Image ab und beteiligen sich an Unterschriftenaktionen und Info-Ständen.

Deutsche Jugendliche reisen gerne ins Ausland, mit der Familie oder mit der Schule. Immer beliebter werden Jugendreisen kommerzieller Veranstalter, die gut organisiert und betreut sind. 13- bis 15-Jährige verreisen schon mal ohne Eltern, 16- bis 18-Jährige sowieso. Ein gelungener Urlaub ist ein Urlaub mit Sonne und Schnee, mit Sport wie Snowboarden oder Segeln, kurzum: alles, was Spaß macht. Die Jugendlichen möchten etwas erleben, aber auch mal faul sein. Nicht wenige interessieren sich für Sprachreisen, zum Beispiel nach England, um ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Viele Jugendbegegnungen finden aufgrund besonderer außerschulischer Austauschprogramme statt, z.B. im Rahmen des Deutsch-Französischen Jugendwerks, in neuen Partnerschaften mit Polen und Tschechien, in deutsch-israelischen Begegnungsprogrammen oder internationalen Camps. Dabei können Kultur, Spracherwerb oder Aufbauarbeiten im Vordergrund stehen. Begegnung führt zu mehr Toleranz und trägt dazu bei, Konflikte mit friedlichen Mitteln auszutragen (siehe auch S. 72 Schüleraustausch).

1. Eine Meinung und viele Fragen

Ein Jugendlicher aus der „Dritten Welt“ würde den Kopf darüber schütteln, dass deutsche Jugendliche von Sorgen und Zukunftsängsten geplagt sind. Niemand verhungert, niemand erfriert. Aus der Nähe besehen gibt es jedoch schon ernsthafte Probleme und es geht keineswegs ausschließlich um die materielle Existenz. Da sind die Ängste der ganzen Gesellschaft, die sich auch auf die Jugendlichen übertragen. Ganz persönliche Probleme kommen hinzu: Finde ich für meine Fähigkeiten den entsprechenden Beruf in dem rasanten technischen Wandel? Wofür lohnt es sich zu leben? Werde ich als Jugendlicher überhaupt von der Gesellschaft gebraucht? Wer gibt mir Gelegenheit, meine Ideen, meine Einsatzbereitschaft, meine gute Laune, meine eigene Person einzubringen? Da stellen sich natürlich auch Ängste, Sorgen und Befürchtungen ein; und es fehlt nicht an falschen Propheten, die das ausnutzen.

(aus: Halt! Keine Gewalt, a.a.O., S. 10)

Aufgaben

1. Stimmen Sie dem Schreiber dieses Artikels zu? In welchem Land leben Sie? Welche Fragen haben Sie sich selbst auch schon gestellt?

2. Optimismus hat Zukunft. Können Sie zustimmen oder sind Sie eher pessimistisch?



Mehr als 2,5 Millionen Zivildienstleistende haben bisher ihren Dienst in Krankenhäusern, Jugendherbergen, im Rettungs- und Krankentransport und bei der Behindertenbetreuung oder in Pflegeheimen geleistet. Nur anerkannte Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen können Zivildienst leisten.
Ca. 68 000 Wehrpflichtige stehen dem Grundwehrdienst zur Verfügung; anerkannt sind 88 000 Kriegsdienstverweigerer. Zurzeit stehen mehr Stellen zur Verfügung, als es Kriegsdienstverweigerer gibt. Die Auswahl ist groß, und viele können sich auch für ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr im In- oder Ausland entscheiden.
Der Auftrag der Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt: Nicht mehr die Landesverteidigung ist ihre Aufgabe, sondern Auslandseinsätze und Friedensmissionen, bei denen sie sich hohes Ansehen erworben hat. Seit 1999 ist die Bundeswehr im Kosovo präsent. 2001 erteilte der Deutsche Bundestag das Mandat für die Beteiligung am ISAF-Einsatz in Afghanistan, das später ausgeweitet wurde. Die Bundeswehr stellt fast die Hälfte der Awacs-Besatzungen in Afghanistan und ist auch an der UN-Friedensmission im Libanon und am Horn von Afrika beteiligt. Sie setzt seit Jahrzehnten im internationalen Rahmen Militärbeobachter (UN Military Observer) in Krisengebieten ein. Der zunehmend risikoreiche Einsatz in Afghanistan ist jedoch politisch umstritten.

Jugendorganisationen – Jugendprogramme

Zuständig für die Jugendarbeit – für ein Angebot an Sportvereinen, Musikschulen usw. – sind in der Bundesrepublik die Kommunen. Bund und Länder sind verantwortlich für die rund 80 überregionalen Jugendverbände, in denen sich etwa ein Viertel der Jugendlichen organisiert. Die meisten Verbände sind im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) zusammengefasst: der Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Deutsches Jugendrotkreuz, Deutsche Pfadfinderschaft, Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz und viele andere Jugendorganisationen wie die Deutsche Sportjugend, das Deutsche Jugendherbergswerk und der Bund deutscher Pfadfinder und Pfadfinderinnen. Die Projekte reichen von Brunnenbau und Wiederaufforstungen bis zum Engagement gegen Kinderarmut und für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur.

Jugendverbände im BJR

Nehmen wir an, Sie wollen unter Menschen kommen. Sie wollen mal Ihre Meinung sagen, Sie wollen „etwas tun" oder Sie wollen in der Gemeinschaft junger Menschen leben, dann ... dann finden Sie diese Sätze in einer Broschüre, mit der die KJG, die Katholische Junge Gemeinde, Jugendliche auf sich aufmerksam machen möchte.
Die KJG ist eine von mehr als 400 Jugendorganisationen, die sich in Bayern im Bereich der Jugendarbeit engagieren. Über 40% der Jugendlichen sind für das Gemeinwesen tätig.
Das Spektrum der Aktivitäten ist breit, es reicht vom Fußballspiel bis zur Diskussion über das Thema Armut in der Welt, von der Altpapiersammlung bis zur Pflanzaktion, vom Stadtteilfest bis zum Volkstanz, von der Behindertenbetreuung bis zum Zeltlager, von der Meditation bis zur Straßensammlung für einen wohltätigen Zweck.



Deutsches Jugendherbergswerk





Bund deutscher PfadfinderInnen

Austausch in der Schule

Der Schüleraustausch fördert besonders die internationalen Kontakte zwischen Schülern, Lehrern und Schulen. Die Projekte werden vom Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der Kultusministerkonferenz (www.kmk.org) durchgeführt, der Geld vom Auswärtigen Amt, den Ländern und der EU – EU-Programm „Jugend" – bekommt (siehe auch S. 103/104).
Es gibt folgende Schwerpunkte:

- Schulpartnerschaften mit den USA, Israel und den MOE/GUS-Staaten (MOE = Mittel-Ost-Europa).
- Prämienprogramm: Gewinner landesweiter Deutschlandwettbewerbe in über 90 Ländern werden zu einem Besuch nach Deutschland eingeladen.
- Sonderprogramme im Rahmen des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs, die sich an SchülerInnen und LehrerInnen aus Ländern mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil richten.

Die deutschen Auslandsschulen, ein zentrales Element der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, sind Stätten der Begegnung im Gastland. Weltweit werden weit über hundert Schulen gefördert. Unterstützt wird das Auswärtige Amt von den Bundesländern, aus denen die Lehrer kommen und die die deutschen Schulabschlüsse vergeben.

Mitsprache in der Politik

In Städten und Kommunen gibt es die verschiedensten Modelle für die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen, die ihre Interessen betreffen. Es gibt Jugendparlamente, Jugendforen, Jugendgemeinderäte oder Jugendräte. Im Folgenden lesen Sie ein Interview von x-bay (Nordbayerischer Kurier vom 10./11. März 2007) mit Annemarie Roder (15), die das Gymnasium besucht, in ihrer Freizeit Fußball, Hockey und Volleyball spielt und sich für das Jugendparlament in Bayreuth bewirbt.



x-bay: *Warum hast du dich als Kandidatin für das Jugendparlament beworben?*
Annemarie: Ich habe mich beworben, weil ich gerne und viel diskutiere, mich gerne für andere einsetze und etwas verändern will. Ich habe einige Vorschläge, die ich einbringen will.
x-bay: *Was muss sich deiner Meinung nach in Bayreuth ändern?*
Annemarie: Die öffentlichen Sportanlagen müssen verbessert werden und das Freizeitangebot für Jugendliche muss erweitert werden.
x-bay: *Was würdest du als Erstes ändern? Wie würdest du es ändern?*
Annemarie: Ich würde als Erstes die Sportplätze renovieren und kostenlose Jugendräume einrichten lassen. Außerdem würde ich den Schulen vorschlagen, mehr Wahlfächer anzubieten.
x-bay: *Warum bist du die perfekte Kandidatin? Was unterschiedet dich von den anderen?*
Annemarie: Ich finde, dass es keinen perfekten Kandidaten gibt. Dafür kann es aber ein perfektes Team geben, das sich für die Jugendlichen in Bayreuth einsetzen wird. Zu diesem Team will ich gehören.
x-bay: *Was erwartest du dir von den anderen Mitgliedern des Jugendparlaments?*
Annemarie: Ich erwarte von ihnen eine gute Zusammenarbeit und gute Vorschläge.
x-bay: *Was hältst du vom Freizeitangebot in Bayreuth?*
Annemarie: Das Angebot ist nicht schlecht. Aber man kann immer etwas verbessern.
x-bay: *Was ist dein Wahlmotto?*
Annemarie: No risc, no fun!

AUFGABEN

1. Wie ist Ihre Meinung zur Stärkung von Kinder- und Jugendlichenrechten?
2. Machen Sie eine Internetrecherche zu diesem Thema.

Rechtsradikalismus – vier Artikel zu einem schwierigen Thema

Eine rechte Kulturrevolution im Osten? Ein Kind läuft mit.

Ratlos erlebt ein Lehrerehepaar in Brandenburg, dass der Sohn den Hitlergruß übt. Berlin im November – Die Familie Buschnick lebt in einem flachen Haus mitten im Land Brandenburg am Rande eines Dorfes, wo der Blick frei ist auf Wiesen und Wälder. Das Haus ist nett eingerichtet, nicht spartanisch, nicht pompös. Vereinzelt ein bisschen Kitsch wie eine Miniaturlokomotive und ein Landschaftsbild.

Im Wohnzimmer sitzt Renate Buschnick. Sie heißt in Wirklichkeit anders, denn sie möchte wie auch ihr Sohn nicht mit richtigem Namen beschrieben werden, wegen des Themas und des kleinen Ortes. Sie ist Schuldirektorin, eine energische, fröhliche Frau mit rot gefärbten Haaren. Sie erzählt, wie sie es gemerkt hat. „Zuerst an den Aufklebern. In Manuels Hausaufgabenhefter stand dieser Spruch: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. In der Brieftasche: Ausländer raus. Das muss so in der 7., 8. Klasse gewesen sein."

Der Sohn ist nach rechts gedriftet, nach ganz rechts, wie so viele im Osten. Jungen und Mädchen, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen, nicht vom armen Rand. Es passiert so leicht, so unmerklich, was spielt sich da bloß ab?

Manuel: „Ich bin durch kopierte Kassetten von Kumpels dazu gekommen", sagt er. „Die erste war von Freikorps. Hat mir gefallen." Renate Buschnick meint, eher fragend als feststellend: „Vielleicht hatten wir zu wenig Zeit für ihn. Es ging ja meistens ruck zuck. Was Neues in der Schule? – Nö. Alles in Ordnung." Sie macht sich heute deswegen Vorwürfe. Andererseits sagt sie sich, das kann nicht der Grund sein, dass er in die rechte Ecke driftete. Das reicht ja wohl nicht als Grund.

Manuel begann eine Lehre als Automechaniker und ging früh aus dem Haus, traf sich mit Freunden und kam spät zurück. Es blieb das Mittagessen am Wochenende. „Ich habe gegessen", sagt er, „und sie haben geredet. Dann bin ich aufgestanden. Ich hatte kein Verhältnis zu meinen Eltern. Mir war es egal."

So wie es bei vielen zwischen Kindheit und Erwachsensein ist. Die Gruppe ist stärker als die Eltern. Und Manuels Gruppe war und ist rechts. Und immer wieder das Argument von der „tollen Gemeinschaft". (nach: SZ vom 26.11.1998)

Braune Wurzeln

Rechte gab es in der DDR seit Anfang der 80er-Jahre. Und mitgemacht haben Söhne von Offizieren, Journalisten, Parteikadern. Sie wollten auf rabiate Art Ordnung hineinbringen in die desorganisierte, unehrliche DDR, in der ihnen von den Eltern Opportunismus vorgelebt wurde. Es kam ihnen alles lasch vor, klebrig. Und je mehr das Land verfiel, umso deutlicher traten sie hervor.

Einerseits gab es da diesen Antifaschismus, der war ernst gemeint. Aber gleichzeitig hatte die DDR eine völkisch-nationale Komponente, die rechtsextremes Denken begünstigte. Die wenigen Ausländer gettogleich in Extraheimen untergebracht. Die vielen Inländer nur in bestimmtes, kleines, ähnliches Ausland gelassen. Der eigene Sozialismus immer als den besten bezeichnet und den der Bruderländer unter der Hand als Schrott. Sanfter Rassismus unterm Parteiabzeichen.

(nach: Birk Meinhardt, in: SZ vom 23.11.1998)

Im Bremer Umland treten NPD und „freie Kameradschaften" in Erscheinung

Nur zufällig begegnen am vergangenen Freitag die zwei Jugendlichen den drei jungen Erwachsenen. Als ihnen „Scheiß Zecken" entgegenschallt, wollen sie noch schnell die Straßenseite wechseln. Die drei glatzköpfigen Täter in Bomberjacken schlagen jedoch sofort auf die beiden ein. Als eines der Opfer zu Boden geht, treten sie mit ihren Springerstiefeln weiter zu. Nur weil der 14-Jährige sich bewusstlos stellt, lassen die alkoholisierten Neonazis von ihm ab. Wenige Straßen weiter besprühen die unbekannten Täter einen geparkten Mercedes mit Nazisprüchen.

„Wir ermitteln wegen Körperverletzung", erklärt der Kommissariatsleiter der Polizei Achim. Nicht der erste rechte Vorfall, den die Polizei in der niedersächsischen Stadt südöstlich von Bremen binnen zwei Wochen untersuchen muss. Bereits am Wochenende des 6./7. Dezember schändeten „unbekannte Täter" den örtlichen jüdischen Friedhof. Mit orange Farbe schmierten sie „Jude verecke" (mit Schreibfehler) und Hakenkreuze auf die Grabsteine. An die Außenwände des nahe gelegenen Schulzentrums sprühten sie „Heil Deutschland" und „Wir sind zurück".

„Die Neonazis haben in der Region ihre Aktivitäten erhöht, um neue Mitglieder zu gewinnen", bestätigt ein Sprecher des niedersächsischen Verfassungsschutzes (VS) gegenüber der „taz". In den vergangenen Monaten organisierten die lokale Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) gemeinsam mit der regionalen „Kameradschaft Weser Ems" zwischen Verden, Rotenburg und Achim Infostände sowie eine Mahnwache. Ganz im Sinne der neuen NPD-Strategie versuchen die Aktivisten um Sven Wellhausen (...) vor allem an Schulen neue Kameraden zu gewinnen. So verteilt Wellhausen mit weiteren Neonazis bereits Flugblätter am Schulzentrum in Thedinghausen nahe Achim.

(nach: www.rechtegewalt.de, eine Dokumentation vom Dezember 2003)



Einsatz gegen Rechts

Entscheidend sind Hartnäckigkeit und gute Ideen

Von Manja Greß und Florian Oertel

Über Hakenkreuze auf dem Schulklo und rechte Pöbeleien kann man sich ärgern – man kann aber auch etwas dagegen unternehmen. Vielen fehlt dazu der Mut, und gerade da, wo „die Rechten" den Ton angeben, ist das verständlich. Doch es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass es sich lohnt, wenn sich junge Leute zusammentun, um Neonazis – ganz ohne Gewalt – etwas entgegenzusetzen.

Eine „braune Tonne" zum Beispiel stellten Schüler in einer Stadt in Niedersachsen auf dem Schulhof auf, erzählt Holger Kubick vom Projekt „Mut gegen rechte Gewalt" in Berlin. „Die Tonne ist für rechtsradikale Flugblätter und CDs gedacht, die dort immer wieder verteilt werden."

Wer etwas gegen rechte Umtriebe tun will, sollte sich frühzeitig um Mitstreiter kümmern, rät Eva Eschenbruch vom Projekt P in Berlin, das Jugendliche beim Gründen von Initiativen zur politischen Beteiligung unterstützt. ...

Wer ein Zeichen setzen will, kann versuchen, seine Mitschüler für das Projekt Schule Ohne Rassismus – Schule Mit Courage zu gewinnen. Diesen Titel in Form eines Metallschilds bekommen Schulen, in denen mindestens 70 Prozent aller Schüler, Lehrer und Angestellten per Unterschrift erklärt haben, sich gegen Diskriminierung und Rassismus einzusetzen. Derzeit tragen über 250 Schulen das Metallschild, sagt Projektleiterin Sanem Kleff in Berlin. (Aus: Nordbayerischer Kurier vom 18./19. 06. 2005)

Jugendliche engagieren sich zunehmend gegen Rechts. Im Juni 2005 fand ein bundesweites Treffen in Saarbrücken statt, das unter dem Motto „Schulen stärken lokale Netzwerke gegen Diskriminierung" stand. Schülerinnen und Schüler wollen eingreifen, wenn Diskriminierung geschieht, und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. 500 Jugendliche aus ganz Deutschland nahmen teil sowie zahlreiche Prominente und Menschen aus der Öffentlichkeit, die eine Schulpatenschaft übernommen haben. Mehr unter www.schulenohnerassismus.org.

Die Zukunft gehört den Alten

1. Eine „Revolution" kommt auf uns zu – darüber sind sich viele einig –, die einschneidender sein wird als ein politischer Umsturz: Die Gesellschaft ergraut. Was passiert? Die Bundesbürger werden heute dreimal so alt wie vor 200 Jahren und gleichzeitig werden zu wenige Kinder geboren. Die Erscheinung betrifft alle Industrieländer und wird zunehmend zu einem weltweiten Problem. Lag der Anteil der über sechzigjährigen Deutschen im Jahr 1990 noch bei 21 Prozent, so ist er nach der Jahrtausendwende schon bei 26, im Jahr 2035, dem Höhepunkt der Entwicklung, wird er sogar bei satten vierzig Prozent liegen, darunter überproportional viele Frauen (deren Lebenserwartung die der Männer um sechs Jahre übersteigt). Der Anteil der unter Zwanzigjährigen aber dürfte dann auf etwa 18 Prozent gesunken sein.

Der demografische Wandel wird die soziale und politische Landschaft und die Märkte verändern (siehe auch S. 12/13).

2. Wer sind die Alten? Allen Zerrbildern vom „vertrottelten Greis" zum Trotz meistert die Mehrheit ihren Alltag mit ziemlicher Kompetenz und bei guter Gesundheit. Die Oldies von heute haben eine bessere Allgemeinbildung, sind fit und gesundheitsbewusst sowie besser informiert und lernwilliger als früher. Eine Studie ermittelte, dass es sich nicht um eine homogene Gruppe handelt, und unterscheidet „junge Alte" zwischen 55 und 70, mittelalte Alte und Uralte mit 80 und darüber.

3. Im Mittelpunkt der politischen Diskussion steht, wie das sozial funktionieren soll: Immer weniger Aktive müssen bei sinkenden Beschäftigungszahlen immer mehr Ruheständler finanzieren und die Jüngeren treten zu spät ins Arbeitsleben ein, weil die Ausbildungszeiten lang sind. Wird der Arbeitnehmer wieder länger



Wenn die Eltern berufstätig sind und die Krippenplätze nicht ausreichen, ist die Oma für die Kinder da.

arbeiten müssen? Das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren ist schon angepeilt. Werden „altersgerechte" Arbeitsplätze geschaffen werden?

Da müsste sich der Trend in der Personalpolitik der Wirtschaft gründlich ändern. Bisher darf doch, wer mit 45 einen Jobwechsel anstrebt, davon ausgehen, von – selbst meist angegrauten – Chefs die Tür gewiesen zu bekommen. Ein absurder Jugendfetischismus, der aber allmählich brüchig wird, wie neueste Zahlen beweisen – denn ältere Arbeitnehmer sind durchaus flexibel und belastbar.

Der Sozialstaat ist im Umbau, Renten- und Krankenversicherung werden auf neue Beine gestellt, weil der Staat wegen der ungünstigen demografischen Entwicklung weniger Leistungen erbringen kann und die Bürger deshalb zu mehr Eigenvorsorge aufgerufen sind. Aber oft reicht der Verdienst nicht, um auch für das Alter vorzusorgen. Schon heute wächst die Altersarmut, wenn Arbeitslosigkeit oder Niedrigeinkommen dazu führen, dass die Rente kaum zum Leben reicht. Alleinstehende Frauen sind da besonders betroffen.

4. Die „jungen Alten" helfen den Kindern bei täglichen Erledigungen, springen ein im Urlaub, passen auf die Enkelkinder auf. Sie leben am liebsten im eigenen Haushalt, möglichst in der Nähe der Familie. Die Frauen kümmern sich gleichzeitig um die hochbetagten Eltern.
Einsam und seelisch belastet sind zunehmend Alte, die keine Familie haben, und Uralte, die in Pflegeheimen ihr Lebensende erwarten.

5. Innovativ könnten die „jungen Alten" auf die Struktur der Gesellschaft wirken. Soziales Engagement wird zu einem wichtigen Faktor im Leben älterer Menschen. Daneben stehen „Selbstverwirklichung", „Konsum" und „Mobilität" bei einem Viertel der 55- bis 70-Jährigen hoch im Kurs. Man macht in Kultur, pflegt seine Hobbys, setzt sich noch einmal in Universitätsseminare und studiert Kant und Hegel. Das sogenannte Seniorenstudium wird begeistert angenommen.
Optimistisch denken Sozialwissenschaftler darüber nach, wie die Alten einbezogen werden können. Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser schafft Fakten: Über ganz Deutschland verteilt entstehen Tagestreffpunkte, in denen sich die Generationen wieder wie selbstverständlich begegnen und einander helfen. Die Häuser bieten einen Essensservice, Kinderbetreuung, Garten- und Haushaltshilfe, PC-Kurse für Ältere und vieles, was das Miteinander unter einem Dach fördert. Träger sind Kirchen, Seniorenclubs, Familienzentren und der Bund.
Auch das Arbeitsleben wird sich umstellen und wieder stärker auf die Älteren achten müssen. Auf die Personalabteilungen der Unternehmen kommen neue Aufgaben zu, denn Ältere wollen wieder länger arbeiten.

(gekürzt; nach: Michael Scholing, in: Vorwärts, März 1993, S. 6/7; aktualisiert 2007)

Aufgaben

1. Welche soziale Rolle spielen die Alten in Ihrem Land?
2. Können durch die Älteren neue bzw. alte Werte in die Gesellschaft eingebracht werden? Wie wäre das möglich?
3. Sind Sie der Meinung, dass die Situation der älteren Menschen in diesem Artikel zu positiv gesehen wird? Dann lesen Sie die folgenden Auszüge aus einem Zeitungsartikel:

Der Wert des Lebens – eine Kostenfrage

Unter immensen Opfern der Angehörigen werden zwei Drittel aller Pflegebedürftigen zu Hause betreut. Mehr als 2 Millionen Pflegefälle gibt es in Deutschland. 1,4 Millionen werden zu Hause gepflegt, über 600 000 in einem Heim. Bei 70% der meist alten Menschen reicht die Rente nicht für die Heimkosten bis 3000 Euro im Monat, die Pflegeversicherung muss einspringen.
Es ist oft der Zufall, der die häusliche Pflege bestimmt – ob es Angehörige gibt, an welche Hilfsorganisationen die alten Menschen geraten, ob dort Kapazitäten frei sind. Es ist Zufall, ob eine Schwester morgens eine Stunde lang als Hilfe kommt oder erst mittags und nur für zehn Minuten, sodass nur Fließbandpflege möglich ist.

(nach: Heidrun Graupner, Der Wert des Lebens – eine Kostenfrage, in: SZ vom 8./9.05.1993; aktualisiert 2007)

1995/96 ist eine lang diskutierte Reform verwirklicht worden, die hilfsbedürftige Bürger gegen das finanzielle Risiko absichert. Diese soziale Pflegeversicherung hilft bei der Pflege zu Hause oder im Heim. Auch Angehörige, die die Pflege zum Beispiel ihrer alten Eltern übernehmen, können Geld bekommen. Die meisten Pflegebedürftigen sind nämlich 85 Jahre und älter. In die Pflegekassen zahlen je zur Hälfte Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Die Erfahrungen mit der Pflegeversicherung sind gespalten: Im professionellen Pflegebereich mangelt es an Personal. Bei der häuslichen Pflege sind die Angehörigen überfordert. Alte Menschen, die sich selbst versorgen, werden einsam. Die Pflegeversicherung hat finanzielle Probleme.
Sie muss zukunftssicher gestaltet werden, denn die solidarische Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit bleibt gewährleistet. „Ambulant vor stationär" ist das Leitbild der Reformanstrengungen, die sich auf die Arbeit von Wohlfahrtsverbänden und Hilfsorganisationen in Verbindung mit den Krankenkassen stützen.

→ Das Stichwort
Arbeitslosengeld II (Sozialhilfe)
Finanzielle Hilfe der Städte und Kommunen für Menschen, die nicht genügend Geld für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung haben. Zu den Empfängern gehören Langzeitarbeitslose, ältere Menschen mit niedriger Rente, Familien mit geringem Einkommen, alleinerziehende Mütter und Kinder.

→ Das Stichwort Hilfsorganisationen
Altenarbeit leisten die Seniorenorganisationen der Kirchen, der Gewerkschaften und der Parteien, die großen Wohlfahrtsverbände wie das Rote Kreuz, die Caritas und die Arbeiterwohlfahrt, außerdem Selbsthilfegruppen, die Interessenvertretungen der Senioren und private Initiativen (siehe S. 71, 82). Bei der Betreuung Hilfs- und Pflegebedürftiger haben sich besonders die Sozialstationen bewährt. Das sind lokale Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände. Ihre bezahlten Fachkräfte, Helferinnen und Helfer kommen ins Haus und leisten medizinisch-pflegerische Hilfe. Zu ihren Diensten gehört auch die Versorgung mit warmem Essen, das als „Essen auf Rädern" von Helfern in die Wohnung gebracht wird.



Freizeit und Sport

Dass unsere Gesellschaft eine „Freizeitgesellschaft" ist, hört man oft. Richtig ist auf jeden Fall, dass die Deutschen viel Urlaub haben, nämlich durchschnittlich 29 Arbeitstage im Jahr. Das sind fast sechs Wochen. Neben den freien Wochenenden haben die Deutschen etliche Feiertage, vor allem kirchliche Festtage. Die Zahl der jährlichen Arbeitsstunden ist deshalb in der Bundesrepublik nach Schweden, den Niederlanden und Dänemark am niedrigsten.
Nicht berücksichtigt bei dieser Statistik sind allerdings geleistete Überstunden, die besonders in bestimmten Berufen, wie z.B. den EDV-Berufen, anfallen. Überstunden machen vor allem außer Tarif bezahlte Angestellte. Das sind Arbeitnehmer, die mehr als die mit den Gewerkschaften ausgehandelten Tariflöhne verdienen. Seit 2004 ist eine 40- oder 42-Stunden-Woche zunehmend keine Seltenheit mehr. Die Mitarbeiter arbeiten oft länger als 38 Stunden, um ihren Arbeitsplatz zu sichern.
Und die verbleibende Freizeit? Was machen die Deutschen da? Musik hören, Disco, Fernsehen rangieren bei jungen Leuten ganz oben; der Bundesbürger kümmert sich um die Familie, die Hobbys und treibt etwas Sport: Wandern und Spazierengehen sind weit verbreitet. Abends sitzt er vor dem Fernsehe oder surft im Inter-


Fastnacht in Rottweil

net; oft geht er auch mit Freunden ausgiebig und gut essen. Viele Menschen nützen ihre Freizeit zur Weiterbildung jeglicher Art: Sprachen lernen, Tanzen, auch Yoga, kulturelle Veranstaltungen und vieles mehr. Wenn man der Statistik glauben darf, gehört die Hälfte der Deutschen einem oder mehreren Vereinen an. Am beliebtesten sind die Sportvereine, es folgen Kegelclubs, kirchliche Vereine, Gesangs- und Schützenvereine, Wander-, Tier- und Naturschutzvereine und nicht zuletzt die Kleingartenvereine (nach: Globus 1488).

Feste soll man feiern, wie sie fallen ... so heißt es im Sprichwort. An erster Stelle stehen die kirchlichen Feste, die das Jahr begleiten: das Osterfest zum Tag der Auferstehung Christi, Fronleichnam mit seinen feierlichen Prozessionen, Pfingsten und Weihnachten, das Fest der Geburt Jesu. Die vorweihnachtliche Adventszeit und Weihnachten sind verbunden mit einer unverwechselbaren Stimmung, mit Festvorbereitungen, dem Schmücken des Weihnachtsbaums, mit Geschenken, Verwandtenbesuchen, aber auch mit Hektik und „Kaufzwängen".

Unüberschaubar sind die Feste, die an bestimmte Regionen und Orte gebunden sind. Auf dem Lande bestimmte schon immer die Ernte das festliche Leben, in den Städten waren es seit dem Mittelalter die Bürger und die Handwerkszünfte, die Umzüge und Festlichkeiten organisierten. In dieser Tradition stehen der rheinische Karneval (Köln), die schwäbisch-alemannische Fasnet und der Münchner Fasching.

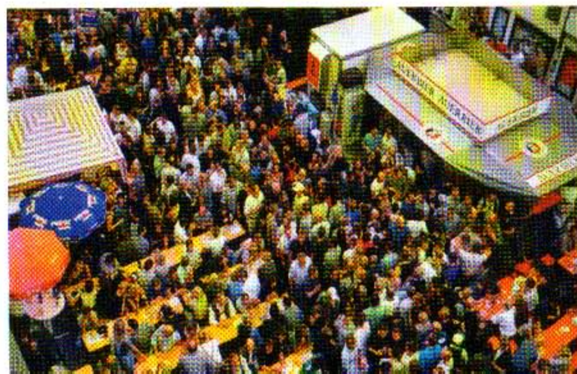
Andere Feste gehen auf historische Ereignisse zurück, zum Beispiel das berühmte Münchner Oktoberfest auf ein Pferderennen anlässlich der Vermählung des Kronprinzen im Jahr 1810. Und wenn in München das „größte Volksfest der Welt" beginnt, finden auch die Weinfeste zur Weinlese an Rhein und Mosel, in Baden, der Pfalz und in Franken statt.

Gesetzliche Feiertage sind bestimmte kirchliche Feste, außerdem der 1. Mai als „Tag der Arbeit" und der 3. Oktober, der „Tag der Deutschen Einheit".

Für den Arbeitnehmer kann ein weiterer freier Tag unvermutet hinzukommen. Jährlich veranstalten viele Betriebe sogenannte Betriebsausflüge. Kolleginnen und Kollegen, die sich sonst nur während der Arbeit sehen, verbringen miteinander einen von der Firma organisierten Tag. Sie fahren gemeinsam mit der Bahn, dem Bus oder dem Auto aufs Land oder zu einem sehenswerten Ausflugsziel, trinken und essen und freuen sich über diese angenehme Abwechslung im Arbeitsleben.

Bei der Gestaltung des Urlaubs oder auch nur einiger freier Tage zwischendurch hat das Reisen höchste Priorität. Schüler reisen heute öfter, länger und auch zu weiter entfernten Zielen, bis in die USA oder nach Australien. Der Schüleraustausch macht es möglich, dass Schüler einige Wochen oder Monate im Ausland verbringen und dort in einer Gastfamilie wohnen, zum Teil sogar am Ort zur Schule gehen.

Erwachsene reisen individuell oder in der Gruppe, oft auch pauschal aus Kostengründen. Der Städte- und Fahrradtourismus boomt und der Urlaub auf dem Bauernhof. Neben Erholungs- und Aktiv-Reisen werden auch häufig Bildungsreisen gebucht. Insgesamt hat der Urlaub einen hohen Stellenwert. Lieber etwas länger in


Oktoberfest München

Die Alpen
sind Lebens- und Wirtschaftsraum für 11 Millionen Einwohner und Erholungsraum für rund 100 Millionen Menschen der ganzen Welt.

Somit ist der Tourismus heute der wichtigste Wirtschaftszweig, doch er trägt zunehmend auch zur starken Belastung von Mensch und Natur bei.



Urlaub, dafür auch im eigenen Land ist die Tendenz. In Europa sind Spanien, Italien und Österreich die beliebtesten Reiseziele; innerhalb Deutschlands ist es das Bundesland Bayern rund ums Jahr und Ost- und Nordsee im Sommer.

Aufwendige Sportarten, die gute Ausrüstung und viel Training erfordern, haben in Westdeutschland von Jahr zu Jahr zugenommen. Sie sind für viele ein wichtiger Bestandteil von Freizeit und Urlaub. Neben Fußball, Schwimmen, Joggen, Radfahren sind besonders Skifahren, Tennis und Golf beliebt. Hinzu kommen Extrem-Sportarten für Wagemutige wie Marathon, Kajakfahren und Paragliding, aber auch neue Fun-Sportarten wie z.B. Beach- und Volleyball.
Unübertroffen ist aber traditionell die Freude am Wandern. Outdoor ist „mega-cool" auch unter Kids und Jugendlichen. Markierte Wege eignen sich zum Wandern, Trekking oder Nordic Walking. Und der Radsportbegeisterte bewegt sich vorwärts auf dem Trekkingrad, dem Mountainbike im Gelände, dem Rennrad oder dem Speed-Bike für größere Entfernungen.
Nach der Wiedervereinigung gab es einen Tourismus völlig neuer Art. In der DDR waren die Reisemöglichkeiten der Bürger beschränkt: Man reiste im eigenen Land, vorzugsweise an die Seen im Norden oder an die Ostsee oder fuhr in die „Bruderländer" im östlichen Ausland. Vielfach waren es die betriebseigenen Erholungsstätten, wo man samt Familie und gemeinsam mit seinen Arbeitskollegen den Urlaub verbrachte. Nach der Öffnung der Grenzen setzte ein gewaltiger Reisestrom Richtung Westen ein. Die neuen Bundesbürger versuchten, das Versäumte nachzuholen, und fuhren im eigenen Auto oder mit Bussen in die alten Bundesländer. Oder sie flogen in Länder des westlichen Auslands, die bis dahin unerreichbar für sie gewesen waren.

Freizeit ist für viele Menschen die Abkehr vom Alltagstrott, verbunden mit einem Gefühl von „Freiheit", das sich in dem Wunsch nach grenzenloser Mobilität manifestiert. Das Mittel dazu ist der eigene Pkw. Die Folgen sind der ständig wachsende Verkehr, Staus, Luftverschmutzung, Umweltschäden in Landschaft und Tierwelt. Während 1954 noch die Hälfte der Reisenden mit der Bahn fuhr und je ein Viertel mit Bus oder Auto, ist heute der Anteil der Bahnfahrer unter 10% gesunken. Weit über die Hälfte fährt mit dem eigenen Pkw in den Urlaub und mehr als 20% nehmen das Flugzeug.
Besonders der Massentourismus hat deutlich die Gefahren für Natur und Umwelt aufgezeigt: 40 000 Skipisten in den Alpen brachten Waldrodungen und Geländekorrekturen mit sich. Diese Eingriffe in die Natur führen immer häufiger zu gefährlichen Bergrutschen und im Winter zu Lawinenabgängen.
Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), eine bundesweit tätige Naturschutzorganisation, wirbt deshalb für einen „sanften Tourismus", der die natürlichen Ressourcen wie Wasser und Energie schont. Im Fremdenverkehr spielt umweltgerechtes Verhalten eine immer größere Rolle. Hinweisschilder in der Landschaft oder Informationsbroschüren der Fremdenverkehrsämter versuchen, die Touristen zum richtigen Verhalten in der Natur „zu erziehen".

ALPENRAUM
MEHR WISSEN - WENIGER BELASTEN
Eine Initiative der CIPRA-Deutschland e.V.



(CIPRA = Commission Internationale pour la Protection des Alpes, Internationale Alpenschutzkommission)
www.cipra.org/de

Breitensport und Spitzensport

Sport in Deutschland ist zum großen Teil Breitensport, d.h. er steht dem Bundesbürger vom Kindes- bis zum Seniorenalter offen. Basis der Sportbegeisterung sind die über 90 000 Sportvereine, die im Deutschen Sportbund (DSB) zusammengefasst sind. Nicht nur Fußball am Bildschirm, im Stadion oder im Verein ist der Favorit, auch Tennis ist für breite Bevölkerungsschichten attraktiv.

Der Deutsche Fußballbund (DFB) ist mit seinen 5,4 Millionen Mitgliedern der größte Fachverband in Deutschland, nicht zu übersehen sind aber auch der Deutsche Turnerbund, der Deutsche Tennisverband, der Deutsche Schützenbund oder der Deutsche Leichtathletikverband; dazu die Wintersportler, Reiter und Segler. Sehr beliebt sind Aktionen des DSB wie Volksläufe oder Marathon-Läufe, die Tausende von sportlich trainierten Menschen anziehen.
Der DSB verleiht das Sportabzeichen in Gold, Silber und Bronze, das jährlich Hunderttausende in allen Altersgruppen in den Disziplinen ihrer Wahl erwerben. Das Silberne Lorbeerblatt als höchste Auszeichnung erhalten allerdings nur Spitzensportler, und zwar aus der Hand des Bundespräsidenten.

Mit der Vereinigung begann für die Spitzensportler der ehemaligen DDR eine neue Ära. Sie waren zu DDR-Zeiten in ein umfassendes Sportsystem eingebunden, das auf Hochleistung getrimmt war. Ein hierarchisches Gebilde von Kinder- und Jugendsportschulen, Sportschulen und vom Staat bezahlten Betreuern und Trainern sollte die Überlegenheit des Sozialismus beweisen. Dass Einzelleistungen zum Teil durch staatlich verordnetes Doping erkauft waren, stellte sich erst nach der Wende heraus. Auch war der Neuanfang insofern schwer, als der DDR-Sport wie alle gesellschaftlichen Bereiche vom Stasi-Spitzelsystem (S. 117) durchsetzt war.

Das Auswärtige Amt unterstützt die Sportzusammenarbeit mit der Dritten Welt, den MOE- und GUS-Staaten, der Volksrepublik China und der Mongolei. Mit Geldern aus dem Stabilitätspakt fördert das Auswärtige Amt außerdem Projekte in Afghanistan.

Fußball-Weltmeisterschaften

Jahr	Weltmeister	Finalist	Ergebnis / Ort
2006	Italien	Frankreich	6 : 4 Berlin
2002	Brasilien	Deutschland	2 : 0 Yokohama
1998	Frankreich	Brasilien	3 : 0 St.Denis
1994	Brasilien	Italien	3 : 2 Los Angeles
1990	Deutschland	Argentinien	1 : 0 Rom
1986	Argentinien	Deutschland	3 : 2 Mexico City
1982	Italien	Deutschland	3 : 1 Madrid
1978	Argentinien	Niederlande	3 : 1 Buenos Aires
1974	Deutschland	Niederlande	2 : 1 München
1970	Brasilien	Italien	4 : 1 Mexico City
1966	England	Deutschland	4 : 2 London
1962	Brasilien	Tschechoslowakei	3 : 1 Santiago
1958	Brasilien	Schweden	5 : 2 Stockholm
1954	Deutschland	Ungarn	3 : 2 Bern

Günter Grass und der Fußball

SZ: *Was hat Sie an der WM besonders fasziniert?*

Grass: *In Vorbereitung der Weltmeisterschaft hat man viel geunkt und Sicherheitsbedenken gehabt. Wir Deutschen sind ja Weltmeister im Bedenken, das ist ein unbestrittener Titel, den wir haben. Und dann lief alles ganz anders. Sehr heiter, sehr locker. Die Deutschen waren sogar bereit, auf eine fröhliche Art und Weise Flagge zu zeigen und haben gleichzeitig aus dieser Flagge ein vielfach verwendbares Bekleidungsstück gemacht: vom Wickelrock bis sonstwohin. Füllige ältere Damen hatten eine neue Schminkmethode, sie haben sich schwarz-rot-gold auf die Wangen gemalt, manche hatte Irokesen-Frisuren in den Landesfarben, ein Baby sogar den Schnuller. Diese völlig unorganisierte spontane Art war überzeugend. Ich glaube, auch für viele*



Ausländer, die es miterlebt haben. Und ich hoffe, dass sich die Politiker im Nachhinein zurückhalten, nicht auf dieser Welle mitreiten und das Ganze zu etwas stilisieren, was es nicht sein kann und nicht sein wollte.

(aus einem Interview der SZ vom 8./9.07.2006)

AUFGABEN

1. Wie wichtig ist Fußball für Sie?
2. Ist Fußball wichtig in Ihrem Land?
3. Hat die WM Ihr Bild von Deutschland verändert (siehe S. 156)?

Ein Text für Anspruchsvolle

Thema „Individualisierung"

1. *Die bürgerliche Gesellschaft im Industriezeitalter war bisher relativ stabil. Sie hatte die Fähigkeit, wirtschaftliche und politische Krisen produktiv zu überwinden. Diese Fähigkeit scheint ihr immer mehr verloren zu gehen.*

2. *Löst sich die Gesellschaft auf? wird heute von Soziologen gefragt. Über „Individualisierung" wird geklagt; gemeint ist eine schwindende Solidarität in einer Gesellschaft der „Ellbogenfreiheit".*

3. *Dabei handelt es sich um etwas Uraltes, um ein Grundphänomen der sich entfaltenden Moderne. Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Menschen aus den Bindungen ihres Standes und der Religion entlassen in die Welt der Industriegesellschaft. Der Lohnarbeiter wurde doppelt frei: befreit von seinen traditionellen Bindungen und ausgesetzt allen Gefahren am Arbeitsmarkt.*

4. *Heute geschieht der nächste Schritt: Die Menschen werden aus den Sicherheiten der Industriegesellschaft, wie sie über Jahrzehnte erkämpft wurden, entlassen in die Turbulenzen der Weltkrisengesellschaft. Ihnen selbst wird nun das Leben mit widersprüchlichen und persönlichen Risiken zugemutet.*

5. *Individualisierung meint nicht Beziehungslosigkeit oder Emanzipation, sondern Ablösung von den Lebensformen der Industriegesellschaft: der Familie, der Geschlechterrolle, der Gesellschaftsschichten.*
Ersetzt wird dies durch Lebensformen, in denen die Individuen ihre Biografie selbst herstellen und inszenieren müssen. Auch moralische, soziale und politische Bindungen werden selbst gestaltet unter gewissen Vorgaben wie Ausbildung, Arbeitsmarkt usw. Die traditionelle Ehe wird nun gewählt und als persönliches Risiko gelebt. Früher bestimmten Traditionen die Entscheidungen und verpflichteten zu Gemeinsamkeiten, heute baut der Einzelne sein eigenes Leben, bei Strafe ökonomischer Benachteiligungen. Gemeinsamkeiten können von nun an nicht verordnet werden, sie werden abgesprochen und begründet, wie es Bürgerinitiativen zum Beispiel zeigen.

6. *In einer Zeit, in der Arbeitslosigkeit wächst und soziale Sicherheit abnimmt, verschärfen sich soziale Gegensätze. Menschen erleben dies als persönliche Schuld, nicht als gesellschaftliche Krise, um die es sich eigentlich handelt.*

7. *Damit wächst die Gefahr irrationaler Ausbrüche, auch in Form von Gewalt gegen alles, was als „fremd" etikettiert wird: Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Alter, körperliche Behinderung.*

8. *Bleibt die Frage, ob es gelingt, neue Sinnzusammenhänge zu vermitteln und den Einzelnen und seine persönlichen, sozialen und politischen Belange neu einzubinden.*

(nach: Ulrich Beck, Vom Verschwinden der Solidarität, in: SZ vom 14./15. Februar 93; der Artikel ist heute so aktuell wie vor über zehn Jahren.)

AUFGABEN

1. Ordnen Sie die stichwortartigen Notizen den einzelnen Abschnitten zu:

	Abschnitt
Soziale Gegensätze verschärfen sich	☐
Jeder macht seine Biografie selbst	☐
Menschen lösten sich aus traditionellen Bindungen	☐
Menschen in Turbulenzen der Weltkrisen	☐
Gefahr irrationaler Ausbrüche von Gewalt	☐
Neue Sinnzusammenhänge müssen vermittelt werden	☐
Fähigkeit, Krisen zu überwinden	☐
Solidarität schwindet	☐

2. Sehen Sie Zusammenhänge mit dem zunehmenden Risikoverhalten junger Leute? Selbstzerstörerische Verhaltensweisen werden schon bei Kindern zwischen 10 und 13 Jahren beobachtet. Während illegale Drogen und Zigarettenkonsum zurückgehen, steigt der Alkoholkonsum für viele Jugendliche lebensbedrohlich. Können Schule und Familie helfen oder liegt die Schuld bei den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen?

Die „Süddeutsche Zeitung" veranstaltete eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Zukunft der Bürgerarbeit".
Das Ergebnis: Die Bereitschaft, soziale Verantwortung zu übernehmen, wächst. 12 Millionen Menschen engagieren sich bürgerschaftlich in Ehrenämtern. Zählt man noch jene hinzu, die sich in Vereinen und Initiativen engagieren, kommt man auf 23 Millionen laut einer Umfrage des Bundesfamilienministeriums; d.h., jeder vierte Deutsche setzt sich in seiner Freizeit für das Allgemeinwohl ein. Die „Klage über soziale Kälte und Egoismus ist ein altes Klischee", hieß es.
Das Ehrenamt hat aber einen Wandel durchgemacht: Freiwillige wollen sich kurzfristig und unverbindlich engagieren, und zwar für ein bestimmtes Projekt. Vor allem Jugendliche wollen nicht mehr von Institutionen bestimmt sein – von Parteien, Kirchen und Vereinen –, sondern ihr Engagement selbst bestimmen. Die „Ichlinge" suchen die Gemeinschaft. Die Menschen suchen erreichbare Ziele in einer begrenzten Zeit, um Anerkennung und Spaß zu finden. Aktiv sind besonders junge, arbeitslose Akademiker und junge Alte, die nicht mehr im Beruf sind, sich aber fit fühlen. So entstehen Privatinitiativen und Selbsthilfegruppen, die sich um Migranten, Suchtprobleme, Arbeitslosigkeit, Familienselbsthilfe, Nachbarschaftshilfe usw. kümmern, zum Teil mit öffentlicher finanzieller Unterstützung.
In Jena setzt sich eine Bürgerstiftung für junge Leute ein und nimmt die „Dinge einfach selbst in die Hand".

Immer beliebter werden die sogenannten Tafeln, die Bedürftige gratis mit Lebensmitteln versorgen. Bundesweit gibt es bereits ca. 800 dieser Essensausgaben. Freiwillige Helfer schaffen überschüssige Lebensmittel von Supermärkten, Bäckereien und anderen Unternehmen herbei und verteilen sie an arme Leute. Das Christliche Kinder- und Jugendwerk DIE ARCHE kämpft gegen Kinderarmut mit kostenlosem Mittagstisch, Nachhilfe und vorbildlicher Kinder- und Jugendarbeit.

In Deutschland haben sich etwa 140 Organisationen zum Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement (BBE) zusammengeschlossen. Freiwilliges Engagement wird oft zum Lückenbüßer für nicht mehr bezahlbare Leistungen.

4. Politik und öffentliches Leben

Konrad Adenauer (erster Bundeskanzler) unterzeichnet das Grundgesetz am 23. Mai 1949.







Das Europäische Parlament



Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gästehaus in Meseburg

Das parlamentarische Regierungssystem

Bund

Baden-Württemberg
Hessen
Rheinland-Pfalz
Bayern
Mecklenburg-Vorpommern
Saarland
Berlin
Niedersachsen
Sachsen
Brandenburg
Nordrhein-Westfalen
Sachsen-Anhalt
Bremen
Schleswig-Holstein
Hamburg
Thüringen

16 Länder

Chef der Bundesregierung
repräsentative Aufgaben
Chef einer Landesregierung

Bundeskanzler → Bundesminister
Bundespräsident
Landesminister ← Ministerpräsident

Bundestag
Abgeordnete auf 4 Jahre

Bundesrat
Vertreter der Länderregierungen

Länderparlamente

alle 4 Jahre
alle 4–5 Jahre

Wähler: alle Deutschen ab 18 Jahren



Reichstag in Berlin: Sitz des Bundestags

Artikel 1	Artikel 20
Die Würde des Menschen ist unantastbar.	Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.
Artikel 20	**Artikel 21**
Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.	Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Grundlagen der politischen Ordnung

Die Grundrechte und die wesentlichen Elemente des parlamentarischen Systems sind im Grundgesetz festgelegt.
Der erste Repräsentant des Staates ist der Bundespräsident. Er wird von der Bundesversammlung (= die Bundestagsabgeordneten und die Wahlmänner und -frauen, die von den Länderparlamenten bestimmt werden) für fünf Jahre gewählt. Durch seine Autorität soll er zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ausgleichen. Er ist überparteilich und hat kaum politische Entscheidungsgewalt, äußert sich öffentlich aber auch zu aktuellen politischen Fragen. Der Bürger erlebt ihn bei Ansprachen zu Gedenktagen (siehe S. 86) oder zum neuen Jahr, bei Staatsempfängen oder auf Reisen als Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland. Seine Amtszeit ist auf zehn Jahre begrenzt.

Die Bürger wählen in freier und geheimer Wahl die Abgeordneten für den Deutschen Bundestag und die Länderparlamente sowie die Vertreter auf kommunaler und regionaler Ebene. Wahlberechtigt sind alle volljährigen deutschen Staatsbürger. (Volljährig ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat.) Gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht.

→ Das Stichwort Verhältniswahlrecht

Jeder Wähler hat zwei Stimmen: Mit der ersten Stimme wählt er den Direktabgeordneten seines Stimmkreises, mit der zweiten Stimme eine Partei. Die Sitze im Parlament werden dann im Verhältnis der abgegebenen Stimmen verteilt. Eine adäquate Vertretung der Minderheit ist damit gesichert. Eine Zersplitterung des Parlaments in zu viele Parteien wird durch die 5-Prozent-Klausel (siehe S. 86) verhindert.

Der Bundestag beschließt die Gesetze und wählt auf Vorschlag des Bundespräsidenten den Bundeskanzler. Der Bundeskanzler wiederum bestimmt die Minister und bildet zusammen mit ihnen die Bundesregierung. Er legt die Richtlinien der Politik fest.
Im Bundesrat sind die Bundesländer vertreten. Ihre Mitglieder sind Vertreter der Landesregierungen. Bei der Verabschiedung von Gesetzen wirkt der Bundesrat mit; in bestimmten Fällen ist seine Zustimmung erforderlich (siehe S. 25).

Neben Bundesregierung (= Exekutive), Bundestag und Bundesrat (= Legislative) ist das Bundesverfassungsgericht (= Judikative) in Karlsruhe der dritte unabhängige Träger der Staatsgewalt. Dieses höchste Gericht überwacht die Einhaltung des Grundgesetzes. In den Jahren nach der Wende bis heute ist das Verfassungsgericht ungewöhnlich oft angerufen worden, zum Beispiel in der Frage des Asylrechts, des Aufenthaltsrechts für ausländische Kinder oder der Einführung von Studiengebühren. Einzelne Bürger können sich mit einer Verfassungsbeschwerde an dieses Gericht wenden, wenn sie ihre Grundrechte verletzt sehen und alle anderen Rechtswege bereits beschritten wurden.

Das Grundgesetz wurde 1949 als Provisorium geschaffen. Es bewährte sich als Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Es kann nur mit einer

Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat geändert werden.
Im Einigungsvertrag wurde eine Überarbeitung in der Folge der deutschen Einheit vorgesehen. Eine Verfassungskommission arbeitete 1992 bis 1993 verschiedene Erweiterungen aus. Als Staatsziele wurden schließlich der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der Schutz Behinderter aufgenommen. Der neue Europa-Artikel 23 wurde eingefügt, der die Mitwirkung von Bundestag und besonders Bundesrat bei der Herstellung der Europäischen Union regelt. Nicht berücksichtigt wurde u.a. eine direkte Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen (Referendum, Wahl des Bundespräsidenten). Kritiker werten die nur partielle Überarbeitung als Enttäuschung, eine historische Chance sei vertan worden. (Elemente der direkten Demokratie sind dagegen in den neu geschaffenen Landesverfassungen der neuen Bundesländer und Berlins enthalten.)
Ein Staatsziel Kultur findet Befürworter und Kritiker. Die einen wollen den Staat in die Pflicht nehmen, die anderen wollen ihn heraushalten.

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident von 1984–1994, hat durch seine Reden international große Achtung erworben. Hier ein Auszug aus einer Ansprache zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985:

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.
Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewusstsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen selbst nach seiner Verstrickung.

Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben. Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen.

Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.
Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.
(aus: Richard von Weizsäcker, Von Deutschland aus, a. a. O., S. 19/20)

Die Parteien und die ersten gesamtdeutschen Wahlen

Im Grundgesetz ist festgelegt, dass die Parteien an der politischen Willensbildung mitwirken. Ihre Gründung ist frei. Sie müssen demokratischen Grundsätzen entsprechen.
Wenn eine Partei in den Bundestag gelangen will, muss sie im Regelfall mehr als 5% der gültigen Wählerstimmen in ihrem Wahlgebiet auf sich vereinen (sogenannte 5%-Klausel). Damit soll eine Zersplitterung in viele mittlere und kleine Parteien vermieden werden.



Für einen vorsorgenden Sozialstaat und existenzsichernde Erwerbsarbeit

Gegen Ausgrenzung und für berufliche Integration

Gemeinsam für Deutschland.
Mit Mut und Menschlichkeit.
Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD



Die GRÜNEN setzen sich ein für eine Republik, in der

- alle Bürgerinnen und Bürger weitgehende demokratische Mitentscheidungsrechte haben,
- Frauen nicht unterdrückt und kulturelle, sexuelle und nationale Minderheiten nicht diskriminiert werden,
- Armut und Arbeitslosigkeit überwunden sind,
- dem Schutz der Natur Vorrang vor ständigem Wachstum eingeräumt wird,
- Gewalt kein Mittel der Innen- und Außenpolitik mehr ist.



DIE LINKE.

Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander

Gerechtigkeit

Solidarität



Freiheit

Mehr Wettbewerb, mehr Freiheit, mehr Teilhabe



Die Liberalen

Demokratie heißt mitreden. Nicht mitlaufen.

Wir überlassen vieles dem Markt. Aber nichts dem Zufall.

Nicht für alle. Aber für alle, die Freiheit wollen.

„Wir wissen, dass das ‚Paradies auf Erden' nicht geschaffen werden kann. Dennoch sind wir aufgerufen, unermüdlich daran mitzuarbeiten, dass die Welt von morgen eine gerechtere und menschlichere wird."



Politischer Frühschoppen

Bürgersicherheit im Alltag



Nachdem die DDR der Bundesrepublik nach Artikel 23 Grundgesetz (dieser Artikel ist heute der Europa-Artikel) am 3.10.1990 beigetreten war, konnten die ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2.12.1990 stattfinden. Diesen Wahlen gingen folgende Ereignisse voraus:

1. Die neuen Bundesländer wurden konstituiert.
2. Ein einheitliches Wahlverfahren wurde erarbeitet.
3. Die Parteien ordneten sich neu.

Die CDU mit Helmut Kohl ging als Sieger aus dieser Wahl hervor. Die Regierungsparteien CDU/CSU hatten den Vereinigungsprozess vorangetrieben; sie hatten einen Konjunkturaufschwung vorausgesagt, der die Einheit fast automatisch finanzieren werde. Zahlreiche Stimmen, die vor den Folgelasten der deutschen Einheit warnten, fanden kein Gehör, zumal der Prozess der Vereinigung nicht aufzuhalten war. In den folgenden Jahren zeigte sich Unzufriedenheit, und zwar im Osten wie im Westen. Die Ostdeutschen hatten ein schnelleres Tempo erwartet. Die versprochenen „blühenden Landschaften" waren in einer Zeit weltweiter wirtschaftlicher Rezession nicht zu realisieren. Arbeitsplatzabbau und Betriebsstilllegungen drückten auf die Stimmung; DDR-Nostalgie breitete sich aus. Gleichzeitig kamen auf die Westdeutschen zusätzliche finanzielle Belastungen zu (Solidaritätsbeitrag). 1998 wurde die CDU/FDP-Regierung von einer Koalition aus SPD und Grünen abgelöst. Im Jahr 2005 übernahm eine große Koalition von CDU und SPD die Regierungsgeschäfte.

Es gibt folgende größere Parteien:
CDU/CSU (= Christlich Demokratische Union und Christlich Soziale Union in Bayern)
SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
F.D.P. (Freie Demokratische Partei = Die Liberalen)
Bündnis 90/Die Grünen
DIE LINKE

→ Das Stichwort Bündnis 90
Vereinigung ostdeutscher Bürgerrechtsgruppierungen („Demokratie jetzt", „Initiative für Frieden und Menschenrechte", Teile des „Neuen Forums").
Die Bürgerbewegungen hatten im Herbst 1989 durch ihre Appelle und Proteste wesentlichen Anteil am Sturz des SED-Regimes. Als Einzelgruppierungen haben sie sich später in der demokratischen Parteienlandschaft nicht durchsetzen können. Sie schlossen sich 1993 mit der in Westdeutschland organisierten Partei der Grünen zusammen.

In der Partei der Grünen setzte sich der realpolitische Flügel (Realos) gegenüber den „Fundamentalisten" (Fundis) durch. Erfolge bei verschiedenen Wahlen machten die Grünen als Bündnispartner für die anderen Parteien interessant. Sieben Jahre trugen die Grünen zusammen mit der SPD Regierungsverantwortung, ehe sie 2005 wieder in die Opposition gingen.

Die Linken haben seit der Wende 1989 eine wechselvolle Geschichte durchlebt: Die „Sozialistische Einheitspartei Deutschland" der ehemaligen DDR nannte sich ab 1990 „PDS" und vor der Bundestagswahl im Jahr 2005 schließlich „Linkspartei. PDS". Gleichzeitig entstand der Verein WASG (= Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V.), der von enttäuschten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gegründet wurde. Der Verein wurde in eine Partei umgewandelt und fusionierte 2007 mit der „Linkspartei.PDS" zur Partei „DIE LINKE", die Anhänger in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern gewinnen konnte.

Im linken Spektrum bewegt sich auch die Gruppierung Attac, die für friedliche Demonstrationen eintritt und Kritik an einer ungerechten Weltwirtschaftordnung übt. Ihr gesellschaftliches Spektrum reicht von Kapitalismuskritikern bis zu BUND-Mitgliedern und der katholi-

schen Friedensbewegung Pax Christi. Als „Anführer, Anreger und Aufreger" gelten diese Globalisierungskritiker, die eine verantwortungsvolle sozioökonomische Globalisierung einfordern.

Nicht zu verwechseln sind diese linken Gruppierungen mit den Linksautonomen, die wie die rechtsextremen Gruppen immer wieder durch Demonstrationen Aufmerksamkeit erregen, die meist in Gewalt eskalieren. Mit der Zunahme rechtsextremistischer Gewalttaten 1991 stiegen auch die Mitgliederzahlen rechtsextremistischer sogenannter freier Kameradschaften, die der Verfassungsschutz beobachtet. Kleinere, unzusammenhängende Gruppen, besonders in Ostdeutschland, werden sporadisch aktiv und führen Demonstrationen durch. Die Übergänge zu rechtsextremistischen Jugendcliquen sind fließend. Seit einigen Jahren hat Musik große Bedeutung; szenebekannte Bands veröffentlichen CDs mit aggressiven Texten, die neue Mitglieder werben sollen. Verbote werden ausgesprochen.

Die NPD hat eine neue Strategie eingeschlagen: Die Krawatte und nicht mehr die Springerstiefel sind ihr Markenzeichen. Sie tauchen auf als Bürgerinitiativen, Vereine, Bürgerbüros und Beratungsstellen. Erst später merkt der Bürger, dass die Hilfe zum Beispiel beim Ausfüllen von Anträgen, bei der Kinderbetreuung oder bei Protesten gegen Kapitalismus und Globalisierung von rechter Seite kommt. Die NPD versucht, wie bereits in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern über die Kommunalparlamente, die keine 5%-Hürde haben, in die Länderparlamente zu kommen. Bisher hat sich aber schnell herausgestellt, dass sie keine Lösungen anzubieten haben und aus der Parteienlandschaft wegen Inkompetenz bald wieder verschwinden. Aber Vorsicht ist geboten!

Bürgerinitiativen

Bürgerinitiativen sind Formen der „direkten Demokratie". Es sind Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich aus persönlicher Betroffenheit gegen bestimmte Zustände oder Entscheidungen der Gemeinden, der Bundesländer oder des Bundes wehren. Das können öffentliche Planungen, Missstände oder befürchtete Fehlentwicklungen sein. Bürgerinitiativen werden unmittelbar tätig oder versuchen, über Online-Listen Gleichgesinnte zu mobilisieren.

Als eine der ersten großen Bürgerinitiativen gilt eine Aktion in Hannover, die 1969 gegen Fahrpreiserhöhungen der städtischen Betriebe Front machte. Die Zahl wuchs während der Studentenunruhen und der Zeit der außerparlamentarischen Opposition; von der ersten sozialliberalen Bundesregierung kam der Aufruf, mehr Demokratie zu wagen. Bald gab es Tausende von Bürgerinitiativen, wobei niemand ihre wirkliche Anzahl überschauen konnte.

Die Gründe für die Entstehung von Bürgerinitiativen sind vielfältig: Es gibt Initiativen gegen Mobilfunk, gegen Kernkraft, Fluglärm, Windkraftanlagen und für sauberen Müll, mehr direkte Demokratie oder eine Hauptstraße ohne Raser.
Eine weitere Form der Initiative ist die Selbsthilfe. Dazu gehören Nachbarschaftshilfen, Schularbeitszirkel oder Beratungsstellen für Drogenabhängige, Behinderte und Minderheiten (siehe S. 82).
Bekannt sind international organisierte NGOs (= Nichtregierungsorganisationen). Sie sind bürgerliche Vereine, die radikal Aufmerksamkeit erringen mit Themen, die alle angehen. Sie kooperieren mit den Regierungen, ohne ihre Streitbarkeit zu verlieren. Die bekanntesten sind Greenpeace, Transparency und amnesty international.

Zukunft Europa

Schon nach dem Zweiten Weltkrieg zeichneten sich die ersten Umrisse der Idee eines vereinten Europa ab. Heute haben verschiedene Staaten ihre Gegensätze, die über Jahrhunderte bestanden – wie z.B. die zwischen Frankreich und Deutschland –, abgebaut, nicht zuletzt aufgrund ihrer Einbindung in übernationale Institutionen. Die Euphorie nach der Vereinigung – die ehemalige DDR wurde dadurch Teil der EG – fiel zusammen mit dem Beginn des Europäischen Binnenmarkts. Inzwischen ist allerdings die begeisterte Aufbruchstimmung eher Nachdenklichkeit und Pragmatismus gewichen.
1949 wurde zunächst der Europarat gegründet, der sich europaweit um die Zusammenarbeit seiner Mitgliedstaaten auf sozialem, kulturellem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet bemüht. In seinem Rahmen werden zwischenstaatliche, völkerrechtlich verbindliche Verträge abgeschlossen. Das herausragendste Abkommen ist die Europäische Menschenrechtskonvention aus dem Jahr 1950. Der Europarat erklärt sich gegen Fremdenfeindlichkeit, für Minderheitenrechte und für die Demokratisierung in bestimmten Ländern. Auch mittel- und osteuropäische Länder sind in ihm vertreten oder haben die Mitgliedschaft beantragt.
Die eigentliche Geburtsstunde Europas aber war im Jahr 1951 die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), später bekannt als Montanunion. Die Römischen Verträge 1957 führten zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Die EWG zählte sechs Gründungsmitglieder: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Man einigte sich auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten und auf eine einheitliche Agrarpolitik. In der Folge schufen allerdings die Überschüsse in der Landwirtschaft, die „Butterberge" und die „Milchseen", fast unlösbare Probleme. Dennoch blieb die Gemeinschaft – nach der Zusammenlegung von EWG, EGKS und EURATOM Europäische Gemeinschaft = EG genannt – so attraktiv, dass 1973 Großbritannien, Irland und Dänemark beitraten, 1981 Griechenland, 1986 Portugal und Spanien. Wichtiger Grund war das Europäische Währungssystem (EWS), das eine gewisse währungspolitische Stabilität sicherte.
Ein weiterer Schritt auf dem Weg nach Europa war Anfang 1993 der Beginn des Europäischen Binnenmarkts (siehe S. 142 ff.). Am 1. Januar 1994 traten die EFTA-Länder Finnland, Island, Norwegen, (Liechtenstein), Österreich und Schweden ohne die Schweiz dem Europäischen Binnenmarkt bei und schufen – unter Berücksichtigung vieler Sonderwünsche – den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Drei von ihnen gehören seit Anfang 1995 zur EU (siehe Tabelle S. 91).

Der weitere Fahrplan ist 1992 im niederländischen Maastricht – Maastrichter Vertrag – festgelegt worden. In drei Stufen wird die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollendet. 1998 wurden die Kriterien für den Eintritt in die Währungsunion überprüft: Das sind ein geringer Preisanstieg, ein geringes Haushaltsdefizit und ein niedriger Zinssatz. Elf Länder sind seit dem 1. Januar 1999 „Euroland": Belgien, Deutschland, Finn-



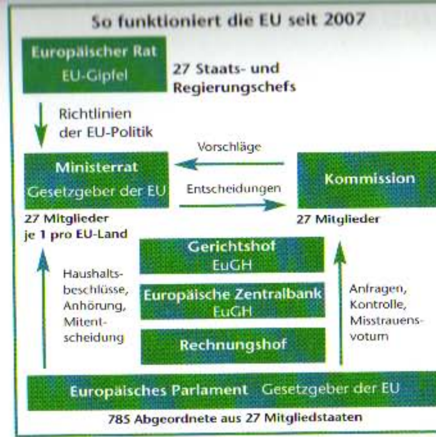
land, Frankreich, die Niederlande, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal und Spanien. Drei EU-Länder sind nicht dabei: Dänemark, Großbritannien und Schweden. Griechenland wurde am 1.1.2000 Mitglied. Seitdem sind die Wechselkurse zwischen den Euroländern fest: 1 Euro = 1,9553 DM. Mitte des Jahres 2002 wurde die Mark aus dem Verkehr gezogen und es gilt nur noch der Euro.
Der Maastrichter Vertrag wird aus drei Säulen gebildet: 1. der oben beschriebenen Wirtschafts- und Währungsunion, 2. der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und 3. der innen- und justizpolitischen Zusammenarbeit der EU-Staaten. Seitdem der Vertrag in Kraft getreten ist, heißt die EG offiziell Europäische Union (EU).

Am 16. April 2003 unterzeichneten acht ost- und mitteleuropäische Länder – Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien, Slowakei, Litauen, Estland, Lettland – sowie Malta und Zypern auf der Akropolis (Athen) ihre EU-Beitrittsverträge. Die Wiedervereinigung des Kontinents war erreicht. Am 1. Mai 2004 wurde sie nach den notwendigen Ratifizierungen und Volksabstimmungen endgültig vollzogen. Die Bevölkerung der EU vergrößert sich um 20% auf 450 Millionen.

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)

EU (Europäische Union)	EU-Mitglieder seit 1.5.2004 und 1.1.2007	EFTA
Belgien*	Bulgarien	Island
Dänemark	Estland	Liechtenstein
Deutschland*	Lettland	Norwegen
Finnland*	Litauen	
Frankreich*	Malta	Schweiz**
Griechenland*	Polen	
Großbritannien	Rumänien	
Irland*	Slowakei	
Italien*	Slowenien	
Luxemburg*	Tschechien	
Niederlande*	Ungarn	
Österreich*	Zypern	
Portugal*		
Schweden		
Spanien*		

* Euro-Währung seit 1.1.1999
** kein Mitglied des EWR
EFTA = European Free Trade Association (zahlreiche Abkommen mit der EU; seit 1997 Freihandelszone mit Kanada)



Quelle: EU

vergleiche S. 93: Vertrag von Nizza

Die Bewerberländer haben sich für die Union politisch und wirtschaftlich fit gemacht, das ist die Voraussetzung. Gefordert sind politische und wirtschaftliche Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit, um dem Druck des Binnenmarkts standzuhalten, sowie eine rechtsstaatliche Ordnung. Vorbedingung ist die Übernahme des Gemeinschaftsrechts, von der Telekommunikation über die Landwirtschaft bis hin zu demokratischen Grundnormen. Den Euro gibt es in den Beitrittsländern seit 2008; nur Slowenien hat ihn schon 2007 bekommen.
Bulgarien und Rumänien sind am 1.1.2007 beigetreten. Kandidatenstatus haben Kroatien (Beitritt voraussichtlich 2009), die Türkei und Mazedonien, die Schritt für Schritt Recht, Verwaltung, Politik und Wirtschaft auf die Vereinbarkeit mit Europa überprüfen. Die zögerliche Haltung der EU gegenüber der Türkei hat allerdings den Reformprozess in diesem wichtigen Land abgebremst.
Bis 2009 stehen in den Strukturfonds Gelder zur Verfügung, die den neuen Mitgliedern den Übergang erleichtern sollen.

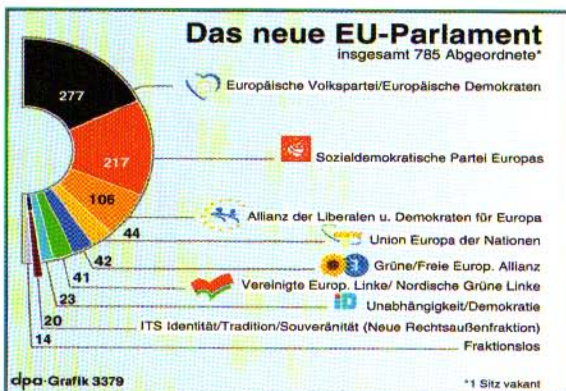
Die Schweiz ist kein Mitglied der Europäischen Union (EU). Die Meinungen der Bevölkerung gehen weit auseinander: Ungefähr ein Drittel ist für den Beitritt, ein Drittel ist dagegen und das letzte Drittel enthält sich. Die Schweiz stimmt von Fall zu Fall über eine Zusammenarbeit ab: Zuletzt betraf das die Asylpolitik, die Verbrechensbekämpfung und die Niederlassungsfreiheit für Bürger aus den Beitrittsländern.

Das Europäische Parlament wird seit 1979 von der wahlberechtigten Bevölkerung aller Mitgliedstaaten direkt gewählt. Die Abgeordneten bleiben fünf Jahre im Amt. Ihre Zahl richtet sich nach der Größe des Mitgliedslandes. Seit 1994 verfügt Deutschland als das bevölkerungsstärkste Land über die meisten Sitze: zusammen mit den 18 Europa-Abgeordneten für die neuen Bundesländer über insgesamt 99, Frankreich, Großbritannien und Italien über je 87 (siehe Lexikonartikel, S. 93).
Es gibt keine europäische Partei; die Parteien der Länder schicken nach der Europa-Wahl ihre Abgeordneten ins Parlament.

→ Das Stichwort EU

EU = Europäische Union: Staatenbund von 27 Mitgliedstaaten, verbunden durch Grundrechte und Verfassungswerte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität (Grundrechtecharta). Dieses Staatengebilde funktioniert durch die Verzahnung nationaler und europäischer Organe, d.h. von nationalen Regierungen und Parlamenten sowie Europarat und EU-Parlament.

Die EU-Kommission ist so etwas wie die „Regierung" der Europäischen Union. Sie bringt Gesetzentwürfe ein und überwacht die Einhaltung und Anwendung der gemeinsamen Verträge in der EU. Sie hat auch die Stationen zur Verwirklichung des Europäischen Binnenmarkts ausgearbeitet. Die Kommission setzt sich aus



27 EU-Kommissaren zusammen, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden. Diese Kommissare bekleiden als Europäer Ministerressorts wie in einer nationalen Regierung, sind aber nicht demokratisch gewählt. Die Präsidentschaft wechselt alle sechs Monate. Den EU-Präsidenten stellt turnusmäßig eines der Mitgliedsländer. Aufgabe des Präsidenten ist vor allem, den Konsens zwischen den einzelnen Ländern herzustellen. Der Hauptsitz der Kommission ist Brüssel.

Der EU-Ministerrat ist der „Gesetzgeber"; er berät über die Entwürfe der Kommission. Seine Verordnungen gelten in den Mitgliedstaaten wie Gesetze. Der Rat besteht aus Ministern der einzelnen Mitgliedsländer, und zwar aus den Außenministern und den für das jeweilige Thema zuständigen Fachministern oder Staatssekretären. Den Vorsitz übernehmen die Minister der Länder halbjährlich in alphabetischer Reihenfolge. Der Ministerrat tagt in Brüssel oder in Luxemburg.

Im Europäischen Rat treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer. Der Europäische Rat darf nicht mit dem Europarat (siehe S. 90) verwechselt werden, der mit der EU nichts zu tun hat.

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg befasst sich in erster Linie mit der Auslegung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts.

Das Jahr 2003 war ein kritisches Jahr für Europa. Der Irak-Krieg spaltete die Länder in Kriegsbefürworter und Kriegsgegner. Deutschland und Frankreich verstießen gegen die Haushaltsdisziplin und damit gegen den Stabilitätspakt (kein Haushaltsdefizit über 3% des Bruttoinlandsprodukts), um die Konjunktur nicht weiter zu schwächen.
Das komplizierte Staatengebilde Europa hat aber anderswo auch einen großen Schritt nach vorn getan:

Im Vertrag von Nizza (1.2.2003) wurden neue Regeln für die Größe der EU-Organe und ihre Funktionsweise festgelegt. Der Prozess der Erweiterung Europas sollte in einer europäischen Verfassung festgeschrieben werden. Im Jahr 2004 legten Vertreter von Regierungen und Parlamenten aus 28 Ländern im Reformkonvent letzte Hand an den Entwurf der Verfassung. Mit dem Nein in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden begann jedoch eine Phase der Besinnung und Neuorientierung. Die Politiker hatten die Erweiterung der EU vorangetrieben und die Bürger nicht mitgenommen. Dieses Nein steht stellvertretend für die Bevölkerung in vielen Ländern, die dem Erweiterungsprozess misstraut und soziale Probleme nicht gelöst sieht. Die Skepsis verband sich mit Kritik an der Bürokratie und mangelnder Transparenz der Entscheidungen.
Im Juni 2007 wurde der Stillstand überwunden. Die EU soll effizienter und transparenter werden. Die Beschlüsse sind in einem EU-Vertrag festgelegt, das Wort „Verfassung" wird vermieden.

1. Ab 2009 sollen EU-Entscheidungen in der Regel nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit fallen (Ausnahme: Polizei und Justiz). Einstimmigkeit ist zwingend in der Außen-, Steuer- und Sozialpolitik.
2. Das Prinzip der „doppelten Mehrheit" soll ab 2014 gelten, d.h. EU-Beschlüsse erfordern eine Mehrheit von 55% der Staaten, die 65% der Bevölkerung vertreten.
3. Nationale Parlamente können gegen Rechtsakte der EU Einspruch erheben. Auch das Europaparlament wurde gestärkt (siehe Haushalt rechte Spalte).
4. DerAußenminister wird „Hoher Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik" heißen.
5. Ab 2014 wird die Zahl der Kommissare auf 15 beschränkt (mit Rücksicht auf Irland vielleicht auch nicht).
6. Die Grundrechtecharta wird rechtsverbindlich.

Die Beschlüsse sind noch nicht von allen Mitgliedsländern bestätigt worden. Das Nein von Irland hat die Reform zurzeit gestoppt.

Europäisches Parlament

Abkürzung: EP, Sitz: Straßburg (Frankreich), Sitzungsorte: Straßburg (Frankreich), Brüssel (Belgien), Sekretariat: Luxemburg
Gründung: 1958
Abgeordnete: 785 (27 Staaten)
Funktion: Volksvertretung der EU
Der Amsterdamer Vertrag von 1997 erweiterte die Rechte des EP.
Das EP hat folgende Rechte:

- Haushaltsrecht: Der von der Europäischen Kommission ausgearbeitete EU-Haushalt wird gleichberechtigt mitbestimmt.
- Widerspruchsrecht: in Angelegenheiten der Wirtschafts- und Währungsunion.
- Mitentscheidungsrechte: bei verschiedenen Gesetzen, Inkrafttreten kann auch verhindert werden.
- Zustimmungsrechte: Der Präsident der Kommission wird mit Zustimmung des EP nominiert. Zusammen mit ihm werden die Mitglieder der Kommission ernannt und als Ganzes bestätigt.

Die Zustimmung des EP ist notwendig bei der Aufnahme neuer EU-Mitglieder und bei internationalen Verträgen.
In den letzten Jahren ist die Macht des EP vor allem in der Wirtschaftspolitik, in Umwelt- und Verbraucherschutz ständig gewachsen. Es bestimmt in vielen Alltagsfragen mit: z.B. wer bei Geschäften im Internet oder beim Diebstahl von Kreditkarten haftet, welche Lebensmittel als „gesund" einzustufen sind.
Eine funktionierende politische Union ist ohne eine weitere Stärkung des EP nicht denkbar.
(nach: Lexikon der Gegenwart 1999, a.a.O., S. 545/546; aktualisiert 2007)

Das Ergebnis lässt erkennen, dass nationale Interessen und Angst vor einem „Superstaat" bremsend wirken und dass eine gemeinsame Idee von Europa noch fehlt. Anzunehmen ist deshalb, dass es ein Europa der zwei Geschwindigkeiten geben könnte. Einige Länder werden schneller voranschreiten als andere: eine Politik, die sich bei der Grenzöffnung und der Einführung des Euro durchaus bewährt hat.
Die Europaflagge ist Symbol für die europäische Einigung und offizielle Flagge des Europarats. Sie ist blau und trägt einen Kreis aus 12 gelben Sternen. Die Sterne stehen für die Einheit und die Vollkommenheit. Die Flagge ist in den europäischen Ländern überall an öffentlichen Gebäuden und an den Grenzübergängen zu sehen.
Die Europa-Hymne ist Beethovens Ode an die Freude (Instrumentalversion ohne Text). Auf die Nennung von Hymne und Flagge wurde im EU-Vertrag 2007 mit Rücksicht auf nationale Empfindlichkeiten verzichtet.

→ Das Stichwort Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Der EU-Vertrag verweist auf die Grundrechtecharta, die in 54 Artikeln die Grundrechte festlegt. Die Charta verbietet Folter, Todesstrafe, Sklaverei und Zwangsarbeit und garantiert die Achtung des Privat- und Familienlebens, den Schutz persönlicher Daten, die freie Meinungsäußerung sowie Religions- und Gewissensfreiheit. Enthalten sind auch Rechte gegen die Gefahren moderner Technologien, gegen das Klonen von Menschen und das Recht auf Arbeit und ärztliche Versorgung. Die Grundrechtecharta orientiert sich an der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarats.

Wirtschaftlich beweist die EU eine ungebrochene Attraktivität für alle Bewerberstaaten. Der Euro, der gemeinsame Markt und die politische Zusammenarbeit bieten eine solide Basis. Die Erweiterung hat neue Märkte geschaffen. Die Probleme des Strukturwandels, die Verlagerung von Arbeitsplätzen sind eine Folge der Globalisierung und nicht der EU anzulasten. Die EU braucht eine politische Antwort und Strategien für die Zukunft, um den Gefahren des globalen Zeitalters zu begegnen. Sie muss sich darauf besinnen, was sie will und wohin sie will.

Die Medien – Presse, Rundfunk und Fernsehen

Die Presselandschaft

Das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie und öffentliche Meinungsäußerung und die Freiheit der Presse, des Hörfunks und des Fernsehens.
In Deutschland erreichen die Tageszeitungen nach einer Media-Umfrage insgesamt 49 Millionen Menschen. Die meistgekaufte Tageszeitung ist die „Bild"-Zeitung (mit 10,78 Mio. Lesern), es folgen die „Süddeutsche Zeitung" (1,2 Mio. Leser) und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (1,1 Mio.). Hinzu kommen Wochenzeitungen mit durchschnittlich 2 Millionen Exemplaren Auflage. Unter den Wochenmagazinen liegt der „Stern" an der Spitze mit 7,85 Mio. Lesern. Die bekannte Wochenzeitung „DIE ZEIT" spricht eher ein intellektuelles Publikum an. Die Auflage beträgt immerhin 460 000 Exemplare mit 1,21 Mio. Lesern. Konkurrenz zum „SPIEGEL", dem seit 1947 einzigen Nachrichtenmagazin, macht seit Anfang 1993 das erfolgreiche Magazin „Focus".













Unüberschaubar ist der Zeitschriftenmarkt mit seinen über 20 000 Titeln. Allein 800 auf Unterhaltung und Freizeit zielende Publikumszeitschriften sind erhältlich. Zugenommen haben vor allem die sogenannten Special-Interest-Zeitschriften, die sich an bestimmte Käufergruppen wenden und begrenzte Themen behandeln, vom Tennis, Angeln, Segeln bis zur Elektronik und zum Computerwissen („auto, motor und sport", „Eltern", „essen & trinken", „Yacht", COM usw.), sowie Fachmagazine (z.B. „Bauwelt", „design report" usw.). Daneben gibt es Satirezeitschriften wie die bekannte „Titanic" oder der ostdeutsche „Eulenspiegel".
Neu am Markt sind Info- und Stadtmagazine, ca. 40 Obdachlosenzeitungen (z.B. das Münchner BISS), die aus der Sicht von Betroffenen berichten, und Arbeitslosenzeitungen (z.B. „Die Stütze" in Berlin), die bei der Jobsuche helfen.

In Deutschland werden zahlreiche fremdsprachige Zeitungen angeboten. Informationen erhalten Ausländer in Deutschland neben der Presse auch über die Ausländerprogramme der Rundfunk- und Fernsehanstalten der ARD. Diese Sendungen wurden in den Sechzigerjahren für Gastarbeiter eingerichtet und suchen heute nach neuen Konzepten. Nicht mehr Brücke zur Heimat und Orientierungshilfe wollen sie sein, sondern den Lebensalltag der hier lebenden Ausländer zum Thema machen, um einen Dialog der Kulturen in Gang zu setzen. Besonders ausgezeichnet haben sich diesbezüglich SFB 444, Radio MultiKulti und das WDR-Magazin „Babylon".

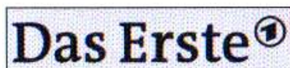


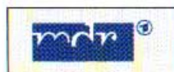












AUFGABEN

Beliebtheitsskala der Massenmedien:

In einer Meinungsumfrage unter 11- bis 39-jährigen Deutschen entschieden sich die meisten für das Internet als die beliebteste Freizeitbeschäftigung.

Tägliche Medienzeit (in %)

Internet	40
Fernsehen	25
Zeitschriften lesen	25
Radio	10
Bücher lesen	10

(Timescout des Instituts tfactory. www.tfactory.com)

Öffentlich-Rechtliche gegen Private

Hörfunk und Fernsehen fallen in die Verantwortung der Bundesländer. Bis in die Achtzigerjahre gab es nur den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dann wurden auch private Sender zugelassen. Heute gilt das „duale System", d.h. das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern. Zu den Öffentlich-Rechtlichen gehören folgende Landesrundfunkanstalten: der Bayerische Rundfunk (München), der Hessische Rundfunk (Frankfurt am Main), der Norddeutsche Rundfunk (Hamburg), Radio Bremen, der Saarländische Rundfunk (Saarbrücken), der Südwestrundfunk (Stuttgart), der Westdeutsche Rundfunk (Köln), der Rundfunk Berlin-Brandenburg (Berlin und Potsdam) und der Mitteldeutsche Rundfunk (Leipzig). Sie strahlen ein gemeinsames Fernsehprogramm aus, „Das Erste", unter dem Namen ARD (= Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands); daneben produzieren diese Sender eigene regionale „Dritte Programme", die besonders im Osten des Landes durch die Orientierung auf die Ost-Vergangenheit identitätsstiftend geworden sind. Nach der Auflösung der zentral gelenkten Massenmedien der ehemaligen

DDR wurde das Sendegebiet der ARD auch auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. Der Rundfunk Berlin-Brandenburg wurde gegründet sowie der für Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zuständige Mitteldeutsche Rundfunk. Der Norddeutsche Rundfunk (Hamburg) sendet auch in Mecklenburg-Vorpommern.
Ein weiteres nationales Fernsehprogramm, das „Zweite Programm", wird vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) in Mainz ausgestrahlt. Das ZDF ist eine reine Fernsehanstalt, im Gegensatz zu den anderen Anstalten, die auch Hörfunkprogramme senden.
Die öffentlich-rechtlichen Sender haben den Auftrag, die kommunikative Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern. Bildung, Kultur und Unterhaltung sollen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Sie finanzieren sich aus den Rundfunk-Gebühren und der Werbung, die aber auf wenige Sendezeiten vor 20 Uhr beschränkt ist. Spielfilme werden nicht – wie bei den privaten Sendern – durch Werbung unterbrochen.

Private Sender finanzieren sich im Gegensatz zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten ausschließlich aus der Werbung, die sie rund um die Uhr senden. Je mehr Zuschauer ein Sender der Werbekundschaft bietet, umso mehr kann er für eine Minute Werbung verlangen. Ziel der Privaten ist es deshalb, im Interesse der Werbewirtschaft vor allem kaufkräftige Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Die Programme sind grell und bieten im Wesentlichen schlichte Unterhaltung. Die Öffentlich-Rechtlichen sind die beliebtesten Fernsehsender geblieben, aber sie wurden den Privaten ähnlicher. Kultursendungen haben es immer schwerer; sie erhalten Sendezeiten gegen Mitternacht. Neue Programmformate werden diskutiert, denn das jugendliche Publikum, sogar das Publikum unter 50 Jahren, schmilzt und die Zahl der Älteren wächst. Das Fernsehen muss ein großes Publikum erreichen: Die Quote zählt. Der Rundfunk dagegen hat in den letzten Jahren über das Internet-Radio und mit Podcast weitere Zuhörer gewonnen.

Neue Sender und Kanäle

Seit 1992 gibt es den Arte-Kanal, der feierlich mit einer Live-Übertragung aus der Straßburger Oper eröffnet wurde. Arte steht für „Association relative à la télévision européenne" (Vereinigung in Verbindung mit dem europäischen Fernsehen). Es ist ein deutsch-französischer Kulturkanal mit Sitz in Straßburg, der zu gleichen Teilen von Frankreich und Deutschland getragen wird.

Der Satelliten- und Kabelkanal 3sat wurde 1993 neu geschaffen. Er wird gemeinsam von ZDF, ORF (Österreichischer Rundfunk), SRG (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft) und ARD betrieben. Sein Programm besteht aus Informations- und Kultursendungen.

Verschiedene Hörfunksender wurden nach der Wende neu strukturiert.

Der Deutschlandfunk hatte in der Vergangenheit vor allem Informationen für Ostdeutschland und das osteuropäische Ausland gesendet. Mit der Wende war sein Auftrag weggefallen. Zusammen mit dem Rias (West-Berlin) und dem Deutschlandsender Kultur (DS Kultur, Ost-Berlin) wurde dann die öffentlich-rechtliche Anstalt „Deutschlandradio" (Köln und Berlin) für das gesamte Bundesgebiet gegründet. Seine beiden Vollprogramme haben die Schwerpunkte Information und Kultur.
Die Deutsche Welle (Köln) ist im Wesentlichen bestehen geblieben. Sie sendet in über 30 Fremdsprachen – auch in Deutsch natürlich – in alle fünf Kontinente. Ihr Programm umfasst Information, Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Sport.

Radio- und Fernsehanstalten haben Kinderkanäle gestartet (siehe Links S. 176), die ein buntes, kindgerechtes Programm bieten. Die neu gestartete BR Kinderinsel kombiniert PC und Hörfunk, bringt Chats, Links zu Kindersei-

ten, CD-Kindertipps, ein Wissenslexikon und auch eine konkrete Einladung ins Funkhaus mit Geschichtenerzählern, Info-Ständen, Glücksrad, Spielen, Essen und Trinken.

BR-alpha, der TV-Bildungskanal des Bayerischen Rundfunks, sendet Bildung rund um die Uhr. Das Programm umfasst neben den klassischen Themen Sprachen, Telekolleg, Weiterbildung, Hochschulen und Wissenschaftsinformationen auch die Bereiche Religion, Musik, Philosophie, Literatur, Kunst und Kultur.

Neu entstehen Teleshopping-Kanäle, die pausenlos Waren aller Art anbieten, vom Schmuck bis zum Auto. Während bei Vollprogrammsendern die Werbeeinnahmen wegbrechen, läuft der Verkauf über die Mattscheibe glänzend. Diese Sender gelten als Mediendienstleister und unterliegen keinen Werbebeschränkungen.

AUFGABEN

1. Führende Politiker treten in Talkshows auf, um Sympathien zu gewinnen. Politiker werden zu Medienstars. – Sagen Sie Ihre persönliche Meinung dazu.
2. Der bekannte Literaturkritiker („Literaturpabst") Marcel Reich-Ranicki hat das Fernsehen stark kritisiert („Blödsinn") und den Deutschen Fernsehpreis abgelehnt. Diskutieren Sie die Qualität des deutschen Fernsehens.
3. Man glaubt, was man sieht. Welche Verantwortung hat das Fernsehen?

Medienmacht

In seinem Buch „Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie" bringt der Autor Albrecht Müller die Sache auf den Punkt: Die Talkshow ersetzt die Parteiendiskussion.

Der langjährige Wahlkampfmanager der SPD hat auf 123 Seiten den Bundestagswahlkampf 1998 analysiert. Dazu untersuchte er die Wahlkampfberichterstattung der größten Fernsehsender ARD, ZDF, RTL und Pro SiebenSat.1. Mehr als 350 Sendungen wurden aufgezeichnet und ausgewertet.
Ergebnis: Die Medien haben die Themen bestimmt und die Entscheidungen stark beeinflusst. Zugleich hätten die Medien aber auch daran mitgewirkt, so Müller, Themen nicht auf die Agenda zu setzen, wie die Umweltproblematik oder die Vermögens- und Einkommensverteilung. Sein Fazit: „In den Wahlen 1998 und 2002 ist die öffentlich diskutierte Machtverschiebung von den Parteien zu den Medien sichtbar geworden. Parteimitglieder und -gliederungen hatten im Vergleich zu den Medien nicht mehr viel zu sagen." Wenn man verfassungspolitisch konsequent sein wolle, schreibt der Autor, müsse Artikel 21 des Grundgesetzes lauten: „Die Medien wirken an der Willensbildung mit." Als unbefriedigend bewertet Müller die meisten Medienbeiträge im Wahlkampf. Statt kritischer Fragen und Aufklärung habe es eine „stereotype Thematisierung von Steuer- und Rentenreform mit den immer gleichen Wertungen" und eine „stereotype Wiederholung von Fragen zu Koalitionen, Personen und Umfragen" gegeben. Die Bilanz Müllers: „Viele Medien haben die Inhaltslosigkeit des Wahlkampfes beklagt, jedoch selbst stark zu dieser Inhaltslosigkeit beigetragen."
Das Thema blieb auch im Wahlkampf 2006 brandaktuell. Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung fragt: „Talk oder Politik? Verschwindet die politische Rede?" Tatsache ist, dass Politiker viel Zeit darauf verwenden, in Talkshows zu erscheinen. Medienkompetenz wird zum Schlüssel des Erfolgs, der Politiker wird zum Kommunikator, die Gesprächsrunde zur Bühne. Doch das Publikum spielt mit, bzw. der Wähler, das beweisen die Einschaltquoten.

(nach: vorwärts NEWS 2/99; aktualisiert 2007)

Deutschlandradio
3sat
arte

Schule und Studium



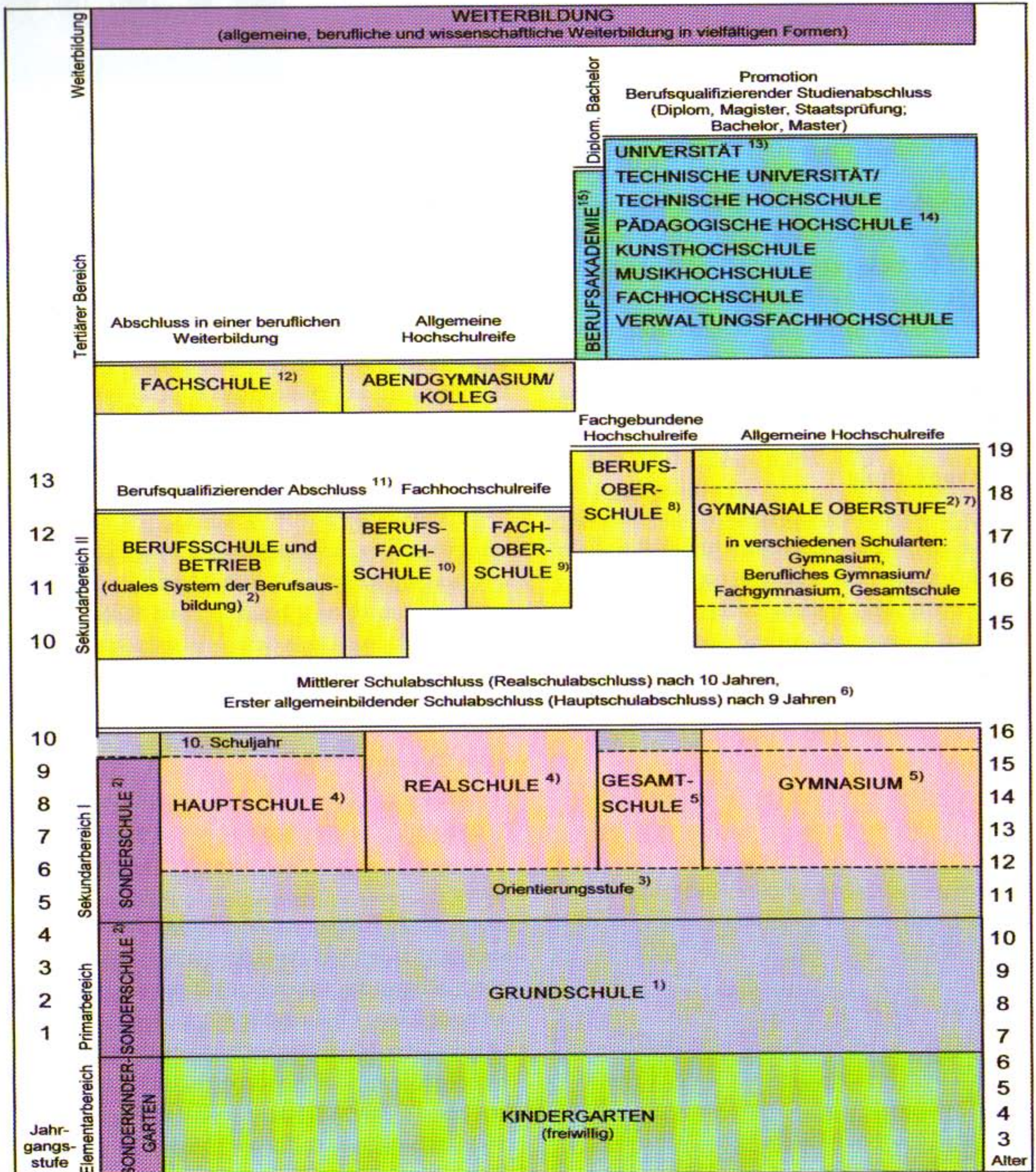
In Deutschland sind die Länder (= Bundesländer) für die kulturellen Belange, also auch für allgemein- und berufsbildende Schulen, für die Erwachsenenbildung und Weiterbildung sowie für die Hochschulen zuständig. Jedes Land hat sein eigenes Kultusministerium oder ein Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.
Die KMK (= die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder) berät u.a. länderübergreifende Angelegenheiten im Schul- und Hochschulwesen, wie z.B. die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen oder die Einführung der neuen Rechtschreibung. Die Beschlüsse sind Empfehlungen und können in die Gesetzgebung der Bundesländer übernommen werden.

Seit der ersten Pisa-Studie (Programme für International Student Assessment, im Auftrag der OECD) steht fest, dass deutsche Schüler nur mittlere Plätze im internationalen Vergleich einnehmen. Nach allgemein großem Entsetzen wurden Reformen angepackt. Neue Bildungsstandards wurden richtungweisend. In vielen Schulen wird gefördert und experimentiert. Aber es gibt noch ausreichend Kritikpunkte: Es fehlen Erzieherinnen im Kindergarten und Lehrer/innen in der Schule. Schüler sollten individuell gefördert werden, dafür fehlen auch Schulpsychologen. Die Zahl der Schulabbrecher ist zu groß. Nach Verlasssen der Schule sind viele Schüler nicht ausreichend qualifiziert für die Ausbildung. Grundsätzlich wird das mehrgliedrige Schulsystem infrage gestellt. Die Schüler werden zu früh, d.h. meist nach der vierten Klasse, vor eine zukunftweisende Entscheidung gestellt: Hauptschule, Realschule oder Gymnasium. (Aber: Mittelschule oder Gymnasium in Sachsen) Der Notendurchschnitt entscheidet und vor allem die soziale Herkunft. Das Schulsystem benachteiligt Kinder aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien sowie Kinder mit Migrantenhintergrund gegenüber ca. 10% gut ausgebildeten Schülern, deren Aufstieg gesichert ist. Der Ausbau von Ganztagsschulen verläuft stockend. Es geht heute um mehr Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit und damit um die Zukunft des Landes. Beschlossen wurde: mehr Sprachförderung im Kindergarten (bis 2012 in allen Bundesländern) und Halbierung der Zahl der Schulabbrecher und der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss.

Alle Bereiche der Gesellschaft fühlen sich angesprochen, aktiv zu werden, damit die Schule besser wird. Seit einiger Zeit gibt es ein neues Phänomen: Schüler gründen Juniorfirmen: Kioske, Reisebüros oder Internetagenturen. Diese Firmen sind Schüleraktiengesellschaften, die Wertpapiere herausgeben und Sponsoren suchen. Schüler gehen auch auf die Straße: Im Herbst 2008 demonstrierten sie bundesweit für bessere Schulen und eine bessere Ausbildung („Kostenlose Bildung für alle!").

Die Hochschulen haben Selbstverwaltung und geben sich im gesetzlichen Rahmen eine eigene Verfassung. Jedes Bundesland trifft seine Regelungen für die Zulassung zum Studium und für die Studiengebühren, die also von Bundesland zu Bundesland verschieden sein können. Das Bundesbildungsministerium in Bonn ist für allgemeine Grundsätze im Hochschulwesen und für den außerschulischen Teil der Aus- und Weiterbildung verantwortlich. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, wollen Bund und Länder mehr Studienplätze schaffen, Fachhochschulen ausbauen und die Exzellenzinitiative fortsetzen.

2.4.7. Grundstruktur des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland



Die Schule

Schulpflicht besteht bis zum 18. Lebensjahr. Nach vier (Berlin und Brandenburg: sechs) Jahren Grundschule haben die Schüler die Wahl zwischen verschiedenen Schularten des Sekundarbereichs I, zwischen der Hauptschule, der Realschule, dem Gymnasium oder der Gesamtschule. Außerdem gibt es Sonderschulen mit speziell ausgebildeten Lehrern für lernschwache und behinderte Kinder. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach, wobei die Eltern über die Teilnahme entscheiden. Ab 14 können die Schüler selbst bestimmen, ob sie dabeibleiben wollen oder nicht. Anstelle des Religionsunterrichts wird in fast allen Ländern Ethik-Unterricht angeboten.

• Die Hauptschule

ist eine Schulart des Sekundarbereichs I im Anschluss an die vierjährige Grundschule und vermittelt grundlegende allgemeine Bildung. Sie wird nach dem 9. oder 10. Schuljahr mit dem „Hauptschulabschluss" beendet. Die meisten machen anschließend eine Lehre und besuchen gleichzeitig die Berufsschule. Viele Schüler hängen noch den „qualifizierten" zentralen Abschluss („Quali") an und haben dadurch bessere Chancen, eine Lehrstelle zu finden. Wer die Hauptschule ohne Abschluss verlässt oder keine Lehrstelle gefunden hat, kann sich für das Berufsfortbildungsjahr entscheiden, das an Berufsschulen angeboten wird. Die Hauptschule hat an Ansehen verloren und die Schulabgänger haben auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt deutlich schlechtere Chancen.

• Die Realschule

ist eine Schulart des Sekundarbereichs I im Anschluss an die Grundschule und vermittelt eine erweiterte allgemeine Bildung. Sie wird nach dem 10. Schuljahr mit dem „Realschulabschluss" beendet. Dieser mittlere Schulabschluss berechtigt zum Besuch einer Berufsfachschule oder Fachoberschule. Er gilt als Voraussetzung für eine mittlere Laufbahn in Wirtschaft oder öffentlichem Dienst. Die Realschule ist heute dabei, die Hauptschule zu verdrängen.



• Das Gymnasium

ist eine Schulart des Sekundarbereichs I und II und vermittelt eine vertiefte allgemeine Bildung, die nach 13, in Zukunft schon nach 12 Schuljahren mit dem Abitur abgeschlossen wird und zur Hochschulreife führt. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums in Bayern (statt 9 Jahren) hat zur Überlastung der Schüler und zu heftigen Protesten von Elternseite geführt.

• Die Ganztagsschule

In verschiedenen Bundesländern wächst die Zahl der Ganztagsschulen, die es in Deutschland noch nicht lange gibt. Das Interesse besonders bei Schülern und Eltern wächst. Noch zu verbessern ist die Verzahnung von Freizeit und Unterricht und die Qualität des Angebots.

• Die Gesamtschule

umfasst alle drei Schularten – Hauptschule, Realschule, Gymnasium. In der Regel betreut sie die Kinder bis zum 10. Schuljahr. In einzelnen Ländern führt sie bis zum Abitur.

Neu ist die Einrichtung von KinderUnis an verschiedenen Hochschulen (seit 2004). Kinder zwischen 8 und 12 Jahren nehmen das Angebot freiwillig und mit Begeisterung an. Sie hören zum Beispiel , wie der Lotuseffekt funktioniert oder wie man mit Sonnenlicht Auto fährt. Hochbegabte Jugendliche können schon während der Schulzeit die Universität besuchen und in Vorbereitung eines Studiums auch Prüfungen ablegen.

Die Hochschulen

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es über 300 staatliche bzw. staatlich anerkannte Hochschulen. Man unterscheidet Universitäten, Technische Universitäten (TU) und Hochschulen einer bestimmten Fachrichtung (z.B. Theologie, Medizin), Pädagogische Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, Gesamthochschulen (Universität mit Fachhochschule; nur in Hessen und Nordrhein-Westfalen) und Fachhochschulen. Fachhochschulen bieten kürzere Studiengänge und eine praxisbezogene Ausbildung während des Studiums. Eine weitere Studienmöglichkeit ist das Fernstudium.
Seit den Sechzigerjahren erleben die westdeutschen Hochschulen einen ständig wachsenden Zustrom an Studenten. Zurzeit beginnen in Deutschland ca. 36% eines Altersjahrgangs mit dem Studium an einer Fachhochschule oder Universität (immer noch zu wenig im internationalen Vergleich, aber mit steigender Tendenz). Der Stellenwert mittlerer Berufsabschlüsse, vor allem der des Hauptschulabschlusses, ist stark gesunken und die Anforderungen für den Berufseintritt werden nach oben geschraubt. Die Hochschulen sind somit zu den wichtigsten Ausbildungsstätten für junge Leute geworden. Diese Entwicklung spiegelt auch einen Wandel unserer industriellen Gesellschaft hin zur Wissensgesellschaft und höherer Qualifizierung wider. Deutschland braucht langfristig mehr hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Das Studium ist nach wie vor die beste Existenzsicherung.

In den Hörsälen drängen sich 1,98 Millionen Studenten, 2015 sollen es ca. 2,7 Millionen sein. Die Universitäten schlagen schon Alarm und fordern Milliardenbeträge, weil Schulzeitverkürzung und die demografische Entwicklung die Zahlen der Studienanfänger in die Höhe schnellen lassen. Eigentlich eine gute Entwicklung, doch die Bedingungen sind nicht immer optimal: Numerus clausus in wichtigen Fächern (d.h. nur eine bestimmte Zahl von Studenten wird für ein Fach zugelassen).
Aber es ist Bewegung in die Hochschulen gekommen: Sie haben mehr Freiheiten bekommen, ihren Haushalt zu führen und Professoren zu berufen. Sie schärfen ihr Profil, richten Graduiertenschulen ein, damit Doktoranden besser betreut werden können. 40 neu eingerichtete Graduiertenschulen garantieren ein strukturiertes Promotionsprogramm. Ihr Angebot ist freiwillig. Studenten mit einer Stelle in der Wirtschaft sind an deutschen Universitäten ebenso denkbar wie einsame Denker in den häuslichen vier Wänden.

Hochschulen ringen um den Status „Elite-Uni" und stellen sich dem Wettbewerb in nationalen und internationalen Forschungsrankings (= Leistungsvergleichen). Das Zentrum für Hochschulentwicklung (CHE) zählt die Höhe der Drittmittel, die Zahl der Bücher und Aufsätze und bewertet den Ruf der Professoren. Drittmittel sind Forschungsgelder von außeruniversitären Institutionen, die der Staat noch zusätzlich aufstockt. Hochschulreformen machen den Weg frei für die Hochschule der Zukunft: leistungsgerechte Bezahlung der Professoren, Elite-Denken, Abbau der Bürokratie, mehr Attraktivität für innovative internationale Nachwuchs-

Die Europa-Universität Viadrina

Die Viadrina (= die an der Oder gelegene) in Frankfurt an der Oder wurde 1991 neu gegründet. Sie soll international und interdisziplinär sein, die deutsch-polnische Zusammenarbeit fördern und junge Leute für Europa ausbilden. (www.europa-uni.com)



wissenschaftler. Die Bundesregierung stockt die Ausgaben für Forschung und Entwicklung schrittweise auf. Weitere Maßnahmen wie die sogenannte Exzellenzförderung sollen „Elite-Unis" an die Weltspitze führen. Neben der Forschung wird die Lehre aufgewertet: Innovative Lehrveranstaltungen, eine bessere Lehre insgesamt und eine gute Betreuung der Studenten sind für die Wahl des Studienorts ein wichtiges Argument. Kritisiert wurde, dass deutsche Hochschulen oft am Markt vorbei ausbilden. Deshalb sind weitreichende Neustrukturierungen eingeleitet worden. Nach diesen Konzepten sollen die Hochschulen Exzellenzcluster bilden und ihre Erkenntnisse aus der Forschung mit den Bedürfnissen der Unternehmen vernetzen. Die Zusammenarbeit soll die Wissenschaftsstandorte stärken und international attraktiv machen.

Seit 1999 – Bologna-Prozess – gibt es an deutschen Universitäten und Fachhochschulen die internationalen Bachelor- und Master-Studiengänge. Von 2010 an sollen nur noch diese international gängigen Abschlüsse gelten, so haben es die europäischen Bildungsminister 1999 beschlossen. Ein europaweit einheitliches Credit-Point-System für die einzelnen Lehrveranstaltungen soll einen Wechsel an eine andere Universität oder in ein anderes Land jederzeit ermöglichen. 2006 machten die Bachelor- und Master-Studiengänge schon 45% der Studienangebote aus.

Die Hochschulen werden dadurch im internationalen Wettbewerb attraktiver: Das Studium wird spezialisierter und stärker praktisch orientiert, die Studienzeiten werden kürzer und die Abschlüsse sollen international anerkannt werden. Die Zahl der Studenten, die sich für ein Auslandsstudium entschließen, wächst, aber die Gefahr, ein Semester zu verlieren, ist noch nicht gebannt. Die Studierenden konzentrieren sich bei der Wahl ihres Studienorts auf nur 10 von insgesamt 60 Universitäten: auf die Kölner Universität (45 600), die Ludwig-Maximilians-Universität München (44 200), die Universität Münster (39 000), die Hamburger Universität (39 000), die Freie Universität Berlin (31 300) und die Humboldt-Universität Berlin (28 400). Es folgen Bonn, Leipzig, Aachen mit der größten Technischen Hochschule, Bochum, Frankfurt am Main und die TU (Technische Universität) Berlin. Die 200 Fachhochschulen mit insgesamt 567 000 Studierenden sind gleichmäßiger belegt als die Universitäten und Hochschulen.

Seit 1971 gibt es das BAföG (= Bundesausbildungsförderungsgesetz), das Kindern auch aus ärmeren Familien das Studium ermöglichen soll. Diese Hilfe richtet sich nach dem Einkommen der Eltern und eventuellem eigenen Vermögen (mehr unter www.bafoeg.bmbf.de). Die Zahl der BAföG-Empfänger ist seit der BAföG-Reform wieder im Steigen. Für viele Studenten reichen die ihnen zur Verfügung stehenden Beträge nicht aus; sie jobben neben dem Studium. Dadurch verlängert sich die zum Teil schon geregelte Studienzeit. BAföG wird in den neuen Ländern mehr in Anspruch genommen als in den alten, in den alten Ländern wiederum finanzieren mehr Studierende ihr Studium mit eigenem Verdienst. Die Förderung erreicht bei Hochschul-Studenten 643 Euro (mit Wohnzuschlag); Fachhochschul-Studenten erhalten etwas weniger. 50% sind Zuschuss und 50% ein unverzinsliches Staatsdarlehen. Bedarf besteht an Stipendien speziell für Studenten aus einkommensschwachen Elternhäusern als auch an Stipendien nach Begabung und Leistungsfähigkeit. Der neue EU-Report weist wiederum auf den Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg hin und dass Arbeiterkinder es auf dem Weg zum Studium wesentlich schwerer haben. Eine weitere Hürde sind die Studiengebühren.

Über hundert Jahre war an deutschen Hochschulen das Bildungsideal bestimmend, das Wilhelm von Humboldt

in der 1810 gegründeten Universität von Berlin anstrebte: die Einheit von Forschung und Lehre und die Zweckfreiheit. Die Hochschulen sind heute dabei, Abschied zu nehmen von dieser Tradition, die den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft nicht mehr zu entsprechen scheint. 70% der Studenten streben derzeit eine berufsspezifische Ausbildung außerhalb der Forschung an. Eine grundlegende Bildungsreform ist im Gange: die Aufwertung der Fachhochschulen gegenüber den Universitäten, also der beruflichen Bildung (Ingenieurwesen, Wirtschaft, Sozialwesen), die Einrichtung neuer Studiengänge, die zeitliche und inhaltliche Straffung des Studiums und der Ausbau von Spitzen-Unis (siehe S. 168). Sogenannte Seiteneinsteiger, die es ohne Abitur auf die Universität schaffen und sich durch den Beruf qualifizieren, sind in Deutschland noch unterrepräsentiert.

Nach 1989 gestaltete man das ostdeutsche Hochschulsystem völlig um und „wickelte" politisch belastete Fachbereiche „ab", d.h. man löste sie auf und gründete sie neu. Heute gehen mehr Studenten in den Westen als umgekehrt. Deshalb werben die ostdeutschen Länder für ihre Hochschulen, die keine Studiengebühren haben, günstige Mieten und Lebenshaltungskosten bieten sowie eine gute Betreuung für ihre Studenten.

→ Das Stichwort **Bachelor / Master**

Das Bachelor-Studium dauert sechs Semester und garantiert solides Grundwissen. Der Master-Studiengang baut darauf auf und verschafft Spezialwissen. Von 2010 an sollen nur noch die neuen weltweit vergleichbaren Studiengänge gelten, die alten Diplom-Studiengänge werden abgebaut. Die Reform gelingt, wenn die Wirtschaft mitmacht und die Absolventen einstellt.

AUFGABEN

Wie beurteilen Sie das deutsche Universitätssystem? Was finden Sie gut? Was würden Sie verbessern?



Programme der Europäischen Union

SOKRATES-Programm (darin integriert **ERASMUS-Programm**) (European Community Action Scheme for the Mobility of University Students)
Die europäische Zusammenarbeit von Hochschulen und die Förderung des Austauschs von Studenten und Hochschullehrern ist das Ziel des Programms. Die Hochschulen erhalten Geld aus Brüssel und genehmigen eine entsprechende Anzahl von Stipendien. Die Semester an der ausländischen Universität werden im Allgemeinen anerkannt.
In der EU beteiligen sich neun von zehn Unis an dem Programm, insgesamt mehr als 4000, außerdem Universitäten in Bulgarien, Rumänien, Liechtenstein, Island, Norwegen und der Türkei.

TEMPUS III - Programm
(Trans European Mobility Scheme of University Students). Mit Tempus und anderen Drittlandprogrammen wird die Zusammenarbeit im Hochschulbereich mit Ländern gefördert, die nicht Mitgliedstaaten der EU sind. Es soll zur Reform der Hochschulen beitragen und zur Entwicklung der regionalen und nationalen Zusammenarbeit.

Der **DAAD** ist die „nationale Stelle" für EU-Programme in Deutschland. 1995 wurden die Programme neu geordnet, der DAAD hat dabei seine Aufgaben ausgeweitet: Er berät und informiert für alle hochschulbezogenen Teile des Sokrates-, Leonardo- und Tempus-Programms. Sokrates / Comenius 1-3 sind Schulprogramme, die Schulpart-

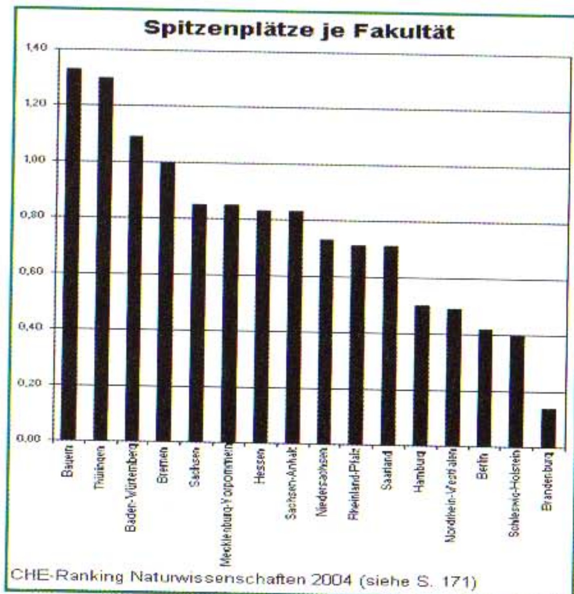
nerschaften fördern. Leonardo da Vinci fördert Auslandspraktika in Industrie, Dienstleistung und Landwirtschaft in einem anderen europäischen Land.

Engagiert arbeitet der DAAD auch bei Beratungsprojekten im Hochschulwesen Mittel- und Osteuropas mit. PPP sind Programme des Projektbezogenen Personenaustauschs, d.h.: Hier werden Personen gefördert, die an bestimmten internationalen Projekten beteiligt sind. Projekte gibt es in 26 Staaten, von Australien, Bulgarien bis Thailand, Ungarn und die USA.

➔ Das Stichwort DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst)

Einrichtung der deutschen Hochschulen mit der Aufgabe, die Hochschulbeziehungen mit dem Ausland vor allem durch den Austausch von Studenten und Wissenschaftlern zu fördern. Seine Programme sind offen für alle Länder und alle Fachrichtungen. Sie kommen Ausländern wie Deutschen gleichermaßen zugute. Der DAAD ist somit tätig in der auswärtigen Kultur- und Wissenschaftspolitik, der Entwicklungspolitik und der nationalen Hochschulpolitik. Seit einigen Jahren vermittelt er bei den Austauschprogrammen der Europäischen Union. Die Fülle der Aufgaben des DAAD sind 5 Zielen zugeordnet: Stipendien für Ausländer, Stipendien für Deutsche, Internationalisierung der Hochschulen, Förderung der Germanistik und der deutschen Sprache im Ausland und Bildungszusammenarbeit mit Entwicklungsländern.

Kontakt: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) Kennedyallee 50, D-53175 Bonn, www.daad.de



CHE-Ranking Naturwissenschaften 2004 (siehe S. 171)

Glossar

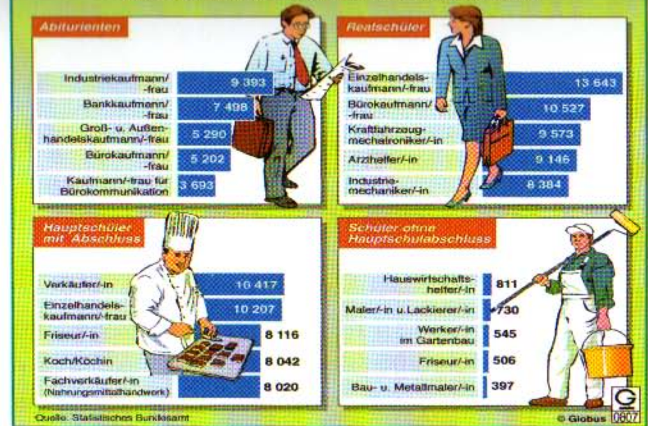
Akkreditierung: Nur akkreditierte Studiengänge sind seriös. Die Qualität der Lehrer wurde vom Akkreditierungsrat zertifiziert.
Bachelor: eigenständiger, berufsqualifizierender Abschluss, der nach 3–4 Jahren Studium von der Universität verliehen wird.
Credit Points: durch Klausuren oder andere Prüfungen erworbene Leistungspunkte, mit denen man die Zulassung zum Examen erwirbt.
Master: akademischer Grad zwischen Bachelor und Doktor. Mehr Theorie auf dem Weg zum M.A.
Modul: eine Lehreinheit bei Bachelor- und Masterstudiengang.
Web-Tipps: www.his.de (Hochschulinformationssystem)
Info: www.hochschulkompass.de

Berufliche Bildung

Für die berufliche Bildung gilt das sogenannte duale System, das international großes Ansehen besitzt: Die Auszubildenden (auch „Azubis“ genannt oder Lehrlinge) machen eine praktische Lehre in Betrieben der Industrie, des Handels oder Handwerks und besuchen gleichzeitig für zwei bis zu dreieinhalb Jahren eine staatliche Berufsschule. Mit dem 18. Lebensjahr endet die Berufsschulpflicht.

Bei der Berufswahl wird deutlich, dass es die meisten eher in Berufe im Dienstleistungssektor und im Büro zieht, weniger zur Ausbildung als Friseurin, Schreiner oder Bäcker. Es gibt mehr als 300 Ausbildungsberufe, aber viele der Jugendlichen interessieren sich seit Jahren für die gleichen Traumberufe: Kfz-Mechaniker, Arzthelfer/in oder Bürokaufmann/-frau.
Die IHK (= Industrie- und Handelskammer) hat neue Lehrberufe geschaffen, die Alternativen bieten und die Chancen am Arbeitsmarkt verbessern sollen. Diese Lehrberufe sind in den Medien und in der Informations- und Telekommunikationsbranche entstanden: z.B. der Mediengestalter, der sich auf Beratung, Design oder Technik spezialisiert. Neu ist die Ausbildung zur Fachkraft für Automatenservice, zum/zur Produktionstechnologen/in in der Industrie, zur Servicekraft für Schutz und Sicherheit oder zum/zur Speiseeishersteller/in. Für die Schüler, die eine für ihr Leben weitreichende Entscheidung treffen, wird es immer schwieriger zu begreifen, was sich hinter den einzelnen Bezeichnungen verbirgt. Arbeitsagenturen mit ihren Berufsberatern greifen helfend ein.

Jugendliche von heute sind realistisch; sie blicken in eine Zukunft, die sich technisch rasant verändert. Technische Veränderungen beschleunigen sich, hohe Qualifikation ist gefordert. Geringer Qualifizierte haben automatisch geringere Chancen. Globalisierung, Technisierung und Rationalisierung brauchen gleichzeitig immer weniger Arbeitskräfte. Bei manchen entsteht das Gefühl der Skepsis und Unsicherheit. Mobil, flexibel und teamfähig soll der Schlüssel zum Erfolg sein. Fraglich ist, ob die Schule fähig ist, auf diese Herausforderungen vorzubereiten. Jugendliche, die über ihre Werteskala Auskunft geben sollten, nannten an erster Stelle: „eigene Fähigkeiten entfalten“, dann „das Leben genießen“ und „unabhängig, durchsetzungsfähig sein“. Manche jungen Leute zwischen 16 und 27 orientieren



sich vor der Berufswahl oder nach der Ausbildung und absolvieren in einem Betrieb ein Freiwilliges Soziales oder Ökonomisches Jahr. Der Einsatz reicht von der Arbeit beim Biobauern bis zur Behindertenbetreuung.

Der Lehrstellenmarkt schwankt. In Zeiten guter Konjunktur brauchen Betriebe mehr Facharbeiter und bilden demzufolge auch stärker aus. Die Zahl der Ausbildungsplätze sinkt sofort bei schlechterer Wirtschaftslage. Schwer haben es sogenannte Altbewerber, die keinen Platz gefunden haben und die Zeit mit einem Praktikum im Betrieb überbrücken. Manche qualifizieren sich in außerbetrieblicher Fortbildung oder in einem Berufsfortbildungsjahr. Die Agentur für Arbeit fördert Schüler/innen, damit sie einen Schulabschluss bekommen, und vermittelt an Betriebe.

Ausländische Jugendliche in Deutschland haben es schwerer als ihre deutschen Altersgenossen. Ihre Schulbildung wird oft mit der Hauptschule beendet oder abgebrochen. Nur wenige erreichen das Gymnasium. Ihre Chancen bei der Berufswahl sind deshalb eingeschränkt, zumal sich viele Jugendliche zwischen zwei Kulturen bewegen. Sie entscheiden sich für eine noch engere Palette von Berufen als die deutschen Jugendlichen.
Alarmierend ist auch, dass viele junge Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen in den Beruf einsteigen. Die Familien- und Berufsplanung ist dadurch wesentlich erschwert.

→ Das Stichwort **Handwerksordnung**

Die Handwerksordnung regelt, unter welchen Bedingungen ein Handwerker sich selbstständig machen kann. Seit 2004 gibt es 57 Berufe, die keine Meisterprüfung mehr erfordern. Diese Hürde existiert noch für 41 Berufe. In den zulassungsfreien Berufen ist seitdem ein Boom bei Betriebsanmeldungen ausgebrochen. Darunter sind Schneider, Gebäudereiniger, Fliesenleger usw. Es ist offen, wie lange sich der Meisterzwang in einem europäischen Einheitsmarkt halten wird.

In Deutschland muss ein Handwerker, der einen Betrieb gründet, die Meisterprüfung haben. Diese Tradition der mittelalterlichen Zünfte hat sich bis in die Gegenwart erhalten. Heute ist eine Reform des Handwerks in Gang gekommen: Es geht darum, weiterhin Qualität zu sichern, Existenzgründungen aber nicht zu verhindern. Das Handwerksrecht wurde schon dahingehend geändert, dass einfache Handwerksarbeiten von jedermann angeboten werden können. Das sind Arbeiten wie zum Beispiel Malern, die in zwei bis drei Monaten erlernbar sind. Es gibt allerdings die Möglichkeit, mit der finanziellen Hilfe des Meister-BAföGs (Bundesausbildungsförderungsgesetz) die Meisterprüfung nachzuholen. Berufsabschlüsse sollen in Zukunft innerhalb der EU vergleichbar sein. Heute ist Ingenieur nicht gleich Ingenieur in einem anderen EU-Land. Die EU hat einen Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) entwickelt, der Abschlüsse und Kompetenzen in 8 Stufen beschreibt. Nach diesem Muster sollen EU-Mitgliedstaaten nationale Qualifikationsrahmen (NQR) entwickeln.

Aufgaben

1. Sinkende Einkommen sind immer der Grund für die Landflucht. Wie sieht das in Ihrem Land aus? Welche Folgen hat die Landflucht für die Städte, die Dörfer und für die Landschaft?
   Lesen Sie die folgende Mitteilung:

Jugendliche wollen Landwirt werden

Bonn (AP) – Ende 99 wollten immer weniger Jugendliche Landwirt werden. Zum Ende des Jahres gab es nur noch 8514 Landwirtschaftslehrlinge, was nach Angaben des Bauernverbandes ein Rekordtief darstellt. 2004 stieg die Zahl wieder: Der ökologische Anbau und die Aussicht auf Selbstständigkeit üben einen gewissen Anreiz aus. Auch entdecken viele Bauern neue Erwerbsquellen und werden zu Managern der Energiewirtschaft. Sie betreiben Biogasanlagen und speisen Solarstrom ein, sind Bauer und Energiewirt zugleich.

(nach: Globus vom 26.07.1999; aktualisiert 2008)

2. Thema „Berufswahl und Zukunftsträume": Hierzu ein Artikel und zwei Schüler-Porträts.

Mädels mit Rekord!
Rekordbeteiligung am deutschen Girls' Day



Männerarbeit? Frauenarbeit? Gibt es das noch in der jungen Generation, mag sich manch eine(r) fragen. Das ist es. „Drei Viertel aller Mädchen entscheiden sich für die 20 klassischen Ausbildungsberufe, die auch ihre Mütter und Großmütter schon gelernt haben", sagt die Gleichstellungsbeauftragte der Agentur für Arbeit. Frauenberufe sind Tätigkeiten, in denen mehr als 80 Prozent der Beschäftigten weiblich sind. Besondere Krux: Genau diese Berufe sind schlecht bezahlt.

(nach: x-bay, Nordbayerischer Kurier vom 19./20.03.2005)

Der Girls' Day soll Schülerinnen einen Eindruck von technisch-naturwissenschaftlichen Berufen vermitteln. Viele Firmen unterstützen die Aktion und bieten Schnupperpraktika an. Die Schülerinnen nehmen die Angebote begeistert an.



Matthias Kleinert

Nicht so harte Arbeit wie mein Vater!

Bei mir ist es eigentlich nicht so gelaufen wie geplant. Ich wäre gern technischer Zeichner geworden, aber ich habe hier keine Lehrstelle gefunden. Richtig schlimme Sorgen habe ich mir eigentlich nicht gemacht. Mittlerweile bin ich ganz froh, dass mich ein Lehrer auf eine andere Idee gebracht hat. Ich werde eine Ausbildung machen und parallel dazu auf die Fachoberschule gehen. Mit dem Abschluss, den ich dort bekomme, kann ich danach studieren. Maschinenbau oder Elektrotechnik – ich glaube, das hat Zukunft. Vor allem muss ich nicht so harte körperliche Arbeit leisten wie mein Vater. Der ist Zimmerer. In zehn Jahren hätte ich gerne eine Frau; Kinder nicht unbedingt. Mein Traum wäre es, einmal eine große Weltreise zu machen. Ach ja, und alle Bands, die ich gut finde, einmal live zu sehen.



Marion Mayer

Man darf nicht gleich aufgeben.

Ich wechsle auf das Gymnasium, meine Noten waren gut genug. Mir hat es in der Schule immer gefallen. So recht habe ich noch keine Idee, was ich anderes machen sollte. Was ich mir für die Zukunft wünsche: ein abgeschlossenes Studium und einen gut bezahlten Job, damit man nicht jeden Cent umdrehen muss. Der Job sollte mit Fremdsprachen zu tun haben. Irgendwann hätte ich gern eine Familie, auch Kinder, aber noch nicht so schnell. Und die Möglichkeit viel zu reisen. Über mich mache ich mir momentan noch keine Sorgen. Ich gehe erst mal drei Jahre weiter zur Schule und werde von meinen Eltern unterstützt. Was wichtig ist: Man darf nicht gleich aufgeben, wenn was schief läuft.

(nach: SZ vom 31.7./1.08.2004)

AUFGABEN

Welche Ausbildung haben Mädchen in Ihrem Land? Geben Sie Kurzberichte und vergleichen Sie.

Weiterbildung

Der dritte Bildungssektor ist der Bereich der Erwachsenenbildung und der beruflichen Weiterbildung, der in einer sich ständig verändernden Welt immer wichtiger wird. „Lebenslanges Lernen" ist das Stichwort, ohne das heute ein Beruf kaum noch auskommt. Die technische Ausstattung der Arbeitsplätze fordert Einarbeitung und neues Lernen. Die Anforderungen wachsen, und die Zahl der „einfachen Tätigkeiten" nimmt ständig ab.

Weiter lernen ist ausschlaggebend für die Qualität der Produkte und Dienstleistungen und die Innovationsfähigkeit eines Landes.
Die Volkshochschulen – das sind öffentlich unterstützte Institutionen – bieten Kurse auf breiter Palette an, von Sprach- und Mathematik- bis zu Hobby-Kursen. Zur Weiterbildung tragen auch die Gewerkschaften, die Stiftungen der Parteien und viele private Institute bei. Die Unternehmen stecken inzwischen ebenso viel Geld in die Fortbildung der Mitarbeiter wie in die berufliche Erstausbildung. Auch existieren berufs- und weiterbildungsbegleitende Studiengänge an den Hochschulen.

Vor allem die Bundesagentur für Arbeit, also der Staat, fördert Arbeitslose mit beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen. Förderung wird dann mit einer konkreten Aussicht auf Beschäftigung verbunden. Die Bundesagentur bemüht sich um individuelle Beratung und effiziente Unterstützung und macht Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf die Wichtigkeit von Weiterbildung aufmerksam.



Bundesagentur für Arbeit

BERUFENET   JOBBÖRSE

AUFGABEN

Was wird am häufigsten angeboten?
Wo liegen die Schwerpunkte?

TANDEM
EIN NETZ IN EUROPA



Sprachkurse
in England, Frankreich
Italien, Spanien & Portugal

Bildungsurlaub möglich. Beratung und kostenlose Information

... und dein Arbeitsplatz ist dir sicher.



Die Arbeitsplatzerfolge unserer Absolventen haben uns bekannt gemacht. Jetzt setzt der EDV-Arbeitsmarkt weitere Schwerpunkte.
Durch die **neue, erweiterte Struktur** unserer Qualifizierungsprogramme
Fachmann/-frau für Informationssysteme
(Netzwerk/Datenbanken)
sichern Sie sich Ihren Berufserfolg nach Maß.
Die Programme werden vom Arbeitsamt gefördert.
Wir informieren Sie gerne und ausführlich!

ISP data

VIA-Grafik
Grafik-Design für
Buch und Magazin

Andreas Oft
089 – 33 03 84 54
80 805 München
Hohenzollernstr. 60
www.grafik-oft.de

Mail: a.oft@grafik-oft.de
Fax: 089 – 38 54 74 51

Erfolg mit Sprachen

... garantieren unsere intensiven Programme für alle Niveaustufen:
Tageskurse
Intensivkurse
Einzelunterricht
Spezialprogramme
Schüler-Ferienkurse
Intensive Fachseminare
Abend- und Samstagskurse

Sprachschule Dresden

Dresden 4 96 30



Qualifizierte kaufmännische Weiterbildung
durch
berufsbegleitende Lehrgänge mit IHK-Prüfung und
berufsbegleitende Lehrgänge mit IHK-Zertifikat

Fachkaufmann/-frau für Marketing
4 Semester

Buchführung und Abschluss

Kosten- und Leistungsrechnung

Lohn- und Gehaltsabrechnung mit EDV

Weitere Lehrgänge / Seminare auf Anfrage

IHK-Zentrum für Weiterbildung und Technik
81669 München

5. Kulturelles


Johann Wolfgang von Goethe


Buchmesse Frankfurt am Main


Friedrich Schiller


Martin Luther


Reiner Kunze


Adolf Muschg


Ingeborg Bachmann


Bert Brecht


Peter Handke


Christa Wolf

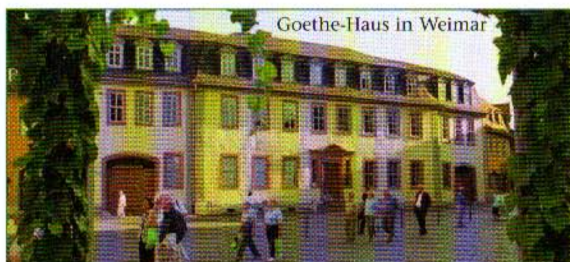

Günter Grass


documenta Kassel

Orte und ihre Dichter

Weimar und die Klassiker

Die Klassik Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts gilt als einer der Höhepunkte der deutschen Literatur. Es war die Zeit nach der Französischen Revolution. Trotzdem ist sie weniger vom Politischen als von der Philosophie, weniger von nationalen Ideen als vom Weltbürgertum beeinflusst. Die Ideale des Guten, Wahren und Schönen, der Menschlichkeit und Harmonie sind ihr Gehalt. Immanuel Kant, der das Gesetz des sittlichen Handelns formulierte, war ihr einflussreichster Philosoph. Bildungsideal der Zeit war die Ganzheit der Persönlichkeit.


Goethe-Haus in Weimar

Das geografische Zentrum war Weimar, ein „Mittelding zwischen Dorf und Stadt" (Herder), mit kaum mehr als 6000 Einwohnern. Durch Goethe, Schiller und Herder, der Humanität als Ziel aller Entwicklung sah, wurde diese kleine thüringische Stadt zum geistigen Mittelpunkt Deutschlands. Zwischen Weimar und der Universitätsstadt Jena mit ihren Gelehrten und den Vertretern des Verlagswesens bestanden enge Kontakte.
Heute setzt sich Weimar mit seiner vielfältigen Vergangenheit, mit seinem Kulturerbe und der aktuellen Pflege und Neugestaltung auseinander. Die Stadt liegt in einem neuen Bundesland und war deshalb über Jahrzehnte für die Bürger Westdeutschlands nicht erreichbar (siehe Seite 164).
1996 wurden die Bauhaus-Bauten von Weimar und Dessau in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen. In


Goethe diktiert in seinem Arbeitszimmer.

der Begründung heißt es: „Das Bauhaus mit seinen Stätten ... steht für die sogenannte Bauhaus-Architektur, die zwischen 1919 und 1933 revolutionäre Ideen der Baugestaltung und Stadtplanung durchsetzte."

1999 wurde Weimar mit dem Titel „Kulturstadt Europas" geehrt. 1998 wurde das „klassische Weimar" in die UNESCO-Liste aufgenommen, eine Referenz an die Kulturepoche, die von Weimar ausging.

AUFGABEN

1. In Weimar steht das berühmte Schiller-Goethe-Denkmal. – Wem baut man eigentlich Denkmäler?
2. Wann werden Denkmäler gestürzt?
3. Wem würden Sie ein Denkmal setzen? Oder halten Sie nichts von Denkmälern?

Auch nach 200 Jahren ist Goethe und die klassische Dichtung ein lebendiger Bestandteil des kulturellen Lebens. Seine Dramen werden auf allen großen Bühnen gespielt und von bekannten Theaterregisseuren inszeniert. Sein Roman „Die Wahlverwandtschaften" ist erstaunlich modern, seine Lyrik gegenwärtig. Verehrer aus aller Welt besuchen sein Geburtshaus in Frankfurt am Main, das im 18. Jahrhundert zu den schönsten der Stadt zählte, und das Haus am Frauenplan in Weimar, wo er in seinen späteren Jahren vielfältig tätig war.

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832) wurde in Frankfurt am Main als Sohn einer wohlhabenden Bürgerfamilie geboren. Seine Mutter, die „Frau Rat", war liberal erzogen worden und gab dem Haus die entsprechende Atmosphäre. Aus ihrem Briefwechsel mit vielen Menschen aus dem Umkreis ihres Sohnes spricht Gelassenheit, Klugheit und Witz. Nach Studien- und Wanderjahren und dem Zusammentreffen mit Dichtern des Sturm und Drang schrieb Goethe Gedichte und Dramenfragmente. Sein Briefroman „Die Leiden des jungen Werther" machte ihn schon mit 24 Jahren berühmt. Er ging auf Einladung des Herzogs Karl August, der ihn in Frankfurt kennengelernt hatte, als Hofrat nach Weimar. Später wurde er Minister und musste sich mit Steuern, Straßen, Bergwerken und Erziehung befassen. In Zusammenarbeit mit Friedrich Schiller leitete er das Weimarer Hoftheater.
Während seiner Italienreise 1786 bis 1788 studierte er die Klarheit und Harmonie der antiken Kunst. Höhepunkte seiner klassisch genannten Dichtung sind die Dramen „Iphigenie auf Tauris" (Iphigenie bringt Erlösung durch reine Menschlichkeit), „Egmont", „Torquato Tasso".

→ Das Stichwort Sturm-und-Drang-Dichtung

Sturm und Drang hieß die Literaturepoche vor der Klassik. Das Erlebnis der Natur und der moralisch geführte Kampf gegen Despotismus waren ihr Programm. Das Drama war die angemessene Form dieser Dichtung. Programm war auch der Kampf für persönliche Freiheit, auch für die Freiheit der Liebe gegen den Standesunterschied. In dem Briefroman „Die Leiden des jungen Werther" von Goethe ist die tragische Liebe Werthers zu einer verheirateten Frau niedergeschrieben, die mit dem Selbstmord des jungen Mannes endet. Werther trägt autobiografische Züge.

Die Tragödie „Faust" gilt als das eigentliche Hauptwerk Goethes, an dem er bis zu seinem Tod gearbeitet hat. Es ist das Drama eines nach Erkenntnis und Erfüllung strebenden Menschen, der dafür sogar den Pakt mit dem Teufel wagt.

Friedrich Schiller (1759–1805) wurde in Marbach am Neckar geboren. Das Sturm-und-Drang-Drama „Die Räuber" machte ihn bekannt. Die Forderung nach Freiheit begeisterte die Menschen in einer Welt der fürstlichen Willkür und der Kleinstaaterei (siehe S. 161). 1789 holte ihn Goethe als Professor für Geschichte nach Jena. Seit 1794 bis zu Schillers frühem Tod waren beide trotz mancher Gegensätze einander freundschaftlich verbunden.
Schillers Dramen thematisieren die Spannung zwischen Ideal und Leben und das Bemühen um Freiheit und Menschenwürde. In „Don Carlos" tritt Marquis Posa für Freiheit und Menschlichkeit ein, ist jedoch in der Realität zum Scheitern verurteilt. Schillers tragische Weltsicht wird Gestalt in „Wallenstein", „Maria Stuart", „Wilhelm Tell" oder „Die Jungfrau von Orleans". Diese Dramen übten im 19. Jahrhundert einen nachhaltigen Einfluss aus, nicht nur auf das geistige Leben in Deutschland, auch auf die Literatur in den romanischen und angelsächsischen Ländern.
Am 5. Mai 2005 wurde Schillers 200. Todestag gefeiert. Die vielen Ausstellungen, Reden, Theateraufführungen und Feiern haben neugierig gemacht und so manch



Schillers Wohnhaus in Weimar



Friedrich Schiller



Schiller liest „Die Räuber" vor.

einer entdeckte den Menschen Schiller und bewunderte seine Sprachgewalt. Seine Dramen haben wenig von ihrer Brisanz verloren: In Weimar interpretierten Schüler auf den Straßen der Stadt ihren Schiller. Der Regisseur Peter Stein las den „Wallenstein" an vier Abenden. – Das Fernsehen rollte Schillers Biografie auf, seine Kämpfe gegen die Obrigkeit, das Verhältnis zu Goethe und sein früher Tod.

Seine Ideale, wie sie in der „Ode an die Freude" 1785 überschwänglich zum Ausdruck kommen, berühren uns. Beschworen wird eine Gesellschaft von gleichberechtigten Menschen, die durch das Band der Freude und der Freundschaft verbunden sind. Beethoven verwendete Teile der Ode im Schlusschor der 9. Symphonie. Die Melodie ist seit 1972 offizielle Hymne des Europarats und seit 1985 der Europäischen Union.

AUFGABEN

1. Schiller lebt auch fort in vielen Zitaten: „Früh übt sich, wer ein Meister werden will." „Was tun, spricht Zeus?" „Der Starke ist am mächtigsten allein." „Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens." „Dem Glücklichen schlägt keine Stunde." „Drum prüfe, wer sich ewig bindet." Kennen Sie weitere Zitate?

2. Auch Goethe bleibt präsent. Lesen Sie die Rezension über eine 1993 veröffentlichte Chronik seines Lebens.

Manche meinen, Goethes Werk sei bis ins Detail erklärt und kommentiert; was gebe es denn nach fast zwei Jahrhunderten noch zu erforschen? Ist nicht alles Tag für Tag dokumentiert, sein Leben und seine poetische Arbeit? Man braucht aber nur einen Blick in Steiger/Reimanns Chronik „Goethes Leben von Tag zu Tag" (Band 6: 1814–1820, Artemis Verlag, Zürich / München 1993) zu werfen, um zu bemerken, dass hier viele verstreute Zeugnisse erstmalig chronologisch geordnet wurden. Damit zeigt sich sehr plastisch Goethes Lebensführung mit den verschiedensten poetischen und wissenschaftlichen Arbeitsprojekten, wie wir sie so nicht kannten. Der Band 1814 bis 1820 ist höchst spannend, zu lesen als eine Art „Biografie, vom Terminkalender strukturiert". Steiger/Reimann halten sich in der Auslegung ihrer unendlich vielen Daten und Zitate zurück, aber ihre Chronik wartet auf eine weiterführende erzählerische oder psychologische Auswertung.

(nach: Jörg Drews, An der Pranke kennt man den Löwen, in: SZ vom 28./29.08.1993)

Zürich, die Schweiz und ihre Schriftsteller

Max Frisch (1911–1991) wurde in Zürich geboren und blieb der Schweiz sein Leben lang treu. Er wird oft in einem Atemzug mit seinem Landsmann Friedrich Dürrenmatt (1921–1990) genannt, obwohl beide dies nicht gerne hörten. Sie studierten in Zürich, begannen als Dramatiker und wurden dann auch als Prosaschriftsteller und Essayisten bekannt. Frisch gilt als der Intellektuelle, der Persönlichkeits- und Identitätsprobleme zu seinen Themen machte, während Dürrenmatt dem Kriminalroman literarischen Rang verschaffte. Neben allen Unterschieden ist beiden das Nachdenken über die Schweiz und die Schweizer gemeinsam.

„Was man damals wie heute einen rechten Schweizer nannte", heißt es bei Frisch, „– es gibt einfach Dinge, die ein rechter Schweizer nicht tut, sein Haar kann dabei blond oder schwarz sein, das sind nicht seine Merkmale, Spitzkopf, Rundkopf usw., der rechte Schweizer kann ganz verschieden aussehen. Er muss nicht Turner sein, Schützenkönig, Schwinger usw., doch etwas Gesundes gehört zu ihm, etwas Männerhaftes. Er kann auch ein dicker Wirt sein; das Gesunde in der Denkart. ... Maßgeblich ist der Sinn fürs Alltägliche. Der rechte Schweizer lässt sich nicht auf Utopien ein, weswegen er sich für realistisch hält. Die Schweizergeschichte, so wie sie gelehrt wird, hat ihm noch immer Recht gegeben. Daher hat er etwas Überzeugtes, ohne fanatisch zu werden. Er gefällt sich als Schweizer, wenn er mit andern rechten Schweizern zusammen ist, ... Ausländer mögen ihn als grobschlächtig empfinden, das stört einen rechten Schweizer überhaupt nicht, im Gegenteil; er ist kein Höfling, macht keine Verbeugungen usw. Daher mag er's nicht, wenn er schriftdeutsch antworten soll; das macht ihn unterwürfig und grämlich. Dabei hat der rechte Schweizer kein Minderwertigkeitsgefühl, er wüsste nicht wieso. Das Gesunde in der Denkart: eine gewisse Bedächtigkeit, alles schnelle Denken wirkt sofort unglaubwürdig. Er steht auf dem Boden der Tatsachen, hemdärmlig und ohne Leichtigkeit. Da der rechte Schweizer eben sagt, was er denkt, schimpft er viel und meistens im Einverständnis mit andern; daher fühlt er sich frei." (a.a.O., S. 298/399)*

Auch der bedeutendste Schweizer Schriftsteller nach Frisch und Dürrenmatt, der 1934 geborene Adolf Muschg, lebt in Zürich. Seine Romane und Erzählungen faszinieren durch ihre subtile Psychologie. Muschg engagierte sich kurzzeitig in der Politik, kehrte aber in die nuancenreiche Diktion der Literatur zurück.

** recht = richtig, echt*
*** Anm.: Die Schweiz ist dem EWR nicht beigetreten, siehe S. 91*



Adolf Muschg

Im Folgenden zwei Auszüge aus einem Interview:

Frage: Was könnte die Schweiz für Europa sein?
... Das Schöne an der Schweiz ist, dass sie keine Nation, kein homogener Staat ist. Und deshalb könnte sie etwas für Europa zu bieten haben, unter der Voraussetzung, dass sie ein gepflegtes, ein kultiviertes Konfliktverständnis aus sich heraus entwickelt hätte. Das ist aber nicht der Fall. Die unterschiedlichen Landesteile reagieren nicht aufeinander, sie versuchen nicht, einander zu verstehen, sondern sie existieren eher Rücken an Rücken. Die Schweiz ist ein defektes supranationales Modell und das beginnen wir erst langsam zu begreifen. Es gibt eine gemeinsame politische Kaste, eine gemeinsame Währung und vor allem den gemeinsamen Wohlstand, aber keine gemeinsame Idee. ...

Frage: Sehen Sie beim Stichwort „Europa der Kulturen" die Gefahr einer Einheitskultur?
Ich sehe diese Gefahr auf der Ebene der Mentalitäten noch lange nicht. Noch gibt es ja z.B. die beiden Appenzeller Kantone mit ihrer skurrilen Eigenständigkeit, und das ist auch gut so. Diese Art von Eigensinn muss koexistieren können mit dem großen Horizont. Natürlich gibt es Probleme, die nur global gelöst werden können, darunter fallen alle ökonomischen Probleme, aber das gilt eben nicht ohne weiteres für den Bereich der Kultur. ... Die entscheidende Frage lautet: Wie viel kulturellen Föderalismus, wie viel Gegen-den-Strom-Schwimmen verträgt die Einheit des Wirtschaftsraumes**? Das müssen wir ausprobieren gegen alle Widerstände und Bequemlichkeiten. Darin besteht für mich die Staatskunst. (aus: Konturen 1/1994, a.a.O., S. 16/17)

Die Bühne ist ein freier Platz im hellen Licht.

Es beginnt damit, daß einer schnell über ihn wegläuft. *De Carvalho*

Noch einer aus der anderen Richtung *Sebert*
Zwei die einander kreuzen *Lohse/Boll*
Ein **dritter** und ein **vierter** in der Diagonale folgend *Feifel/Wüpper*

■

Seine **Insasssen** auf dem Baumpflock, am Wegrand *Wüpper/Stadelmann/Feifel*
Einer in panischer Eile mit einem Vertreterkoffer *Boll*
Isaak, Abraham als **Todmüden** im Gefolge, zurückkehrend *Münster/Lohse*
Eine, die sich auf den **Knien** nähert *Del Degan*

■

...

Eine **Patrouille** mit Handschellen und Schlagstöcken *Wüpper/Riehm*
General der Kinderschuhe vor sich herträgt *Hauer*
Ein **Wanderer** durch tiefes Laub gehend *Rostagno*
Der **Großvater** mit einer Schlange im Stockspalt *Lohse*
Die **Portugiesin** *Del Degan*
Das **Mädchen aus Marseille** am Hafenquai *Ott*
Die **Jüdin** aus Herzliya, die Gasmaske in die Gasse werfend *Koren*
Die **Mongolin** mit ihrem Falken *Pocher*
Die **Patronin** von Toledo mit Löwenfell *Gabilondo*
Kreuz- und **Quer**geher *Ensemble*
Chaplin der beiläufig vorbeiflaniert *Titteibach*
Einer als **Kellner** der einen Aschenbecher leert *Sebert*
Eine mit einem **Sekt**glastablett *Gaylord*
Einer episodisch als müßiger **Geschäftsmann** *van Lee*
Ein **Läufer** mit der Lehmskulptur eines Kindes *Feifel*
Der Erste **Zuschauer,** sich von seinem Sitz losreißend
Der Zweite **Zuschauer,** sich auf die Szene schwingend
Zwei **Frauen** die eine Stange voll mit Wäsche über den Platz tragen *Gabilondo/Ott*
Dritter **Zuschauer** auf dem Plateau, der sich in den Zug einfädelt

Dann ist der Platz dunkel geworden.



Peter Handke

Graz – Düsseldorf – Paris – wer ist Peter Handke?

Ob man von einer „österreichischen" Literatur sprechen kann, darüber ist viel diskutiert worden und die Meinungen sind geteilt. Beispiele für typisch Österreichisches in der Literatur und für österreichische Themen gibt es genug, aber auch viele Beispiele für Autoren, deren österreichische Herkunft leicht vergessen wird: Peter Handke (geb. 1942) gehört dazu. Er ist zwar in Kärnten geboren und studierte in Graz, lebte aber meistens in Deutschland und Frankreich. Heute ist er mit seiner Familie in einem kleinen Pariser Vorort zu Hause.
1966 machte ihn sein Bühnenstück „Publikumsbeschimpfung" über Nacht bekannt. Er bricht das traditionelle Verhältnis zwischen Publikum und Bühnengeschehen auf, indem eine Beschimpfung wirklich stattfindet. Sie ist gegen das „alte", „kulinarische" Publikum gerichtet. Bekannt sind auch seine Romane und Erzählungen, zu denen „Die linkshändige Frau" gehört oder die Erzählung „Wunschloses Unglück", die vom Leben und Selbstmord seiner Mutter handelt.
Handke gehört zu den meistgelesenen Autoren des deutschen Sprachraums. In einem Interview sagte er von sich, dass er derselbe geblieben sei, der er zu Beginn seines Schreibens war, dass er nach Wahrhaftigkeit strebe und dass er vielleicht etwas klarsichtiger, aber auch illusionsloser geworden sei. Immer stärker halte er Distanz. In diesem Sinne ist auch ein neueres Stück – „Die Stunde da wir nichts voneinander wußten" – geschrieben (deutsche Erstaufführung März 1993 in Bochum). Hauptakteur ist ein Platz. Das Stück bringt Hunderte von Figuren in Hunderten von Kostümen auf diesen Platz, und der Zuschauer betrachtet sie neugierig in einer Art Sightseeing-Tour: die Schönheit, der Uniformierte, Papageno, die Geschäftsfrau, biblische Gestalten, eine Wandergruppe, ein Skateboardfahrer, ein Fußballfan, der gestiefelte Kater, Flaneure und Renner, Paare ... Alle zeigen sich mit ihren typischen Merkmalen und Verhaltensweisen. Das Ganze ist eine Bildergeschichte, die Widersprüche und ewiges Kommen und Gehen ernst und auch komisch in Szene setzt. Handke zeigt die Welt als Wunderwerk, um zu staunen und still zu machen.
Links ein Ausschnitt aus dem Plakat zur deutschen Erstaufführung von Handkes „Die Stunde da wir nichts voneinander wußten" im Schauspielhaus Bochum. Übrigens – ein stummes Stück, ebenso wie das 1969 geschriebene „Das Mündel will Vormund sein".

AUFGABEN

1. Suchen Sie Peter Handkes Werkverzeichnis im Internet. Was fällt Ihnen auf?
2. Elfriede Jelinek wird als österreichische Schriftstellerin wahrgenommen. Die Wienerin, die sich in die Reihe sprachkritischer Autoren von Nestroy bis Thomas Bernhard einreiht, erhielt 2004 den Literatur-Nobelpreis. In der Laudatio hieß es: „Sie haben mit Ihren Schriften einer ketzerischen femininen Tradition neue Geltung verschafft und die literarische Kunst ausgeweitet ..." Finden Sie in dem Fotoalbum von Elfriede Jelinek unter www.elfriedejelinek.com einen Text, der Sie besonders anspricht.

Das vereinte Deutschland und seine Autoren

Nach 1989 ging ein Riss durch die Literaturlandschaft; vieles war nach dem Fall der Mauer anders als zuvor. Der Vereinigungsjubel war kaum verflogen, als schon der „Literaturstreit" im vereinten Deutschland begann. Vorher war alles klar: Die ausgebürgerten, aus der DDR geflohenen Schriftsteller lebten und publizierten in der Bundesrepublik. Die Daheimgebliebenen richteten sich ein oder versuchten, auf ihre eigene Weise mit der Reali-


Christa Wolf

tät fertig zu werden: angepasst, schizophren oder resigniert. Dafür wurden sie nach 1989 angegriffen, und zwar von früheren Kollegen (oder „Genossen"), aber auch von westdeutschen Literaturkritikern, die die Verhältnisse aus gegenwärtiger Sicht ins Visier nahmen. Die DDR hatte vielen ihrer Dichter großzügig Sonderrechte und Vergünstigungen gewährt, ihnen dafür aber Staatstreue, d.h. die Verpflichtung, das Volk zum Sozialismus zu erziehen, abverlangt. Nicht wenige haben sich durch Kritik und Zweifel die Gunst der Machthaber verscherzt. Der Liedermacher Wolf Biermann wurde ausgebürgert, als er 1976 auf einer Konzertreise im Westen auftrat. Die Lyrikerin Sarah Kirsch und die Schriftsteller Günter Kunert und Reiner Kunze folgten. Für andere Künstler kam 1979 der Ausschluss aus dem Schriftstellerverband; betroffen war vor allem Stefan Heym.

Er hatte seinen Roman „Collin", der von der Staatssicherheit handelt, im Westen veröffentlicht. Nach der Einheit brachen die Gegensätze zwischen denen, die geblieben, und denen, die gegangen waren, denen im Osten und denen im Westen, stärker auf denn je. Ausdruck der Ratlosigkeit derer, die sich mit den Mächtigen arrangiert hatten, war zu dieser Zeit die Autobiografie des weltweit bekannten Dramatikers Heiner Müller; ihm war es um dramatisches „Material" gegangen, um Strukturen, nicht um Recht oder Unrecht, Moral oder Lüge. Er gilt als Zyniker („Zynismus ist doch der schräge Blick auf die geltenden Werte"); er war gleichzeitig Stalinist und Dissident.

Ziel der Angriffe vonseiten der Westdeutschen war vor allem Christa Wolf, die ehemalige DDR-Bürgerin. In ihrem Roman „Der geteilte Himmel" (1963) hat sie private Konflikte und Gewissensentscheidungen vor dem Hintergrund ideologischer Auseinandersetzungen nachgezeichnet: die Trennung zweier Liebenden durch die Spaltung des Landes.

Ihr nächstes Werk – „Nachdenken über Christa T." – durfte bereits nur in kleiner Auflage erscheinen. Die Erzählung „Was bleibt" wurde der Auslöser für den Literaturstreit. Das kleine Werk war 1979 geschrieben worden und wurde 1990 veröffentlicht. Zu spät, sagten ihre Kritiker. Es erzählt autobiografisch von der Dichterin als Opfer der Stasi (das gefürchtete Ministerium für Staatssicherheit der DDR). Mit der Veröffentlichung der Stasi-Akten war Christa Wolf aber selbst in den Verdacht geraten, inoffizielle Informantin der Stasi gewesen zu sein. Richtig ist, dass Christa Wolf für eine sehr kurze Zeit als Informantin gedient hatte, bevor sie selbst über viele Jahre von der Stasi überwacht wurde. Ihr Lebensweg von einer Anhängerin der DDR und des „real existierenden Sozialismus" über Wahrheitssuche und Verdrängung zur Kritik am System hat Symbolwert für die Rolle eines Schriftstellers in einem totalitären Staat. Ihre Gegner wandten ein, dass sie konfliktscheuer war als andere, Kompromisse schloss und dass sie es allen recht machen wollte.

Die Kontroverse um Christa Wolf war zu Ende, als sie für eine längere Zeit nach Kalifornien ging. Nach ihrer Rückkehr meldete sie sich wieder mit einem Rechenschaftsbericht, betitelt „Auf dem Weg nach Tabou – Texte 1990–1994". In „Medea. Stimmen" stoßen grundlegend verschiedene Wertesysteme aufeinander. 1998 folgten die Erzählungen „Hierzulande Andernorts". Sie versucht, die Wirklichkeit zu fassen und sich „an den Schnittstellen von Erfahrung und historischem Prozess" der Wahrheit zu nähern.

Zusammen mit Christa Wolf wurden westdeutsche Schriftsteller angegriffen, die aus dem Umkreis der „Gruppe 47" kamen. Sie hatten die Vereinigung nicht mit der erwarteten Begeisterung aufgenommen.

→ Das Stichwort **Stasi und die Stasi-Akten**

(= Abkürzung für Staatssicherheit) Der Staatssicherheitsdienst war die politische Geheimpolizei der DDR. Er war der Partei untergeordnet und nur ihr verantwortlich. Stasi-Agenten bespitzelten alle DDR-Bürger, die sich nicht systemkonform verhielten. Die Stasi hatte wahrscheinlich 200 000 hauptberufliche und mindestens 1,6 bis 2 Millionen informelle Mitarbeiter (IM). Über jeden verdächtigen Bürger wurde eine „Stasi-Akte" angelegt, die Betroffene seit der Einheit einsehen können (siehe S. 165). Eine wütende Menge hatte am 15. Januar 1990 die verhasste Stasi-Zentrale in Berlin gestürmt und die Akten an sich genommen. Bis heute gibt es brisante Entdeckungen durch die „Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik", auch kurz Birthler-Behörde genannt nach der Bundesbeauftragten Marianne Birthler. Die zentrale Aufgabe der Behörde ist die Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen Geheimpolizei der DDR.

Ein streitbarer Mahner, der sich immer wieder mit Reden und Aufsätzen in die Tagespolitik einmischt, ist Günter Grass. In seinen 1991 veröffentlichten „Reden, Aufsätze und Gespräche" äußerte er sich skeptisch und zweifelte am Gelingen der Einheit. Als die Vereinigung schließlich 10 Jahre zurücklag, beruhigten sich die Emotionen. Neun Jahre nach dem Fall der Mauer schlossen sich Ost- und West-PEN (= Poets, Essayists, Novellists) zum PEN-Zentrum Deutschlands zusammen. Die Diskussion um die Stasi-Mitarbeit von Ost-PEN-Mitgliedern und Protestaustritte hatten die Vereinigung lange verhindert.

Rückblende: das geteilte Deutschland und die „Gruppe 47"

Die Literatur nach 1945 ist eng mit der „Gruppe 47" verknüpft. Einige junge Schriftsteller kamen 1947 erstmalig zusammen, um sich ihre Manuskripte vorzulesen. Daraus wurde die Gruppe 47, für die kommenden zwanzig Jahre der Treffpunkt der bedeutendsten Autoren der deutschsprachigen Literatur. Die lockere Vereinigung unter der Leitung von Hans Werner Richter (gestorben im März 1993) hatte kein literarisches Programm. Sie entwickelte sich dennoch zu einer literarischen und politischen Instanz. Richter lud zwanglos zu den jährlichen Treffen ein und alles, was Rang und Namen hatte, kam. Die Teilnehmer lasen aus ihren Werken, kritisierten sich und vergaben den begehrten Literaturpreis – und nahmen sich genügend Zeit, auch ausgiebig zu feiern.

Das Ende war gekommen, als während des Treffens im Jahr 1967 in einem kleinen fränkischen Städtchen demonstrierende Studenten auftauchten und ihnen politisches Versagen vorwarfen. Kritik kam auch von den Schriftstellern Peter Weiss, der sich zum Sozialismus bekannte, Peter Handke und von Martin Walser, der politische Aktion mit literarischer Arbeit verbinden wollte. Mit dem Ende der Gruppe 47 führte die Entwicklung zeitweilig von der Literatur weg zum Dokument und zur Reportage.



Heinrich Böll, Ingeborg Bachmann (Mitte) und Ilse Aichinger während einer Tagung der „Gruppe 47"

Die zwei Jahrzehnte, in denen die Gruppe 47 unangefochten die westdeutsche Literatur repräsentierte, fielen zusammen mit der Zeit des „Kalten Krieges", der Konfrontation von Ost und West. Die Schriftsteller reflektierten die Teilung des Landes zunächst nicht. Die westliche Literatur wurde im Osten nicht hereingelassen, die östliche ideologische Literatur war im Westen nicht auf dem Markt. Man nahm sich einfach nicht zur Kenntnis. Die einzige Ausnahme war der unbequeme Bert Brecht, der ein Dauerthema in beiden Staaten war. (Erst später – siehe Seite 116 – veröffentlichten DDR-Schriftsteller auch im Westen und ernteten dafür heftige Kritik in ihrem Land.)

Einige aus der Gruppe 47 versuchten trotz der Gegensätze, eine deutsche Literatur in zwei deutschen Staaten zu bewahren. Man suchte nach einem dritten Weg. Gemeinsam war aber nur eines, nämlich das Gefühl, gleichermaßen in beiden Staaten unbeliebt zu sein: die Schriftsteller im Westen ohne konkreten Einfluss auf die gesellschaftlichen Zustände, die im Osten unter der Zensur.



Die jährlichen Herbsttreffen der Gruppe 47 fanden in wechselnder Zusammensetzung statt. Neben anderen nahmen teil: die österreichische Schriftstellerin Ingeborg Bachmann (1926–1973; siehe S. 130f.), Heinrich Böll (1917–1985), der wohl bekannteste deutsche Schriftsteller nach dem Krieg, Nobelpreis 1972, ein Moralist und Kritiker seiner Zeit, der 1953 mit „Und sagte kein einziges Wort" an die Öffentlichkeit trat. 1959 kam „Billard um halb zehn" heraus. Dieses Jahr sollte zu einem der wichtigsten der deutschen Literatur werden, denn es erschienen außerdem „Die Blechtrommel" von Günter Grass und „Mutmaßungen über Jakob" von Uwe Johnson, der die Mentalität der Menschen in der DDR zu seinem Thema machte.

Sehr viel später erzählte Böll in der viel beachteten Erzählung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann" (1974) die Geschichte einer jungen Frau, die durch Zufall Mittelpunkt der Sensationsmache und Polithetze einer Boulevardzeitung wird. In einem Akt unerwarteter Selbstverteidigung erschießt sie den korrupten Journalisten (siehe S. 130).

Günter Grass (geb. 1927 in Danzig) wurde mit seinem Roman „Die Blechtrommel" 1959 schlagartig bekannt. Es ist die groteske Entwicklungsgeschichte seines Helden Oskar Matzerath, der die Protesthaltung unseres Jahrhunderts verkörpert (siehe auch die Verfilmung, S. 130). Der Roman erreichte bis heute eine Auflage von 3 Millionen in über zwei Dutzend Sprachen.

Hans Magnus Enzensberger (geb. 1929; Gedichte und Essays) verkörpert den Typus des intellektuellen Schriftstellers mit ästhetischem und politischem Anspruch.

AUFGABEN

Eine Biografie von heute:

Reiner Kunze wurde 1933 im Erzgebirge (später DDR) als Sohn eines Bergarbeiters geboren. Er studierte Philosophie und Journalistik an der Universität Leipzig. Von 1955 bis 1959 war er dort wissenschaftlicher Assistent mit Lehrauftrag, konnte jedoch seine Laufbahn aus politischen Gründen nicht fortsetzen. Er war gezwungen, in der Landwirtschaft und im Schwermaschinenbau zu arbeiten. Seit 1962 war er als freier Schriftsteller tätig und geriet in eine schwere persönliche Krise, die er durch seine Heirat und Freunde in der Tschechoslowakei überwinden konnte. Er publizierte im Westen und erhielt zahlreiche Literaturpreise. Schließlich wurde er so stark unter Druck gesetzt, dass er 1977 in die Bundesrepublik übersiedelte. Heute lebt er in Passau in Bayern.

„Die wunderbaren Jahre" sind Prosastücke, die Erlebnisse aus dem DDR-Alltag erzählen. Sie berichten von Jugendjahren in einer normierten Gesellschaft, die kein Einzelgängertum duldete.

Wehrerziehung war Pflichtfach in den Schulen der DDR. Was empfindet wohl der Mann, der im ersten Text mit dem Kind spricht? Hat die Schülerin in dem zweiten Text etwas falsch gemacht?


Reiner Kunze

Elfjähriger

„Ich bin in den Gruppenrat gewählt worden", sagt der Junge und spießt Schinkenwürfel auf die Gabel. Der Mann, der das Essen für ihn bestellt hat, schweigt.
„Ich bin verantwortlich für sozialistische Wehrerziehung", sagt der Junge.
„Wofür?"
„Für sozialistische Wehrerziehung." Er saugt Makkaroni von der Unterlippe.
„Und was mußt du da tun?"
„Ich bereite Manöver vor und so weiter."

Mitschüler

Sie fand, die Massen, also ihre Freunde, müßten unbedingt die farbige Ansichtskarte sehen, die sie aus Japan bekommen hatte: Tokioter Geschäftsstraße am Abend. Sie nahm die Karte mit in die Schule, und die Massen ließen beim Anblick des Exoten kleine Kaugummiblasen zwischen den Zähnen zerplatzen.
In der Pause erteilte ihr der Klassenlehrer einen Verweis. Einer ihrer Mitschüler hatte ihm hinterbracht, sie betreibe innerhalb des Schulgeländes Propaganda für das kapitalistische System.

(aus: Reiner Kunze, Die wunderbaren Jahre, a.a.O., S. 13 und 31)

Literatur heute

1998 erschien in Berlin ein Buch, das begeisterte Kritiken bekam. Man sprach von „dem lang ersehnten Roman über das vereinigte Deutschland".
1995 gab der Dresdner Autor Ingo Schulze (geboren 1962) sein Debüt mit „33 Augenblicke des Glücks", drei Jahre später schrieb er dann „Simple Storys, Ein Roman aus der ostdeutschen Provinz", der aus scheinbar einfachen Geschichten besteht, die aber die großen Zusammenhänge festhalten. In dem unpathetischen Stil in der Tradition der amerikanischen Short Story erzählt Ingo Schulze von den Bewohnern der ostthüringischen Kleinstadt Altenburg, einer in der DDR runtergekommenen Stadt im Uran- und Kohleabbaugebiet. In Alltagsbegebenheiten schildert er das Zusammenstürzen einer ganzen Welt nach 1990 und wie sich der Umbruch in den Biografien der Menschen niederschlägt.

Es war einfach nicht die Zeit dafür. Fünf Tage mit dem Bus: Venedig, Florenz, Assisi. Für mich klang das alles wie Honolulu ... In den dunkelgrünen Koffer packten wir unsere Sachen, in die schwarzrot karierte Tasche Besteck, Geschirr und Proviant: Wurst- und Fischkonserven, Brot, Eier, Butter, Käse, Salz, Pfeffer, Zwieback, Äpfel, Apfelsinen und je eine Thermoskanne Tee und Kaffee ... Sie müssen mal versuchen, sich das vorzustellen. Plötzlich ist man in Italien und hat einen westdeutschen Paß. ... Man befindet sich auf der anderen Seite der Welt und wundert sich, daß man wie zu Hause trinkt und ißt und einen Fuß vor den anderen setzt, als wäre das alles selbstverständlich.

Es ist Februar 91, Ich arbeite bei einer Wochenzeitung. Überall wartet man auf den großen Aufschwung. Supermärkte und Tankstellen werden gebaut, Restaurants eröffnet und die ersten Häuser saniert. Sonst gibt es aber nur Entlassungen und Schlägereien zwischen Faschos und Punks, Skins und Redskins, Punks und Skins. An den Wochenenden rückt Verstärkung an, aus Gera oder Leipzig-Connewitz, und wer in der Überzahl ist, jagt den anderen. Es geht immer um Vergeltung. Die Stadtverordneten und der Kreistag fordern Polizei und Justiz zu energischen Schritten auf.
Anfang Januar schrieb ich eine ganze Seite über das, was sich regelmäßig freitags auf dem Bahnhof abspielt. Von Patrick stammten die Fotos. Eine Woche

später sorgte ein anderer Artikel von mir für Wirbel. Nach Zeugenaussagen berichtete ich, daß Unbekannte nachts in Altenburg-Nord eine Wohnungstür aufgebrochen und den fünfzehnjährigen Punk Mike P. fast erschlagen hatten. ...
Beyer, unser Chef, untersagte mir, die Beiträge zu unterzeichnen. Auch Patricks Name durfte nicht erscheinen ... „Gegen Vandalismus", sagte er, versichert niemand."
(aus: Ingo Schulze, Simple Storys, a.a.O., S. 15/16, 17 und 30)

In seinem Roman „Neue Leben" (2005) erzählt Ingo Schulze wiederum von Zeiten des Umbruchs und den Brüchen im Leben. Sein neuester Roman „Adam und Evelyn" (2008) spielt in der Wendezeit 1989, als Ungarn die Grenze öffnet und jeden Einzelnen vor große Entscheidungen stellt: gehen oder bleiben. Wie bei Adam und Eva geht es um Verlockungen in einer Ausnahmesituation.

Im Jahr 2007 veröffentlichte Robert Ide, Journalist, das Buch „Geteilte Träume, Meine Eltern, die Wende und ich" und erzählt von den unterschiedlichen Erfahrungen, die die Jugendlichen und ihre Eltern nach der Wende machten. Für die einen war es Chance und Aufbruch, für die anderen der Existenz erschütternde Umbruch.

Unverständnis. Der Aufstieg: In der Bewertung der Ostdeutschen untereinander ist dies zweifellos die wichtigste Kategorie. Hier wird bemessen, wer es im Kapitalismus zu etwas gebracht hat und wer nicht [...]
Die Kanzlerin ist eine idealtypische ostdeutsche Aufsteigerin, die im Jetzt angekommen ist und dafür das Früher zur Seite gelegt hat. Dabei kam ihr sicher zugute, dass sie zu DDR-Zeiten als FDJ-Kulturreferentin und Sekretärin für Agitation und Propaganda nicht sonderlich aufgefallen ist. Ihre FDJ-Aufgaben nennt Angela Merkel rückblickend Kulturarbeit. Was ihren Aufstieg angeht, ist Merkel vielen jüngeren Ostdeutschen ähnlicher als den meisten ihrer Altersgenossen. Auch die entwachsenen Kinder der DDR, die noch Pionierorganisation und FDJ durchlaufen sowie zur Jugendweihe einen Eid auf den Sozialismus geschworen haben, ließen das Alte scheinbar mühelos hinter sich und kramen es nur dann hervor, wenn es ihnen nützlich erscheint. In der Öffentlichkeit oder an ihrem Arbeitsplatz orientieren sie sich an den Erfordernissen des Marktes. Im Freundeskreis dagegen geben sie sich sozial kompetent, geprägt von den Zeiten kollektiver Kameradschaft [...]
Angela Merkel ist als Physikerin der Macht beschrieben worden, sie ist die erste Frau im Kanzleramt, und , ach ja, eine Ostdeutsche. Sie hat nie verleugnet, woher sie kommt, aber sie hat es auch nie hervorgehoben oder sich zu brennenden Ost-Themen wie den Stasi-Akten geäußert. Anders wäre sie wohl nicht Kanzlerin geworden. Ihre Karriere im politischen System ist trotzdem typisch Ost: Schritt für Schritt, auf der Suche nach Lücken und Zwischentönen, ohne ein „Basta, hier bin ich" auf den Lippen. Westdeutschen moderiert sie zu viel, ... Dabei ist Abwarten auch immer ihre Stärke gewesen. Bei einer Rede zum Tag der Deutschen Einheit hat sie die Geschichte erzählt, wie sie in der Wendezeit von einem Freund ein Buch geschenkt bekommen hat. Dessen Widmung auf der ersten Seite habe sie sehr berührt: „Gehe ins Offene."
(Aus: Robert Ide, Geteilte Träume, S. 211-212)

Der Roman „Der Turm" des Dresdners Uwe Tellkamp (geboren 1968) erhielt 2008 den Deutschen Buchpreis. Damit wurde ein DDR-Epos ausgezeichnet, das die letzten Jahre der zerfallenden Republik nachzeichnet.

AUFGABEN

In Deutschland ist eine Vorlese- und Erzählkultur entstanden. Literaturabende werden zu attraktiven Events („München liest"). Geschichtenerzählerinnen bieten spannende Erzählabende mit alten und neuen Geschichten. Welchen Stellenwert haben Lesen und Erzählen in Ihrem Land?

Die Welt und die Bühnenwelt

Die Theaterlandschaft

Die Theatertradition reicht in das höfische 18. Jahrhundert zurück, als Deutschland aus vielen Kleinstaaten bestand. Stadt- und Residenztheater existierten in großer Zahl. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahm die öffentliche Hand die Trägerschaft und schuf damit das heute noch geltende System deutscher Bühnen. Die Theater werden von den Ländern und Kommunen subventioniert, wobei ihre künstlerische Unabhängigkeit garantiert bleibt. Diese einzigartige Theaterlandschaft hat viele Freunde, auch über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Der Zweite Weltkrieg hat über 70 Theaterbauten zerstört. Über hundert wurden seitdem restauriert und neu gebaut. Gespielt wird heute an fast 300 Bühnen. Der Verkauf der Eintrittskarten deckt nur rund zehn Prozent der Theater- und Konzertkosten, der Rest kommt aus Steuermitteln. Die zahlreichen kleinen Privattheater arbeiten im Gegensatz zu den Staatstheatern auf eigenes Risiko und erhalten meist nur geringe Zuschüsse von ihrer Stadt.

Der Neubeginn

Nach der Stunde null, dem Ende des Zweiten Weltkriegs, regte sich trotz Zerstörung und Mangel zuerst das Theaterleben. Kleinere und größere Theater entstanden aus dem Nichts, man spielte in Turnhallen und Kellern. Ein wahrer Theaterrausch erfasste die Menschen nach den Jahren der Entbehrung. Die größten Erfolge in den Vierzigerjahren hatten Dramen, die das Vergangene zu bewältigen versuchten. Das Stück „Des Teufels General" von Carl Zuckmayer, das der Autor aus seinem Exil in den USA mitbrachte, wurde in Zürich uraufgeführt, ein Jahr später in Frankfurt. Es kam auf über 2000 Aufführungen in den Westzonen (zur Verfilmung siehe S. 129). „Draußen vor der Tür" von Wolfgang Borchert, das Drama von der Heimkehr des Soldaten, wurde 1947 in Hamburg uraufgeführt. Sein Thema und das Schicksal des Autors machten es zu einem nachhaltigen Ereignis. Der Kriegsheimkehrer Borchert starb einen Tag vor der Uraufführung.

In diesen Jahren wurden auch zahlreiche Dramen ausländischer Autoren vorgestellt, vor allem aus Frankreich und England: Jean Paul Sartre, Albert Camus, Jean Giraudoux, George Bernard Shaw usw. Unter den deutschsprachigen Dramatikern setzten sich Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt durch (siehe S. 112f.). Das absurde Theater feierte mit Eugène Ionesco und Samuel Beckett Triumphe.

Bertolt Brecht (1898–1956) war 1949 aus dem amerikanischen Exil über Zürich nach Ost-Berlin zurückgekehrt. Kurz danach wurde sein Stück „Mutter Courage und ihre Kinder" aufgeführt; im gleichen Jahr gründete er das Berliner Ensemble in Ost-Berlin. Seine Haltung gegenüber den politisch Mächtigen war zwiespältig. Seine Stücke wurden zu einem festen Bestandteil des Bühnenrepertoires in Ost und West. Im Westen berief man sich auf Stücke, die gewissermaßen gegen Brechts politische Überzeugungen gespielt wurden, wie zum Beispiel „Galileo Galilei". Im Osten wurde der erzieherische politische Charakter seiner Stücke hervorgehoben und modellhaft im Berliner Ensemble (BE) aufgeführt. Der Dramatiker Heiner Müller belebte das wieder neu: 1995 inszenierte er das Gangsterstück „Der unaufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui", ein Lehrstück über den Nationalsozialismus, mit überraschendem Erfolg.

→ Das Stichwort Exilliteratur

Während der Hitler-Diktatur ist ein großer Teil der bedeutendsten Autoren verboten, verfolgt und vertrieben worden. Nach dem Krieg kehrten sie teilweise zurück: aus den USA, aus Palästina, Mexiko und der

UdSSR. Sie gingen meist in die sowjetisch besetzte Zone. Was sie miteinander verband, war die gemeinsame Erfahrung des Exils, die Berufung auf die humanistische Tradition und die Hoffnung, ein neues Deutschland bauen zu können. Der Stalinismus hat viele später bitter enttäuscht. Im Westen war die Emigration nicht in die Literatur einbezogen. Thomas Mann, der bekannte deutsche Schriftsteller, hatte im Exil die deutsche Literatur als Ganzes vertreten.
Während des Krieges hielt er von Kalifornien aus mehr als 50 Reden zum Thema Geist und Macht. Er ließ sich in der Schweiz nieder und kam erst 1949 anlässlich des 200. Geburtstags von Goethe wieder nach Frankfurt und Weimar. Sein Verhältnis zu den Daheimgebliebenen, den Vertretern der inneren Emigration, war gespannt. Man machte ihm zum Vorwurf, dass er Deutschland in schlimmen Zeiten verlassen hatte.
(nach: Deutsche Literatur seit 1945, a.a.O., S. 79-92)

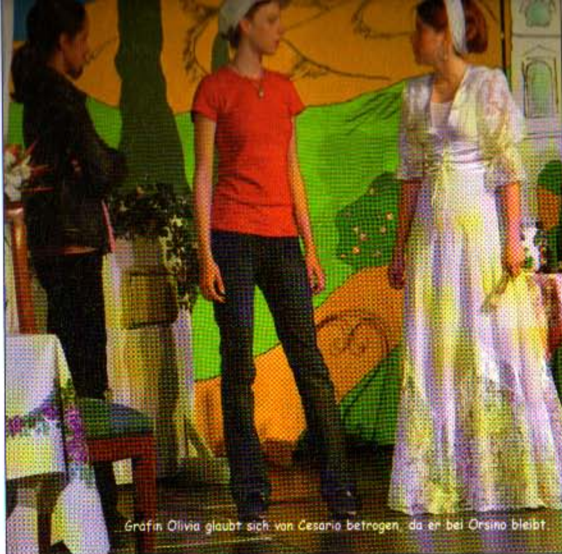
Theatererlebnisse in den Jahren der Teilung

Während die DDR-Literatur den Beschlüssen der Partei folgte und die Zensur die Schriftsteller aus dem Land jagte, ging der Westen völlig andere Wege.
Rolf Hochhuths Dokumentarstück „Der Stellvertreter" (1963) schockierte die Öffentlichkeit. Der Autor beschuldigte Papst Pius XII., zur Ausrottung der Juden unter Hitler aus Staatsräson geschwiegen zu haben. Heinar Kipphardts „In der Sache J. Robert Oppenheimer" (1964) handelt vom Atombomben-Programm der USA im Zweiten Weltkrieg. „Die Ermittlung" (1965) von Peter Weiss ist eine szenisch gestaltete Berichterstattung über den Frankfurter Auschwitz-Prozess in den Jahren 1963 bis 1965, die Suche danach, wie es möglich war, „seinen menschlichen Maßstab zu verlieren".
Um 1968, als das Theater mit den revoltierenden Studenten auf die Straße ging, geriet die Bühne ins Abseits. Die Kunst sollte sich politischen Zielsetzungen unterwerfen, was allerdings in Zweifeln an der gesellschaftsverändernden Wirkung von Kunst überhaupt enden musste.
Die Dramatik der Widersprüche und Brechungen kam erst wieder mit dem literarischen Außenseiter Peter Handke (siehe S. 115) auf die Bühne. Zu einem Gegenpol entwickelte sich auch der Österreicher Thomas Bernhard (1931–1989). Er war mit seinen Psychogrammen der Inhumanität und seiner permanenten Österreichkritik vielfach Anlass zu heftigen Kontroversen. In „Heldenplatz" (1988) polemisiert er gegen Staat, Kirche und gegen faschistische Tendenzen im heutigen Österreich.

Unter prominenten Regisseuren entstanden seit den Achtzigerjahren neue, ungewöhnliche Klassiker-Aufführungen; man sprach von „Regie-Theater". Peter Zadek, Claus Peymann, Rudolf Noelte und Peter Stein hatten die Klassiker entstaubt, psychologisiert und politisiert. Die Berliner Schaubühne – geleitet bis 1984 von Peter Stein – war das glänzende Zentrum dieser Neuerer. Später wurden ihren Klassiker-Aufführungen Stagnation vorgeworfen, Ästhetisierung und die perfekte Entrückung von der Wirklichkeit.



Jugendstil-Theater in Cottbus



Das Schultheater Rosenheim spielt Shakespeares „Was ihr wollt".

Der 1944 geborene Botho Strauß hat neben dem Regisseur Peter Stein durch seine dramaturgische Mitarbeit an der Schaubühne Berlin (West) das deutsche Theater maßgeblich mitgeprägt. Er schrieb Stücke, die in Hunderten von Aufführungen in über 30 Ländern gezeigt wurden, wie z.B. die „Trilogie des Wiedersehens" (1976) oder „Groß und klein" (1978), die Menschen in Vereinsamung und seelischer Deformation zeigen. Er mischt zeitkritische Satire und mythische Verspieltheit. Mit seinem Theaterstück „Schlußchor" von 1991 hat er seinen Beitrag zum Thema deutsche Einheit geleistet. In Einzelszenen zeigt er kritisch-satirisch den Zusammenprall von Ost und West.

Theater nach der Wende bis heute

In der Zeit nach der Wende entstehen weitere Stücke, die das Zeitgenössische in den Vordergrund rücken. Dazu gehören „Wessis in Weimar" (Untertitel: „Szenen aus einem besetzten Land") von Rolf Hochhuth, das u.a. auf die Rolle der Treuhandanstalt Bezug nimmt; dann „Iphigenie in Freiheit" von Volker Braun, das in der Theatertradition der ehemaligen DDR steht und die Probleme in Mythen verpackt. Iphigenie steht für die DDR und für das, was aus den Hoffnungen und Idealen geworden ist.

Theaterregisseure wie der provokante Frank Castorf oder Thomas Langhoff oder der unbequeme, politisch engagierte Claus Peymann (Stuttgart, Bochum, Wien, dann Berliner Ensemble in der Nachfolge von Heiner Müller) machen progressives Theater. Sie arbeiten bei ihren Inszenierungen die Bezüge zur Gegenwart deutlich heraus. Dieter Dorn, jetzt Bayerisches Staatsschauspiel, hat den Münchner Kammerspielen internationale Anerkennung verschafft.
Um den führenden Rang in der Theaterkunst wetteifern heute nicht nur Berlin, München, Hamburg und Köln. Nicht zurückstehen möchten Theaterstädte wie Frankfurt am Main, Stuttgart, Bochum, Ulm, Wuppertal, Düsseldorf und Bremen. Hinzugekommen sind Dresden, Leipzig, Chemnitz, Cottbus ... Bekannte Theaterregisseure sind Günter Gosch, Michael Thalheimer, Stefan Pucher, Einar Schleef, Dimiter Gottscheff und viele andere oder Jungregisseure wie David Bösch oder Nuran Calis.

Im Einigungsvertrag verpflichtete sich der Bund für drei Jahre, die kulturellen Einrichtungen in den neuen Bundesländern zu erhalten und zu subventionieren. Nach diesen drei Jahren ging die Verantwortung auf die Länder und Städte über. Die Finanzkrise führte zu Kündigungen, Etatstreichungen und Zusammenlegungen von Theatern. In dieser Misere gab es aber auch bemerkenswerte Neuinszenierungen und kreativen Neubeginn, vor allem auch in der Theaterprovinz. – In Cottbus zum Beispiel, wo das Theater sich bewusst den Fragen der Zeit stellt. Trotz ungünstiger Bedingungen hat auch in einer Stadt wie Magdeburg die Zukunft begonnen. Tobias Wellemeyer hat viel Aufmerksamkeit erregt in den Freien Kammerspielen. Er leitet das theatermagdeburg, in dem zwei Häuser zusammengefasst wurden. Seine Mission lautet: aus Theatern Orte schaffen, in denen die Menschen vergessen, wo sie sind. Die Identität aus der Zukunft schaffen, nicht aus der Vergangenheit.

Beispielhaft ist auch die Neue Bühne Senftenberg, angesiedelt im Lausitz-Kreis im früheren Braunkohle-Revier. Sie ist Theater des Jahres 2005 geworden und ein Geheimtipp in der Kulturszene Brandenburgs. Sie bringt Themen auf die Bühne, von denen sich die Menschen vor Ort angesprochen fühlen, und möchte Theater für alle machen: „Je schlechter die Zeiten, umso wichtiger und besser ist das Theater." In weniger als zwei Jahren hat die Neue Bühne zwei Dutzend Stücke erarbeitet und mit viel Fantasie materielle Mängel ausgeglichen.
Die Theaterlandschaft hat in Deutschland viele Facetten: In Bauerbach, einer Kleinstadt in Thüringen z.B., spielt das gesamte Dorf seit 1905 auf der Naturbühne unter freiem Himmel ihren Schiller. Der Dichter war 1782 nach seiner Flucht aus Mannheim zu Gast und hatte hier „Don Carlos" und „Kabale und Liebe" geschrieben.

Jährlich trifft sich die deutschsprachige Theaterszene beim Theatertreffen in Berlin, wo die zehn bemerkenswertesten Aufführungen gefeiert werden. Neben experimentellem Theater und freier Szene bestimmt vor allem das klassische Theater die gegenwärtige Theaterlandschaft. Hinzu kommt der Trend zu Roman- und Filmadaptationen (z.B. „Der Prozess" von Kafka in den Münchner Kammerspielen). Auch die Einbeziehung von Laien auf der Bühne (z.B. das Tanzprojekt mit Migrantenkindern im Berliner HAU, Hebbel am Ufer) gehört zu den neueren Entwicklungen.
Das Jugend- und Kindertheater ist eine der wichtigsten Entdeckungen unserer Zeit. Die Stücke stellen die Komplexität des kindlichen Alltags dar. Soziale Missstände, Intoleranz und Gewalt, Probleme in der Familie und in der Schule sind wichtige Themen, die ernst oder amüsant verpackt dargestellt werden. Vom Grips-Theater in Berlin wird beispielhaft gezeigt, dass abenteuerliche Stoffe nicht nur im Märchen, sondern vor allem auch in der Wirklichkeit zu finden sind. Die Zuschauer sollen sich in den Stücken wiedererkennen, und die Stücke sollen helfen, die soziale Fantasie zu entwickeln und die Umwelt besser zu verstehen und zu verändern. Die Stükke sind weltweit in 42 Sprachen übersetzt und nachinszeniert worden. „Grips haben" heißt übrigens „Köpfchen haben", „etwas schnell kapieren/verstehen". Eine der ältesten und profiliertesten Kinder- und Jugendtheater ist die Schauburg in München: www.schauburg.net. Wie das Neue Theater Augsburg will es Kinder und Jugendliche dazu bringen, die immer komplexer werdende Welt zu verstehen. „Kompliziertheit gegen Vereinfachung" ist deshalb ihr Thema. Erfolgreich sind auch das Jugendtheater „Schotte" in Erfurt und das „SpielwerkTheater" im schwäbischen Diedorf, wo das „Europäische Kinder- und Jugendtheaterhaus" entstanden ist.

34. Bad Hersfelder Festspielkonzerte

Oper in der Stiftsruine



Ruhrfestspiele Recklinghausen



RUHRFESTSPIELE RECKLINGHAUSEN

69. BACH-FEST Leipzig

Neue Bachgesellschaft



56. Festspiele Europäische Wochen Passau 2008

in Ostbayern, Böhmen und Oberösterreich
12. Juni bis 20. Juli 2008

„Von Glaube, Hoffnung und Liebe"



Zentren der Musikgeschichte

Viele große Namen der Musikgeschichte sind besonders eng mit zwei Städten verbunden: mit Leipzig (Sachsen) und Wien (Hauptstadt von Österreich).

Leipzigs Tradition als Musikstadt gründet sich auf drei Einrichtungen: auf das Gewandhausorchester, den Thomanerchor, die älteste musikalische Einrichtung der Stadt, und auf die Hochschule für Musik und Theater. Sie war auf Initiative des Gewandhauskapellmeisters Mendelssohn Bartholdy gegründet worden.

In Leipzig war Johann Sebastian Bach (1685–1750) ab 1723 Kantor an der Thomaskirche und Musikdirektor an beiden Hauptkirchen. Er lehrte, leitete den Thomanerchor und war zu seiner Zeit auch ein berühmter Organist. Ein Kantor leitet übrigens auch heute noch den berühmten Chor, der die bedeutendste Pflegestätte Bach'scher Kirchenmusik ist.
Bachs Musik ist eine Zusammenfassung verschiedener abendländischer Traditionen, des protestantisch geprägten Barock wie der Mehrstimmigkeit des Mittelalters („Kunst der Fuge"). Er war der große Lehrmeister für die Musiker nach ihm. Während der 27 Jahre an der Thomaskirche schuf er den größten Teil seiner Orgelkonzerte, Kantaten, Motetten und Choräle sowie die Johannes- und die Matthäus-Passion. Im Gegensatz zu seinem Antipoden Friedrich Händel, dem Weltbürger, der in London seine Heimat fand, verlief der Lebensweg des Thomaskantors im bürgerlichen Pflichtenkreis. Ordnungswille und Disziplin in Leben und Kunst verbanden sich bei ihm mit barocker Lebensfreude. Von seinen 13 Kindern aus zwei Ehen wurden fünf als Komponisten bekannt.
Bach war wie Luther durchdrungen vom Geist seiner Zeit, von Schuld und Erlösung. Wie jener war er überzeugt vom satanischen Hintergrund alles Weltlichen.



Drei Jahre vor seinem Tode brachte eine Reise nach Potsdam Abwechslung in Bachs arbeitsreichen Alltag. Friedrich der Große empfing ihn und spielte dem Meister ein eigenes Thema vor, das dieser in einer Fuge ausführte. Bach fand höchste Bewunderung.

Eher fremd für uns ist auch die Todessehnsucht, die aus allen seinen Werken spricht.
Die Mitte des 18. Jahrhunderts – Bach starb 1750 – war gleichzeitig eine Zeitenwende; der Traum von den unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Vernunft begann. Bach geriet in Vergessenheit und sein Vermächtnis wurde zunächst wenig beachtet. Erst 1827 setzte mit der Aufführung der Matthäus-Passion in Berlin unter Mendelssohn Bartholdy eine Bach-Bewegung ein. 1850, genau hundert Jahre nach seinem Tod, gründeten Robert Schumann und Franz Liszt die Bach-Gesellschaft.

Auch im 19. Jahrhundert war Leipzig das musikalische Zentrum. Felix Mendelssohn Bartholdy wurde als Sohn eines wohlhabenden Bankiers 1809 in Hamburg geboren (1847 in Leipzig gestorben) und hatte das Glück, von jung an gefördert zu werden. Er genoss eine umfassende Ausbildung und wurde ein Mann von Welt. Schon früh entwickelte er seinen musikalischen Stil, der klassisches Maß mit romantischer Empfindung verband. Goethe erlebte ihn als Zwölfjährigen und äußerte sich


Die Familie Mozart

über sein Können mit Wohlwollen.
Nach der Düsseldorfer Zeit als Musikdirektor, Dirigent und Kapellmeister wurde er 1835 Direktor der Leipziger Gewandhauskonzerte. Er gründete in Leipzig das Konservatorium, an dem auch Robert Schumann als Lehrer tätig war.

Robert Schumann (1810–1856), Sohn eines Buchhändlers und Verlegers in Zwickau, war Romantiker durch und durch: eine unruhige, zwiespältige Natur, die sich zwischen rauschhaftem Schaffensdrang und abgrundtiefer Depression bewegte. Sein großes Vorbild war Franz Schubert. Er heiratete Clara Wieck, die Tochter seines Klavier- und Kompositionslehrers. Sie erlangte als Pianistin Weltruhm und war auch selbst eine begabte Komponistin. Eine herzliche Freundschaft verband beide mit Felix Mendelssohn Bartholdy. Robert Schumann unterstützte den jungen Brahms, dessen Genie er früh erkannte. Nach langen Leidensjahren starb er in geistiger Umnachtung.

Wien war gegen Ende des 18. Jahrhunderts Sammelpunkt der großen Komponisten der Epoche („Wiener Klassik"). Hier lebten Joseph Haydn, Wolfgang Amadeus Mozart und Ludwig van Beethoven und schrieben ihre großen Sinfonien.

Mozarts Vater stammte aus Augsburg, Wolfgang Amadeus Mozart wurde 1756 in Salzburg geboren. Bereits mit fünf Jahren begann er zu komponieren, als Sechsjähriger machte er Konzertreisen nach München und an den kaiserlichen Hof in Wien, ein Jahr später nach Paris und London, und mit zwölf war er Konzertmeister des Salzburger Erzbischofs. Ab 1781 lebte er in Wien, wo sich nach den Jahren der musikalischen Triumphe seine Lebenskurve zu neigen begann. Eine unvorstellbare Kreativität ging einher mit banalen Geldsorgen. Mozart war abhängig von den Aufträgen des Hofes und des Adels, war Intrigen ausgesetzt, stieß auf Jubel und Ablehnung und konnte trotz verzweifelter Bemühungen auf keine gesicherte Existenz hoffen. Er starb mit 36 Jahren in Wien in großer Armut.

Ludwig van Beethoven (1770 Bonn–1827 Wien) verfasste 1802 in Wien sein „Heiligenstädter Testament". Verzweiflung und Trotz gegen die beginnende Taubheit sprechen aus den Zeilen.
Er dachte an den Tod, aber der Künstler Beethoven gewann und nahm das Schicksal an. Goethe lernte ihn 1812 kennen und bewunderte seine Musik. Als Mann des Hofes war der Dichter aber abgestoßen von dem ungestümen – heute würde man sagen unangepassten – Wesen des Meisters.
Mozart und Haydn, zusammen mit Beethoven, waren bestimmend für die Instrumentalmusik in der Welt über eine Dauer von mehr als hundert Jahren.
Der in Wien geborene Franz Schubert (1797–1828) war nicht nur Sinfoniker und Vertreter der Klaviermusik, sondern auch Schöpfer eines neuen Liedstils, der das 19. Jahrhundert wesentlich beeinflusste. Die Tradition der Wiener Klassik führten Anton Bruckner (1824–1896), Johannes Brahms (1833–1897) und Hugo Wolf (1860–1903) fort. Gustav Mahler (1860–1911) war der große Sinfoniker der beginnenden Moderne.


Ludwig van Beethoven

Die Reihe großer Namen, die in Wien wirkten, ließe sich fortführen: Richard Strauss (1864 München – 1949 Garmisch) schrieb zusammen mit dem Dichter Hugo von Hofmannsthal mehrere Opern, darunter den „Rosenkavalier". Arnold Schönberg (1874 Wien – 1951 Los Angeles) entwickelte die Zwölftonmusik.

Alban Berg (1885 Wien – 1935 Wien) komponierte die Opern „Wozzeck“ und „Lulu“.
Der Name Richard Strauss führt zu einem Zentrum der neueren Musik: München. Karl Amadeus Hartmann (1905 München – 1963 München) organisierte die Konzerte der „Musica viva“ und förderte damit die Musik seiner Zeit. Carl Orff (1895 München – 1982 München) schuf mit seinem international bekannten „Schulwerk“ eine Einführung in die neue Musik.

Das Musikgeschehen der Nachkriegszeit begann 1946 mit den „Ferienkursen für Neue Musik“ in Darmstadt. Hans Werner Henze (geb. 1926 in Gütersloh) und Karlheinz Stockhausen (geb. 1928 bei Köln) wurden ihre international bekannten Vertreter. Henze, ein Avantgardist und Bewahrer zugleich, will alle Schichten der Bevölkerung ansprechen. Die Jahre, die Ingeborg Bachmann (siehe S. 117) und er zusammen lebten und arbeiteten, gehören zu seinen besten Erinnerungen. Er komponierte in dieser Zeit unter anderem die Oper „König Hirsch“; Ingeborg Bachmann schrieb den Roman „Das dreißigste Jahr“. Später gründete Henze eine Musikwerkstatt für junge Künstler aus vielen Ländern; es ging ihm um „neuartige Formen der Jugenderziehung und Musikübung, um die Demokratisierung von Kunst, um die Verbreitung humanitärer, humanistischer Ideen und Unterrichtsmethoden“. Seit 1988 bereichert die von ihm geleitete „Münchner Biennale – internationales Festival für neues Musiktheater“ das Kulturleben der Stadt. Im September 2007 wurde seine Konzertoper „Phaedra“ mit Erfolg in Berlin uraufgeführt.

Karlheinz Stockhausens (1928–2007) viel diskutierte elektronische Musik verbindet Konstruktion und Empfindung. Er versucht eine „Aufhebung des Dualismus zwischen Vokalmusik und Instrumentalmusik, zwischen Ton und Stille, zwischen Klang und Geräusch – verbunden mit dem Versuch einer Integration und Vermittlung unterschiedlichster Artikulationsmöglichkeiten“ (Stockhausen).



Die Bayreuther Festspiele: „Parsifal“



Karneval der Kulturen in Berlin





Die Bregenzer Festspiele auf der Seebühne am Ufer des Bodensees

Musikveranstaltungen im Allgemeinen und die zahllosen Festivals neigen eher zu einer traditionelleren Programmgestaltung, d.h. zur Musik des Barock, der Klassik und der Romantik. Musik- und Theaterfestivals haben ihre große Zeit in den warmen Sommermonaten. Sie finden in Sälen oder Open-Air, in Scheunen und Schlössern statt, ziehen Touristen an und sind für Städte und Gemeinden längst zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Zu den großen Events gehören auch das Afrika-Festival in Würzburg und der Karneval der Kulturen in Berlin und anderen Städten, der mit Musik und bunten, freizügigen Tanzgruppen für Integration und Toleranz wirbt.

Wichtige Musikereignisse außerhalb der Spielzeit sind in Österreich die Salzburger und die Wiener Festspiele und das Avantgarde-Festival „steirischer herbst" in Graz.

In Deutschland finden die Bregenzer Festspiele auf der Seebühne am Bodensee und die Bayreuther Festspiele statt, die ausschließlich den Musikdramen Richard Wagners gewidmet sind, die Münchner Opernfestspiele, das Schleswig-Holstein Musik Festival, das seine Spielorte aufs Land verlegt – und unzählige Musikfeste mehr, die über den Sommer verteilt landauf, landab zu finden sind. Die klassische Musik hat sich in den letzten Jahren dem breiten Publikum geöffnet: durch Live-Übertragungen auf öffentlichen Plätzen, im Kino und im Internet. Große Sänger agieren wie Popstars und machen besonders die klassische Oper zu einem eindrucksvollen Erlebnis.

Berühmte Orchester und ihre Dirigenten sind überall zu Hause: die Berliner und die Wiener Philharmoniker, die Staatskapelle Dresden, das Leipziger Gewandhausorchester, die Bamberger Symphoniker oder die Orchester der Rundfunkanstalten. Bestes Beispiel für eine weltweite Verbundenheit ist in jüngster Zeit Kurt Masur, der bis Ende 1996 Gewandhaus-Kapellmeister war, dann Musikdirektor der New Yorker Philharmoniker, schließlich Chef des Orchestre National de France und des London Philharmonic orchestra. Er wurde zum Ehrenbürger der Stadt Leipzig und zum Ehrendirigenten des Gewandhausorchesters ernannt sowie „Europäer des Jahres 1990".
Masur war zur international bekannten Figur geworden, als er in Leipzig mit dem Appell „Keine Gewalt" zur friedlichen Revolution 1989 beitrug. Nach der Wende hat er sich für den Erhalt der Institutionen eingesetzt, um einen „Kahlschlag" in der Kulturlandschaft zu verhindern.

Ein berühmtes Orchester

Stolz ist man in Leipzig darauf, dass es nicht Könige oder Fürsten waren, die es gründeten, sondern Bürger der Stadt. Am 11. März 1743 riefen Leipziger Kaufleute, Bürger und Adlige das „Große concert" ins Leben, das aus Stadtpfeifern, Geigern und diversen Studentengruppen hervorgegangen war. Die Finanzierung des „Großen concerts" war unbürokratisch und zugleich effektiv: Reiche Kaufleute bezahlten je einen der 16 Musiker für ein Jahr und ließen dafür im Gasthaus „Drey Schwanen" (= Drei Schwäne) spielen. Als es dort zu eng wurde, zog man um in das Haus der Tuchmacher und Wollhändler – im Volksmund „Gewandhaus" genannt. Seitdem gab es kaum einen Komponisten oder Dirigenten, der nicht mit dem Orchester gearbeitet hätte. Den Weltruhm begründete Felix Mendelssohn Bartholdy, der als Erster Aufführungen und Proben leitete. Er arbeitete intensiv auf ein hohes künstlerisches Niveau hin. Eine Tradition begann, als Mendelssohn vor 150 Jahren das Leipziger Konservatorium gründete. Mitglieder des Orchesters unterrichteten dort und bildeten den Nachwuchs aus.

AUFGABEN

1. Welche berühmten Orchester kennen Sie in Ihrem Land?
2. Wie sollten kulturelle Institutionen nach Ihrer Meinung finanziert werden?
3. Rufen Sie die Website www.kurtmasur.com auf.



Kurt Masur

Gewandhaus zu Leipzig

Filmereignisse

Nosferatu (1921)

Film von F.W. Murnau nach Motiven des Romans „Dracula" von Bram Stoker. Klassiker des Horrorfilms, Stummfilm, der auch heute noch sehenswert ist.

Metropolis (1926)

Film von Fritz Lang, Stummfilm. Science-Fiction-Film, der von der möglichen Überbrückung der Kluft zwischen Arbeitern und Herrschenden handelt. Dieser Film wird als Filmklassiker immer wieder gezeigt.

Der technisch aufwendige Film brachte die mächtige UFA (Universum Film AG) in finanzielle Schwierigkeiten. Sie kam 1927 unter rechtsnationale Leitung. 1946 wurde sie als DEFA in Babelsberg bei Berlin (Ost) wieder gegründet. Heute steht auf dem DEFA-Gelände eine Medienstadt mit Film- und TV-Studios.

Der blaue Engel (1930)

Film von Josef von Sternberg nach dem Roman „Professor Unrat" von Heinrich Mann mit Marlene Dietrich als Lola. Professor Rath, ein Sonderling, verfällt der in einem übel beleumdeten Lokal gastierenden Sängerin Lola und heiratet sie. Der bürgerliche Abstieg beginnt. Er tritt schließlich als Zauberkünstler in der Truppe auf, die nach Jahren wieder in seine Heimatstadt kommt. Der Film endet tragisch mit seinem Tod im alten Klassenzimmer, in das er sich nach dem endgültigen Zusammenbruch seiner Existenz geflüchtet hat. Heinrich Mann ging es um die Entlarvung der bürgerlichen Scheinmoral. Der Film ist die Tragödie eines Menschen, der vom bürgerlichen Weg abweicht.

Der Untergang der deutschen Filmkultur durch den Nationalsozialismus und Fehlentwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg haben einen Neubeginn lange verzögert. Filme wie „Des Teufels General" oder später der Antikriegsfilm „Die Brücke" waren die Ausnahme. Erst Ende der 70er-Jahre konnte der deutsche Film international wieder Aufmerksamkeit erringen. Volker Schlöndorffs Grass-Verfilmung „Die Blechtrommel" (1979) bekam die Goldene Palme von Cannes und den Oscar.

Des Teufels General (1955)

Verfilmung des Schauspiels von Carl Zuckmayer durch Helmut Käutner. Der Film ist eine Charakterstudie des begeisterten Fliegers Harras, der Hitlers General wird. Harras unterstützt mit seiner Fliegerei den Krieg, den er moralisch ablehnt. Zum Schluss wird er Opfer dieses Teufelsbundes. Zuckmayer wollte eine realistische Schilderung ohne ideologische Vereinfachung und stieß dadurch auf Missverständnisse. Der veränderte Schluss des Dramas arbeitet deutlicher den Entschluss des Offizierskorps zum Widerstand gegen Hitler heraus.

Die Brücke (1959)

In den letzten Kriegstagen werden sieben Jungen zur militärisch sinnlosen Bewachung einer Brücke in ihrer Heimatstadt abgestellt. Ihr psychologisches Porträt zwischen Engagement, romantisch-jungenhafter Abenteurer-Mentalität und grausamer Ernüchterung ist der Inhalt des Films.

Das Oberhausener Manifest (1962), eine Erklärung mit dem Titel „Opas Kino ist tot", ist die Geburtstunde des „Jungen deutschen Films". Die Regisseure übten Kritik an den Jahren des Wiederaufbaus und der Wirtschaftswunderzeit, da sie einen wirklichen Neubeginn vermissten. Eingehend befasste sich vor allem Rainer Werner Fassbinder, der sich als Chronist deutscher Geschichte verstand, mit den Versäumnissen der Republik.

Die Ehe der Maria Braun (1978)

Fassbinder schildert das Leben einer Frau in der Nachkriegszeit, die opportunistisch ihren Weg geht und auch vor Mord nicht zurückschreckt. Ihre Skrupellosigkeit wird von ihrem Ehemann unterstützt, der ihre Verbindung mit einem Industriellen aus Berechnung gutheißt. Im Augenblick des Wiederfindens im Wohlstand zerstört eine Gasexplosion beider Leben.

Fassbinder setzte seine Chronik der Bundesrepublik mit den Filmen „Lola" und „Die Sehnsucht der Veronika Voss" (die Geschichte eines UFA-Stars, der sich in der neuen Zeit nicht zurechtfindet) fort.

Inhaltlich engagierte Filme wollen Zeitdokumente sein. Sie reflektieren in den Jahren der terroristischen Anschläge die Entstehung von Gewalt. Internationale Beachtung fand der Film „Die bleierne Zeit" (1981) von Margarete von Trotta, der die Biografie einer Terroristin nachzeichnet. Bemerkenswert auch der Film „Rosa Luxemburg" von 1985, in dem eindrucksvoll das Leben dieser sozialistischen Politikerin nachgezeichnet wird. Einer der größten Publikumserfolge wird der in seinem Selbstverständnis „linke" Film „Die verlorene Ehre der Katharina Blum".

Die verlorene Ehre der Katharina Blum (1975)

Film von Volker Schlöndorff und Margarete von Trotta nach der gleichnamigen Erzählung von Heinrich Böll. Untertitel der Erzählung: Wie Gewalt entsteht und wohin sie führen kann. Katharina Blum lernt im Karneval einen jungen Mann kennen, nimmt ihn mit nach Hause und wird am nächsten Morgen von einer polizeilichen Fahndung überrascht. Ihr Gast, ein vermeintlicher Terrorist, ist verschwunden. Die Geschichte eskaliert, als sich die Presse in der Person eines skrupellosen Reporters einmischt. Katharina Blum gerät in die Mühlen der Justiz, die sich in ihr Privatleben einmischt und sie zu einem „Fall" macht. Während eines „Exklusivinterviews" erschießt sie den Reporter der „Zeitung". Mit der „Zeitung" war indirekt die auflagenstärkste Tageszeitung, die „Bild"-Zeitung, gemeint.

Nur wenige Filme nehmen sich der Gastarbeiterproblematik an. Zu den eindrucksvollsten gehört „Angst essen Seele auf" von Rainer Werner Fassbinder.

Angst essen Seele auf (1973)

Die 60-jährige Putzfrau Emmi lernt in einer Gastwirtschaft den 20 Jahre jüngeren marokkanischen Gastarbeiter Ali kennen. Eine zarte Liebesgeschichte zwischen den ungleichen Partnern beginnt. Beide heiraten – zum Spott von Nachbarn, Verwandten und Kollegen. Ablehnung schlägt in Freundlichkeit um, als man entdeckt, dass die beiden nützlich sein können als Kunden oder bei sonstigen Hilfeleistungen. „Profitsucht wirkt sicherer als Fremdenhass" ist die Botschaft des Films. Die Ehe ist nicht von langer Dauer.

Auffallend viele Filme gehen auf literarische Vorlagen zurück. Fassbinder beschäftigte sich 1971/72 mit Fontanes Roman „Effi Briest" (1894/95), den er sensibel nacherzählt. Es ist die psychologisch fein beobachtete Geschichte einer jungen Frau, die die Ehe bricht und verstoßen wird, dem bürgerlichen Ehrenkodex zuliebe. Auf der Linie seiner Zeitbilder liegt die zehnteilige Fernsehproduktion „Berlin Alexanderplatz" (1979/80) nach dem Roman von Alfred Döblin (1929). Der Roman erzählt die Geschichte des entlassenen Sträflings Franz Biberkopf, der die Realität als menschliches Chaos erlebt. Zu diesen „literarischen" Filmen gehört nicht zuletzt die schon erwähnte Grass-Verfilmung „Die Blechtrommel" von Volker Schlöndorff.

Die Blechtrommel (1978/79)

Es ist die Geschichte des in Danzig geborenen Oskar Matzerath, der aus Protest gegen die Zeit bis zum Ende des Kriegs sein Wachstum einstellt. Er trommelt seinen Protest mit seiner Kindertrommel hinaus. Buch und Film entlarven das kleinbürgerliche Milieu als Nährboden der NS-Diktatur.

Schlöndorff ist heute neben Werner Herzog, dem Filmer der Außenseiter in einer bizarren und gewalttätigen Welt (z.B. „Fitzcarraldo", 1981), einer der international erfolgreichsten Filmregisseure. Nicht unerwähnt bleiben sollen der Experimentator Wim Wenders („Buena Vista Social Club", 1999) und Werner Schroeter, dem wir eine der gelungensten Romanverfilmungen verdanken: „Malina".

Malina (1990)

Der Film geht auf den gleichnamigen Roman der österreichischen Dichterin Ingeborg Bachmann (1926–1973) zurück. Das Drehbuch schrieb die bekannte österreichische Schriftstellerin Elfriede Jelinek. Er bietet keine filmgerechte Szenenauswahl, sondern die komplette Nacherzählung in einem eigenen visuellen Kosmos: Eine Frau verliert die Fähigkeit, mit der Außenwelt zu kommunizieren und gibt sich zum Schluss verzweifelt selbst auf. Dieser Film und das Buch spiegeln autobiografisch Ingeborg Bachmanns schwieriges Leben.

Eine Überraschung für alle Filmbegeisterten waren die Filmkomödien, die ab der Achtzigerjahre gedreht wurden. Dazu gehören die Filme von Döris Dörrie („Männer", 1985; „Keiner liebt mich", 1994) und von Helmut Dietl („Schtonk!", 1992). „Schtonk!" handelt von der gesellschaftlichen Doppelmoral und der Wiederholbarkeit der Geschichte. Ein pfiffiger Kunstfälscher schreibt die angeblich verschollenen Hitler-Tagebücher selbst, ein Sensationsreporter verkauft sie teuer und eine bekannte Illustrierte veröffentlicht sie – und ruiniert ihren Namen.
Als ein etwas anderer deutscher Film stellt sich „Lola rennt" vor. Der Regisseur Tom Tykwer verbindet verschiedene Stilelemente, bezieht Zeichentrick- und Videopassagen mit ein, unterlegt den Film mit atemloser Musik und spielt verschiedene Variationen der Geschichte durch. In mitreißenden Bildern entlädt sich ein Feuerwerk, das den Triumph der Liebe und das Lebensgefühl der späten Neunziger darstellt.

Lola rennt (1998)

Ein Sommertag, an dem eine ganz kurze Zeit über Liebe, Leben und Tod entscheidet. Lola und Manni sind Anfang zwanzig und ein Liebespaar. Manni jobbt als Geldkurier für einen Autoschieber.
In der U-Bahn verliert er die Plastiktüte mit 100 000 Mark. In zwanzig Minuten will sein Boss das Geld abheben. Verzweifelt ruft er Lola an. Wenn er das Geld nicht auftreibt, wird er sterben.
Lola stürzt aus dem Haus und läuft los, durch die Straßen Berlins ... um ihr Leben und das Mannis, um ihre Liebe und um irgendwo irgendwie Geld aufzutreiben.

Good bye, Lenin (2003)

Das Kino landete mit der Tragikomödie „Good Bye, Lenin!" von Wolfgang Becker einen Sensationserfolg. Eine brave DDR-Mutter, einst Aktivistin, hat nach einem Herzinfarkt im Koma die Wende verschlafen. Um ihr acht Monate später nach dem Aufwachen einen Schock zu ersparen, gaukelt ihr Sohn Alex vor, das sozialistische Musterland würde weiter bestehen. Er scheut keine Mühe, um auf den 79 Quadratmetern Plattenbau die DDR wiederherzustellen, schafft Spreewaldgurken heran. (Anm: Das ist eine Delikatesse aus dem Spreewald bei Berlin), organisiert sozialistische Gesänge und vieles mehr. Ein Heimatfilm der ganz besonderen Art, der mit zahlreichen Filmpreisen bedacht wurde.

Das Kinojahr 2004 wurde nach Angaben der Berliner Filmförderungsanstalt (FFA) zum besten seit der Wiedervereinigung. Über 5% mehr Zuschauer gingen in die Kinos und das Image des deutschen Films verbesserte sich auch auf dem internationalen Markt. Inzwischen wurde die Filmförderung neu gestaltet: Die Novelle unterstützt die Kinos; DVD, Internet und Video-on-demand werden zu zahlenden Mitspielern. Ziel ist die Erfolgsgeschichte des deutschen Films fortzusetzen.

Gegen die Wand (2004)

Die deutsch-türkische Produktion von Fatih Akin wurde in mehr als 40 Länder verliehen, ein weltweiter Erfolg. Unter dem Titel „Head-on" lief er auch in den USA und wurde in der „New York Times" als „erster sehr guter Film des Jahres" gefeiert.
Die 20-jährige Sibel möchte dem strengen Elternhaus entfliehen und überredet Cahit zur Scheinehe ohne gegenseitige Verpflichtungen. Doch Cahit verliebt sich in Sibel. Als Sibel auch ihre Liebe entdeckt, ist es für die beiden zu spät. Cahit hat voller Eifersucht einen ihrer Liebhaber erschlagen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis trifft er Sibel in Istanbul wieder und hofft noch immer auf eine gemeinsame Zukunft.

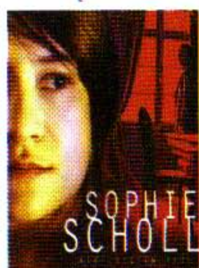
Der Untergang (2004)

Der Film hat die letzten Tage Hitlers zum Inhalt. Er basiert auf dem gleichnamigen Buch des Historikers Joachim Fest (2002). Während in der Hauptstadt der Häuserkampf tobt, verschanzt sich Hitler mit einigen seiner Generäle und Vertrauten im Führerbunker der Reichskanzlei.
Dieser Film von Bernd Eichinger hat als erschütterndes Zeitdokument große Anerkennung gefunden, hat aber auch kontroverse Diskussionen ausgelöst. Es wurde kritisch hinterfragt, ob halbfiktionale Unterhaltung dem Thema angemessen ist und vor allem ob Hitler als

Mensch mit Gefühlen gezeigt werden darf. Auf der Seite der Zuschauer bleibt der beklemmende Eindruck, dass mit einem Massenmörder Mitleid aufkommt, auch mit den Offizieren und den Frauen seiner Umgebung. Damit hängt die Sorge zusammen, ob denn junge Zuschauer den Film falsch verstehen könnten. Andererseits fällt die großartige Leistung der Schauspieler, vor allem die Darstellung von Bruno Ganz als Hitler, ins Gewicht. Der Film hat auf jeden Fall zur Auseinandersetzung mit der Geschichte auch bei der jungen Generation beigetragen.

2005 kam ein weiterer aufwühlender Film in die Kinos:

Sophie Scholl – Die letzten Tage (2005)



Er erinnert an die Münchner Studentin Sophie Scholl, Mitglied der Widerstandsbewegung „Weiße Rose", die am 22. Februar 1943 von den Nazis hingerichtet wurde. Der Film wurde neben vielen weiteren Preisen auf der Berlinale 2005 mit dem Silbernen Bären für die beste Regie (Marc Rothmund) und ebenfalls mit dem Silbernen Bären für die beste Darstellerin (Julia Jentsch) ausgezeichnet.
Der Film erzählt die letzten fünf Tage zwischen der Verhaftung am 18. Februar in der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität, den Verhören und dem Prozess vor dem „Volksgerichtshof" bis zum Tod durch das Fallbeil in einem Münchner Gefängnis.
In den Verhören mit dem Gestapo-Beamten verwirft Sophie Scholl die Möglichkeit, sich nur als Verführte darzustellen und hält diese Haltung bis zum Ende ergreifend mutig durch. Fotos aus ihrem Leben zum Schluss des Films zeigen eine lebenslustige junge Frau, die gern anders gelebt hätte, aber in eine schlimme Zeit hineingeboren wurde. Sie ist zur Symbolfigur für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus geworden. Aus den Flugblättern der „Weißen Rose": „Mit mathematischer Sicherheit führt Hitler das deutsche Volk in den Abgrund. Hitler kann den Krieg nicht gewinnen, nur noch verlängern. Seine und seiner Helfer Schuld hat jedes Maß unendlich überschritten. Die gerechte Strafe rückt näher und näher!"

Auffallend viele Film der letzten Zeit behandeln Themen, die mit der DDR und der Aufarbeitung ihrer Folgen zu tun haben.

Das Leben der anderen (2006)

Der Film macht das Netzwerk der Stasi (Staatssicherheit) transparent, das die gesamte Gesellschaft der DDR in ein System von Überwachung und Bespitzelung verwandelte. Ein Stasi-Hauptmann kommt während der Beobachtung mit der Welt der Liebe, der Kunst und der freien Meinungsäußerung in Berührung und wird unfähig, belastende Beobachtungen weiterzugeben.

Der Film von Florian Henckel von Donnersmarck (Drehbuch und Regie) erhielt zahlreiche Auszeichnungen: den Bayerischen, Deutschen und Europäischen Filmpreis, 2007 den Golden Globe Award und den Oscar als bester fremdsprachiger Film.

Den Deutschen Filmpreis erhielt 2007 ein Film ganz anderer Art, die Komödie von Marcus H. Rosenmüller:

Wer früher stirbt, ist länger tot (2007)

Sebastian, ein 11-jähriger Bauernjunge, glaubt, am Tod seiner Mutter schuld zu sein, möchte sich von dieser Sünde befreien und sucht nun eine neue Frau für seinen Vater. Deftig bayerischer Humor mit Hintersinn und der bayerische Dialekt machen diesen verqueren „Heimatfilm" zum Publikumsrenner des Jahres.

Der Baader-Meinhof-Komplex (2008)

Ein Film von Uli Edel und Bernd Eichinger nach dem bekannten Buch des Journalisten Stefan Aust.
Der Film erzählt die Geschichte des Terrors in den 70er-Jahren in Deutschland: vom Widerstand gegen eine in den Augen von Andreas Baader, Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin faschistischen Politik, z.B. in Vietnam, bis hin zur rohen Gewalt. Die Rote Armee Fraktion (RAF) ermordet Vertreter der Justiz, Politik und Industrie und erschüttert die junge Demokratie in ihren Grundfesten.

Vielfalt der Museen



Die Museumsinsel in Berlin (Bode-Museum)

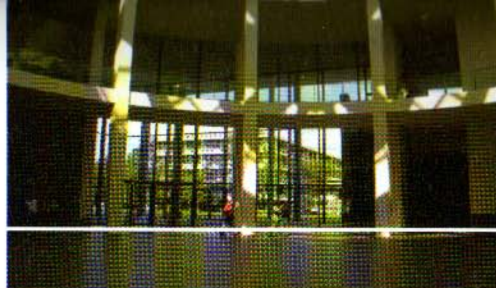
Moderne Museen sind ein Ort der Begegnung und der Diskussion. Sie schaffen Erlebniswelten und beziehen die Besucher mit ein. Eine neue Kulturstudie bestätigt ihre besondere Beliebtheit neben dem Theater.

Aus der Vielzahl der 6000 Museen seien im Folgenden nur einige der bedeutendsten herausgegriffen.
Im Zentrum Berlins, auf der Museumsinsel, ist in den vergangenen 150 Jahren ein Ensemble von Museen entstanden, die eine perfekte Einheit bilden: Das Alte Museum, im klassizistischen Stil erbaut, die Nationalgalerie und das Pergamonmuseum zeigen die Entwicklung vorderasiatischer, ägyptischer, antiker und christlicher Hochkulturen. Besondere Anziehungskraft hat der Pergamon-Altar, ein im zweiten Jahrhundert vor Christus errichteter griechischer Altar, der nach 1879 von Kleinasien nach Berlin gelangt war.
Das Bode-Museum, an der Spitze der Museumsinsel gelegen, stammt aus der Kaiserzeit. Es ist komplett saniert worden und erstrahlt in altem bzw. neuem Glanz. Nach dem Konzept von Wilhelm Bode, Berliner Museumsdirektor um 1900, zeigt es Skulpturen und Gemälde vom Anfang der Antike bis zum Ende des 18. Jahrhunderts.
In Berlin verwaltet die Stiftung Preußischer Kulturbesitz die Sammlungen des aufgelösten preußischen Staates, die den größten Kunstbesitz in Deutschland darstellen. Das Zeughaus, ein Barockbau von 1730, ist das älteste Gebäude am Prachtboulevard Unter den Linden. Es diente ursprünglich als Waffendepot; in der DDR war es das Geschichtsmuseum des Marxismus-Leninismus. Nach dem Fall der Mauer gründete die Bundesregierung das Deutsche Historische Museum, in dem Zeugnisse der Geschichte vom Mittelalter bis heute gezeigt werden.

Berlin hat eine beeindruckende Zahl von Gedenkstätten. In der Gedenkstätte Deutscher Widerstand wird das gesamte Spektrum des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus dokumentiert: Widerstand aus christlichem Glauben, Widerstand aus der Arbeiterbewegung, in Kunst und Wissenschaft, im Exil, im Kriegsalltag, die militärische Verschwörung des 20. Juli 1944, die Weiße Rose, Jugendopposition. In der Gedenkstätte Plötzensee wird der hier ermordeten Opfer der Hitler-Diktatur gedacht. Drei sowjetische Ehrenmale erinnern an die im Kampf um Berlin gefallenen Soldaten der Roten Armee. Die Villa am Wannsee, in der 1942 die Deportation und Ermordung der Juden Europas beschlossen wurde, ist seit 1992 eine Gedenk- und Bildungsstätte. In Berlin wurde auch das Jüdische Museum errichtet und das zentrale Mahnmal für die Opfer des Holocaust. Das von Daniel Libeskind entworfene



Denkmal für die ermordeten Juden Europas


Pinakothek der Moderne, München

Museum mit seiner auffälligen Zickzack-Architektur wurde 2001 eröffnet und zählt heute zu den meistbesuchten Ausstellungshäusern Deutschlands.
Am 9. Mai 2005 ist das Denkmal für die ermordeten sechs Millionen Juden Europas in Berlin unweit des Brandenburger Tors und des Reichstags feierlich eingeweiht worden. Entworfen wurde es von dem amerikanischen Architekten Peter Eisenman. Die Diskussion und die Fertigstellung haben 17 Jahre gedauert. Das Denkmal ist das Bekenntnis zu dem größten Verbrechen in Europa und Mahnmal gegen das Vergessen. 2711 Betonstelen (= Quader) unterschiedlicher Höhe auf einem riesigen Feld werden zu einem Ort der Besinnung und des Nachdenkens.

Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg ist die größte Sammlung deutscher Kultur von der Vorzeit bis ins 20. Jahrhundert. Es wurde 1852 durch eine Initiative des Freiherrn von und zu Aufseß gegründet, der den gesamten deutschen Sprachraum in Denkmälern der Kunst, Literatur und Geschichte museal darstellen wollte. Das Museum entstand, als noch kein einheitlicher deutscher Staat existierte; es sollte demzufolge wie ein Auftrag zur nationalen Einheit wirken.

München ist berühmt für seine Gemäldesammlungen der Alten und der Neuen Pinakothek mit altdeutschen und niederländischen Meistern, Gemälden der italienischen Malerei und des 19. Jahrhunderts. 2003 wurde die Pinakothek der Moderne eröffnet, eines der weltweit größten Museen für die Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts. Das offene und großzügige Gebäude zeigt Kunst, Grafik, Architektur und Design unter einem Dach.


documenta Kassel 2007

Einzig ist das Deutsche Museum, das die Entwicklung der Technik und der Naturwissenschaften von den Ursprüngen bis heute zeigt. Im Planetarium simulieren Projektionsgeräte die Bewegung der Gestirne. In den Filmsälen gibt es Filme über den Bergbau und das Hüttenwesen. In einer Abteilung ist ein komplettes Bergwerk zu besichtigen. Hochspannungsanlagen simulieren künstliche Blitze. Weitere Abteilungen betreffen die Luftfahrt, die Schifffahrt und die Raumfahrt, die Geschichte der Fotografie, die Landtechnik, das Glasblasen und vieles mehr. Das Museum besitzt wertvolle historische Unikate, so das erste Automobil und den ersten Dieselmotor. Es bietet auch Experimente und Demonstrationen, die der Besucher selbst von Hand oder durch Knopfdruck durchführen kann.

Eines der jüngsten Museen mit internationalem Profil ist das Museum Ludwig in Köln, hervorgegangen aus einer Stiftung des Kunstsammlers und Fabrikanten Peter Ludwig, das Teil des Museumskomplexes zwischen Dom und Altstadt ist. Hier befindet sich auch das Wallraf-Richartz-Museum (mittelalterliche und neuzeitliche Gemäldesammlungen), die Kölner Philharmonie, eine Cinemathek, die Kunst- und Museumsbibliothek und in unmittelbarer Nachbarschaft das Römisch-Germanische Museum. Das Haus vermittelt seinen Besuchern einen repräsentativen Überblick über die Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts. Neben der Klassischen Moderne findet hier die zeitgenössische Kunst unter Einbeziehung der neuen Medien ein Forum.

Ein Forum internationaler Kunsttendenzen der Gegenwart ist die Ausstellung „documenta“ in Kassel, die ungefähr alle vier Jahre stattfindet. 2007 öffnete sich die Weltkunstschau zum ersten Mal für Kinder.

Die Welt der Arbeit

Der Strukturwandel

Seit der Jahrtausendwende gehen die Uhren in Deutschland anders: Alte Sicherheiten sind nicht mehr selbstverständlich; die Bürger müssen sich auf die veränderten Verhältnisse einstellen; die Wirtschaft befindet sich in einem Strukturwandel. Industriearbeitsplätze werden abgebaut, und die Wissensgesellschaft nimmt Fahrt auf. Ein guter Verdienst und ein sicherer Arbeitsplatz – das war und ist unbestritten das Wichtigste für den Arbeitnehmer in Deutschland. Und gerade dies ist heute nicht mehr gesichert. Über viele Jahre sind die Einkommen gewachsen, der Lebensstandard ist gestiegen und die Freizeit hat einen immer höheren Stellenwert bekommen. Die Wochenarbeitszeit betrug 1960 in Westdeutschland durchschnittlich 5 1/2 Tage mit 44,5 Stunden, 1992 noch 5 Tage und 38,5 Stunden. Seit 1994 gibt es die 35-Stunden-Woche. In den Neunzigerjahren begann eine gegenläufige Entwicklung: Die Steuern und Abgaben erhöhten sich und die Realeinkommen gingen leicht zurück. Seit 2004 steigt die Wochenarbeitszeit wieder: 40 bzw. 42 Stunden sind keine Seltenheit mehr.

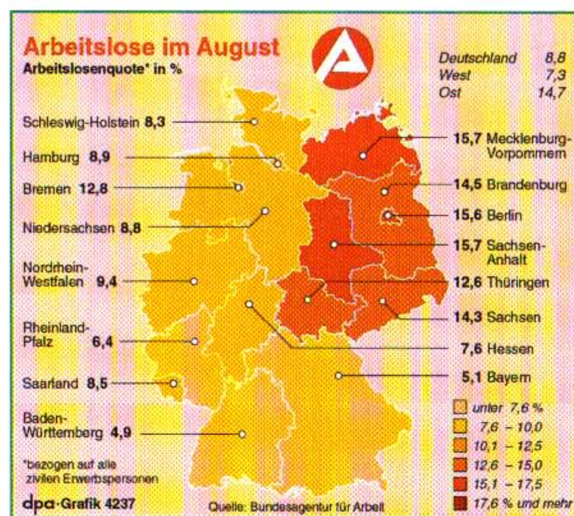
1970 gab es in Westdeutschland noch Vollbeschäftigung (nur 150 000 Arbeitslose und 800 000 offene Stellen). Seit den 70er-Jahren aber stieg die Zahl der Arbeitslosen mit kurzen Unterbrechungen ständig an. Arbeitslos sind Menschen ohne Berufsausbildung und Ältere, auch qualifizierte Beschäftigte. Gleichzeitig fehlen Arbeitskräfte in Sozialberufen, bei der Pflege von Kranken und Behinderten sowie im Handwerk und in der Industrie. In Ostdeutschland begann mit der Wende ein beispielloser Abbau von Arbeitsplätzen. Mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Produkte war eine der Hauptursachen (siehe auch S. 141).

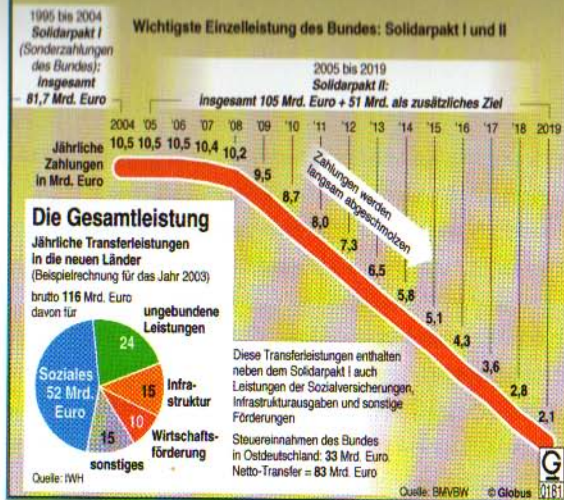
In Deutschland gibt es seit 1927 die gesetzliche Arbeitslosenversicherung. Die Geldmittel für die Versicherung werden je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern aufgebracht. Die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg zahlt aufgrund dieser Beiträge das Arbeitslosengeld I (für alle, die arbeitslos werden) und das Arbeitslosengeld II (= die frühere Sozialhilfe). Grundsatzdiskussionen bewegen sich um die Frage, wie die Zukunft des Sozialstaats zu sichern ist.

Die Rentenversicherung (Rente ab 65 bzw. 67 Jahren) ist in eine Krise geraten, weil sich die Bevölkerungsentwicklung – wie auch in anderen europäischen Ländern – ungünstig auswirkt: Die Älteren werden zahlreicher und die jüngeren Berufstätigen sind nicht mehr in der Lage, die Kosten aufzubringen. Der Generationenvertrag wird in der bisherigen Form nicht mehr funktionieren.

Was tun Staat und Wirtschaft?

Arbeitslosigkeit ist heute in allen Industrieländern ein zentrales Thema. In Deutschland steuert die Regierung mit aktiven Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung dagegen: mit der Entlastung der Firmen durch Senkung der Lohnzusatzkosten, mit der Schaffung von Niedriglohnjobs, mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und mit Fortbildung und Vermittlung.





Die Wirtschaft ihrerseits fordert mehr Markt, weniger Steuern und Bürokratie und den Abbau der hohen Sozialabgaben. Sie antwortet auf Strukturschwächen und den Druck der Globalisierung mit Rationalisierung und Kostensenkung. Die Einführung flexibler Arbeitszeiten und die Erhöhung der Wochenarbeitszeit gehören dazu. Die Unternehmen entflechten dabei Wachstum und Beschäftigung; sie stellen trotz steigender Gewinne nur wenig neue Mitarbeiter ein. Im Rahmen der Globalisierung entstehen Arbeitsplätze auch im Ausland.

Man unterscheidet verschiedene Arbeitszeitmodelle: Erstens die vom 8-Stunden-Tag abweichenden starren Arbeitsmodelle, z.B. die 4-Tage-Woche, zweitens die flexiblen Teilzeitmodelle: Gleitzeit und Teilzeit sowie Arbeitszeitkonten. Bei der Gleitzeit gibt der Betrieb den Rahmen vor und die Beschäftigten bestimmen ihr persönliches Zeitarrangement. Bei der Teilzeit ist die Arbeitszeit geringer und der Lohn entsprechend auch. Arbeitszeitkonten garantieren maximal flexiblen Einsatz.

Im Jahr 2001 wurde das Recht auf Teilzeit Gesetz. Es soll besonders Frauen entgegenkommen, die nach der Geburt der Kinder wieder in den Beruf einsteigen wollen.

→ Das Stichwort Zeitarbeit

Die Zeitarbeitsfirma verleiht den Arbeitnehmer an eine Firma und schließt mit ihr einen Arbeitnehmerüberlassungsvertrag. Arbeitslose bekommen durch Zeitarbeit wieder einen Job, und Betriebe können Auftragsspitzen und Personalengpässe ausgleichen. Missstände stellen sich dann ein, wenn der Zeitarbeiter nicht den Sprung in die Festanstellung schafft, schlechter bezahlt wird als die festangestellten Kollegen und sich als „Arbeiter zweiter Klasse" fühlt. Betriebsvereinbarungen sollen die Zeitarbeiter schützen und besserstellen.

Mit den sozialen Reformen sind auch Niedriglöhne eingeführt worden. Minijobs bedeuten meist weniger soziale Absicherung und einen niedrigeren Verdienst. Atypisch beschäftigt sind vor allem Frauen, junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren, Geringqualifizierte und Ausländer, unter anderem in der Gastronomie und im Handel (s. auch Mindestlohn S. 138).

Ca. ein Viertel der Beschäftigten sind Minijobber, Teilzeit-, Zeit- oder Leiharbeiter ohne dauerhaften Arbeitsvertrag. Als „arm" gilt in Deutschland, wer unter 781 Euro netto pro Monat verdient – das sind 60% des Durchschnittseinkommens eines Einpersonenhaushalts. Geringverdiener stocken ihr Einkommen auf durch den Bezug von Arbeitslosengeld II (= Hartz IV) oder mit einem zweiten Job.

1918/19 führten Gewerkschaften und Arbeitgeber den 8-Stunden-Tag ein. Lange hielt sich die 5-Tage-Woche. Im 21. Jahrhundert macht dieser Normalarbeitstag einer flexiblen Verteilung der Arbeitszeit Platz. Nur noch gut 10 Prozent der Beschäftigten arbeiten zwischen 35 bis 42 Stunden von Montag bis Freitag ohne Gleitzeit. Die alte Arbeitswelt ist im Umbruch, ähnlich wie vor rund 200 Jahren, als die Agrar- von der Industriegesellschaft abgelöst wurde. Das Muster der

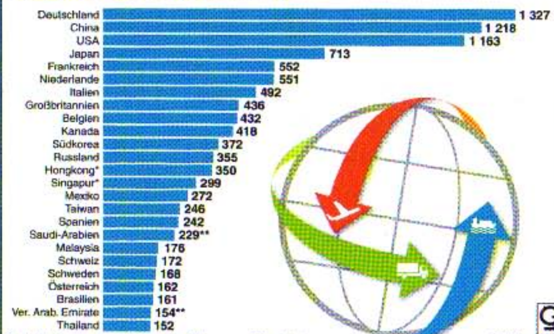
lebenslangen Vollzeitarbeit im erlernten Beruf löst sich langsam auf; bereits 40 % der Beschäftigten arbeiten in Teilzeit, mit Zeitverträgen oder Werkverträgen für begrenzte Projekte. Qualifikation und Selbstmanagement sind die Schlüsselbegriffe für morgen. Auch das EU-Ausland lockt: Ab 2007 werden die Abschlüsse von 150 Berufen – vom Ingenieur bis zum Maurer – innerhalb der EU anerkannt. Viele scheuen jedoch den Wechsel ins Ausland, wobei vor allem mangelnde Sprachkenntnisse eine Rolle spielen.
Auf Deutschland kommt ein Facharbeitermangel zu; deshalb werden Forderungen laut, auch ältere Jahrgänge bei der Jobsuche wieder stärker zu berücksichtigen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Es gab 2008 in Deutschland 40 Millionen Erwerbstätige: Selbstständige, Freiberufler, Arbeiter, Angestellte, Beamte und Auszubildende. 4,4 Millionen Selbstständige sind als Arbeitgeber tätig. 2006 wurden neue Arbeitsplätze geschaffen, besonders in den Dienstleistungsberufen. Aber auch die Zahl geringfügig Beschäftigter nahm zu. Zur Sorge Anlass geben die wachsende Zahl von Zeitarbeitern. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert deshalb Mindestlöhne auch für die Zeitarbeitsbranche.

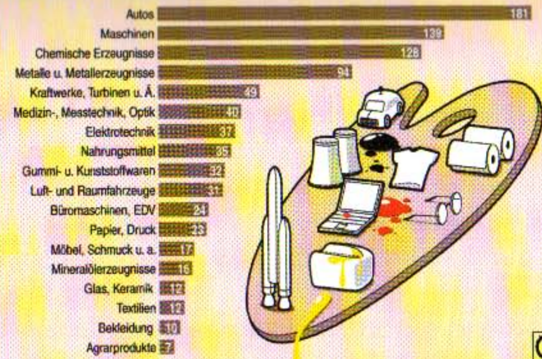
→ Das Stichwort **Mindestlohn, Kombilohn**
Mindestlohn ist ein niedrigstes Arbeitsentgeld, dessen Höhe durch ein Gesetz oder einen Tarifvertrag festgelegt ist. Er soll bewirken, dass Erwerbstätige ihre Existenz durch ihr Einkommen sichern können und nicht auf staatliche Hilfe zurückgreifen müssen.
Der Kombilohn ist ein neues Modell, bei dem die Kommunen den zu geringen Lohn aufstocken.

Arbeitnehmer werden durch die Gewerkschaften vertreten, Arbeitgeber u.a. durch die Arbeitgeberverbände. Beide sind Tarifpartner, die die Tarifverträge ohne Einmischung des Staates (= Tarifautonomie) aushandeln. Diese Verträge legen die Löhne und Gehälter, die Arbeitszeit, Urlaubsdauer, usw. fest. Die jährlichen Tarifauseinandersetzungen sind zum Teil sehr heftig: Wenn sie scheitern und auch eine Schlichtung die Auseinandersetzung nicht beilegt, bleibt der Streik. Die Gewerkschaft kann den Streik ausrufen, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder in einer Urabstimmung dafür gestimmt hat. Die Arbeitgeber können ihrerseits mit der Aussperrung von der Arbeit antworten.
In Deutschland sind über 6 Millionen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gewerkschaftlich organisiert; die Zahlen sinken. Arbeitslose und Ruheständler haben natürlich wenig Interesse, und die Berufsgewerkschaften, z.B. die der Piloten und Flugbegleiter oder der Ärzte, ziehen Mitglieder ab. Dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gehören 8 Einzelgewerkschaften an, die größte Einzelgewerkschaft in Deutschland und weltweit ist die IG Metall mit 2,3 Millionen (Stand: 2008) Mitgliedern. Die zweitgrößte ist die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di (gegründet 2001 durch Zusammenschluss von 5 Gewerkschaften) mit 2,2 Millionen Mitgliedern.
Neu entstehende kleinere Firmen im Dienstleistungs- und Hightech-Bereich sind im Allgemeinen nicht gewerkschaftlich organisiert. Die Rechte der Arbeitnehmer in den Betrieben sind gesetzlich geregelt durch



das Betriebsverfassungsgesetz und die Mitbestimmung. In allen Betrieben, die mehr als fünf Arbeitnehmer beschäftigen, kann ein Betriebsrat gewählt werden. Dieser vertritt die Interessen der Arbeitnehmer. Die Mitbestimmung durch den Betriebsrat betrifft Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen, Regelungen zur Vermeidung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, die Gestaltung von Arbeitsplätzen, die Zustimmung bei Einstellungen und Kündigungen und vieles mehr. In bestimmten Gesellschaften mit mehr als 2000 Arbeitnehmern wird ein Aufsichtsrat gebildet, der zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitnehmer besteht.

Etwa 1,8 Millionen Arbeitnehmer sind Ausländer. Sie erwirtschaften einen Teil des Bruttoinlandsprodukts und zahlen jährlich Steuern und Sozialabgaben in Milliardenhöhe. Beim Bau, im Handwerk und in Pflege- und Altenheimen sind sie unentbehrlich. Die Schwerpunkte der Beschäftigung sind folgendermaßen verteilt: Viele Arbeitnehmer aus der Türkei und Portugal arbeiten im Automobilbau; Arbeiter aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien im Baubereich; Italiener arbeiten häufig im Gaststättengewerbe und Spanier hauptsächlich im Handel. Türken engagieren sich zunehmend im Handel (Schuhreparaturen, Textilien, Änderungsschneiderei) und in der Dienstleistungsbranche. Es leben derzeit in Deutschland mehr als eine halbe Million Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund (= 12%), die durch Eigeninitiative zu wirtschaftlicher Vielfalt und Beschäftigung beitragen.
Grundsätzlich ist die Sprache der Schlüssel zum Erfolg. Wer gut ausgebildet ist und fließend Deutsch spricht, wird relativ problemlos integriert. Geringqualifizierte haben es entschieden schwerer. Ausbildung, Qualifizierung plus Zuwanderung heißen die Herausforderungen: Ausländische Jugendliche brauchen dringend Förderung und Chancen für ihre Zukunft: frühe Sprachförderung



und Zugang zum Bildungssystem. Auf europäischer Ebene vertritt der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC in Brüssel (European Trade Union Confederation) die Interessen der Arbeitnehmer. Er fordert faire Regeln auf dem gemeinsamen Binnenmarkt und die Einhaltung von sozialen Standards. Im Gegensatz zu gewerkschaftlichen Positionen sieht der Europäische Arbeitgeberverband aber Konfliktlösungen in den Betrieben selbst und lehnt Tarifverträge auf EU-Ebene ab.
Nach der Öffnung der Grenzen ist eine neue Art der Völkerwanderung in Gang gekommen, die kreuz und quer durch Europa verläuft. Menschen verlassen ihre Heimat, um Arbeit in anderen Ländern zu finden, wo sie besser verdienen. Auf die Sozialpartner warten noch große Aufgaben. Es geht um das europäische Sozialmodell.

Made in Germany

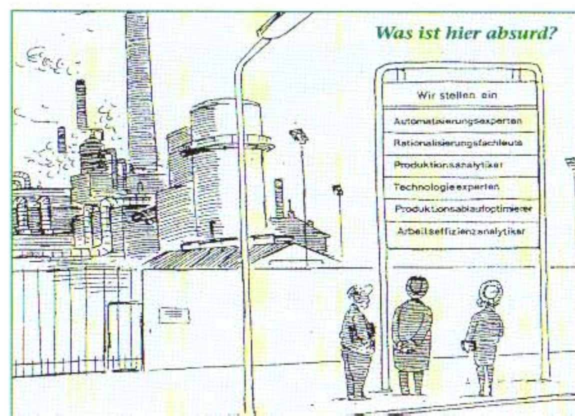
Untersuchungen über den Welthandel haben ergeben, dass Deutschland im Export von Waren an erster Stelle vor China und den USA steht und im Export von Dienstleistungen erst nach den USA, Großbritannien und Frankreich an vierter Stelle. Das Bild der Weltwirtschaft ist geprägt von globalen Zusammenschlüssen der Unternehmen, der Bildung von Wirtschaftsräumen (die EU, der Mercosur, Asean-Staaten) und dem Kampf gegen weltweite Finanzkrisen. Exportschwerpunkte der deutschen Industrie sind Straßenfahrzeuge, Maschinen, chemische Produkte und die Elektrotech-

nik. Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sind die Messen in Deutschland (internationale Messen, regionale Fach- und Verbraucherausstellungen) und im Ausland. Deutschland ist auch umsatzstarker Messeveranstalter weltweit.

Deutschland gehört zu den G8, den großen westlichen Industrieländern, die den Weltmarkt beherrschen. Diese stimmen jährlich ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik auf dem Weltwirtschaftsgipfel gegenseitig ab und beraten über aktuelle politische Fragen.
Der Mischkonzern DaimlerChrysler ist das größte Unternehmen in Deutschland. Es erzielt seine Umsätze mit Autos, Luft- und Raumfahrzeugen und Elektrotechnik. Es folgen Unternehmen der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie, der Autoindustrie und der Lebensmittelbranche.
Die westdeutsche Wirtschaft ist aber eine überwiegend mittelständische Wirtschaft. Rund zwei Millionen Unternehmen sind kleine oder mittlere Betriebe mit bis zu 500 Beschäftigten, in denen fast zwei Drittel der Arbeitnehmer tätig sind. Auch in Ostdeutschland gewinnt die Wirtschaft immer mehr mittelständische Konturen und schafft so neue Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die westliche Marktwirtschaft stand jahrzehntelang im Gegensatz zur östlichen Planwirtschaft. Prinzip der Marktwirtschaft ist der Wettbewerb; ihr Motor ist der Gewinn. Gesteuert wird der Wirtschaftsprozess über den Preis, dessen Höhe von Angebot und Nachfrage, Überangebot und Mangel abhängt. Hinzu kommen Privateigentum, freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl sowie freier Geldverkehr, verbunden mit dem Bank- und Steuergeheimnis. Das Gesetz verbietet Absprachen zwischen Konkurrenten und den Zusammenschluss von Firmen, der den freien Wettbewerb gefährden könnte. Das Idealziel der Marktwirtschaft sind stabile Preise, ein hoher Beschäftigungsstand, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges Wachstum. Realität ist, dass Rezessionen in regelmäßigen Abständen dieses Ideal trüben. Die Industrie reagiert dann mit der Rationalisierung ihrer Produktion, dem Abbau von Arbeitsplätzen und deutlichem Sparen.
In der Bundesrepublik wurde das freie Spiel der Marktprinzipien zugunsten der von allen bezahlten Bereiche eingeschränkt. In der sozialen Marktwirtschaft greift der Staat in diese Bereiche regulierend ein, insbesondere bei Gesundheit, Wohnen, Verkehr, Erziehung, Rechtspflege, Bildung, Forschung und Entwicklung, die im allgemeinen nationalen Interesse stehen. Auch Solidarleistungen zur Vermeidung existenzieller Notlagen gehören dazu, wie zum Beispiel das Kindergeld oder das Wohngeld oder bei Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld. Ein wesentliches Moment der sozialen Marktwirtschaft ist die Tarifpartnerschaft von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden (siehe S. 138).

Um die marktwirtschaftlichen Kräfte zu stärken, verfolgt die Bundesregierung eine Politik der Privatisierung. Sie hat sich bereits aus vielen Unternehmen zurückgezogen, z.B. aus dem Industriekonzern VW und den Energieversorgungsunternehmen. Das ehemals staatliche Unternehmen Lufthansa verringert seine Staatsanteile und die Deutsche Bahn (DB) soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Subventionierung und Regulierung prägen dennoch weite Teile der Wirtschaft. Deregulierungen und die Liberalisie-



rung des Handels innerhalb der EU steuern dagegen. Das größte Privatisierungsgeschäft betrieb bis Ende 1994 die Treuhandanstalt in Berlin. Sie wurde gegründet, um die mehr als 8000 staatseigenen Betriebe der ehemaligen DDR an die Marktwirtschaft anzupassen, d.h. sie zu privatisieren (zu verkaufen), zu sanieren oder „abzuwickeln"; 47 000 Betriebe wurden insgesamt privatisiert. Die Arbeit der Treuhand ist insofern einmalig, als es bisher keine Umwandlung einer Volkswirtschaft in dieser Größenordnung gegeben hat. 1,5 Millionen Arbeitsplätze sind entstanden und zwei Drittel von 4 Millionen gingen verloren. Der unvermeidliche Arbeitsplatzabbau hat besonders von ostdeutscher Seite viel Kritik erfahren.

→ Das Stichwort **Abwicklung, abwickeln**

Diese Wörter waren Schlüsselwörter der wirtschaftlichen Umstrukturierung in den neuen Bundesländern. Sie bedeuten „Auflösung", „Liquidation", „Stilllegung" bzw. „auflösen", „liquidieren", „stilllegen". Positiv dagegen sind „Sanierung", „Privatisierung" bzw. „sanieren", „privatisieren".

Die Käufer – westdeutsche oder ausländische Unternehmen, vor allem aus Frankreich, den USA, Großbritannien und Kanada – garantierten einen Teil der Arbeitsplätze und investierten in festgelegter Höhe. Die meisten Arbeitsplätze gingen in unrentablen Großbetrieben verloren. Unternehmen, die keinen Käufer fanden, prüfte die Treuhand auf ihre Überlebenschancen. Wenn eine Sanierung Aussicht auf Erfolg hatte, half der Staat während der Umstrukturierung. Dennoch unterschätzten Politik und Wirtschaft die Unterschiede zwischen Ost und West: Das Leistungsgefälle war groß und die Menschen waren nach 40 Jahren DDR auch andere. Die Erwartungen an Wohlstand waren hoch, aber die Entwicklung verlief anders als nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Einführung der Mark und die Übertragung westdeutscher Sozialmodelle, die nur in einer dynamischen Wirtschaft funktionieren können, führten zur Kostenexplosion in den Betrieben, zu De-Industrialisierung und Arbeitslosigkeit.

Neben privaten Investitionen fließen Milliardenbeträge in die neuen Bundesländer: für staatliche Förderprogramme, den Ausbau des Verkehrsnetzes, für die Modernisierung von Schulen, Krankenhäusern und Wohnungen, den Wohnungsbau, für Maßnahmen des Umweltschutzes, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die berufliche Fortbildung und Umschulung. Gleichzeitig trieb der Staat den Ausbau der Verwaltung und des Justizwesens voran. Die Gelder kommen vom Bund, den alten Bundesländern, der Europäischen Gemeinschaft und aus den Förderungsfonds. Die Bundesbürger leisten einen sogenannten Solidaritätsbeitrag, der auf die Löhne und Einkommen erhoben wird.

Die wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern verschärfte sich, als die traditionellen Märkte der ostdeutschen Industrie, nämlich die finanzschwachen osteuropäischen Länder, wegbrachen. Der Export ostdeutscher Waren ging 1990/91 um 75% zurück. Die riesigen Kombinate überlebten die Wende nicht.

→ Das Stichwort **Solidarpakt II**

Der Fonds „Deutsche Einheit" sollte den fünf östlichen Bundesländern nach der Wende wirtschaftlich „unter die Arme greifen". Aber die Schulden wuchsen und die Mittel reichten nicht aus. 1995 stellte dann der Solidarpakt weitere 81 Milliarden Euro zur Verfügung, die Ost und West bis 2004 angleichen sollten. 2005 musste der Solidarpakt II in Höhe von 156 Milliarden gestartet werden. Diese Förderung läuft 2019 aus. Insgesamt haben Deutschland West und die EU bisher über 1000 Milliarden Euro in die neuen Bundesländer gezahlt.

Um die Förderung zu optimieren, soll das Geld gezielt in förderungswürdige Regionen, sogenannte Wachstumskerne oder „Leuchttürme", fließen.



Inzwischen haben Innovationen und eine gewisse Aufbruchstimmung dennoch neue Fakten geschaffen. Besonders in den Ballungsräumen, in Berlin, Leipzig, Dresden, Greifswald und auch Halle, ist dies zu spüren. Die Industrie entwickelt sich im Vergleich zu Westdeutschland gut, aber flächendeckend gibt es noch erhebliche Strukturschwächen, z.B. im Dienstleistungssektor. Und die Produktivität liegt um 30 Prozent gegenüber der westdeutschen zurück. Das hohe Lohnniveau im Westen und das Stellenangebot ziehen Arbeitkräfte an, die eigentlich im Osten dringend gebraucht werden. Die Einwohnerzahlen gehen zurück, besonders in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Aber das Blatt beginnt sich zu wenden. Neue entwicklungsfähige Unternehmen, z.B. in Sachsen, bewegen so manchen, in heimische Gefilde zurückzukehren.

Die Umstände der Wiedervereinigung hatten nach Einschätzung der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zu einer vorübergehenden Abschwächung der deutschen Wirtschaft geführt. Stabil geblieben ist der Export, vor allem der Automobil- und der Maschinenbau sind Deutschlands Exportschlager Nummer eins. Firmen in- und außerhalb der Eurozone haben mehr Waren als je zuvor gekauft.
Inzwischen hat die deutsche Wirtschaft die Potenziale der Zukunftsmärkte erkannt und ihre Innovationsfähigkeit gestärkt. Wesentlich dazu beigetragen haben die moderaten Tarifabschlüsse und der Lohnverzicht in verschiedenen Branchen. Staat und Wirtschaft investieren in Forschung und Entwicklung, Bildung und Wissenschaft. Mit Ernst Werner von Siemens, Gottlieb Daimler und Robert Bosch war Deutschland das Land der Tüftler und Erfinder, die die Marke Made in Germany weltbekannt machten. Heute konzentriert sich das Land darauf, in Zukunftstechnologien wie z.B. Solar- und Windenergie sowie Biotechnologie vorn zu sein. Hochspezialisierte Betriebe bleiben in Deutschland und nutzen die Möglichkeiten, die die Globalisierung bietet. Die Länder Mittel- und Osteuropas haben den Handel nach der Öffnung der Grenzen belebt, und die Ängste waren schnell verflogen.
Konzerne kritisieren eine mangelnde Flexibilität des Arbeitsrechts und bauen trotz guter Bilanzen Stellen ab, während Familienunternehmen langfristiger planen und neue Arbeitsplätze schaffen. Alle gemeinsam üben Kritik an den hohen Sozialabgaben – das sind Leistungen der Firmen über den Lohn hinaus – und den zu vielen Vorschriften. In Brüssel und hierzulande ist man inzwischen bestrebt, Bürokratie und Handelshemmnisse abzubauen, was allerdings manchem zu langsam vorangeht. Pluspunkte für den Standort Deutschland bringen die gute Ausbildung, die hohe Produktivität der Arbeitnehmer, eine exzellente Infrastruktur, politische Stabilität und eine anerkannte Rechtsordnung.

Frage

1. Finden Sie es richtig oder nicht richtig, wenn "Made in Germany" bald "Made in the European Union" heißen würde?
2. Welche Erfindungen haben diese Forscher im 19. Jahrhundert gemacht? Recherchieren Sie im Internet: Rudolph Diesel, Otto Lilienthal, Werner von Siemens, Johann Philipp Reis, Georg Simon Ohm.
3. Mit welchen Entdeckungen sind die folgenden Namen im 20. Jahrhundert verbunden? Recherchieren Sie im Internet: Alfred Wegener, Otto Hahn, Karl Freiherr Drais, Max Planck, Konrad Zuse, Werner Heisenberg

Der Europäische Bi(e)ne(n)markt



Zukunftsmarkt EU

In Artikel 8a des EWG-Vertrags heißt es: „Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital ... gewährleistet ist." Und seit dem 1.1.1993 ist er „verwirklicht"; allerdings klaffen Wunsch und Wirklichkeit noch auseinander.
Es ist schon vieles geschafft, aber eine Menge Probleme sind noch zu lösen. Die fortschreitende Erweiterung der Europäischen Union birgt noch unzählige Aufgaben, denn die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Ländern in der Gemeinschaft sind groß.

Was wurde bisher getan? In den ersten zehn Jahren der Europäischen Gemeinschaft – seit 1958 – wurden schnelle Fortschritte erzielt. Die sechs Gründungsstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg schafften alle Zölle und Quoten in ihrem Binnenhandel ab. Der Kapitalverkehr ist seit 1990 frei, d.h. Gelder können über die Grenzen fließen und angelegt werden, wo die Bedingungen am günstigsten sind.

Und am 1.1.1993 sind dann auch die Grenzkontrollen für einen Großteil des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Waren weggefallen. Der Reisende kann privat ohne Einschränkungen zum eigenen Bedarf einkaufen und die Waren einführen. Waren, die gewerblichen Zwecken dienen, müssen weiterhin im Bestimmungsland versteuert werden. Die Steuern – z.B. die Mehrwertsteuer – sind in den einzelnen Ländern der EU unterschiedlich hoch; deshalb haben alle Import- und Exportunternehmen eine sogenannte Identifikationsnummer bekommen, unter der alle Lieferungen innerhalb der EU zentral gemeldet werden müssen.
„Eine simple Idee – aber schwer zu verwirklichen", hieß eine Überschrift in der „Süddeutschen Zeitung" kurz vor Beginn des Binnenmarkts (in SZ vom 28.12.1992): Der Politik der Liberalisierung und des Freihandels stellen sich Protektionismus und nationale Interessen entgegen. Kritik betrifft vor allem die Brüsseler „Regulierungswut"; man spricht von den „Eurokraten" in Brüssel (eine Wortbildung nach „Bürokraten"). Bisher sind Tausende von „Rechtsakten" in Brüssel beschlossen worden, aus denen der Binnenmarkt derzeit zusammengesetzt ist; über 90 Prozent sind bereits in nationales Recht umgesetzt worden. Dass man sich dabei manchmal im Detail verloren hat, ist nur allzu verständlich, z.B. bei der Frage, welche Norm der Sitz eines europäischen Traktors haben sollte. Einsichtig ist allerdings, dass man nur liberalisieren kann, was vorher harmonisiert worden ist, d.h. worüber in qualifizierter Mehrheit Übereinstimmung in Brüssel besteht.
Im freien Warenverkehr soll der Grundsatz gelten, dass das in einem Land der Gemeinschaft hergestellte Erzeugnis auch gut ist, um im anderen angeboten zu werden. In Wirklichkeit werden viele Einwände gegen den freien Warenverkehr erhoben, um nationale Produkte zu schützen. Beispiele: Die Deutschen öffneten nur unwillig ihre Grenzen auch für Bier, das nicht den strengen Vorschriften für deutsches Bier entspricht; die Franzosen verteidigen die besondere Herstellung ihres Baguettes, um das typische Flair zu erhalten. Österreich machte vor dem Beitritt zur Bedingung, dass typisch österreichische Ausdrücke gleichberechtigt neben hochdeutschen Begriffen stehen, also „Tomate" und „Paradeiser", „Blumenkohl" und „Karfiol", „Schlagsahne" und „Schlagobers". Einig ist man sich, dass die kulturelle Vielfalt in der Gemeinschaft erhalten bleiben muss. Mit der Produktion von Spezialitäten, die nicht einer Richtlinie entsprechen, wird letztlich das Angebot vergrößert. Außerdem ist anzu-

nehmen, dass der Kunde das besondere, wenn auch teurere Produkt dem billigeren, aber uniformen aus der fernen Fabrik vorziehen wird.

Große Sorgen macht die Umweltpolitik. 1987 wurde in einer Akte ihre Notwendigkeit festgeschrieben. Man schätzt, dass mit dem freien Warenverkehr der Gütertransport auf Straßen und Autobahnen weiter zunehmen wird – zum Nachteil der Menschen und der Umwelt. Wachstum, Binnenmarkt und die Öffnung der Grenzen zu Osteuropa addieren sich negativ.

Die EFTA-Länder Finnland, Österreich und Schweden erweiterten 1994 die Union von 12 auf 15 Mitglieder. Trotz vieler Schwierigkeiten im Detail war der Binnenmarkt für sie attraktiv. Die Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas sehen mit Recht deutliche Vorteile in der EU, obwohl die Unterschiede und Gefahren noch gravierend sind. Deutschland ist immer ein starker Befürworter für seine östlichen Nachbarn gewesen. Bei den Bürgern herrscht allerdings eine gewisse Skepsis, weil die Reformen innerhalb der EU nur langsam vorankommen: die Reform der EU-Institutionen, die Reform der Agrarpolitik, die Stabilisierung der Ausgaben. Aber Öffnung bedeutet auch Chancen und Handel in neuen Märkten. Die Bilanz fällt positiv aus.

In Handelsfragen ist die Gemeinschaft, nicht mehr der einzelne Mitgliedsstaat, zuständig. Sie unterzeichnet Handelsabkommen und hat auch die internationalen Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels (GATT = Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen; seit 1.1.1995 WTO = Welthandelsorganisation) geführt. Kommission und EU-Agrarminister genehmigen Importe in die Gemeinschaft, z.B. die Einfuhr von Gen-Mais aus den USA.

→ Das Stichwort

Institutionen der Europäischen Union

Neben Frankfurt stehen auch die Standorte weiterer Institutionen fest: der Europäische Rechnungshof: Brüssel; die Europäische Umweltagentur: Kopenhagen; die Arzneimittelagentur: London; die Polizeistelle Europol: Den Haag; die Europäische Drogenüberwachungsstelle: Lissabon; die Europäische Stiftung für Berufsbildung: Turin; das Übersetzungszentrum: Luxemburg (weitere Institutionen auf S. 176).

Insgesamt erwarten die Europäer von der europäischen Integration, dass sie wirtschaftliche Vorteile bringt, neue Absatzmärkte, mehr Stabilität und eine bessere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Der Europäische Binnenmarkt allein ist mit über 400 Millionen Verbrauchern der größte gemeinsame Markt der Welt. Europas Regierungschefs suchen nach einer Wirtschaftsordnung, die die Länder wettbewerbsfähig im globalen Wettbewerb macht, ohne die soziale Marktwirtschaft zu gefährden. Ohne eine soziale Komponente in der Politik würden Regierungen in vielen europäischen Ländern die Unterstützung ihrer Bürger verlieren. Die soziale Marktwirtschaft, wie sie in Deutschland in den Fünfzigerjahren entwickelt wurde, soll Vorbild für die EU bleiben. Die EU-Kommission wacht über die Wettbewerbspolitik. Sie verhindert die Entstehung von Kartellen, die Wettbewerber aus den Markt drängen könnten, begrenzen staatliche Hilfen und stützen sich auf Wettbewerb, Liberalisierung und den freien Markt. Dass sich die Staaten in der Auffassung der richtigen Wirtschaftpolitik unterscheiden, ist innerhalb der EU nicht zu vermeiden. Während die einen auf die Kräfte des Marktes setzen, fordern andere mehr staatlichen Einfluss.

Allen gemeinsam ist die Rücksicht auf die Bürger und Wähler. Die Bürger dürften nicht das Gefühl haben, dass es nicht mehr gerecht zugeht, dass die Unterneh-

men verdienen und bei den Arbeitnehmern nichts ankommt und dass Menschen im Niedriglohnsektor so wenig verdienen, dass am Monatsende nichts mehr übrig bleibt. Da ca. drei Viertel der Deutschen die Verteilung von Einkommen und Vermögen als ungerecht empfinden, wächst auch die Kritik an der sozialen Marktwirtschaft, besonders im Osten des Landes. An der sozialen Frage wird sich die Zukunft entscheiden.



Die organisierte Sicherheit

Wie bekämpft die Europäische Union das organisierte Verbrechen? – In Maastricht wurde 1992 die Gründung einer europäischen Polizeibehörde beschlossen, die 1999 koordinierend tätig wurde: EUROPOL. Denn so vorteilhaft die Öffnung der Binnengrenzen für Wirtschaft und Tourismus ist, so wenig darf sie der internationalen Kriminalität – Waffen- und Drogenhandel, Geldwäsche, Terrorismusbekämpfung –zugute kommen.

EUROPOL in Den Haag (Niederlande) ist ein unionsweites System zum Austausch von Informationen innerhalb eines Europäischen Polizeiamtes. Es dient der Unterstützung der Zusammenarbeit der Polizei. EUROPOL kann auf das Schengener Informationssystem (SIS) zurückgreifen, das wichtigste Fahndungssystem in Europa. Eine europaweite Vernetzung der Datenbanken wurde vorgenommen. 2003 schufen die EU-Innen- und Justizminister eine zweite Sicherheitsbehörde: die europäische Grenzschutzagentur Frontex in Warschau (Polen). Sie koordiniert die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten beim Schutz der Außengrenzen (Landgrenzen, Flughäfen, Seegrenzen) gegen illegale Einwanderung.

FRAGEN

1. Welche positiven oder negativen Folgen können offene Grenzen haben? (Siehe S. 165, Schengener Abkommen)
2. Werden Flüchtlingsrechte immer beachtet?

Umweltsorgen

Belastungen der Umwelt

Eines ist sicher: Die Umwelt hat von der Vereinigung auf jeden Fall profitiert. Niemand hat vorher so genau gewusst, wie schlimm es um Luft, Boden und Wasser stand. Die ehemalige DDR war ein Umweltsünder ersten Ranges. Sie entließ mehr Schwefeldioxid und mehr Staub in die Luft als die größere und wirtschaftsstärkere frühere Bundesrepublik.

Auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung, auch auf die Stilllegung von Industrien nach der Wende ist es nun zurückzuführen, dass die Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickoxide und Staub erheblich zurückgegangen sind. Es gelten Vorschriften wie z.B. die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft und die Verordnung für Großfeuerungsanlagen.

Die Bundesregierung hat schon 1982 mit Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zum Schutz der Wälder begonnen. 1986 wurde das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingerichtet und die Bundesländer bekamen ihre Umweltministerien. 2004 entstand das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das den Anteil von Wind-, Wasser-, Sonnenenergie und Geothermie an der Stromerzeugung in Deutschland steigern soll (2020: 20%). Umfangreiche Fördermittel werden zur Verfügung gestellt.

Gewonnen hat nicht nur das Klima, auch Arbeitsplätze sind im Wirtschaftzweig erneuerbare Energien entstanden, wie das Bundesministerium für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) meldet. Schwieriger zu entscheiden ist, wie viele Arbeitsplätze dagegen bei konventionellen Energieträgern verloren gegangen sind.

2008 hat Deutschland die Förderung für erneuerbare Energien sowie der Wärme-Kraft-Kopplung (Erzeugung von Strom und Wärme für Haushalte und Industrie)

erhöht und ein Klimapaket beschlossen. Es steht mehr Geld für die Windkraft und für Biomasse zur Verfügung, weniger für die Photovoltaik. Die Wärme-Kraft-Kopplung gilt als besonders effizient und umweltschonend. Gefördert werden auch Hausbesitzer, die mit Solaranlagen, Holzpellets oder Wärmepumpen Energie erzeugen oder ihre Häuser besser isolieren (Wärmedämmung, siehe auch Öko-Häuser, S. 64).

Die G8-Staaten erkannten auf dem G8-Gipfel 2007 die Klimarealität an und einigten sich auf ein neues Klimaschutzabkommen 2009, da das Klimaschutzprotokoll von Kyoto 2012 ausläuft. Alle nationalen und internationalen Maßnahmen zur Luftreinhaltung tragen auch zum weltweiten Klimaschutz und zur Verringerung des Treibhauseffekts bei. Eine Entwarnung ist aber nicht in Sicht. Die Erwärmung der Erde ist eine Gefahr, die weit gravierender als der Terrorismus ist. Noch sind die schlimmsten Auswirkungen gemeinsam unter Umständen lösbar.

Lesen Sie den folgenden Auszug aus einem Papier des BUNDES (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), der größten Naturschutzorganisation in Europa.



Waldsterben in Raten

Seit fast 30 Jahren macht der BUND auf das Waldsterben aufmerksam. Hinweisschilder mit dem Text: „Hier sterben die Kiefernwälder" stellte der Bund Naturschutz schon 1972 im bayerischen Kelheim auf. Es hagelte Proteste, die Schilder mussten entfernt werden. Zwei Jahre später bestätigte der Umweltminister den Befund. Es überschlugen sich bald darauf die Warnungen, und ein Spruch wurde in die Welt gesetzt – klar und kompromisslos: „Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch." Zukunftsvisionen zeigten Steppenlandschaften und Fotovergleiche von Wäldern: früher – heute. Berichte und Dokumentationen über das Waldsterben und den Sauren Regen überschwemmten die Republik, der Nerv der Gesellschaft war getroffen.

Seitdem werden Berichte veröffentlicht, die zuerst noch „Waldschadensbilanzen" hießen, dann „neuartige Waldschäden" und schließlich „Waldzustandsbericht". Im Bericht 2004 wurde kein so düsteres Bild mehr gemalt. 31 statt 35 Prozent geschädigte Bäume wurden gemeldet, aber der brütend heiße Somme 2003 und die Borkenkäferplage lassen für die Zukunft nichts Gutes erwarten. 2006 ist die Situation zunehmend ernst. Die Tannenwälder verschwinden, auch verschiedene Laubbaumarten sind betroffen.

(Aus dem Positionspapier des BUNDES zu zwanzig Jahren Waldsterben, 1992, ergänzt 2004 und 2007)

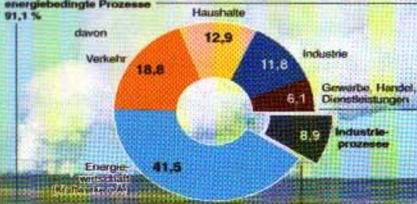
Aufgaben

1. Wissen Sie, was der BUND ist? (Siehe S. 79)
2. Vergleichen Sie die Bezeichnungen „Waldschadensbilanzen", „neuartige Waldschäden" und „Waldzustandsbericht". Was lesen Sie daraus ab?
3. Wie werden Umweltprobleme in Ihrem Land diskutiert? Und welche?

Die Luftreinhaltung ist nur ein Aspekt in der Palette der Umweltsorgen. Die Reinhaltung des Wassers, Verbesserungen zum Schutz von Flüssen und Seen sind ebenso Gegenstand der Umweltpolitik. Die EU fördert nachhaltiges umweltbewusstes Wirtschaften, weil grenzüberschreitende Lösungen einfacher geworden sind. Sie finanziert Live-Projekte und Renaturierungen, wobei es die Ökologie schwer hat gegenüber der Ökonomie.

Eine Studie des Europäischen Umweltamts stellte fest: Noch viele Gewässer, auch das Trinkwasser, sind in Europa belastet. Sie lobte aber, dass Abwässer heute seltener in Flüsse und Seen geleitet werden. Flüsse und Seen sind sauberer geworden und werden zum Teil renaturiert, das heißt in einen ursprünglichen Zustand zurückverwandelt. Internationale Konferenzen zum Schutz der Nordsee wurden einberufen, um die Schadstoffe zu verringern.







Sieben Alpenstaaten – Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien, Schweiz, Liechtenstein, Slowenien – haben eine „Übereinkunft zum Schutz der Alpen" (Alpenkonvention) auf den Weg gebracht und sich für den Schutz eines grenzüberschreitenden Ökosystems ausgesprochen.

Alpen brauchen noch mehr Schutz

Nürnberg (dpa) – Angesichts der Lawinenkatastrophen hat der Bund Naturschutz die Umsetzung der bereits 1995 in Kraft getretenen Alpenkonvention angemahnt. „Die Missachtung der Grenzen ökologischer Belastbarkeit des hochsensiblen Alpenraums rächen sich jetzt bitter", sagte der bayerische Landesbeauftragte in Nürnberg. Die Alpen dürften nicht länger für kurzsichtiges touristisches Gewinnstreben auf dem Rücken der Natur und auf Kosten von Menschenleben missbraucht werden. Der Bund Naturschutz will die mangelhafte Umsetzung der bereits 1991 unterzeichneten Alpenkonvention nicht länger tolerieren. In den Bergwäldern darf es keine Kahlschläge mehr geben. Die überhöhten Reh-, Gams- und Rotwildbestände müssten drastisch reduziert werden. Auch der Ausbau von Skigebieten in schutzwürdigen und empfindlichen Bereichen müsse gestoppt werden. Das Abschmelzen der Gletscher birgt neue Gefahren, da das Zurückgehen des Eises und damit des Dauerfrostes zu gewaltigen Bergrutschen und Felsabgängen führt.

(nach: SZ vom 27./28.02.1999; ergänzt 2006, siehe. auch S. 79)







Solaranlage

Das Bundesnaturschutzgesetz schafft Möglichkeiten, Gebiete zu Nationalparks zu erklären; Tiere und Pflanzen sind dann besonders geschützt. Heute gibt es Nationalparks an der Nord- und Ostsee, in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen (Sächsische Schweiz) und Bayern (Bayerischer Wald und Berchtesgaden).

Alternative Energien und Klimaschutz

Derzeit wird ein Drittel der Energie durch die 17 deutschen Atomkraftwerke geliefert. Der hohe Sicherheitsstandard in Deutschland wird immer wieder beschworen, aber eine langfristige Entsorgung radioaktiver Abfälle ist weltweit nicht in Sicht. Der Atomausstieg ist für 2021 vorgesehen. Die Stromversorgung wird durch einen Mix aus regenerativen Energien, Kernenergie, Strom aus Stein- und Braunkohle gesichert.
Alternative Energiequellen sind unerschöpflich, sie werden nicht durch einmalige Nutzung verbraucht wie Kohle und Erdöl. Man nennt sie deshalb auch erneuerbare Energien. Dazu gehören Wasserkraft, Wind-, Sonnen- und Bioenergie sowie Geothermie. Der Anteil an der Energieerzeugung ist im Jahr 2007 auf 6,7% gestiegen, und der Prozentsatz erhöht sich stetig. Die EU peilt für 2020 20% an.
30% bis 2030 wären realisierbar, allerdings nur, wenn Förderung und industrielle Massenproduktion von Anlagen zusammenkommen würden. Die wichtigsten Energieträger sind deshalb nach wie vor Mineralöl, Kohle, Erdgas und Kernkraft. Sonne, Wasser, Wind und Biomasse haben den größten Anteil an den alternativen Energiequellen. Bauern können von Biogas-Anlagen profitieren. Windkraftwerke brauchen gute Windverhältnisse; sie entstehen u.a. in Form von Offshore-Parks in der Nordsee, werden von der Politik gefördert, gelten aber bei Naturschützern als umstritten.


Eisenbahnfahrt 1844

Auch die Energiegewinnung aus Sonnenlicht wird über das Eneuerbare-Energien-Gesetz gefördert. Der umweltbewusste Bürger ist bereit, sein Kraftwerk auf dem Dach zu installieren, auch wenn die Kilowattstunde etwas teurer ist, und sparsam mit dem Strom umzugehen. Das Gesetz verpflichtet die großen Stromversorger, privat erzeugten Strom abzunehmen und zu bezahlen. Das Engagement der Kommunen für den Umweltschutz und für nachhaltige Entwicklungen ist groß, Beispiel Gelsenkirchen: Schüler versteigerten überflüssige Dinge im Internet und bezahlten mit dem Erlös Projekte in Schulen und Entwicklungsländern. Bei München wurden Bürgersolaranlagen auf öffentlichen Gebäuden eingerichtet, denn unzweifelhaft ist, dass die Klimaschutzziele nur gemeinsam mit dem Einsatz der Bürger erreichbar sind. Der Staat bewilligte über 100 Forschungsprojekte im Bereich erneuerbare Energien neben den umfangreichen Fördermitteln der EU. Er fördert Erdwärmekraftwerke, Gebäudesanierung und Marktanreizprogramme für erneuerbare Energien.

Deutschland ist auf dem Wege, eine führende Rolle in der Produktion von Solarzellen und Windkraftanlagen einzunehmen. Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg (Baden) ist weltweit bekannt für seine Solarforschung.

Durch sparsamere Autos und ein sparsames Umgehen mit Energie in den privaten Haushalten kann die Öko-Effizienz verbessert werden. Sorgen machen allerdings

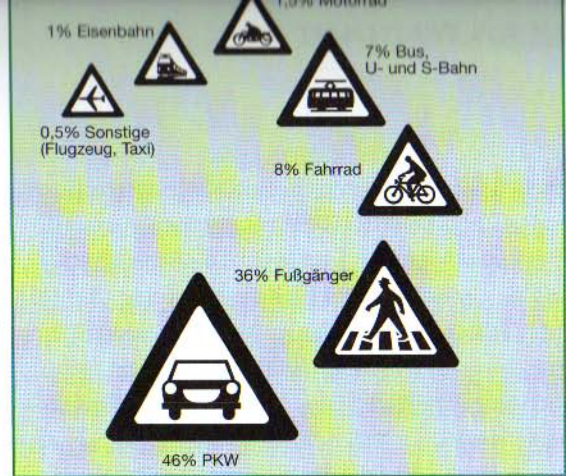
die Kraftwerke, vor allem die Braunkohlekraftwerke, die die größten Umweltverschmutzer sind. Braunkohle, die mehr CO_2 freisetzt als Steinkohle und Erdgas, ist in Ostdeutschland reichlich vorhanden. Doch vor 2020 ist wohl keine serienreife Lösung in Sicht. Dämpfend sollen sich Umweltmaßnahmen auswirken, die die Stromerzeuger und das produzierende Gewerbe verpflichten, Emissionszertifikate zu kaufen.

→ Das Stichwort Emissionshandel

Seit 2005 gibt es den Handel mit Emissionsrechten. Ab 2013 müssen Kraftwerke und Industriebetriebe, die klimaschädliches Kohlendioxid in die Atmosphäre abgeben, ihre Emissionsrechte für die Produktion kaufen. Europa möchte Vorreiter in der Klimapolitik sein und die Lasten in den einzelnen Ländern gleichmäßig verteilen. Ökonomie und Ökologie sollten kein Gegensatz sein, was aber schwierig zu realisieren sein wird.

Die Stromerzeuger arbeiten deshalb fieberhaft an der Entwicklung neuer Verfahren zur Verflüssigung von CO_2, das unterirdisch gelagert werden könnte. Die Technologie heißt CCS (= Carbon Capture and Storage); das Kraftwerk Schwarze Pumpe in Brandenburg ist der Vorreiter.
Die Kurve, die den CO_2-Anstieg anzeigt, steigt aber weiter. Durch die Erwärmung der Erdatmosphäre schmelzen die Gletscher; man befürchtet auch, dass sich die Meeresströmungen verändern. Die Bilanz lautet:

a) erneuerbare Energien: 30 % der Energiequellen noch lange nicht erreicht;
b) Atomstrom: gefährlich und teuer, aber umweltschonend;
c) CO_2-Kurve steigt.



Jeder Zweite fährt mit dem Auto

85 Prozent aller Deutschen sprachen sich in einer Emnid-Umfrage dafür aus, den Autoverkehr in Innenstädten drastisch einzuschränken. Jeder Zweite befürwortete eine autofreie City. Die Praxis: Bundesbürger legen fast die Hälfte aller täglichen Wege mit dem Auto zurück. Ein Drittel der Strecken zur Arbeit oder zum Einkaufen gehen die Deutschen zu Fuß. Für acht Prozent der Wege nehmen sie das Rad, für sieben Prozent öffentliche Verkehrsmittel. Gründe: schlechte Verbindungen, lange Wartezeiten.

Verkehrswege

Die dicht besiedelte Bundesrepublik hat auch eines der dichtesten Verkehrsnetze der Welt: ein Autobahn- und Fernstraßennetz von 53 000 Kilometern, ein Eisenbahnstreckennetz von 41 000 Kilometern, Häfen und Wasserstraßen und ein enges Luftverkehrsnetz im schon überfüllten Luftraum über Mitteleuropa.
Trotzdem müssen die Verkehrsnetze weiter ausgebaut werden. Und das hat verschiedene Ursachen: Im Europäischen Binnenmarkt ist Deutschland zum Transitland für Europa geworden. Mit der Erleichterung der Handelsbeziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Ländern sind auch hier neue Verkehrsströme entstanden. Die bisher getrennten Verkehrsnetze von Ost- und Westdeutschland wurden zusammengeführt. Um die Wirtschaft durch Entwicklung der Infrastruktur in Gang zu bringen, entstanden in Ostdeutschland neue Autobahnverbindungen: Die Ostseeautobahn und die Thüringer-Wald-Autobahn mit 31 Brücken und Deutschlands längstem Tunnel sind fertiggestellt.

Daneben hat die zunehmende Mobilität in unserer Gesellschaft zu mehr Verkehr in den Ballungsräumen geführt; der Bau von Umgehungsstraßen und die Berücksichtigung des Umweltschutzes (Maßnahmen gegen Lärm) sind zu einer weiteren wichtigen Aufgabe geworden. Deutschland ist wie Österreich und die Schweiz auch Durchgangsland nach Süden. Die Autobahn München – Kufstein (= deutsch-österreichische Grenze) – Innsbruck – Brenner-Pass (= österreichisch-italienische Grenze) ist eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen für den Personen- und Güterverkehr über die Alpen. Die Folge ist eine starke Umweltbelastung für die Alpenregion, gegen die sich Österreich mit Tempolimits oder Nachtfahrverbot schützt. Der Bau eines Basistunnels zur Entlastung der Brenner-Strecke ist in Planung, wird aber frühestens nach dem Jahr 2020 betriebsbereit sein.

Die Politik vernachlässigt die Bahn gegenüber der Straße und die Bundesbürger bevorzugen das Auto trotz hoher Benzinpreise. Auch der Güterverkehr wird noch größtenteils mit dem Lkw bewältigt und er steigt bedrohlich. So ist das Auto, das Verkehrsmittel Nummer eins, zugleich das größte Sorgenkind. Über 35 Millionen Autos gibt es allein in der Bundesrepublik. Besonders der Güterverkehr per Lastwagen steigt bedrohlich. Die Folge ist, dass immer mehr Schadstoffe die Umwelt belasten und der totale Stau in greifbare Nähe rückt. Positive Entwicklungen bahnen sich aber vorsichtig an: Umweltzonen in den Innenstädten und moderne Verkehrsleitsysteme. Doch die Autoindustrie hat die Entwicklung umweltfreundlicher Motoren zugunsten teurer und gewinnbringender Fahrzeuge vernachlässigt. Nach einer neuen EU-Abgas-Richtlinie sollen alle Fahrzeuge in Klassen eingeteilt werden, je nach Verbrauch und Emissionswerten. Da werden die Firmen die Nase vorn haben, die umweltverträgliche Autos bauen.
Die Devise „Umsteigen auf Bus und Bahn" ist gut gemeint; eine bessere Vernetzung der Verkehrssysteme, vor allem im Nahverkehr, wäre aber die Voraussetzung. Das würde der Bahn die notwendigen Pluspunkte bringen. Von den Bürgern angenommen wurden die guten Fernverbindungen, die Zeit und Geld sparen. Intercity- und ICE-Züge verkehren zwischen den Großstädten im Stundentakt. Der französische TGV und der deutsche ICE konkurrieren auf den europäischen Hochgeschwindigkeitsverbindungen. Zu diesem Zweck werden die Strecken für höhere Geschwindigkeiten ausgebaut.

Die großen Flüsse Donau, Rhein, Elbe, Main, Weser sind zum großen Teil schiffbar und haben eine erhebliche Bedeutung für den Gütertransport. Hinzu kommen künstliche Wasserstraßen, die Meere (Nord-Ostsee-Kanal) und Flüsse (Mittellandkanal, Main-Donau-Kanal, Elbe-Havel-Kanal) miteinander verbinden. So ist ein Wasserstraßennetz zwischen den großen Seehäfen und den Industriezentren entstanden. Für die Nutzung der Wasserstraßen spricht die Sicherheit und die hohe Umweltverträglichkeit.

Deutschland hat 19 internationale Flughäfen. Drehscheibe im deutschen Flugverkehr ist der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt. Hier starten und landen über 50 Millionen Fluggäste im Jahr. Die Deutsche Lufthansa hat sich nicht nur im Passagierverkehr, sondern auch im Frachtverkehr einen Namen gemacht. Mit der Vereinigung ist auch das Streckennetz für die deutschen Fluggesellschaften größer geworden. Im getrennten Deutschland durften nämlich nur die Fluggesellschaften der Alliierten nach Berlin fliegen. 1990 nahm die Lufthansa den Berlin-Verkehr auf. Mit der Star-Alliance knüpft sie ein weltweites Netz von Partnerschaften, das inzwischen 24 internationale und regionale Fluggesellschaften umfasst.
Der Großflughafen Erding bei München entwickelt sich zu einem weiteren Luftverkehrsknotenpunkt. Er ist mit 28 Millionen Passagieren Nummer zwei in Deutschland und Nummer acht in Europa.

Neue Technologien

Deutschland ist führend auf Gebieten der Telekommunikation, der Industrieroboter und der Präzisionsinstrumente. Als Forschungsstandort hat es ein beträchtliches Potenzial: 20 000 forschende Industrieunternehmen, über 300 Hoch- und Fachhochschulen, 16 Großforschungsanlagen, 66 Max-Planck-Institute und 47 Fraunhofer-Institute (Erfindung des MP3-Verfahrens). Traditionsgemäß betreiben Universitäten Grundlagenforschung und die Industrie vorrangig Forschung, die auf Anwendung zielt.

Die Diskussion um die richtige Technologiepolitik gerät immer wieder in die Schlagzeilen. Sorge besteht, dass die wichtigen Zukunftstechnologien in der Forschung zu kurz kommen. Ein Bericht des Bundesforschungsministeriums belegt, dass deutsche Wissenschaftler am meisten in der Energieforschung und der Chemie, der Informations- und Kommunikationswissenschaft, in Physik, Biotechnologie und Medizin veröffentlicht haben. Zurückgefallen ist Deutschland vor allem in Spitzentechnologien wie der Datenverarbeitung und der Mikroelektronik; im letzten Jahrzehnt aufgeholt hat es in der Halbleiterindustrie (Mikrochips), und zwar durch internationale Kooperation. Führend ist die Bundesrepublik in der Umwelttechnologie.

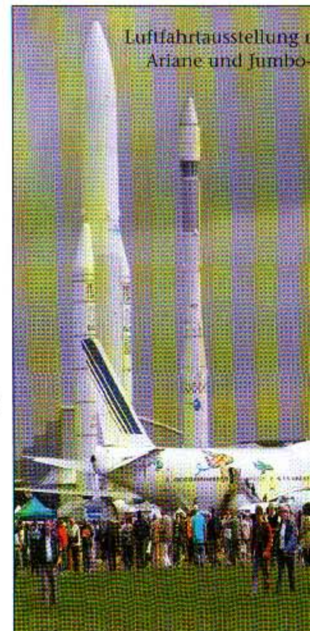
Im Vergleich zu den Wirtschaftsregionen München, Berlin, Hamburg, Köln / Bonn, Rhein-Main, Leipzig / Halle und Dresden nimmt die Region Stuttgart den Spitzenplatz ein. Verglichen wurden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die Zahl der Patente, Technologietransfer von Hochschulen in die Betriebe, Produktivität, Qualifikation der Beschäftigten und der Arbeitsmarkt. Schwerpunkt sind die Automobil- und die Maschinenbauindustrie. Innovationsfreudig sind in Deutschland besonders kleinere und mittelgroße Unternehmen, da flexible Strukturen und Unternehmenskultur kreative Kräfte am ehesten fördern.

Im Brennpunkt steht seit Jahren die Gentechnik. Das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dieser neuen Technologie hat dazu geführt, dass Landwirte gentechnikfreie Zonen ausrufen und der Anbau zurückgegangen ist. In der EU gilt seit 1990 eine Richtlinie, die 12 gentechnisch veränderte Organismen zulässt, unter anderem einige Sorten von Mais und Raps. Diese Richtlinie gilt seit Anfang 2004 auch für Deutschland. Das Gesetz sieht eine Kennzeichnungspflicht vor, die dem Verbraucher die Möglichkeit geben soll nachzuprüfen, was in dem Lebensmittel enthalten ist. Der Verbraucherschutz bemüht sich, die Rechte der Bürger zu stärken. Bio-Produkte sind hoch im Kurs, und die Bio-Branche wächst, wenn auch langsamer als in den letzten Jahren. Es entstehen gentechnikfreie Zonen.

Ein besonderes Kapitel der Hochtechnologie ist die Luft- und Raumfahrt. Hier ist internationale Zusammenarbeit gefragt; nationale Interessen stören aber allzu oft die Harmonie.

Das erfolgreiche europäische Verkehrsflugzeug Airbus bauen Firmen in Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien, Belgien und Italien. Kurz- und Mittelstreckenflugzeuge aus dem Airbus-Programm werden komplett in Hamburg zusammengebaut und ausgeliefert.

Der neue Airbus A 380, das Ergebnis europäischer Zusammenarbeit, bricht alle Rekorde: Er bietet auf zwei Etagen für 555 bis 853 Passagiere Platz. Er ist leicht, verursacht nach Herstellerangaben bis zu 20 Prozent niedrigere Betriebskosten und verbraucht


Luftfahrtausstellung [...] Ariane und Jumbo-[...]

13 Prozent weniger Treibstoff. Wegen seiner Größe ist aber die Zahl der Flughäfen, die den Riesenvogel abfertigen können, noch begrenzt (Länge: 73 m, Spannweite: 79,8 m, Reichweite: 15 000 km). Die Entwicklungskosten betragen fast 12 Milliarden Euro.

Die von der europäischen Raumfahrtbehörde ESA (European Space Agency in Paris) entwickelte Trägerrakete Ariane befördert Satelliten in den Weltraum und sichert damit den Europäern den unabhängigen Zugang zum Weltall. Sie startet vom europäischen Raumfahrtzentrum Kourou in Französisch-Guayana. Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) weist auf ihre zentrale Rolle bei Schlüsseltechnologien wie der satellitengestützten Telekommunikation und der Navigation hin. Europäische Umweltsatelliten wie Envisat oder Metop liefern Daten für die Beobachtung von Wirbelstürmen und damit für frühzeitige Rettungseinsätze. An dem Unternehmen Arianespace sind zwölf europäische Staaten beteiligt.

Ein weiteres Projekt der Europäer ist das Navigationssystem „Galileo", ein Konkurrenzprodukt zum amerikanischen GPS. 30 Satelliten, die von Ariane-5 und Sojus-Raketen ins All befördert werden, sollen die Erde in 2400 Kilometer Höhe umkreisen, um eine zielgenaue, sehr präzise Positionsbestimmung von Schiffen, Flugzeugen und Autos zu ermöglichen. Piloten, Rettungsdienst, Autofahrer können dann direkt und schnell an ihr Ziel gelangen und Touristen finden ihr Hotel, wenn sie den Ort eingeben. Der Einsatz ist ab 2013 geplant; Standort der Satellitenüberwachung wird Oberpfaffenhofen bei München sein.

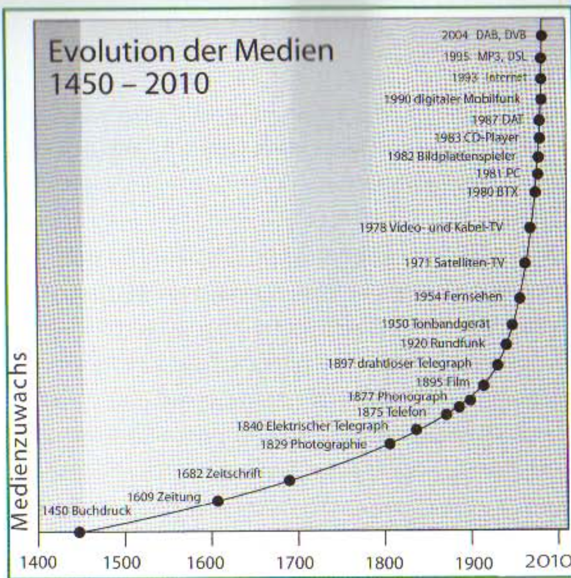
Die D-2-Mission in Zusammenarbeit der DARA (Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten in Bonn) mit der ESA und der NASA war ein Weltraumflug unter deutscher Leitung. Im Jahr 1998 wurde die internationale Raumfahrtstation ISS gestartet; sie wird frühestens 2010 fertiggestellt sein. Die ISS-Station ist größer als ein Fußballfeld und jagt mit 29 000 Stundenkilometern durch den Weltraum. An klaren Tagen ist sie hin und wieder am nächtlichen Himmel zu sehen.

Die bemannte Raumfahrt ist heute teurer als vor dreißig Jahren zur Zeit der Mondlandung, weil die Ansprüche an Sicherheit gestiegen sind. Fast alles, was ein Mensch zum Beispiel auf dem Mars tun kann, lässt sich aber auch von Robotern erledigen. Kameras aus Deutschland waren schon bei der Mars-Mission 1994 dabei und beobachteten auch in der amerikanischen Spirit den „roten Planeten". Die europäische Mars-Sonde Mars-Express wurde 2003 gestartet, zerschellte aber auf dem Planeten: Die Mars-Missionen werden weiterentwickelt.



Während die Kohle- und Stahlindustrie in der Krise stecken, entstehen neue Märkte. Die Reinhaltung von Wasser, Boden und Luft gibt der Umwelttechnikbranche große Chancen für die nächsten Jahre. Man schätzt, dass allein in den neuen Bundesländern hohe Investitionen für die Sanierung der Umwelt benötigt werden. Das betrifft die Trinkwassergewinnung, den Bau von Recyclinganlagen und von emissionsarmen Kraftwerken.

Fünf Schüler aus Deutschland nahmen an dem Nachhaltigkeits-Seminar in den USA teil. Die Themen Klimaschutz und Wasser waren Schwerpunkte der zweiwöchigen Studien. Schülerstipendien sind Bestandteil des Bayer-Klimaprogramms.



Ein besonderes Kapitel ist die Abfallverwertung. Entsorgungs- und Abfallberatungsfirmen entstehen. Das Bundesforschungsministerium hilft neue Stoffe zu entwickeln, die wieder zu verwerten sind, und Verfahren zu finden, die Ressourcen schonen und Abfall reduzieren.

Zu den Boom-Branchen zählt die mobile Kommunikation (Mobilfunk), die mit mehreren Netzbetreibern ihre Dienstleistungen anbietet.
Diese Netze sind fast flächendeckend in Deutschland ausgebaut. Der einheitliche europäische Standard – GSM – ermöglicht das Telefonieren über Grenzen hinweg und hat sich weltweit durchgesetzt.

Neun deutsche Forschungseinrichtungen, u.a. das Geoforschungszentrum in Potsdam (GFZ) und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), haben ein technisch neuartiges Tsunami-Frühwarnsystem entwickelt und gemeinsam mit indonesischen Behörden in Betrieb genommen. Bojen, Seismometer und Sensoren am Meeresboden sollen innerhalb von Minuten Alarm auslösen.

Meldungen aus der Presse:

Himmelsspäher im Orbit

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt DLR ist der Auftraggeber: Der Radarsatellit Terrasar X wurde in Russland in den Orbit geschossen und umkreist nun die Erde alle 95 Minuten. Ein Radar liefert Bilder von der Erde, die Details von sechzehn, drei oder einem Meter zeigen. Im Gegensatz zu fotografischen Satelliten kann er auch nachts und durch Wolken hindurch sehen. Die Aufnahmen werden von Forschern sowie auch kommerziell genutzt.

(nach SZ vom 16./17. 06.2007)



Die Polarstern

Die Polarstern, eines der leistungsfähigsten Polarforschungsschiffe der Welt, wird vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) in Bremerhaven betrieben. Sie dient der Erforschung der Polarmeere und versorgt die ständig besetzten Forschungsstationen in der Arktis (Koldewey-Station) und Antarktis (Neumayer-Station II). Mit ihren 20 000 PS starken Motoren kann sie bis zu 1,5 m dickes Eis mit einer Geschwindigkeit von ca. 5 Knoten durchfahren. 2004/05 legte die Polarstern an einer Eisscholle im Weddell-Meer (Antarktis) an, um die Einflüsse des Meeres, des Eises und der Atmosphäre auf die globalen Veränderungen zu erforschen. 2006/07 war sie über ein Jahr lang in der Antarktis unterwegs.

Neue Polarstation

BREMEN – Deutschland will seine Spitzenstellung in der internationalen Polarforschung weiter ausbauen. So wird der Bund den Bau der 26 Millionen Euro teuren neuen Polarstation Neumayer III in der Antarktis finanzieren. Zusammen mit der ESA, der Europäischen Weltraumorganisation, der 17 europäische Staaten angehören, wird ein neues Baukonzept mit den modernsten umweltschonenden Baustoffen erprobt, wie sie nur in der Raumfahrt eingesetzt werden.

(nach: Abendzeitung vom 27.07.2004; aktualisiert 2007)

Bewusstseinswandel

Drei große Problemfelder beschäftigten die Deutschen seit 1989: das Problem der „inneren Einheit", dann das der Stellung in der Staatengemeinschaft mit der Gegensätzlichkeit von Wirtschaftsmacht und politischem Einfluss und die Gestaltung der europäischen Einheit.

Vierzig Jahre Trennung ließen sich nicht von heute auf morgen bewältigen, bei allen Gemeinsamkeiten, auf die mit Recht verwiesen wird. War doch das Bild von den Geschwistern, die sich nach vierzig Jahren wieder begegnen, nicht ganz aus der Luft gegriffen. Die Grenze war über Jahrzehnte allzu undurchlässig und man hatte sich nicht wie gute Nachbarn austauschen können. Aber Willy Brandts Ausspruch, dass jetzt „zusammenwächst, was zusammengehört", entsprach dennoch der Realität.
Meinungsumfragen haben inzwischen ergeben, dass sich viele Ostdeutsche auch fast zwanzig Jahre nach der Wende nicht anerkannt fühlen. Sie fordern soziale Gerechtigkeit und haben Zweifel am politischen System. Gemeinsam an den notwendigen Reformen arbeiten dürfte der wirksamste Ausweg sein.

In den ersten Jahren der Wiedervereinigung war Identitätskrise das Schlagwort. Diskussionen zu den Themen Nation und Nationalbewusstsein waren an der Tagesordnung. Dann trat eine Trendwende ein. Man fasste wieder Mut und besann sich auf etwas mehr Selbstbewusstsein. In der Mitte Europas will Deutschland seine Rolle innerhalb der Europäischen Union übernehmen und für Ausgleich und Toleranz eintreten. Die Partnerschaft mit Frankreich soll dabei das Fundament sein. Mit der Osterweiterung wird auch ein neues Kapitel in der Nachbarschaft zu Polen aufgeschlagen, das von Überwindung der Skepsis, Zusammenarbeit und der Aufarbeitung der Geschichte geprägt ist.

Die folgenden Auszüge seien Beispiele für die Stufen dieser Entwicklung.

Vor fünf Jahren fand die unerhörte Begebenheit statt. Die Mauer fiel, wir lagen uns in den Armen. Ein Beobachter erklärte: Die Deutschen sind jetzt das glücklichste Volk. Der Ahnungslose. Deutsche und glücklich? Das reimt sich höchstens mal aus Versehen. Wir haben vor allem Probleme zu haben und schwarz zu sehen und auf diese unsere Pflicht haben wir uns denn auch schnell genug wieder besonnen: Die Berliner Mauer ist zwar gefallen, aber nun ist eine Mauer in den Köpfen entstanden. [...]

Die Einigung war für uns der kürzeste Weg zu Freiheit und Demokratie. Die Schwierigkeiten, die wir jetzt haben, sind bescheiden im Vergleich zu den Schwierigkeiten, die wir hätten, wenn wir uns nicht vereinigt hätten. ... Wir im Osten haben vierzig Jahre nach Westen geblickt – heimlich, mit dem Fernseher. Diese Grenze, die uns nicht vor Feinden schützen, sondern am Weglaufen hindern sollte, war das große Ärgernis. Wir wussten: Wenn sie fallen würde (woran wir kaum noch glaubten), wäre es aus mit der SED. Und ganz offiziell hieß es ja: Diese Grenze ist nötig, damit wir den Sozialismus aufbauen können, was ja zugleich hieß: Sie wird entbehrlich, falls das Experiment auf der Farm der Tiere abgebrochen wird.
Wir dachten tatsächlich ohne Arg, ihr freut euch, wenn wir kommen.[...]
Und dann kam die Ernüchterung von 1990. Ich meine nicht das Gerangel um die Staatsverträge. Da hätten wir uns manches anders gewünscht, aber es war von vornherein klar: Hier stoßen sich die Interessen hart im Raum, Patentlösungen gab es nicht und wir konnten nur bitten, nicht fordern.
[...] Und dann hörten wir das befremdliche Bekenntnis: „Ich fühle mich in Paris mehr zu Hause als in Leipzig." Nichts gegen solche Gefühle. Niemand ist verpflichtet, sich in Leipzig zu Hause zu fühlen. Paris ist eine herrliche

Stadt. Gefühle fallen unter den Schutz der Privatsphäre. Es ist nur die Frage, ob solche Gefühle zum Zensor für unerhörte Begebenheiten geeignet sind. [...]
Das vereinigte Deutschland sei durch die Ungleichzeitigkeit bestimmt, liest man. Ich übersetze: Die im Osten sind zurückgeblieben. Zugrunde liegt die Vorstellung, da gäbe es einen (gesetzmäßigen? – so nannten das die Marxisten) Gang der Entwicklung, und die Westler seien halt weiter als wir im Osten. Wir müssen nachholen, also Schüler werden. Nun ist daran jedenfalls dies richtig: Wir haben im Osten Erfahrungsdefizite, die sich aus der Diktatur ergeben. Wir sind ungewohnt im freien Wort, ungewohnt im Umgang mit dem Rechtsstaat, ungewohnt in der Kunst der Selbstdarstellung und Selbstempfehlung und manches mehr. Wir im Osten haben manchmal den Eindruck, in einigen dieser Künste seien manche Westler allzu weit fortgeschritten, mehr Schein als Sein. Ungleichzeitigkeit aber heißt etwas anderes: zurückgeblieben. Wir seien, heißt es dann, noch auf dem Stand der Fünfzigerjahre. ... Wir hängen altdeutschen vordemokratischen Mustern nach, wollen Gemeinschaft statt Streitkultur, autoritäre Führung statt bloß auf Legitimationsdefizite zu reagieren, verweigern uns dem notwendigen Modernisierungsschub und hängen rückwärtsgewandten Sehnsüchten nach. Kurz: Wir sind eine Gefahr, weil wir einen Rechtsruck befördern.

[...] Gibt es das nicht, dass auch ihr ein ganz kleines bisschen von unseren Erfahrungen lernen oder sie wenigstens versuchsweise interessiert zur Kenntnis nehmen könntet? Wir haben etwas erlebt, das ihr nicht erlebt habt. Es ist natürlich ein bloßer Witz, dass wir nach vierzig Jahren just auf dem Stand der westlichen Fünfzigerjahre gelandet sind. Das wäre ja eine seltsame prästabilisierte Harmonie des Geschichtsablaufs.
[...] Ich beichte gern: Wir im Osten wünschen uns politische Führung, das heißt ein plausibles Angebot für die nächsten Schritte und Ziele auf dem Weg zur deutschen Einigung. ... In der DDR gab's den Spruch: „Alle machen mit, keiner weiß Bescheid." Ganz so arg ist es im vereinigten Deutschland nicht. Aber wir sind doch nicht deshalb von vorgestern, weil wir erwarten, der Konsens über nächste Schritte und nächste Ziele könnte größer und konkreter sein.

(aus: „Sind wir ein Volk?" von Richard Schröder, Prode der theologischen Fakultät an der Humboldt-Universität Berlin, in: DER SPIEGEL, Dokument 2 vom März 1994, S. 9, 10/11, 13, 14)

Deutschland und Europa – das ist das nächste große Thema, das die Politik seit den Neunzigerjahren beherrscht. Hierzu einige Stimmen:

Die Bundesrepublik sei ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg, meinte ein deutscher Politiker vor Jahren (Helmut Schmidt, Bundeskanzler von 1974 bis 1982). In dieser Rolle fühlte man sich in Westdeutschland über Jahrzehnte recht wohl und war damit zufrieden. Erst mit der Vereinigung setzte praktisch über Nacht die Diskussion über das nationale Selbstverständnis ein. Niemand war darauf vorbereitet und dementsprechend widersprüchlich waren die Fragen und vor allem die Antworten: Die einen verhielten sich vorsichtig und abwartend, die anderen preschten vor und plädierten für mehr Selbstbewusstsein. Einerseits verknüpfte man die Zukunft des vereinigten Deutschland eng mit der Entwicklung Europas, andererseits hatte man einen Staat vor Augen, der sich verantwortungsvoll in der Weltpolitik engagierte.
Inzwischen ist die Gestaltung und die Zukunft Europas in den Mittelpunkt des Interesses gerückt.



Europa – ein Modell?

Europa ist Vision und Realität zugleich. Beide Sichtweisen begegnen uns täglich in Zeitungen, Zeitschriften, Politikerreden, aber auch in Ausstellungen und Initiativen verschiedenster Art. Realität ist meist die ökonomische Seite, Vision das Nachdenken über Staat, Union, Verfassung und das kulturelle Miteinander.
In die Vision mischen sich auch kritische Töne. Richtig ist, dass die Staaten Europas in ihrer Vielfalt sind nicht von heute auf morgen unter einen „Deckel" zu bringen. Da reichen 40 Jahre Binnenmarkt und fünf Jahre gemeinsame Währung nicht unbedingt aus. Hoffnung machen Umfragen unter Jugendlichen, die sich zu einem hohen Prozentsatz durchaus als Europäer verstehen.

Aufmerksam hört man auf den Publizisten Jeremy Rifkin, der Europa Modellcharakter zuspricht. Und unbestritten ist ja: Die europäischen Staaten haben es geschafft, dass staatsbürgerliche Rechte über den eigenen Staat hinaus verbürgt werden. Die EU-Verträge reichen über die nationalen Grenzen hinaus, die Gesetze haben Vorrang vor den nationalen Gesetzen. Eine Gemeinschaft, die auf Konsens aufgebaut ist, wo hat es das schon gegeben? Zugegeben oftmals knirscht es und die nationalen Interessen kommen hoch, aber bisher ist es immer gelungen, widerstrebende Länder einzubinden.
Europa hat ein Parlament, eine Währung, einen Binnenmarkt. Innerhalb von wenigen Jahrzehnten ist die EU zur drittgrößten politischen Institution geworden und zum größten Binnenmarkt mit 140 Großfirmen, die 40% des Welthandels beherrschen.
Kulturell ist Europa eine Chance für gelebte Vielfalt. Universitäten sind vernetzt und die Schulen gehen internationale Partnerschaften ein. Ein Ereignis, während die Osterweiterung gefeiert wurde, sei stellvertretend erwähnt: Sechs Theater aus sechs europäischen Städten – Bratislava, Ljubljana, Luxemburg, Vilnius, Frankfurt und Hamburg – führten in den Teilnehmerstädten das Theaterstück „Learning Europe" auf, das ironisch, nachdenklich und lustig die eigene Kultur und die kulturellen Unterschiede auf die Bühne brachte.

20 Jahre Fall der Mauer – ein Rückblick

20 Jahre sind vergangen, seit die Berliner Mauer fiel und die Menschen sich begeistert umarmten. Der Jubel damals hat allen vorgegaukelt, nun wäre das große Ziel der Einheit erreicht, das man vorher kaum für möglich gehalten hätte. Nun würde alles gut, den „Rest" würde man „mit links" machen. In dieser Phase der Hochstimmung fiel auch das Wort von den „blühenden Landschaften" (S. 88), die unausweichlich kommen würden. Wer zögerlich war, war nicht auf der Höhe der Zeit.

Nach der Öffnung der Grenzen setzten sich die Menschen in Ost und West spontan in ihre Autos und bereisten den jeweils anderen, unbekannten Teil des Landes. Man lud sich gegenseitig ein und wollte sich kennenlernen. Wer wusste schon im Westen, was ein „Broiler" ist oder ein Kombinat oder in welchem Zusammenhang das Wort „Strecke" benutzt wird. Und wer wusste schon im Osten, wozu ein Steuerberater gut ist und warum man Mehrwertsteuer bezahlen muss. Das waren verschiedene Welten, durch eine unüberwindbare Mauer und Todesstreifen geteilt.

Und heute? Überrascht stellt man fest, dass Ältere, die noch nicht drüben im Osten waren, an ihren Vorurteilen festhalten: zu ärmlich, zu viele Rechtsradikale, später, wenn alles besser sein wird ... Ganz anders die Jüngeren: Sie sprechen von interessantem Flair, interessieren sich für die Geschichte und respektieren, dass Leute auch eine andere Geschichte haben können als sie selbst.
Sonst ist die Aufarbeitung ziemlich festgefahren, Schubladendenken macht sich breit. In Ostdeutschland hat einerseits eine Verdrängung stattgefunden, eine Tabuisierung

der DDR, auch in den Schulen. Der Sozialforscher Klaus Schröder von der Freien Universität Berlin löste großes Erstaunen aus, als er herausfand, dass Schüler in den neuen Bundesländern große Wissenslücken aufweisen. Dass die DDR eine Diktatur gewesen ist, scheint nur jeder Zweite zu wissen. Sicher, der Palast der Republik war keine Schönheit, aber er war Erinnerung für viele. Jetzt wird ein Zentrum mit Barockfassade entstehen, dass von der Kaiserzeit direkt in die Moderne überzuleiten scheint, als hätte es die DDR nie gegeben. Als Fußnote der Geschichte werde sie übrig bleiben, ist nachzulesen.

Andererseits sprechen literarische Stimmen und vor allem der Film eine andere Sprache. Ingo Schulze (S. 120) beschreibt, wie es war, damals, und Uwe Tellkamp (S. 120) zeichnet die Zeit vor der Öffnung detailgetreu nach. Filme wie „Good bye, Lenin" (S. 131) oder "Das Leben der anderen" (S. 132) fanden eine nachhaltige Resonanz. Andere Filme thematisieren fiktionale oder halbfiktionale Schicksale der späten DDR, z.B. „Der Tunnel" oder „Die Frau vom Checkpoint Charly". Immer geht es um Befindlichkeiten, um Erinnerungen, auch um positive Empfindungen, denn man hat ja nicht 40 Jahre im luftleeren Raum gelebt. Sicherheiten der früheren Zeit werden beschworen und allzu leicht wird vergessen, dass die Konstruktion des Staates einen Fehler hatte und nicht ohne Grund zusammengefallen ist. Westlichen Besserwissern standen östliche Unsicherheit gegenüber. Es gab Gewinner und Verlierer, gewonnen wurden auf jeden Fall Freiheit, Freizügigkeit und Lebenskultur.
So befinden wir uns nach 20 Jahren noch immer in einer Nachwendezeit, in der die demokratischen Werte ins rechte Licht gerückt werden müssen. Die Spanne einer Generation scheint zu kurz zu sein, um alle Verwerfungen zu lösen.
Aber die Zeit birgt auch Chancen: die Anerkennung unterschiedlicher Prägungen, die in der Vergangenheit stattgefunden haben. Das Erbe der Spaltung ist damit der Schlüssel für den Zusammenhalt der Staaten in Europa.

Egon Bahr hat das Wort

Das deutsche Selbstverständnis ist in den Jahrzehnten der Teilung ziemlich verkümmert. Für den einen Staat war die NATO unter Führung Amerikas Staatsraison, für den anderen das sozialistische Lager unter Führung der Sowjetunion. Der Nation konnte dennoch keine Seite entkommen. Seit der Einheit ist die Tradition der alten Bundesrepublik fortgesetzt worden, die Hoffnung und ehrliche Absicht zugleich war: die Geschichte der Nation hinter uns zu lassen und eine europäische Föderation, am besten die Vereinigten Staaten von Europa, zu schaffen.

Aber keiner unserer westlichen Partner wollte seiner Nation entkommen. Und für die neuen Partner im Osten war die Nation Quelle und Ausdruck ihrer Souveränität und Freiheit. In dem Augenblick der Verhandlung über eine europäische Verfassung erwies sich: Keiner der 24 Partner wollte den deutschen Traum teilen. Sie wollten die Zukunft im Nebeneinander der Nationalstaaten gestalten. Deutschland muss also wie jeder andere europäische Staat seine Interessen souverän formulieren und vertreten. Völkerrechtlich ist das kein Problem, wohl aber psychologisch; denn kein anderes Volk teilt unsere Vergangenheit. Aber die deutsche Vergangenheit darf die europäische Zukunft nicht belasten.
Wir können von unseren Nachbarn lernen: Nationalstolz ist kein Nationalismus. Es gibt einen sehr genau erkennbaren französischen, polnischen, italienischen oder türkischen Weg. Das deutsche Selbstverständnis gestattet nicht nur, es verlangt einen deutschen Weg. Das Heranwachsen eines Europas der Nationalstaaten verlangt in seiner Mitte ein Deutschland mit einem gesunden Patriotismus.

(aus einem Interview mit Egon Bahr, in: vorwärts 11/2006: Egon Bahr gilt als „Architekt der Ostverträge". Viele Jahre hat er eng mit Willy Brandt zusammengearbeitet.)

Anhang

Historische Rückblende


1


2


3



4


5


6

1: Kriegsende 1945
2: Potsdamer Konferenz 1945
3: Errichtung der Berliner Mauer 1961
4: DDR-Bürger protestieren 1989
5: Unterzeichnung des 2+4-Abkommens
6: Öffnung der Mauer 1989

Bis zum Jahr 1000

um Christi Geburt Auf dem Gebiet des heutigen Deutschland siedeln germanische, keltische und slawische Stämme.

9 n. Christus Schlacht im Teutoburger Wald: Nach der Eroberung Galliens durch Julius Cäsar und nach der Niederlage der römischen Truppen im Teutoburger Wald errichten die Römer ihre Garnisonen an Rhein und Donau. Die Ursprünge der Städte Köln, Trier, Mainz, Regensburg u.a. gehen auf diese Zeit zurück. Die Römer bleiben bis zum Beginn der Völkerwanderung Ende des 4. Jahrhunderts.

ca. 400 – 800 Zerstörung des Römischen Reichs durch germanische Stämme – Goten, Franken und Langobarden. Entstehung des Frankenreichs.

Anfang 8. Jh. Angelsächsische Missionare, darunter der Mönch Bonifatius, missionieren den Norden Germaniens. Gründung von Klöstern. Die Sachsen werden nach jahrelangen, blutigen Kriegen von Karl dem Großen unterworfen und christianisiert.

800 Krönung Karls des Großen vom Papst in Rom zum Kaiser des Heiligen Römischen Reichs. Die Imperiumsidee eines alle Christen umfassenden, nach einheitlichem Recht gestalteten Reichs wird vom Römischen Reich übernommen. Karl der Große schafft die Einheit des Rechts und der Verwaltung in seinem Reich. Er zieht Gelehrte an seinen Hof in Aachen. Er gilt als „Vater des christlichen Abendlandes". Deshalb ist er von begeisterten Europäern als Leitbild für die Einigung Europas angesehen worden.

10./11.Jh. Bau der großen romanischen Dome in Magdeburg, Hildesheim, Worms, Speyer und Mainz. Das Bistum Magdeburg wird Zentrum der Missionierung östlich der Elbe. Zahlreiche Städte werden an den Verkehrs- und Handelswegen gegründet.

Das Mittelalter

Mitte 12. Jh.– Mitte 13. Jh. Herrschaft der Staufer. Friedrich I. stärkt in der Auseinandersetzung zwischen kirchlicher und kaiserlicher Macht seinen Herrschaftsanspruch auf Italien. Die Stauferburgen in Italien entstehen.

um 1200 Die Zeit der Stauferherrschaft und der Kreuzzüge ist die Blütezeit der mittelhochdeutschen höfischen Dichtung. – Aus der Romanik entwickelt sich die Gotik: der Kölner Dom, das Freiburger Münster, Backsteingotik in Nord- und Ostdeutschland.

13. Jh. In diesem Jahrhundert entstehen viele Burgen und Stadtbefestigungen. Einzelne Territorialfürsten, so der Sachsenkönig Heinrich der Löwe, erweitern ihre Macht östlich der Elbe.

1250 – Ende 15. Jh. Machtverlust der Zentralgewalt. Wirtschaft und Handel entwickeln sich. In den Städten und den Städte-Bünden (die Hanse) entsteht eine neue bürgerliche Kultur, die sich mit der feudal-ritterlichen auseinander setzen muss. Das neue Lebensgefühl drückt sich in prächtigen Patrizierhäusern, Rathäusern und Festsälen aus. Die mittelalterlichen Stadtanlagen in Nördlingen und Rothenburg ob der Tauber und das Rathaus in Lübeck werden gebaut. In den Städten schließen sich die Handwerker in Zünften zusammen, um ihre Rechte wahrzunehmen. Gleichzeitig verarmt der Ritterstand teilweise zum Raubrittertum.

1291 Die drei reichsunmittelbaren Bauerngemeinden Uri, Schwyz und Unterwalden finden sich zum Rütlischwur, einem „ewigen Bund", zusammen. Er soll ein Schutz ihrer Souveränität gegen die territorialen Ansprüche der Habsburger sein. Das ist der Beginn der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

1348 Gründung der ältesten deutschen Universität in Prag. Böhmen erlebt unter Karl IV. (1346–1378) seine Glanzzeit. Prag ist eine der größten Städte Europas.

Die Reformation

ab 1400 Das Zeitalter ist gekennzeichnet von wachsender Rechtsunsicherheit und sozialen Spannungen. Das verarmende Rittertum fordert immer häufiger Naturalabgaben und Dienstpflichten von den Bauern. – In die Zeit des ausgehenden Mittelalters fallen viele Entdeckungen: Johannes Gutenberg erfindet die Buchdruckerkunst in Mainz (um 1450). Diese Erfindung trägt wesentlich zur Verbreitung der lutherischen Reformideen bei. Bis 1500 entstehen über 1000 Druckereien, die über 35 000 Druckerzeugnisse produzieren.

um 1500 Höhepunkt der spätgotischen deutschen Malerei und Altarschnitzkunst (Veit Stoß, Tilman Riemenschneider, Albrecht Dürer).

31. Okt. 1517 Der Augustinermönch Martin Luther veröffentlicht in Wittenberg seine 95 Thesen, die eine Reform des katholischen Glaubens zum Ziel haben. Er verwirft die hierarchisch-kultische Mittlerstellung der Kirche und tritt für eine unmittelbare Gotteserfahrung ein. Die lutherischen Ideen breiten sich schnell aus.

1521 Luthers Bibelübersetzung ist die Grundlage einer einheitlichen deutschen Hochsprache. Er muss sich auf der Wartburg in Sicherheit bringen, nachdem der Bann des Papstes und die Reichsacht gegen ihn ausgesprochen worden sind.

1555 Der Religionskrieg zwischen Kaiser Karl V. und den protestantischen deutschen Fürsten endet mit dem Augsburger Religionsfrieden: Der Landesfürst bestimmt durch seine Religionszugehörigkeit die seiner Untertanen, d.h. die protestantischen Fürsten haben sich behauptet. Der Norden und die Mitte Deutschlands werden protestantisch, der Westen und Süden bleiben zum größten Teil katholisch.

ab 1556 Das Reich der Habsburger, das auch Spanien und die Niederlande umfasst, zerfällt in eine spanische und eine österreichisch-deutsche Linie. Als die Habsburger 1526 Ungarn und Böhmen erobern, nimmt die spätere österreichisch-ungarische Monarchie allmählich Gestalt an.

16. Jh. Viele deutsche Städte kommen zu großem Wohlstand infolge sich entwickelnder weltweiter Handelsbeziehungen. Kapitalistische Frühformen werden sichtbar: Bankiers wie die Augsburger Fugger und Handelsgesellschaften werden die Geldgeber von Fürsten und Kaisern. Reformation und Gegenreformation beeinflussen das Schulwesen: Universitäten (Jena, Gießen) werden gegründet. Luther und Melanchthon setzen sich für Neuerungen ein. Der Jesuitenorden gründet eigene Schulen.

1618–1648 Im Zuge der Gegenreformation versuchen die Habsburger in Böhmen den katholischen Glauben durchzusetzen. Das ist der Beginn des 30-jährigen Krieges. Äußerer Anlass ist der „Prager Fenstersturz": protestantische tschechische Adlige werfen den habsburgischen Gesandten aus dem Fenster der Prager Burg. Aus dem Religionskrieg entwickelt sich ein skrupelloser Machtkrieg der neuen Großmächte um die europäische Vorherrschaft.

1648 So genannter „Westfälischer Friede" in Münster. Der 30-jährige Krieg ist ein bedeutender historischer Einschnitt: Schweden und Frankreich werden führende Mächte. Die Niederlande und die Schweiz werden selbstständige Staaten. – Die Bevölkerungszahl ist von 17 Millionen (1618) auf 8 Millionen infolge von Krieg, Hunger und Seuchen gesunken. Reiche Städte und Dörfer sind niedergebrannt und ausgeraubt.

Ende 17.–Ende 18. Jh.

1683 Österreich muss sich gegen die Türken wehren, die vor Wien stehen. Mit dem Sieg erweitert es seine Machtstellung nach Osten. – Zu dieser Zeit gibt es in Deutschland ca. 100 Reichsfürsten und 1500 selbstständige Landesherren, nur das Kurfürstentum Brandenburg-Preußen ist auf dem Weg zum späteren Königreich Preußen (1701).

1650–1750 Zeit des Absolutismus in Europa, der höfisch-barocken Prachtentfaltung. Vorbild ist der Hof Ludwigs XIV. in Versailles, die Zentralisierung des Staates und der Bürokratie sowie des Wirtschaftslebens. Entstehung von zwei absolutistischen Staaten: Österreich-Ungarn unter den Habsburgern und Preußen unter den Hohenzollern. Der neue, aus Italien kommende Architekturstil des Barock dient der Repräsentation, der staatlichen wie der kirchlichen. Die barocke Baukunst feiert Triumphe im katholischen Süden Deutschlands, im protestantischen Norden war es die Musik, die Ausdruck eines neuen Lebensgefühls wird. Unter dem sächsischen Kurfürsten August dem Starken (1694–1733) entstehen die barocken Schlösser Dresdens. Der Kurfürst regiert mit barocker Pracht: Er ist Baumeister und Kunstsammler, ein Verschwender und „Don Juan".
Im Wien der Habsburger werden barocke Schlösser geschaffen: Belvedere und Schönbrunn. Die zahlreichen Schlösser, die in den deutschen Residenzstädten entstehen, sind noch heute überall zu besichtigen. Das Volk hat keinen Zugang zu den prunkvollen Festen, die der höfischen Gesellschaft vorbehalten sind. Theateraufführungen werden fester Bestandteil des höfischen Lebens, nur im spartanischen Preußen ist das Theater verbannt. Hier herrschen preußische Tugenden: Treue, Opferwilligkeit, Unbestechlichkeit, Pünktlichkeit und Sparsamkeit. Andererseits werden Untertanengeist und Militarismus gefördert. Der Absolutismus führt besonders in den Kleinstaaten zu grenzenloser Willkür; aus Geldmangel verkaufen Fürsten ihre Untertanen als Leibeigene in fremde Armeen. In Schillers „Die Räuber" (1782) wird die Willkür der Herrschenden angeprangert.

1740 Maria Theresia von Österreich und Friedrich II. von Preußen treten ihre Regierung an.

1799 Napoleon wird Erster Konsul der französischen Republik. Er beginnt mit der Neuordnung Deutschlands: Linksrheinische Gebiete gehen an Frankreich. Kleine Territorien werden größeren Gebieten – Bayern, Baden, Württemberg, Preußen, Hessen – zugeschlagen.

Das 19. Jahrhundert

1806 Der deutsche Kaiser Franz II. nennt sich von nun an nur noch Kaiser von Österreich. Das ist das Ende des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Napoleonische Kriege. Nach 20-jährigen Kriegswirren ist der Absolutismus des Fürstentums „von Gottes Gnaden" am Ende. Der Staatsbürger verlangt nach Einfluss, nach einer Verfassung und einem Parlament.

1810 Gründung der Berliner Universität durch den Kulturminister Preußens, Wilhelm von Humboldt. Fichte, der erste Rektor, rüttelt in seinen Reden den nationalen Widerstand gegen Napoleon wach.

1813 Niederlage Napoleons bei Leipzig.

1814/15 Eine Neuordnung Europas nach den Napoleonischen Kriegen ist das Ziel des Wiener Kongresses. Resultat ist der Deutsche Bund, der seinen Sitz in Frankfurt am Main hat, unter der Führung des österreichischen Fürsten Metternich. Der Bund besteht aus 39 Staaten. Der Habsburger Monarchie unter Metternich gelingt es, allerdings durch Unterdrückung liberalen Geistes, die Völker – Deutsche, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Kroaten, Serben, Italiener – zusammenzuhalten. Die restaurative Politik Metternichs bringt zwar 30 Jahre Frieden durch die Abwehr nationaler Strömungen, gleichzeitig aber ist sie nicht im Stande, einer sich wandelnden Gesellschaft evolutionär Rechnung zu tragen.

1817 Gründung der Burschenschaften als liberale und nationale Bewegungen.

27.05.1832 Das Hambacher Fest: Die erste Großdemonstration in der deutschen Geschichte für Freiheit und nationale Einheit. Kundgebung vor der Kulisse der Hambacher Schlossruine (Pfalz).

1848 Die Revolution der französischen Kleinbürger und Arbeiter weitet sich auf Preußen, Österreich und Bayern aus. Es geht um die nationale Einheit, um eine freiheitliche Verfassung und um die Garantie der Bürgerrechte. Die Paulskirchenversammlung in Frankfurt/Main arbeitet eine vorbildliche Verfassung aus, die aber mangels einer zentralen politischen Macht nicht durchgesetzt werden kann. Verfassun-

gen und Parlamente werden von den Monarchen, d.h. von oben, ausgearbeitet bzw. eingerichtet.

Februar 1848 Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlichen das „Kommunistische Manifest".
Neben den Bemühungen des Bürgertums um einen Nationalstaat artikulieren sich die revolutionären Ideen in Hinblick auf das Industrie-Proletariat. In Preußen – wie auch in Österreich – haben die konservativ-reaktionären Kräfte die Oberhand; eine sozialdemokratische Arbeiterpartei setzt sich in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg parlamentarisch nicht durch.

1862–1871 Fürst Otto von Bismarck, der konservative preußische Ministerpräsident (1871–1890 Reichskanzler), erreicht die Einigung Deutschlands im kleindeutschen Rahmen, d.h. ohne Österreich.

1871 Kaiserproklamation im Schloss Versailles nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71. Dieses Zweite Kaiserreich war im Geist preußisch und konservativ. Die deutschen Staaten behalten ihre Hoheit in Recht, Kultus und Verwaltung. Das Wilhelminische Kaiserreich ist gekennzeichnet durch widerstrebende Elemente: eine unerhört dynamische industrielle Entwicklung (Krupp-Werke in Essen, Elektrokonzern Siemens und Halske in Berlin, Chemiekonzern Bayer u.a.) und eine Umwandlung des sozialen Gefüges; Aufstieg der Sozialdemokratie trotz der restriktiven Sozialistengesetze. Nach außen betreibt das Reich Großmachtpolitik, z.B. imperialistische Kolonialpolitik im Konflikt mit England und Frankreich, die mit deutlich nationalistischen und chauvinistischen Tendenzen einhergeht.

Das 20. Jahrhundert

1914 Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo und Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

1914–1918 Der Erste Weltkrieg, der zehn Millionen Menschen das Leben kostet, verändert die Welt total: Die Weltmächte USA und Russland (ab 1922 UdSSR), China und Japan gestalten von nun an die Weltgeschichte mit. Drei Monarchien – die deutsche, russische und die habsburgisch-österreichische – danken ab.

1919 Aus den Territorien der Habsburger Monarchie entstehen die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Österreich. Gründung der Republik Polen. Südtirol wird von der neu gegründeten Republik Österreich abgetrennt. Deutschland wird eine Republik.
Die Linken spalten sich in Sozialdemokraten und radikale Linke, die einen Umsturz nach sowjetischem Vorbild herbeiführen wollen.

1919 Unterzeichnung des Versailler Vertrags, der Deutschland die alleinige Kriegsschuld anlastet. Die Folge sind hohe Reparationszahlungen.

1919 Die Weimarer Verfassung tritt in Kraft. Der erste Reichspräsident der Weimarer Republik ist der Sozialdemokrat Friedrich Ebert.

1929 Der Börsenkrach in New York führt zur Weltwirtschaftskrise.

1930 In den Wahlen wird die NSDAP (= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) Adolf Hitlers zweitstärkste Partei.

1932 Es gibt 6 Millionen Arbeitslose. Hitler überrollt das Land mit einer demagogischen Propagandamaschinerie, die parlamentarische Rechtsstaatlichkeit verliert jede Basis. Sie wird von der Forderung nach dem autoritären Führerstaat zunichte gemacht. Bei den Wahlen 1932 verlieren die alten Parteien der Republik die Mehrheit.

1933 Hitler wird von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die Parteien und die Länderregierungen werden gewaltsam aufgelöst. Mitglieder der SPD, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben und Kommunisten werden von nun an verhaftet, misshandelt und ermordet.
Die ersten Konzentrationslager entstehen in Dachau (bei München) und in Oranienburg (bei Berlin). – Die faschistische Diktatur wird durch eine Wahl legalisiert. Die Aufrüstung beginnt.

1935 Die Nürnberger Gesetze legalisieren die Diskriminierung und Verfolgung der Juden.

1938 Hitler marschiert in Österreich ein. Die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei fordern den Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland. England und Frankreich geben der aggressiven Außenpolitik Deutschlands um des Friedens willen nach und willigen in die Abtretung des Sudetenlandes ein. In der Folge dieser Ereignisse verliert die Tschechoslowakei 1939 ihre staatliche Existenz. (Diese wird 1945 wieder hergestellt, die Sudetendeutschen werden vertrieben.)

9./10.11.1938 Reichskristallnacht: Zerstörung von Synagogen, jüdischen Friedhöfen, Wohn- und Geschäftshäusern durch die Nationalsozialisten; Verhaftung, Berufsverbote und Konfiskation jüdischen Vermögens.

August 1939 Nichtangriffspakt mit Stalin.

1. Sept. 1939 Deutsche Truppen marschieren in Polen ein.

ab 1940 Deutsche Truppen besetzen Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Jugoslawien und stehen vor Moskau. – Die USA treten in den Krieg ein.

1943 Die deutsche 6. Armee geht in Stalingrad zu Grunde, aber der Krieg dauert noch zwei Jahre und nimmt immer brutalere Formen an. Schon seit 1933 gibt es Konzentrationslager, aber erst ab 1943 ist die Maschinerie des Todes perfekt. Bis zum Krieg sind die KZs vorwiegend Internierungs- und Arbeitslager. Nach 1939/40 werden in Osteuropa die Vernichtungslager zur „Endlösung der Judenfrage" gebaut. Verschleppt werden auch Menschen, die in der wirren Ideologie des NS-Regimes keinen Platz haben: Geistliche, sog. „Arbeitsscheue", Homosexuelle, geistig Behinderte.

Januar bis Mai 1945 Die Konzentrationslager werden von der Roten Armee (Auschwitz – Birkenau) und von amerikanischen und britischen Truppen

(Buchenwald, Bergen-Belsen, Dachau, Mauthausen) befreit. Noch kurz vor Kriegsende, als die Rote Armee vorrückt, schickt die SS Tausende von Häftlingen auf Gewaltmärsche Richtung Westen und versucht, die verräterischen Beweise zu vernichten.

ab 1942 Amerikaner und Engländer fliegen Luftangriffe auf die deutsche Rüstungsindustrie und auf die Großstädte.

1943 Verhaftung und Hinrichtung der Widerstandskämpfer der Weißen Rose (Kreis um Hans und Sophie Scholl), die an der Münchner Universität in Flugblättern zum Widerstand und zur moralischen Erhebung aufgerufen haben.

6. Juni 1944 Die Alliierten landen in Frankreich.

20. Juli 1944 Das Bombenattentat auf Hitler misslingt. Seiner Rachejustiz fallen viele Widerstandskämpfer (u.a. Graf Stauffenberg) zum Opfer.

Februar 1945 Jalta-Konferenz, auf der Stalin (UdSSR), Roosevelt (USA) und Churchill (Großbritannien) das Vorgehen der Alliierten beschließen: Festlegung der Oder-Neiße-Grenze bis zu einer Friedenskonferenz, Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen.

30. April 1945 Selbstmord Hitlers

8. Mai 1945 Deutschland wird von der Roten Armee und den West-Alliierten besetzt. Waffenstillstand und bedingungslose Kapitulation.

1945 Als Vertreter der Siegermächte treffen sich: Churchill und Attlee (Großbritannien), Truman (USA) und Stalin (UdSSR). Sie beschließen die Errichtung eines Alliierten Kontrollrats, die völlige Entmilitarisierung Deutschlands, ordnen die Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetzgebung und die Bestrafung der Kriegsverbrecher an.
Das Potsdamer Abkommen: Die Gebiete östlich der Oder-Neiße werden unter die Verwaltung Polens und der Sowjetunion gestellt. Das restliche Deutschland wird in eine französische, britische, amerikanische und sowjetische Zone aufgeteilt. In Berlin werden vier Sektoren eingerichtet.

1945 Deutsche Kriegsverbrecher werden in den Nürnberger Prozessen abgeurteilt.

40 Jahre Teilung: 1949–1989

1948–1949 Berlin-Blockade: Die UdSSR sperrt alle Wege zwischen Westberlin und Westdeutschland. Die Stadt wird von den USA und Großbritannien über eine Luftbrücke versorgt.

1949 Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (= DDR, aus der sowjetischen Besatzungszone). Der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, betont im Bundestag, dass die Bundesrepublik Deutschland „allein befugt" sei, „für das deutsche Volk zu sprechen" (Alleinvertretungsanspruch). Er betreibt die Integration in den Westen; zur gleichen Zeit schließt sich die DDR unter Walter Ulbricht den östlichen Verbündeten an. Zwischen Ost- und Westeuropa entsteht der sogenannte „Eiserne Vorhang"; die Zeit des „Kalten Krieges" beginnt. 1955 werden zwei Bündnissysteme geschaffen: im Westen die NATO, im Osten der Warschauer Pakt. Zwei getrennte Wirtschaftssysteme entwickeln sich: die EWG (= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und das östliche COMECON.

1952 Die UdSSR schlägt den Westmächten vor, einen Friedensvertrag mit Deutschland, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, abzuschließen. Die Westmächte und die Bundesregierung lehnen ab und fordern freie Wahlen. Die DDR-Regierung verlangt für Besucher Aufenthaltsgenehmigungen und kappt in Berlin die Telefonverbindungen zu den West-Sektoren.

1953 Die Regierung der DDR nimmt die Erhöhung der Arbeitsnormen um mindestens zehn Prozent nicht zurück. Volksaufstand: Am 17. Juni retten nur noch Panzer der sowjetischen Armee die Herrschaft des SED-Regimes. Der politische Aufstand der Arbeiter wird blutig niedergeschlagen.

1954 Die UdSSR erklärt die Souveränität der DDR.

1955 Die Bundesrepublik wird ein souveräner Staat. Sie wird Mitglied des Atlantischen Bündnisses (NATO).

1956 Die DDR-Volkskammer beschließt die Schaffung der Nationalen Volksarmee (NVA). Zwei Wochen zuvor hatte die Bundeswehr ihren Dienst begonnen. Die DDR tritt dem Warschauer Pakt bei.

März 1957 Am 25. März wurden die Römischen Verträge von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden in Rom unterzeichnet. Die Verträge bestehen aus dem EWG-Vertrag (Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG) und dem Vertrag für die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Sie sind die Grundlage für die spätere Europäische Gemeinschaft (EU). Im März 2007 feierte die EU den 50. Jahrestag ihrer Gründung.

1959 Deutschlandkonferenz in Genf mit Delegationen der Bundesrepublik und der DDR wird ohne Ergebnis vertagt.

1960 Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft ist abgeschlossen.

Juni 1961 Der Staatsratsvorsitzende der DDR Walter Ulbricht sagt auf einer Pressekonferenz in Ostberlin: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten."

13.8.1961 Errichtung der Berliner Mauer.

16.8.1961 Die DDR schließt die Grenzen zu Westdeutschland.

1963 Elysée-Vertrag als Grundlage der deutsch-französischen Freundschaft.

1968 Höhepunkt der studentischen Protestbewegung für eine Demokratisierung der Hochschule und die Veränderung der Gesellschaft. Kritik gegenüber allen Anpassungsformen der Leistungsgesellschaft (antiautoritäre Bewegung). – Entstehung der außerparlamentarischen Opposition (APO). Die RAF = Rote Armee Fraktion, verantwortlich für Attentate vor und nach 1970, erklärte sich 1998 für aufgelöst.

1969 Die SPD unter Willy Brandt übernimmt zusammen mit der F.D.P. die Regierung (Bundeskanzler von 1974 bis 1982: Helmut Schmidt SPD, ab 1982 Helmut Kohl CDU)

August 1970 Unterzeichnung des Gewaltverzichtsabkommens mit der UdSSR, wenig später mit Polen. Mit dem Verzicht auf Gewalt und der Anerkennung bestehender Strukturen trägt die Entspannungspolitik zur Normalisierung bei.

1970 Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph

treffen sich in Erfurt und beginnen den deutsch-deutschen Dialog.

1971 Bewohner von Westberlin dürfen wieder Besuche in Ostberlin machen.

1971 Willy Brandt erhält für die neue Ostpolitik den Friedensnobelpreis.

1972 Vier-Mächte-Abkommen über Berlin bringt Erleichterungen im innerdeutschen Transitverkehr.
Deutsch-deutscher Grund(lagen)vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen.

1974 DDR und Bundesrepublik richten „Ständige Vertretungen" ein (keine Botschaften).

1.8.1975 33 europäische Staaten, die USA und Kanada unterzeichnen die KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)-Schlussakte: Vereinbarungen über Gewaltverzicht, die Unverletzlichkeit der Grenzen, Zusammenarbeit. – Die KSZE wird 1992 zu einer festen Institution.

1976 Der Sänger Wolf Biermann wird während einer Tournee in der Bundesrepublik ausgebürgert. Danach werden in der DDR weitere Schriftsteller verurteilt oder vertrieben.

1981 Staats- und Parteichef Honecker lädt Bundeskanzler Schmidt ein.

1987 Besuch Honeckers in der Bundesrepublik.

ab August 1989 Montagsdemonstrationen in den großen Städten der DDR.

September 1989 Ungarn öffnet seine Grenzen. Innerhalb von drei Tagen verlassen 15 000 DDR-Bürger ihr Land über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik.
Die Bürgerrechtsbewegungen „Neues Forum" und „Demokratie jetzt" melden sich zu Wort, etwas später die Gruppe „Demokratischer Aufbruch".

September/Oktober 1989 Demonstrationen in Leipzig, Ostberlin, Dresden und anderen Städten für Meinungs- und Versammlungsfreiheit („Wir sind das Volk – Keine Gewalt") und für Reformen. Einzelne evangelische Pfarrer stellen sich offen an die Spitze der Opposition.

18.10.1989 Rücktritt von Partei- und Staatschef Erich Honecker. (1992 wird ihm in Berlin der Prozess gemacht. Auf Grund seines schlechten Gesundheitszustands wird das Verfahren aufgehoben. Honecker darf zu seiner Familie nach Chile ausreisen, wo er am 29.5.1994 stirbt.)

4.11.1989 Eine Million Menschen demonstrieren in Ostberlin für Meinungsfreiheit und offene Grenzen.

8.11.1989 Das Politbüro der SED tritt zurück.

9.11.1989 Öffnung der Grenzen. Zehntausende fahren nach Westberlin. Auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor wird begeistert gefeiert.

13.11.1989 In Leipzig Demonstrationen für weitere Reformen. Aufschrift „Deutschland, einig Vaterland".

Januar 1990 Die Zentrale des Staatssicherheitsdienstes in Ostberlin wird gestürmt.

Februar 1990 Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher erreichen in Moskau die prinzipielle Zustimmung des sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow zur Vereinigung.

März 1990 Zum ersten Mal seit 40 Jahren finden freie (Volkskammer-) Wahlen in der DDR statt.

Juni 1990 Die beiden deutschen Parlamente verabschieden den Staatsvertrag, in dem die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion festgelegt wird. Diese politisch notwendige, aber durch die Eile wirtschaftlich nachteilige Entscheidung ist noch heute umstritten. – Erklärung zur Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze zu Polen.

1.7.1990 Der deutsch-deutsche Staatsvertrag tritt in Kraft. Die D-Mark gilt in ganz Deutschland. Die Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze sind abgeschafft.

Juli 1990 Kohl und Gorbatschow treffen sich im Kaukasus. Kohl erhält die Zusage, dass das vereinte Deutschland die volle und uneingeschränkte Souveränität erhalten soll. Es kann über seine Bündniszugehörigkeit (NATO) selbst entscheiden.

Juli 1990 Die Volkskammer der DDR beschließt die Wiederherstellung der fünf Länder.

1.8.1990 Der Einigungsvertrag (eigentlich „Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands") regelt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Er enthält die Bestimmungen zur Überleitung in Bundesrecht für alle Bereiche des öffentlichen Lebens (Justiz, Verwaltung, Kultur usw.) und legt besondere Bestimmungen für übergangsweise geltendes Recht der DDR fest.

12.9.1990 2+4-Vertrag („Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland"): Die Außenminister der alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterzeichnen einen Vertrag, der dem vereinigten demokratischen Deutschland den Weg ebnet; der „Kalte Krieg" ist damit zu Ende.
Die Siegermächte geben anschließend ihre Rechte und Verantwortlichkeiten für Berlin und Deutschland als Ganzes auf. Dem vereinten Deutschland wird die volle Souveränität eingeräumt.

3.10.1990 Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

2./3.10.1990 Um Mitternacht wird die Vereinigung feierlich begangen. Vor dem Reichstagsgebäude in Berlin findet eine Feier statt, die in ein Fest und ein Feuerwerk überleitet.

November 1990 Besuch Gorbatschows in Bonn. Unterzeichnung des „Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit" beider Länder und des „Vertrages über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik".

Die Vereinigung und danach

2.12.1990 Erste gesamtdeutsche Wahlen zum Bundestag.

Juni 1991 Vertrag mit Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit.
Im Bundestag fällt die Entscheidung für Berlin als Regierungs- und Parlamentssitz.

1991 Stasi(Staatssicherheits)-Unterlagen-Gesetz: Jeder Bundesbürger kann ab 1.1.1992 beantragen, dass nach Stasi-Unterlagen über ihn gesucht wird; wurde er bespitzelt, bekommt er die Kopien sämtlicher Akten inklusive der Namen der Spitzel und Denunzianten.

21./22.9.1991 Die Ausschreitungen Rechtsradikaler gegen Asylbewerberheime in Hoyerswerda (Sachsen) eskalieren.

22.8.1992 Krawalle Rechtsradikaler in Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern): Jugendliche setzen einen Häuserblock in Brand und bringen dadurch 100 Vietnamesen in Lebensgefahr.

23.11.1992 Bei einem Brandanschlag in Mölln (Schleswig-Holstein) werden drei türkische Bewohnerinnen getötet. (Die Täter werden wenige Tage später festgenommen und nach einem längeren Prozess verurteilt.) – In vielen Städten finden daraufhin Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit statt. – Einige neonazistische Vereinigungen werden verboten.

2.12.1992 Der Bundestag verabschiedet den Vertrag von Maastricht (Europäische Union).

6.12.1992 In München und später in anderen Städten der Bundesrepublik wird mit Lichterketten gegen Fremdenhass, Rechtsradikalismus und Gewalt demonstriert.

6.12.1992 Die Parteien einigen sich auf den Asylkompromiss: das Individualrecht auf Asyl bleibt erhalten, Missbrauch soll verhindert werden.

17.12.1992 Die Gesellschaft für Deutsche Sprache (Wiesbaden) erklärt „Politikverdrossenheit" zum Wort des Jahres 1992.

1.1.1993 Der Europäische Binnenmarkt tritt in Kraft.

26.5.1993 Der Bundestag verabschiedet die Änderung des Grundgesetzartikels 16 (Asyl): Flüchtlinge aus einem „sicheren Drittstaat" sind nicht mehr asylberechtigt.

29.5.1993 In Solingen wird ein Brandanschlag auf ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus verübt. Fünf Frauen und Mädchen verbrennen. Ein 16-Jähriger und drei weitere Jugendliche werden festgenommen.

1991–1993 Assoziierungsverträge mit Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien. Partnerschaftsabkommen mit der Ukraine und Russland im Frühjahr 1994. Die Verträge sehen einen schrittweisen Zugang zum Europäischen Binnenmarkt vor. Außerdem Bildung einer Freihandelszone mit Estland, Litauen und Lettland.

November 1993 Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft. Die EG (Europäische Gemeinschaft) wird zur EU (Europäische Union); das bedeutet Zusammenarbeit in der Außen- und Wirtschaftspolitik, Vorbereitung einer gemeinsamen Währung, mehr Mitentscheidungsrechte für das Europäische Parlament, Regionalförderung wirtschaftlich schwächerer Staaten, Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik. Das Subsidiaritätsprinzip soll bürgernahe Entscheidungen fördern und unnötigen Zentralismus vermeiden.

Februar 1994 Der Bundestag debattiert über Kunst und nationale Symbole. Der bulgarisch-amerikanische Künstler Christo darf 1995 den Reichstag in Berlin für 14 Tage mit Stoff verhüllen. Christo will in Zeiten des Übergangs Zeichen setzen und zur Auseinandersetzung mit der Geschichte herausfordern. Die Resonanz seiner Aktionen im Juni/Juli 1995 ist überwältigend.

September 1994 Die russischen Truppen und die alliierten Streitkräfte verlassen offiziell die Bundesrepublik Deutschland. Sie werden in Berlin getrennt verabschiedet.

01.01.1995 Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens in die EU.

26.03.1995 Das Schengener Abkommen über die Abschaffung der Personenkontrollen an innereuropäischen Grenzen tritt in Kraft. Dies betrifft derzeit nur bestimmte Staaten und wird bisher nicht konsequent durchgeführt. Ein Informationssystem (SIS) mit Fahndungscomputer in Straßburg soll Personendaten austauschen und somit nach der Öffnung der Grenzen zur Sicherheit beitragen.

8. Mai 1995 50. Jahrestag des Kriegsendes. Seit Beginn des Jahres finden unter dem Zeichen der Versöhnung und gegen das Vergessen Gedenkfeiern, Ausstellungen, Tagungen, Lesungen und Dankgottesdienste statt. Gefeiert wird in Paris, London, Moskau, Washington, Oslo, Warschau, Tel Aviv, in Berlin und in allen größeren deutschen Städten. Presse, Funk und Fernsehen bieten historisches Material, Gespräche und Interviews an historischen Stätten. Beteiligt sind Politiker, Künstler, Augenzeugen und nicht zuletzt auch die jüngere Generation. Niederlage oder Befreiung sind die politischen Reizwörter: Befreiend ist das wachsende Bewusstsein, dass Wachsamkeit, Widerspruch und Zivilcourage notwendig sind, auch in der Demokratie.

Februar 1990 Deutsche Konzerne und Banken verpflichten sich, einen Entschädigungsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter einzurichten.

31.12.1995 Tod von Heiner Müller (s. Seite 116), zuletzt Leiter des Berliner Ensembles.

1996/97 Europagipfel zur Revision des Maastricht-Vertrages: Reformbedürftig sind die Entscheidungsmechanismen und die Verfahren zur Erarbeitung einer gemeinsamen Außen-, Verteidigungs-, Innen- und Rechtspolitik. Um neue Mitglieder aufnehmen zu können, müssen die EU-Institutionen demokratischer und handlungsfähiger werden.

1997 Vertrag von Amsterdam: Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments.

1997 Der Bundestag beschließt ein Gesetz, das die Unrechtsurteile unter dem NS-Regime annulliert.

1.8.1998 Die Rechtschreibreform tritt in Kraft. Sie bleibt stark umstritten.

1.1.1999 Beginn der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Einführung des Euro als Währungseinheit mit festen Wechselkursen zu den nationalen Währungen. 1 Euro = 1,95583 DM

März 1999 Agenda 2000: Die 15 Regierungschefs der EU einigen sich auf das Reformpaket Agenda 2000. Es regelt die Ausgaben von 600 Milliarden Euro bis zum Jahr 2006. Die Einigung ist Voraussetzung für die Ost-Erweiterung der EU (Aufnahme der Reformländer).

Juni 1999 Neuwahl des Europäischen Parlaments.

19. Juni 1999 Die europäischen Bildungsminister stecken die Ziele zur Schaffung eines europäischen Hochschulraumes ab (= Bologna-Prozess):
1. Die Einführung eines Systems vergleichbarer Abschlüsse.
2. Die Einführung eines zweistufigen Systems von Bachelor- und Master-Studium.
3. Die Zusammenarbeit zwischen den

Hochschulen. Der Prozess soll bis 2010 abgeschlossen sein.

1.1.2000 Beitritt Griechenlands in die EU.

23.3.2000 Zwangsarbeiter-Entschädigung: Nach monatelangen Verhandlungen einigen sich Deutschland, die USA und Israel sowie die fünf europäischen Staaten und Opferverbände in Berlin auf die Verteilung von zehn Milliarden DM in der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft.

März 2000 EU-Beschäftigungsgipfel in Lissabon: Die Beschäftigungsquote (derzeit 60%) in der EU soll bis 2010 70% betragen. Die Sozialsysteme sollen überprüft werden. Die EU-Kommission wird detaillierte Analysen zum Lohnniveau und zu gesetzlichen Regelungen in den Mitgliedsstaaten machen. Ziel: Die Union soll der wettbewerbsfähigste und dynamischste Wirtschaftsraum der Welt werden.

Juni 2000 Bundeskanzler und die Chefs der großen Energieunternehmen einigen sich über den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie.

Juli 2000 Der Bundesrat billigt die Green Card, eine Legitimation für die zeitlich begrenzte Beschäftigung von außerhalb der EU wohnhaften Computerspezialisten in Deutschland.

August 2000 Ein Gericht in Halle verurteilt drei Skinheads als Mörder des Mosambikaners Alberto Adriano in Dessau zu langjährigen Haftstrafen.

September 2000 Ein Jahr nach Bundestag und Bundesregierung nimmt auch der Bundesrat offiziell seinen Sitz in Berlin.

31.10.2000 Die erste feste Besatzung der Internationalen Raumstation ISS startet ins All. Sie bleibt vier Monate an Bord.

9.11.2000 Mehr als 200 000 Menschen setzen auf einer Demonstration gegen rechtsextreme Gewalt ein Signal gegen Fremdenhass.

11.12.2000 Der EU-Gipfel in Nizza beschließt eine EU-Charta der Grundrechte und ebnet den Weg für die Osterweiterung.

2000 PISA (Programme for International Student Assessment): Studie im Auftrag der OECD, die schulische Leistungen regelmäßig mit einem standardisierten Verfahren untersucht, um die Bildungssysteme der Staaten zu vergleichen und die Bildungskompetenz der Schüler zu erfassen. PISA-Studie 2000: Teilnahme von ca. 180 000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren in 32 Staaten.
Die PISA-Studie war ein Schock: Deutschland auf Platz 20 von 32 Ländern, z.B. in der Leseleistung.

Juli 2001 Klimagipfel in Bonn, ein mühseliger Kompromiss.

August 2001 Die Bundeswehr schickt Soldaten nach Mazedonien.

11. September 2001
Terroranschlag in New York. Die USA rufen den „Krieg gegen den Terror" aus.

Dezember 2001 Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn: Einigung auf eine Übergangsregierung, UN-Friedenstruppe sichert den Prozess.

31. Dezember 2001 Abschied von der D-Mark, die ersten Euros sind da.
Die Euro-Umstellung führt zu einer allgemeinen Teuerung.

Januar 2002 1200 deutsche Soldaten werden nach Afghanistan verlegt.

Februar 2002 Im Februar 2002 berief der Bundeskanzler die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt". Unter der Leitung von VW-Vorstandsmitglied Dr. Peter Hartz („Hartz-Kommission") haben 15 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft eine neue Ordnung für den Arbeitsmarkt entworfen: Hartz I: Einrichtung von Personal-Service-Agenturen, Hartz II: Einrichtung von Mini-Jobs und Ich-AGs, Hartz III: Umbau der Bundesanstalt für Arbeit in die Bundesagentur für Arbeit (BA), Hartz IV: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II.

September 2002 Bundestagswahl: SPD und Grüne führen die Koalition unter Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer fort.

Oktober 2002 Deutschland legt sich fest: Nein zu einer militärischen Aktion gegen den Irak.

Oktober 2002 Deutschland verfehlt die Stabilitätskriterien der EU. Mehr als 3% des Bruttosozialprodukts Schulden.

31. Dezember 2002 Magnetschwebebahn wird in Shanghai in Betrieb genommen: 30 km, Bauzeit zwei Jahre, Spitzengeschwindigkeit 430 km/h. Bisher fährt keine Bahn in Deutschland.

Dezember 2002 4,3 Mio. Arbeitslose, kein wirtschaftlicher Aufschwung in Sicht.

ab Januar 2003 Deutschland ist nichtständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat.

22. Januar 2003 US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bezeichnet Deutschland und Frankreich, die einen Krieg gegen den Irak ablehnen, als „altes Europa".

Frühjahr 2003 Anti-Kriegsproteste: 85% der Deutschen sind gegen einen Militärschlag im Irak.
Der Westen redet viel über die Ursachen des Terrorismus und viele sind sich einig: Globale Armut, Unwissenheit und Hoffnungslosigkeit, Intoleranz, Hass und Hochmut der Religionen sind Quellen des Terrorismus.

Februar 2003 Deutschland und die Niederlande übernehmen das Kommando über die ISAF -Schutztruppe in Afghanistan.

März 2003 Bundeskanzler Gerhard Schröder stellt die Agenda 2010 vor. Die Agenda 2010 werde helfen, „Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu sichern und die Grundwerte unseres Gemeinwesens zu stärken". Die Agenda setzte umfassende Reformen in Gang u.a. für folgende Bereiche: Renten, Gesundheit, Kündigung, Ausbildungsplätze, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Bildung (Ganztagsschulen), Handwerk, Gemeindefinanzen, Steuer usw.

Juni 2003 Die IG-Metall muss ihren Streik in Ostdeutschland für die Einführung der 35-Stunden-Woche ergebnislos abbrechen.

Juli 2003 Der EU-Konvent beendet seine Arbeit am Entwurf einer Verfassung.

13.07.2003 Im mexikanischen Pueblo läuft der letzte VW-Käfer vom Band: Seit 1938 das 21.529.464. Auto.

14.09.2003 Die Schweden lehnen die Einführung des Euro ab.

24.10.2003 Die Afghanistan-Mission der Bundeswehr wird auf die Region Kundus ausgedehnt.

12.02.2004 Zweihundertster Todestag des großen Philosophen Immanuel Kant.

1. Mai 2004 Osterweiterung: 10 weitere Staaten treten der EU bei.

23. Mai 2004 Horst Köhler wird von der

Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt (2000 – 2004 Direktor des internationalen Währungsfonds IWF in Washington).

13. Juni 2004 Wahlen zum Europa-Parlament

2./3. September 2004 Ein Großbrand zerstört den Rokokosaal und 30 000 Bücher der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar. Die 1691 gegründete Bibliothek besitzt wertvolle Schätze aus der Blütezeit der deutschen Klassik, darunter die mit 3900 Bänden - größte „Faust"-Sammlung und mittelalterliche Handschriften. Seit 1998 Weltkulturerbe der UNESCO.

September 2004 Das berühmteste Museum Dresdens, das Grüne Gewölbe Augusts des Starken mit Schätzen der Goldschmiedekunst und Kostbarkeiten aus Bernstein, Elfenbein, Perlen und Edelsteinen, wird im Residenzschloss nach 60 Jahren wiedereröffnet.

September 2004 Das weltgrößte Solarstromkraftwerk geht in der Nähe von Leipzig (Sachsen) ans Netz.

Sommer 2004 Demonstrationen gegen die Arbeitsmarktreformen. Schwerpunkt der Proteste in Ostdeutschland. Demokratie und Sozialstaat sind in den Köpfen eng verknüpft; notwendiger Sozialabbau, der die Sozialsysteme sichern soll, führt zu Ablehnung und Verweigerung. Extreme Gruppierungen am linken und rechten Rand des Parteienspektrums profitieren von den Protestwählern. Da vor allem rechtsextreme Parteien keine Lösungen anzubieten haben, ist ihr Verbleib in den Parlamenten immer nur von kurzer Dauer.

12. Januar 2005 Das Europa-Parlament verabschiedet die neue EU- Verfassung.

26. Januar 2005 Das Bundesverfassungsgericht ermöglicht die Erhebung von Studiengebühren.

16. Februar 2005 Das Kyoto-Protokoll tritt in Kraft. 141 Staaten verpflichten sich, ihre Emissionen bis 2012 um 5% gegenüber 1990 zu verringern.

20. Februar 2005 Spanien stimmt der EU-Verfassung zu.

13. April 2005 Das Europa-Parlament stimmt mit großer Mehrheit für den Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007.

19. April 2005 Der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger wird zum Papst gewählt. Er nennt sich Benedikt XVI. Er ist der erste deutsche Papst seit fast 500 Jahren.

25. April 2005 Bulgarien und Rumänien unterzeichnen die Verträge für den EU-Beitritt im Jahr 2007. Die EU wächst weiter.

27. April 2005 Der neue Airbus A 380, der weltgrößte Passagierjet, absolviert seinen Erstflug.

12./13. Mai 2005 Bundestag und Bundesrat verabschieden die EU-Verfassung mit großer Mehrheit.

29. Mai 2005 Die Franzosen lehnen in einer Volksabstimmung die EU-Verfassung ab.

1. Juni 2005 Die Niederländer lehnen die Verfassung ab. Schon angenommen haben: Luxemburg, Spanien, Italien, Malta, Griechenland, Lettland, Litauen, Deutschland, Slowakei, Ungarn, Österreich, Zypern. Die Zukunft der EU-Verfassung ist unsicher. Die EU muss bürgernäher werden, um mit dem Rückschlag fertig zu werden.

Juni 2005 Bund und Bundesländer legen ein Programm für den Aufbau von Spitzen-Unis auf.

5. Juni 2005 Die Schweizer stimmen für den Beitritt zum Schengener Abkommen. Die Personenkontrollen an den Grenzen sollen 2008 wegfallen.

18. September 2005 Bundestagswahl: Ergebnis ist ein Kräfteverhältnis, das zur Großen Koalition von CDU und SPD führt. Grüne und F.D.P. gehen in die Opposition, zu der auch die neue Linkspartei gehört.

28. September 2005 Der Bundestag beschließt die Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan.

4. Oktober 2005 Die EU-Außenminister beschließen die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Türkei. EU und die Türkei nehmen Verhandlungen auf.

15. November 2005 Das Forschungsschiff „Sonne" setzt die ersten Tsunami-Warnbojen aus.

22. November 2005 Angela Merkel wird zur ersten Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die Kanzler vor ihr waren: Konrad Adenauer (1949-1963), Ludwig Erhard (1963-1966), Kurt Georg Kiesinger (1966-1969), Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982), Helmut Kohl (1982-1998), Gerhard Schröder (1998-2005).

10. Dezember 2005 Der in München lehrende und forschende Prof. Theodor Hänsch erhält den Nobelpreis für Physik für seine Beiträge zur Laserspektroskopie.

2006 Mozartjahr: Am 27. Januar ist Mozarts 250. Geburtstag.

Mai 2006 Die EU verabschiedet die Dienstleistungs-Richtlinie. Innerhalb der EU-Staaten öffnen sich die Märkte. Bürokratie wird abgebaut. Die Richtlinie muss innerhalb von drei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden.

Juni 2006 Beginn des Einsatzes der Bundeswehr im Kongo.

Juni 2006 Im Städte-Ranking der 50 größten Städte (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) steht München an der Spitze (Arbeitsmarkt). Es folgen Frankfurt (höchste Einkommen), Stuttgart und Düsseldorf. Dresden hat auf Rang 10 aufgeschlossen. Berlin rangiert ganz hinten.

Juni/Juli 2006 Fußballweltmeisterschaft in Deutschland.

Juni/Juli 2006 Bundestag und Bundesrat verabschieden die Föderalismusreform, eine Verfassungsreform: 1. Der Bundesrat muss nur einem Drittel statt zwei Drittel der Gesetze zustimmen. Der Staat wird schneller. 2. Dafür bekommen die Bundesländer mehr Rechte in der Bildung (Ganztagsschulen, Zulassung zum Studium).

August 2006 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), auch Antidiskriminierungsgesetz genannt, tritt in Kraft.

Herbst 2006 10 Unis qualifizieren sich im Rahmen der „Exzellenzinitiative" als „Elite-Hochschulen". Bund und Länder fördern die Spitzenforschung.

2006-2007 Die Konjunktur springt an und die Zahl der Arbeitslosen sinkt

1. Januar 2007 Bulgarien und Rumänien treten der EU bei.

2007 Die EU wird ein einheitlicher Zahlungsraum, der grenzüberschreitende Zahlungen und Kredite erlaubt.

März 2007 Klimagipfel: Die Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer beschließen 3 x 20% bis zum Jahr 2020: 20% Reduzierung des CO2-Ausstoßes, 20% Anteil alternativer Energien (heute

13%), 20% Steigerung der Energieeffizienz. In das Ergebnis konnten die USA einbezogen werden.

März 2007 Die EU feiert den 50. Jahrestag ihrer Gründung.

Juni 2007 Die G8-Staaten, die 50% des Welthandels kontrollieren, beschließen in Heiligendamm an der Ostsee unter der Präsidentschaft Deutschlands die Festlegung von Klimaschutzzielen bis 2009 und die Erhöhung der Hilfe für Afrika und die Entwicklungsländer.

Juni 2007 EU-Konferenz in Brüssel: Verabschiedung eines EU-Reformvertrages als Ersatz für eine EU-Verfassung.

August 2007 Im Gästehaus Meseburg (Mecklenburg) beschließt die Regierung ein umfangreiches Paket zum Klimaschutz (bis 2020 25-30% erneuerbare Energien beim Strom, Ausbau von Heizkraftwerken, strengere Energie-Standards für neue und alte Gebäude).

Juni 2008 Siemens gibt den Transrapid in Deutschland auf. Die neue Technologie hat sich nicht durchgesetzt.

Juni 2008 Das EU-Parlament beschließt die Rückführungs-Richtlinie zum Umgang mit illegalen Einwanderern (Bedingungen der Abschiebehaft und Mindestgarantien). Enttäuscht reagieren die Flüchtlingsorganisationen und Amnesty International.

Juni 2008 In einem Referendum sagen die Iren Nein zum Vertrag von Lissabon. Damit ist der Reformprozess der EU vorerst gestoppt.

Herbst 2008 Die internationale Bankenkrise wirkt sich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Die Marktwirtschaft kann sich nicht selbst regulieren, der Staat greift regulierend ein.

Literatur

Die Literaturliste enthält eine Auswahl von Büchern, Schriften und Statistiken, aus denen zitiert wird und die während der Arbeit am Buch zu Rate gezogen wurden. Die nach den Kapiteln der Landeskunde zusammengestellten Quellen können zum Teil eine Anregung für die weitere Lektüre sein. (Nicht nochmals erwähnt werden die bereits mit Datum zitierten Texte aus der Süddeutschen Zeitung, SZ)

Statistisches Jahrbuch 2006 für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006
Schlüsseldaten 20. Jahrhundert, Harenberg Lexikon-Verlag, Dortmund 1993
Volks-Ploetz, Auszug aus der Geschichte, 5., aktualisierte Auflage, Verlag Ploetz, Freiburg und Würzburg 1991
Martin und Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland, Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, Paul List Verlag, München 1993
Das Lexikon der Gegenwart 2000, Fakten, Trends, Hintergründe, Harenberg Lexikon-Verlag, Dortmund 2000
Harald Geiger / Manfred Mürbe / Helmut Wenz, Beck'sches Rechtslexikon, Beck/dtv Nr. 5601
Christoph Parry, Menschen, Werke, Epochen, Eine Einführung in die deutsche Kulturgeschichte, Max Hueber Verlag, Ismaning 1993

Kapitel 1

dtv-Atlas zur deutschen Sprache, Tafeln und Texte mit Mundart-Karten, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1992
Ruth Reiher, Schrippe, Stulle und Molle, www.hu-berlin.de/presse
Ruth Reiher, Berlinisch heute. Kompetenz - Verwendung - Bewertung, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2001
Vorwärts, Sozialdemokratisches Magazin, Vorwärts Verlag, Bonn, Nr. September 2000 (Gemeinsam in Deutschland leben)
SPIEGEL Spezial, Juden und Deutsche, SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein, Hamburg, August 1992
Deutsche im Ausland, Fremde in Deutschland, hrsg. Klaus J. Bade, C.H. Beck'sche Verlagsanstalt, München 1992
Deutsches Ausländerrecht, Einführung von Helmut Rittstieg, Beck Jurist. Verlag, dtv Taschenbücher Bd. 5537, München 2005
Dirk Ostgathe / Christian Nowicki, Zuwanderungsrecht kompakt, Boorberg-Verlag, Stuttgart. 2005
Beate Winkler, Zukunftsangst Einwanderung, Beck'sche Reihe 471, München 1992
Iris Hoßmann, Margret Karsch, Reiner Klingholz u.a., Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich Regionen verändern, hg. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, dtv, München 2008-10-25

Kapitel 2

Deutschland, Zeitschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft Nr. 3 1999 (Der Bundestag in Berlin)
Thilo Koch (Text) / Werner Neumeister, Erhard Pansegrau (Fotografie), Deutschland, F. Bruckmann, München 1991
SPIEGEL Spezial, Preußenstadt Potsdam 1000 Jahre, SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein, Hamburg, April 1993
30 Jahre Universität Bayreuth, Beilage des Nordbayerischen Kuriers vom 26.11.2005
Simona Block, Soli Deo Gloria, Die Dresdner Frauenkirche wird am Sonntag geweiht, in: Nordbayerischer Kurier vom 28.10.2005
Heinz Stade, Falko Behr, Erfurt. Den Wandel zeigen, Edition Leipzig , Leipzig 2005
Baedecker Allianz Reiseführer, Deutschland, Mair DuMont, Ostfildern 2005
Merian Hefte: Deutschland, Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Bonn, Köln, Karlsruhe, Osnabrück, Harz
unesco Info: www.unesco-welterbe.de, Die 30 Welterbestätten in Deutschland, Kölner Dom
Hamburg: Das Magazin der Hansestadt vom April 2007
Rügen – Bauboom verschandelt Deutschlands größte Insel, in greenpeace magazin 04.07, S. 64
Metropolregion Hannover, eine Beilage der Süddeutschen Zeitung vom Mi, 11.Juni 2007
Magdeburg überrascht, Reisetipps – von Magdeburg bis zum Harz, Broschüre 2007

Kapitel 3

Halt! Keine Gewalt, hrsg. Arbeitsgemeinschaft Jugend & Bildung, Wiesbaden, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern
Folgende Nummern von *JUMA* Das Jugendmagazin und *TIP*, Landeskunde im Deutschunterricht, Redaktion Köln: JUMA 1/92, 4/92, 1/93, 3/93; TIP 1/91, 3/91, 1/92, 4/92, 1/93, 2/93, 3/93, 1/94)
15. Shell Jugendstudie „Jugend 2006", „Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck", hg. Shell AG, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2006
Eine rechte Kulturrevolution im Osten? Gesinnung statt Gewalt (I), Wie die Jungen abdriften (II). in: *SZ* vom 23. und 26.11.1998
Wilhelm Heitmeyer/Joachim Müller: Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen, hg. vom Bundesministerium der Justiz, Bonn 1995
Manja Greß / Florian Oertel, Einsatz gegen Rechts, in: Nordbayerischer Kurier 18./19.06.2005 / dpa, Hamburg
„Ein perfektes Team", x-bay stellt euch die Kandidaten des Jugendparlaments vor, in: Nordbayerischer Kurier vom 10./11. März 2007
Liebe nach Terminkalender?, in Nordbayerischer Kurier vom 24./25. März 2007
Lilo Berg, Die Alten kommen, in: Süddeutsche Zeitung vom 30./31.10.1993
Vorwärts, Sozialdemokratisches Magazin, Vorwärts Verlag, Bonn, Nr. März 1993 (Die Deutschen werden älter)
Doreen Lehmann, „Altes Eisen?" Vom (Un)Ruhestand Älterer, in: KWA (Kuratorium Wohnen im Alter)-Journal 3/2005
Sanfter Urlaub - aber wie?, Urlaub und Freizeit mit der Natur, Kampagne: Freizeit, Sport, Tourismus, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Bonn, April 1991
Das neue Amt, das Ehre macht, Deutschland ist nicht das Land der sozialen Kälte, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 04./05.04.1998
Thüringen schrumpft dramatisch, in Thüringer Allgemeine vom 17.11.2005
Wie sich die Leute freuen, Hilfe für Münchner in Not. in: Menschen im Blickpunkt, Das Magazin des Münchner Roten Kreuzes, Dez. 2005

Kapitel 4

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, C.H.Beck, 9. Auflage, München 2007
Die politische Ordnung in Deutschland, hrsg. Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, München 2004
Gerhard Buchner, Die Bundesrepublik Deutschland, Basiswissen für Staatsbürger, Humboldt-Taschenbuchverlag Jacobi, München 1994
Richard von Weizsäcker, Von Deutschland aus, Reden des Bundespräsidenten, Corso bei Siedler, Wolf Jobst Siedler, Berlin 1985
Europa-Recht, Europäische Union, EG-Vertrag, Europäisches Prozessrecht, Europarat-Satzung, Menschenrechtskonvention, Beck-Texte im dtv, 22. Auflage, München 2007
Auf dem Weg zur Europäischen Union, Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Maastricht, hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1992
Südkurier vom 30.04./01.05.2004 (Europa überwindet seine Spaltung)
Wer entscheidet was? - Parlament, Rat, Kommission: Die Organe der EU, in: Süddeutsche Zeitung vom 30.11.2005
Nordbayerischer Kurier vom 03./04.01. 2004 (Die Quote ist der Maßstab)
Über kurz oder lang zum Abitur, in: SZ vom 02.04.1998
Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Darstellung der Kompetenzen, Strukturen und bildungspolitischen Entwicklungen für den Informationsaustausch in Europa, KMK, Bonn 2003, S. 33
Hochschulkreform. Besserer Know-how-Transfer, in: Das IHK-Magazin für München und Oberbayern 11/2005
Jugendrecht (u.a. Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit, Jugendarbeitsschutzgesetz, Berufsbildungsgesetz, Berufsbildungsförderungsgesetz, BaföG), Beck-Text im dtv, München 1993
Handwerk: Zünftiges Kartell, in: Der Spiegel 7/1999
Johannes Eber, Mehr Betriebe - Weniger Arbeit, in SÜDKURIER vom 12.02.2005
Meisterzwang. Starker Zulauf in Handwerksberufe, in SÜDKURIER vom 12.2.2005
Lernen in Netzen; Guter Rat für Weiterbildung, in : Nordbayerischer Kurier vom 01.03.1999

Kapitel 5

H. A. und E. Frenzel, Daten deutscher Dichtung, Chronologischer Abriß der deutschen Literaturgeschichte, Band 1 und 2, 26. Auflage, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1991
Dieter Krusche, Reclams Filmführer, 8., neubearbeitete Auflage, Philipp Reclam, Stuttgart 1991
Volker Bohn, Deutsche Literatur seit 1945, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1993
Max Frisch, Schweiz als Heimat? Versuche über 50 Jahre, hrsg. von Walter Obschlager, 2. Auflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1990
Friedrich Dürrenmatt und Max Frisch, in: Konturen. Magazin für Sprache, Literatur und Landschaft 1/1992, S. 47-58
„Schreiben ist das Schlechteste, was ich kann, darum muss ich's immer wieder probieren." Adolf Muschg im Gespräch über Literatur, die Schweiz und die Staatskunst, in: Konturen 1/1994, S. 15–19
Peter Handke, Die Stunde da wir nichts voneinander wußten, Ein Schauspiel, Suhrkamp Weißes Programm Schweiz, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1992
Reiner Kunze, Die wunderbaren Jahre, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1976
Über Deutschland, Schriftsteller geben Auskunft, hrsg. Thomas Rietzschel, Reclam Verlag, Leipzig 1993
Christa Wolf, Auf dem Weg nach Tabou. Texte 1990–1994, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1994; für die Bundesrepublik Deutschland: Luchterhand Literaturverlag, München
Christa Wolf, Hierzulande Andernorts, Erzählungen und andere Texte, 1994-1998, Luchterhand Verlag, München 1999
Günter Grass, Gegen die verstreichende Zeit, Reden, Aufsätze und Gespräche 1989-1991, Luchterhand Literaturverlag, Hamburg und Zürich 1991
Günter Grass, „Ein guter Satz muss Atem haben", G.G. liest seine Texte gerne vor, in: mobil, Das Magazin der Bahn 10/2005, S. 7-8
Erika und Klaus Mann, Escape to Life, Deutsche Kultur im Exil, edition spangenberg, München 1991
Ingo Schulze, Simple Storys, Ein Roman aus

der ostdeutschen Provinz, Berlin Verlag, Berlin 1998
Ingo Schulze, Neue Leben, Berlin-Verlag, Berlin 2005
Robert Ide, Geteilte Träume. Meine Eltern, die Wende und ich, Luchterhand Literaturverlag, Köln 2007 (S. 211/212)
Said, Freund: In Deutschland leben, Ein Gespräch, C.H. Beck Verlag, München 2004
Guy Stern, Literatur im Exil, Gesammelte Aufsätze 1959–1989, Max Hueber Verlag, Ismaning 1989
Rolf Hochhuth, Wessis in Weimar, Szenen aus einem besetzten Land, Verlag Volk & Welt, Berlin 1993
Der Literaturstreit im vereinten Deutschland, „Es geht nicht um Christa Wolf", edition spangenberg, München 1991
Akteneinsicht Christa Wolf, Zerrspiegel und Dialog, Eine Dokumentation, hrsg. von Hermann Vinke, Luchterhand Literaturverlag, Hamburg 1993
Michael Merschmeier, Heiner & „Heiner". Im Dickicht der Stasi – ein deutsches Leben?, in: Theater heute 2/1993, S. 1
Heiner Müller, Krieg ohne Schlacht, Leben in zwei Diktaturen, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1992
Zeitschrift *Theater heute* 2/1993 (Müllers Moral), Erhard Friedrich Verlag
„Ich war nie unschuldig, Whisky, Weissagungen, Warten. Heiner Müller wird 65", Interview in der „Wochenpost" vom 5.1.1994, S. 30/31
Dieter Kranz, Das gibt's sonst gar nicht, „Verwandlungen – Ein deutsches Wochenende oder 1. Zonenrand-Ermutigung mit 17 Premieren des Staatstheaters Cottbus", in: Theater heute 1/1994, S. 28–30
Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, werkausgabe edition suhrkamp, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1967
Maria Stieler, Total normal auf der Bühne, in: Thüringer Allgemeine vom 18.11.2005
Reclams Konzertführer, 14., revidierte Auflage, Philipp Reclam jun., Stuttgart 1990
Stefan Siegert, Neue Musik, vertraute Klänge, in mobil, Das Magazin der Bahn 10/2005, S. 10
Hans Werner Henze, in: Reden über das eigene Land, C. Bertelsmann Verlag, München 1993, S. 99–111
lexikon des internationalen films, CD-ROM Neuausgabe 98/99
140 Jahre Germanisches Nationalmuseum Nürnberg, Informationen zur Gründung und Geschichte des Museums, hrsg. vom Kunstpädagogischen Zentrum im GNM, Abt. 1, Nürnberg 1992
Festivalmagazin Europamusicale vom 02.-30. Mai 2004: Europa begrüßt die EU-Beitrittsländer
Denkmäler – Ein Genie für alle Fälle, Eine Beilage der Süddeutschen Zeitung vom 2. Mai 2007
Ingo Schulze, Adam und Evelyn, Berlin Verlag, Berlin 2008-10-25
Uwe Tellkamp, Der Turm. Geschichte aus einem versunkenen Land, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2008

Kapitel 6

Jürgen Feick, Herbert Uhl, Aktualitätendienst Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Ausgabe 1994, Ernst Klett Verlag für Wissen und Bildung, Stuttgart, Dresden
IHK Journal, Zeitschrift der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Nr. 2/94
Europa im Aufbruch, Was bringt der EG-Binnenmarkt?, DER SPIEGEL, Dokument 1 vom Februar 1993
Der Vertrag von Maastricht I-III, DER SPIEGEL, Dokument 2–4 vom Juli 1992
Die Festung Europa läßt die Zugbrücke herunter, in: Süddeutsche Zeitung vom 18.07.1997
„Die Überholspur ist für jeden offen", Europäische Union feiert historischen Beginn der Osterweiterung, in: Süddeutsche Zeitung vom 31.03.1998
Britta Rehder, Betriebliche Bündnisse für Arbeit in Deutschland, Campus, Frankfurt am Main 2003
Ulrich Pfeiffer / Reiner Braun, In der Sparfalle, in vorwärts 12/2005, S. 28-30
Der Wald stirbt weiter, Schadensbericht der Bundesregierung und des BUNDES, DER SPIEGEL, Dokument Nr. 6 vom November 1992
Waldeslust statt Abholzfrust, JBN-Magazin Igel (Jugendorganisation Bund Naturschutz) 3/2004
www.greenpeace.org: Greenfreeze: "Eine coole Idee setzt sind durch" vom 14.01.2004
Es geht auch ohne Braunkohle, in Zeitschrift Greenpeace 4/2005
Klimakatastrrophe? Heizkostenschock? Das sparen wir uns!, in: Natur + Umwelt. Bund Naturschutz Magazin 4/2005
Wir sind bereit für das größte Klimaschutzprojekt, Anzeige der Lufthansa in SZ vom 2. Juni 2007
Energie und Umwelt, Eine Beilage der Süddeutschen Zeitung vom Di, 5. Juni 2007
Erneuerbare Energien, Eine Beilage der Süddeutschen Zeitung vom 15. März 2007
Jost Herbig, Angst vor Frankensteins Pflanzen, in: Süddeutsche Zeitung vom 20./21.3.1993
Kultur und Technik 1/2006, Zeitschrift des Deutschen Museums, Verlag C.H. Beck, München
Technologien des 21. Jahrhunderts, Pressedokumentation 25/92, hrsg. Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn
Jens Reich, in: Reden über das eigene Land, C. Bertelsmann Verlag, München 1993, S. 16–32
Arnulf Baring, Deutschland, was nun?, Wolf Jobst Siedler Verlag, Berlin 1991
Zeitschrift *PRISMA,* aus der Arbeit des Goethe-Instituts 1/94 (Europäische Kulturpolitik)
Sabine Christiansen (Hrsg.), Trendwende, Das Buch zur Lage der Nation, Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1999
Susan Neiman, Fremde sehen anders, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2005

Anhang

Hans Endlich und Harm Mögenburg, Deutschland, einig Vaterland, Abgang einer Diktatur, Chance eines Neuanfangs, Diesterweg Verlag, Frankfurt am Main 1991
Walter Süß, Ende und Aufbruch – Von der DDR zur neuen Bundesrepublik Deutschland, Themenhefte Weltgeschichte im Aufriß, hrsg. Werner Ripper, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt am Main 1992
Jürgen Feick, Herbert Uhl, Aktualitätendienst Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Ausgabe 1994, Ernst Klett Verlag für Wissen und Bildung, Stuttgart und Dresden
Günter Verheugen, Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2005
Unser Jahr 2005, hrsg. SÜDKURIER Medienhaus, Konstanz 2005.
Egon Bahr, Ein Volk muss Ja sagen können zum Vaterland, in: vorwärts 11/2006, S. 18

Bildquellen

Aktion Gemeinsinn e.V., Bonn (S. 56); Peter Apelt, München (78 u.); DIE ARCHE, Berlin (S. 59 m.l.); Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin (S. 125); ASB-Magazin/F. Zanettini (S. 75); Bayer AG, Leverkusen(S. 152); Bayreuther Festspiel GmbH (S. 127 o.); Wolfgang Bredow, Berlin (S. 151), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (S. 147 m. „Die Erde braucht Freunde"); Bundesarchiv, Koblenz (S. 63 r.); Bundeskoordination Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage, Berlin: Logos, Fotos: Metin Yilmaz, Berlin (S. 7 u., 59, 69, 74); Cartoon-Caricature-Contor, München (S. 140); Deutsche Umwelthilfe e.V., Radolfzell (S. 147 o.r.); dpa, Frankfurt am Main (S. 35 o.); Deutsche Sportjugend (dsj), Frankfurt am Main (S. 71); dpa picture Alliance (Globus-Statistiken), Hamburg (S. 22, 60, 62, 63 l., 92, 105, 135, 136, 137, 138, 139, 147); DSR Deutsche Städte-Reklame, Frankfurt am Main (S. 7 o. l.); Europäisches Parlament: © Europäische Gemeinschaften, 1995–2000 (S. 83 m.); European Commission, Audiovisual Service, Europe and Youth, Brüssel (S. 21); Freies Deutsches Hochstift, Frankfurt am Main (S. 46 o.r., 110 r.); Gewandhaus zu Leipzig (S. 128); JUMA-Redaktion, Köln (S. 59 o.l.); Peer Koop, München (S. 109, 116); Alfred Kunzenmann, A-Innsbruck (S. 143); Land Brandenburg (S. 34); Landesbildstelle Baden, Karlsruhe (S. 23 u.l.); Landesamt für Denkmalpflege, Sachsen (S. 48 l.); Landesbildstelle Berlin (S. 37, 159 u.l.); Landesbildstelle Bremen (S. 30); Landesbildstelle Hessen, Frankfurt am Main (S. 44, 45, 50 o., 58); Landesbildstelle Südbayern, München (S. 23 u., 54 o.,u.); Landesmedienzentrum Rheinland-Pfalz, Koblenz (S. 23 m.l., 46 u.); Landtag NRW/ Foto W. Meyer (S. 7); Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) (Foto: Radke); Renate Luscher, München (S. 23 r. (4 x)., 31 o., 32, 34, 35 u.r., 36, 38 u., 39, 46 l., 48 m., 49, 52 m., 54 u., 58, 59 m.r., 77, 107 o., 109 o.l.; 111, 133, 134 o.); Mauritius Bildagentur, Mittenwald (S. 103); Mercedes-Benz AG, Stuttgart (S. 51); MM-Verlag, A Salzburg (S. 126 o.); Nina Mösch, München (S. 66); Werner Neumeister, München (S. 42 r.); Andreas Oft, München (S. 53 l., 59, 109, 134u., 135 u.r.); Isolde Ohlbaum, München (S. 109, 113); Pädagogisches Zentrum Rheinland-Pfalz, Bad Kreuznach (S. 100); PIA Stadt Frankfurt am Main, Foto Tanja Schäfer (S. 44); Marlene Pohle, Stuttgart (S. 10, 16, 57); Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bundesbildstelle (S. 83 u., S. 159 m.l.); Presse- und Informationsamt der Stadt Bremen (S. 23 o.l.); Prognos AG, CH-Basel (S. 153); Rheinisches Bildarchiv, Köln (S. 42 l.); Schiller-Nationalmuseum, Bildarchiv, Marbach (S. 112 r.); Jörg Schöner, Dresden (S. 48 r.); Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Bonn (S. 99); Servicebüro der Infobörsen für Frauen, c/o neues handeln GmbH (S. 65), SPIEGEL-Verlag, Hamburg (S. 43); Statistisches Bundesamt (S. 13, 19, 25); Hans J. Stenzel, Berlin (S. 7 m.l., 135 u.); Stifterverband für die deutsche Wissenschaft e.V., Essen (S. 17); Süddeutscher Verlag, Bildarchiv, München (S. 7 o.r., 53 u.r., 83 o., 109: 5 Bilder, 112, 148, 159: 4 Bilder); textArt, Berlin (S. 39); Tourismus-Zentrale Hamburg (S. 27); Tourismus-Zentrale Nürnberg (S. 55); Ullstein Bilderdienst, Berlin (S. 117); Fotoreport Utri, A-Graz (S. 109, 115); Verlag für Deutsch, Ismaning (S. 50 u.); Volkswagen AG, Wolfsburg (S. 29, 135); wiesnteam: www.Wiesnalbum. de (S. 87), Wikipedia Commons (S. 8, S. 33 Spreewald, S. 40 Quedlinburg, S. 52 Rheinauen, Heidelberg, S. 56 Weißwurst, S. 101 Viadrina, S. 110 Goethe-Haus, S. 127 m. Karneval der Kulturen) WWF, Frankfurt am Main (S. 44 u.); www.fischauktionshalle.com (S. 81); www.diepresse.com (S. 98); www.bmvbs.de (s. 40 r.), www.flickr.com/photo/norbert_blech „Keine Urheberrechtsbeschränkungen bekannt" (S. 122); www.pixelio.de (Umschlagfoto, S. 107 u., 110 l.); www.schulen.rosenheim.de (S. 123, Foto: Gerd Danitschek); www.lifepr.de (S. 127 u. Bregenz); www.groeneenergie-info.nl (S. 142)

o. = oben / m. = Mitte / u. = unten /
l. = links / r. = rechts

Wir haben uns bemüht, alle Inhaber von Text- und Bildrechten ausfindig zu machen. Sollten Rechteinhaber hier nicht aufgeführt sein, so wären wir für entsprechende Hinweise dankbar.

Lösungen und Bildinformationen

Umschlag: Rothenburg ob der Tauber
Seite 7: Berlin, 08.05.2006: Berliner Schulen aktiv gegen Gewalt und Diskriminierung. Titelverleihung "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" an der 276. Schule in Deutschland. Die Schüler der Wilma-Rudolph-Gesamtschule in Berlin-Zehlendorf bekamen ihre Plakette und einen Spendenscheck in Höhe von 3000 Euro von ihrem Paten Malik Fathi, Fußballprofi von Hertha BSC, überreicht (hier mit einer Schülerin). Malik Fathi hatte dieselbe Schule besucht und hier 2001 seinen Abschluss gemacht.
Seite 20: Young people subscribe to the values on which the EU is founded (White Paper 2002).
Seite 22: 8, 4, 5, 3, 7, 1, 2, 6, 9
Seite 23 (von Norden nach Süden, von links nach rechts): Kreidefelsen auf Rügen; Marktplatz von Bremen; Berlin Kanzleramt; Rhein mit Loreley; Wartburg bei Eisenach; Schwarzwald: Blick vom Feldberg; München; Berchtesgaden
Seite 56 links oben: Original Frankfurter; rechts oben: Thüringer Bratwurst; links unten: Bayerische Weißwurst; rechts unten: Grünkohl mit Pinkel
Seite 57: VW (Volkswagen) – Wolfsburg (S. 29), DIE ZEIT – Hamburg (S. 28), CeBIT (Welt-Centrum • Büro • Information • Telekommunikation) – Hannover (S. 29), WDR (Westdeutscher Rundfunk) – Köln (S. 42), dpa (Deutsche Presse-Agentur) – Hamburg (S. 28), Mercedes-Benz – Stuttgart (S. 51)
Seite 58: Linke Spalte von oben: Leipzig (Sachsen), Berlin, Frankfurt am Main (Hessen), Köln (Nordrhein-Westfalen) Rechte Spalte von oben: Potsdam (Brandenburg), Weimar (Thüringen), Schloss Neuschwanstein (Bayern), Heidelberg (Baden-Württemberg)
Seite 59: Das Kinder- und Jugendzentrum "Die Arche" wurde 1995 in Berlin gegründet. Ziel des Vereins ist es, Kinder von der Straße zu holen, sinnvolle Freizeitmöglichkeiten zu bieten und gegen soziale Defizite zu agieren sowie Kinder wieder ins Zentrum der Gesellschaft zu stellen.
Seite 64: Öko-Haus, Öko-Bauer, Öko-Waschmittel, Öko-Steuer, Öko-Laden,

Öko-Farben usw., Öko-Audit-Verfahren: Die „Befragung" von Produkten nach ihrer ökologischen Auswirkung ist ein Beitrag der von der Europäischen Union geforderten umweltverträglichen Gestaltung der Industrie. Europäische Vorschriften werden verstärkt umweltbezogene Qualifikationen verlangen. Das Öko-Audit-Verfahren zum Beispiel erfordert in gewerblichen Unternehmen fachlich qualifizierte Mitarbeiter für das Öko-Controlling sowie für die Öko-Bilanzierung, die zur Erlangung des Europäischen Umweltzeichens durchgeführt werden muss.
Seite 69: Berlin, 16.09.2005: Open Space Veranstaltung von "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" in Berlin-Kreuzberg. Teilnehmer waren Schüler aus unterschiedlichen Schulen in Berlin.
Seite 82: 6 – 5 – 3 – 4 – 7 – 8 – 1 – 2
Seite 104: CHE = Centrum für Hochschulentwicklung. Das CHE-Hochschul-Ranking ist das umfassendste und detaillierteste Ranking (= Bewertung) deutschsprachiger Universitäten und Fachhochschulen. Es richtet sich an Studienanfänger und Studierende.
Es gibt das HochschulRanking, das ForschungsRanking, das LänderRanking und das AlumniRanking (Erfolg der Absolventen am Arbeitsmarkt).
Im ForschungsRanking 2006 haben es neun Universitäten in die Spitzengruppe geschafft, voran die TU München, die Universität Karlsruhe und die LMU-München. Bewertet wurden die Forschungsaktivitäten von 13 Fächern in den Geistes-, Wirtschafts-, Sozial-, Natur- und Ingenieurwissenschaften.
Seite 159 (jeweils von links nach rechts): 1945 hisste ein Soldat der Roten Armee die Sowjetflagge auf dem Reichstagsgebäude in Berlin, Potsdamer Konferenz 17.7.–2.8.1945: Churchill, Truman und Stalin während einer Verhandlungspause vor Schloss Cecilienhof; DDR-Bürger demonstrieren in der Leipziger Innenstadt für Reisefreiheit (4. September 1989); Bürger aus der DDR, West-Berlin und der Bundesrepublik an und auf der Mauer am 10. November 1989; Unterzeichnung des 2 + 4-Abkommens (1990): die Außenminister von links nach rechts: James Baker (USA), Douglas Hurd (Großbritannien), Eduard Schewardnadse (UdSSR), Roland Dumas (Frankreich), Lothar de Maizière (Ministerpräsident der DDR), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik Deutschland)

Index

J

K

L

M

N

O

P

R

Links

Viele weitere Links finden Sie unter www.deutsch-verlag.com.

Kapitel 1

www.destatis.de: Statistisches Bundesamt
www.bundesregierung.de: Regierung online

Kapitel 2

www.statistik-portal.de: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel 3

www.bmfsfj.de: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
www.dbjr.de: Deutscher Bundesjugendring
www.jetzt.de: Jugendprogramm der Süddeutschen Zeitung
www.bpb.de: Bundeszentrale für politische Bildung
www.hilfsorganisationen .de: Portal zu Rettungsdiensten

Kapitel 4

www.kika.de: ARD/ZDF-Kinderkanal
www.kindernetz.de: SWR Kindernetz
www.liliputz.de: Kinderradio vom WDR
www.kmk.org: Kultusministerkonferenz
www.schule-ohne-rassismus.de: Schul-Initiativen
www.schulweb.de: Schulen im Internet
www.daad.de: Deutscher Akademischer Austauschdienst
www.his.de: Hochschulinformationssystem
www.bpb.de: Bundeszentrale für politische Bildung
www.studis-online.de: Informationen zum Studium
www.bafoeg.bmbf.de: Bafög-Infos
www.bafoeg-rechner.de: Informationen ums Bafög
www.bmbf.de: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Kapitel 5

www.bach-leipzig.de: Bachfest in Leipzig
www.bregenzerfestspiele.com: Festspiele in Bregenz am Bodensee
www.staatsoper.de: Münchner Opernfestspiele
www.salzburgfestival.at: Salzburg Festival
www.herrenchiemsee-festspiele.de: Festspiele im Schloss Herrenchiemsee
www.musikalischersommer.net: Musikfestival in Ostfriesland
www.endorfer-hof.de: Opernfestival auf Gut Immling (Bayern)
www.kurtmasur.com: Homepage von Kurt Masur
www.schulzeneuerleben.de: Homepage von Ingo Schulze
www.elfriede-jelinek.com: Homepage von Elfriede Jelinek
www.skulptur-projekte.de: Auseinandersetzung mit den öffentlichen Raum (Münster)
www.documenta12.de: documenta in Kassel

Kapitel 6

Institutionen der EU:
Belgien: Europäische Fischereiaufsichtsagentur: www.cfca.europa.eu
Exekutivagentur Bildung: www.eacea.europa.eu
Europäische Verteidigungsagentur: www.eda.europa.eu
Exekutivagentur für intelligente Energie: www.ieea.europa.eu

Deutschland: Europäische Agentur für Flugsicherheit: www.easa.europa.eu

Dänemark: Europäische Umweltagentur: www.eea.europa.eu

Frankreich: Gemeinschaftliches Sortenamt: www.cpvo.europa.eu
Europäische Eisenbahnagentur: www.era.europa.eu
Institut der europäischen Union für Sicherheitsstudien: www.iss.europa.eu

Griechenland: Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung: www.cedefop.europa.eu, Europäische Agentur für den Wiederaufbau: www.ear.europa.eu
Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit: www.enisa.europa.eu

Irland: Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen: www.eurofound.europa.eu

Italien: Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit: www.efsa.europa.eu
Europäische Stiftung für Berufsbildung: www.etf.europa.,eu

Luxemburg: Übersetzungszentrum: www.cdt.europa,eu
Exekutivagentur für das Gesundheitsprogramm: www.phea.europa,eu

Niederlande: Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit: www.eurojust.europa.,eu , Europäisches Polizeiamt: www.europol.europa.eu

Polen: Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen: www.frontex.europa.eu

Portugal: Europäische Beobachtungsstelle für Dogen und Drogensucht: www.emcdda.europa.eu, Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs: www.emsa.europa.eu

Schweden: Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten: www.ecdc.europa.eu

Spanien: Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt: www.ohim.europa.eu
Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz: www.osha.europa.eu, Satellitenzentrum der EU: www.eusc.europa.eu

Vereinigtes Königreich: Europäische Arzneimittel-Agentur: www.emea.europa.eu
Europäische Polizeiakademie: www.cepol.europa.eu

Österreich: Europäische Agentur für Grundrechte: www.fra.europa.eu

Aktuelle Informationen
zur Landeskunde unter
www.deutsch-verlag.com

Landeskunde Deutschland

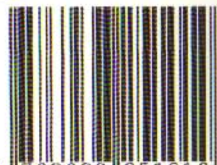
Von der Wende bis heute



Ein landeskundliches Lesebuch für Deutsch als Fremdsprache

- völlig überarbeitete aktualisierte Fassung
- aktuelle Informationen zu allen Themen über die Homepage abrufbar
- breite Themenauswahl aus Geographie, Politik, Kultur und Wirtschaft
- dazu historische Rückblicke, ergänzt durch eine Vielzahl authentischer Texte
- informative Bebilderung mit Fotos, Zeichnungen, Statistiken und Cartoons
- für den Landeskunde-Unterricht und für den landeskundlich interessierten Deutschlerner auf dem Niveau B2 bis C2 (Lerner mit fortgeschrittenen Sprachkenntnissen)





VERLAG für DEUTSCH
Renate Luscher

ISBN 978-3-938251-01-0